

ACTA UNIVERSITATIS CAROLINAE  
STUDIA TERRITORIALIA

XI

2011

Číslo 3–4



ACTA UNIVERSITATIS CAROLINAE

**STUDIA**  

---

**TERRITORIALIA**

**XI**  
**2011**  
**3-4**

KARLS-UNIVERSITÄT PRAG  
KAROLINUM VERLAG  
2011

## Redaktion

**Chefredakteur:** doc. PhDr. Jiří Vykoukal, CSc.

**Verantwortlicher Redakteur:** PhDr. Jan Šír, Ph.D.

**Redaktionsrat:** PhDr. Jan Bečka, Ph.D., doc. PhDr. Miloš Calda, doc. PhDr. Michal Kubát, Ph.D., PhDr. Ondřej Matějka, PhDr. Tomáš Nigrin, Ph.D., prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc., prof. PhDr. Lenka Rovná, CSc., doc. PhDr. Luboš Švec, CSc.

**Redaktionsbeirat:** Prof. Marek Bankowicz (Uniwersytet Jagielloński), Prof. Dr. Christoph Boyer (Universität Salzburg), Prof. Crister Garrett (Universität Leipzig), doc. PhDr. Jiří Kocian, CSc. (Ústav pro soudobé dějiny AV ČR), prof. PhDr. Jan Křen, DrSc. (emeritní profesor moderních dějin), doc. PhDr. Ilja Lemeškin, Ph.D. (FF UK), Prof. Iain McLean (Nuffield College, Oxford University), Prof. Dr. Marek Nekula (Universität Regensburg), Prof. Dietmar Neutatz (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg), Prof. Alan Butt Phillip (Bath University), Prof. James F. Pontuso (Hampden-Sydney College), Prof. Jacques Rupnik (Science Po, Paris), doc. PhDr. Petr Svobodný, Ph.D. (Ústav dějin Univerzity Karlovy a Archiv Univerzity Karlovy), PhDr. Oldřich Tůma, Ph.D. (Ústav pro soudobé dějiny AV ČR), Prof. Dr. Wolfgang Wessels (Universität zu Köln)

Die Zeitschrift *Studia Territoria* wird herausgegeben mit finanzieller Unterstützung des Forschungsprojekts der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität Prag MSM0021620841 „Die Entwicklung der tschechischen Gesellschaft in der Europäischen Union: Risiken und Herausforderungen“.

Elektronische Ausgabe: <http://stuter.fsv.cuni.cz>

## INHALT

Editorial .....	7
Aufsätze .....	9
Das zweite Gesicht der „guten Italiener“. Faschistische Verfolgung der Juden in Italien und ihre Reintegration nach dem Zweiten Weltkrieg (1938–1948) SOŇA MIKULOVÁ .....	11
Britische Besatzungslager in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg FLORENTINE KASTNER.....	59
Die tschechoslowakischen Hochschulen in den Jahren 1938–1945 OTA KONRÁD .....	81
Interview .....	103
Das Deutsche Historische Institut in Rom im Gespräch I: Direktor Prof. Dr. Michael Matheus JIŘÍ PEŠEK – NINA LOHMANN.....	105
Buchbesprechungen und Berichte .....	139
Autoren .....	183
Hinweise für Autoren .....	185



## EDITORIAL

---

Die diesjährige deutschsprachige Nummer der Zeitschrift *Studia Territorialia-Acta Universitatis Carolinae* spiegelt in ihren Aufsätzen das andauernde Interesse der Forscherinnen und Forscher an den mit dem Zweiten Weltkrieg verbundenen Ereignissen und Prozessen wider.

Zu den zentralen behandelten Themen gehört in dieser Hinsicht die Reintegration von Juden, die den Holocaust überlebten und sich entschieden, auch nach der tragischen Erfahrung in Europa zu bleiben und ihr Leben in ihrer Heimat weiterzuführen. Dabei mussten sie sich damit auseinandersetzen, dass sie oft in Länder und Gesellschaften zurückkehrten, die an der Judenverfolgung aktiv teilgenommen oder sie mindestens durch ihre Passivität nicht verhindert hatten. Soňa Mikulová thematisiert in ihrem Beitrag den mühsamen Prozess der gesellschaftlichen Reintegration von italienischen Juden und analysiert den Mythos der „guten Italiener“, der diesen Prozess über Jahrzehnte maßgeblich geprägt und auch erschwert hat.

Auch in Österreich basierte die gesellschaftspolitische Entwicklung in der Nachkriegszeit auf einem Mythos, der im Rahmen der Selbstdarstellung als „erstes Opfer“ der Aggression Hitlers die aktive Teilnahme vieler Österreicher an den schwersten Verbrechen der NS-Herrschaft ausblendete. Florentine Kastner beschäftigt sich exemplarisch mit dem Entnazifizierungsprozess der Jahre 1945 bis 1948 in den wichtigsten Lagern der britischen Besatzungszone in Österreich. Neben der Organisation der einzelnen Lager geht sie der Frage nach, welche psychologische Auswirkung die Lagererfahrung auf die Internierten hatte und ob sie zu ihrer Umerziehung beitragen konnte.

Der dramatische Zerfall des tschechoslowakischen Staates nach dem Münchener Abkommen im September 1938 brachte auch eine rapide Desintegration des Hochschulwesens auf diesem Gebiet mit sich. Ota Konrád bietet nicht nur eine Gesamtübersicht über die Entwicklung der (ehemaligen) tschechoslowakischen

Hochschulen bis zum Ende des Weltkrieges, sondern er weist in seiner Bestandsaufnahme auch auf die Lücken in der bisherigen Forschung zu diesem Thema hin.

Dieses Heft beinhaltet darüber hinaus ein Interview mit Prof. Dr. Michael Matheus, Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Rom (DHIR) und einer der anerkanntesten Spezialisten für italienische Geschichte. Das im September 2010 von Jiří Pešek und Nina Lohmann geführte Interview konzentriert sich nicht nur auf die Position des DHIR in der italienischen und in der deutschen Geschichtswissenschaft sowie in der bundesdeutschen auswärtigen Kulturpolitik (Stiftung DGIA), sondern auch auf die persönlichen Erfahrungen von Prof. Matheus im Rahmen seiner vielfältigen wissenschaftlichen Tätigkeit. In der nächsten „deutschen“ Nummer dieser Zeitschrift wird das ebenfalls in diesem Rahmen geführte Interview mit Dr. Lutz Klinkhammer folgen, der im DHIR den Forschungsbereich „Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“ leitet.

Das Heft wurde durch den Lehrstuhl für deutsche und österreichische Studien des Instituts für internationale Studien vorbereitet. Die Redaktion aller Beiträge hat Michal Dimitrov übernommen, die sprachliche Korrektur wurde von Thomas Oellermann durchgeführt. Unsere Absicht ist es, im Sinne eines wissenschaftlichen Dialogs sowohl deutsche bzw. österreichische als auch tschechische Autorinnen und Autoren zu Wort kommen zu lassen und weitere fruchtbare Diskussionen und Kooperationen quer über alle mitteleuropäischen Grenzen anzuregen. In diesem Sinne dienen die Buchbesprechungen im zweiten Teil des Heftes dem Ziel, den deutschsprachigen Lesern aktuelle tschechische Publikationen zur Zeitgeschichte der mitteleuropäischen Region zu vermitteln.

*Michal Dimitrov, Jiří Pešek*

## AUFSÄTZE

---



**DAS ZWEITE GESICHT  
DER „GUTEN ITALIENER“.  
FASCHISTISCHE VERFOLGUNG  
DER JUDEN IN ITALIEN  
UND IHRE REINTEGRATION  
NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG  
(1938–1948)<sup>1</sup>**

---

SOŇA MIKULOVÁ

**Abstract**

The good Italians' second sight: The Fascist persecution of the Jews in Italy and their reintegration after World War II (1938–1948)

Since the late 1980s, Italian historiography has reassessed the previous conventional perspective of Fascist anti-Semitism – allegedly imposed by Nazis, rejected by Italians as a whole and thus lacking impact. This paper focuses on very recent research, analyzing the situation of the Jews in Italy in the postwar years. The study of this period not only contributes to understanding the character and extent of the Fascist persecution of the Jews but also reveals the genesis of the lack of willingness to deal with the Fascist past in Italian society until recently. The paper considers the postwar myth of the “good Italian” to be one of the main factors which made the process of the reintegration of the survivors so slow and fraught with obstacles.

**Keywords:** Fascist, anti-Semitism, Holocaust, Italian Jews, postwar reintegration, restitution

**Einleitung**

Das Phänomen des faschistischen Antisemitismus wurde bis vor kurzem von der italienischen Gesellschaft verdrängt bzw. im Einklang mit der antifaschistischen Nachkriegsidentität und dem Mythos vom „guten Italiener“ ver-

---

<sup>1</sup> Der Beitrag entstand durch Unterstützung des Förderprogramms der Karls-Universität Prag (GA UK) Nr. 7534/2007/FSV (Projektleiterin: Hana Klamková).

zerzt interpretiert und verharmlost.<sup>2</sup> In Anlehnung an frühe Arbeiten jüdischer Nichthistoriker<sup>3</sup> wurde der Antisemitismus in der öffentlichen Meinung in der Nachkriegszeit als faschistische „Erfindung“ dargestellt, die keine Tradition in der liberalen italienischen Gesellschaft gehabt habe. Die Faschisten hätten ihn entweder aus Opportunismus oder auf Befehl des nationalsozialistischen Deutschlands „importiert“. Das italienische Volk habe die Rassengesetze jedoch aufgrund seiner „gebürtigen Gutherzigkeit und Humanität“ nicht nur abgelehnt, sondern sie auch, im Gegensatz zu den „barbarischen“ und „fanatischen“ Deutschen, sabotiert. Dies habe sich nicht nur bei dem Schutz der Juden vor dem deutschen Bündnispartner in den besetzten Gebieten 1940–1943 gezeigt.<sup>4</sup>

Diese gängige Auffassung war auch jahrzehntelang in der italienischen sowie in der ausländischen Geschichtsschreibung<sup>5</sup> dominant, vor allem dank der ersten komplexen historischen Studie von Renzo De Felice zum Schicksal der Juden in Italien unter Faschismus und deutscher Besatzung, die 1961 erschien.<sup>6</sup> Obgleich er den direkten Druck Hitlers auf Mussolini, die Rassengesetze in Italien einzuführen, widerlegen konnte, fußte seine Interpretation mehrheitlich auf den bereits verbreiteten Mythen und Stereotypen.<sup>7</sup> Sein Erklärungsmuster beeinflusste nachhaltig die verharmlosende Rezeption des Faschismus und vor allem die positive Einschätzung der Rolle der Italiener durch die

<sup>2</sup> Generell zur italienischen Erinnerungskultur nach dem Zweiten Weltkrieg siehe: Filippo Focardi, *La guerra della memoria: la Resistenza nel dibattito politico italiano dal 1945 a oggi* (Roma, Bari: Laterza, 2005).

<sup>3</sup> Ein wichtiger Referenzpunkt war das Buch von einem antifaschistischen Juristen jüdischer Herkunft: Eucardio Momigliano, *Storia tragica e grottesca del razzismo fascista* (Milano: A. Mondadori, 1946). Vgl. Guri Schwarz, „Gli ebrei italiani e la memoria della persecuzione fascista (1945–1955)“, *Passato e Presente* 47 (1999): 109–130. Der Beitrag der jüdischen Memoiren und Schriften für die konventionelle Auffassung des faschistischen Antisemitismus wird im Weiteren näher betrachtet.

<sup>4</sup> Ausführlich zur konventionellen Auffassung des faschistischen Antisemitismus siehe: Frauke Wildvang, *Der Feind von nebenan: Judenverfolgung im faschistischen Italien 1936–1944* (Köln: SH-Verl., 2008), 15. Vgl. Filippo Focardi, „Alle origini di una grande rimozione. La questione dell'antisemitismo fascista nell'Italia dell'immediato dopoguerra“, *Horizonte* 4 (1999): 135–170.

<sup>5</sup> Für eine detaillierte Übersicht der seit Kriegsende bis 2009 erschienenen Titel zur Judenverfolgung in Italien siehe die kommentierte Bibliografie von Gabriele Rigano, „Storia, memoria e bibliografia delle leggi razziste in Italia“, in *Leggi del 1938 e cultura del razzismo: Storia, memoria, rimozione*, hrsg. v. Marina Beer (Roma: Viella, 2010), 187–209. Vgl. Enzo Collotti, *Il fascismo e gli ebrei. Le leggi razziali in Italia* (Roma, Bari: Laterza, 2003), 167–183.

<sup>6</sup> Vgl. Renzo De Felice, *Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo* (Turin: Einaudi, 1961).

<sup>7</sup> Zur kritischen Auseinandersetzung mit De Felices Thesen siehe Michele Sarfatti, „La Storia della persecuzione di Renzo De Felice: contesto, dimensione cronologica e fonti“, in *Qualestoria* 32, Nr. 2 (2004): 11–27. Vgl. die weniger kritische Bewertung von Mario Toscano, „Fascismo, razzismo, antisemitismo. Osservazioni per un bilancio storiografico“, in *Ebraismo e antisemitismo in Italia. Dal 1848 alla guerra dei sei giorni*, hrsg. v. dems. (Milano: F. Angeli, 2003), 208–243, hier 216ff.

Öffentlichkeit und in den historischen Wissenschaften sowohl in Italien als auch im Ausland.<sup>8</sup>

Erst seit 1988, als staatliche Institutionen und jüdische Organisationen zum 50. Jahrestag des Erlasses der Rassengesetze in Italien mehrere Tagungen und Publikationen initiierten,<sup>9</sup> wurde in der italienischen Geschichtsschreibung die Entwicklung einer erneuerten Interpretation deutlich,<sup>10</sup> in der nicht nur die erwähnten Deutungen präzisiert oder widerlegt, sondern auch neue Aspekte der tragischen Geschichte erforscht wurden.<sup>11</sup> Vor allem die autochthone Herkunft des faschistischen Antisemitismus konnte bewiesen werden, gegen den die italienische Gesellschaft im Ganzen nicht vollkommen immun gewesen war.<sup>12</sup> Neuere Forschungen zeigten auch, dass die antijüdischen Gesetze der monarchistisch-faschistischen Phase (1938–1943) ungesäumt und widerstandslos umgesetzt wurden,<sup>13</sup> wobei die Solidarität und Hilfsbereitschaft der meisten Italiener gegenüber ihren jüdischen Mitbürgern und ausländischen jüdischen Flüchtlingen sich erst nach dem September 1943 entwickelten, als die Juden durch die deutschen Besatzer in ihrer physischen Existenz bedroht wurden.

Im Fall der von Italien in den Jahren 1940–1943 besetzten Gebiete wurde in einigen neuen Studien der Hinweis auf den italienischen Nationalcharakter, dank dem die Armee und die Diplomatie ausländische Juden geschützt habe, erneut angeführt.<sup>14</sup> In anderen Arbeiten wird allerdings zwischen der unterschiedlichen

<sup>8</sup> Vgl. z. B. George Mosse, „Racism“, in *Encyclopedia of the Holocaust*, hrsg. v. Israel Gutman (New York: Macmillan, 1990), 1217; Francesco Perfetti, „Fascismo“, in *Enciclopedia Italiana di scienze, lettere ed arti. Appendice 2000 – eredita del Novecento*, Bd. I (Roma: Istituto della Enciclopedia Italiana, 2000), 364–375.

<sup>9</sup> Ausschlaggebend für weitere Initiativen war eine Tagung im Abgeordnetenhaus des italienischen Parlaments im Herbst 1988, deren Beiträge publiziert wurden: *La legislazione antiebraica in Italia e in Europa: atti del Convegno nel cinquantenario delle leggi razziali, Roma, 17–18 ottobre 1988* (Roma: Camera dei Deputati, 1989). Siehe auch Alberto Cavaglion und Gian Paolo Romagnani, *Le interdizioni del duce: a cinquant'anni dalle leggi razziali in Italia, 1938–1988* (Torino: Meynier, 1988).

<sup>10</sup> Vgl. Anm. 4. Für englischsprachige Beiträge siehe Stefano Luconi, „Recent Trends in the Study of Italian Antisemitism under the Fascist Regime“, *Patterns of Prejudice* 38, Nr. 1 (2004): 1–17.

<sup>11</sup> Für eine fundierte Zusammenfassung der Ergebnisse der neuesten Studien auf Deutsch siehe Thomas Schlemmer und Hans Woller in dies., „Der italienische Faschismus und die Juden 1922 bis 1945“, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 53, Nr. 2 (2005): 165–201. Vgl. auch einzelne Beiträge in: Gudrun Jäger und Liana Novelli-Glaab, Hrsg., ... *denn in Italien haben sich die Dinge anders abgepielt: Judentum und Antisemitismus im modernen Italien* (Berlin: trafo, 2007).

<sup>12</sup> Vgl. Michele Sarfatti, *Gli ebrei nell'Italia fascista: Vicende, identità, persecuzione* (Torino: Einaudi, 2000). Im Weiteren wird nach der Auflage von 2007 zitiert.

<sup>13</sup> Vgl. Fabio Levi, Hrsg., *Lébreo in oggetto: L'applicazione della normativa anti-ebraica a Torino* (Torino: Zamorani, 1991); Enzo Collotti, Hrsg., *Razza e fascismo: La persecuzione degli ebrei in Toscana (1938–1943)* (Roma: Carocci, 1999).

<sup>14</sup> Vgl. Jonathan Steinberg, *All or Nothing. The Axis and the Holocaust 1941–1943* (London, New York: Routledge, 1991); Menachem Shelah, *Un debito di gratitudine: storia dei rapporti tra l'esercito*

Motivation einzelner Personen vorsichtig differenziert, denn neben der spontanen Solidarität einzelner Soldaten spielten Korruption, Opportunismus einzelner Akteure sowie die konkrete militärische Lage in den besetzten Gebieten, machtpolitische Erwägungen und die wachsende Rivalität zwischen Deutschen und Italienern eine große Rolle.<sup>15</sup>

Die Hauptschuld der deutschen Vollstrecker bei der „Endlösung der jüdischen Frage“ in Italien wurde von den neuen Studien nicht angezweifelt, und auch die Tatsache, dass die Mehrheit (80 % von 32 300)<sup>16</sup> der italienischen und ausländischen Juden, die sich während der deutschen Okkupation in Mittel- und Norditalien befanden, sich dank der Hilfe einzelner nichtjüdischer Italiener retten konnte, bleibt unbestritten. Es darf allerdings nicht übersehen werden, dass ohne die aktive Hilfe der Italiener, sowohl von republikanischen Autoritäten als auch von faschistischen paramilitärischen Banden und Einzelpersonen,<sup>17</sup> die Deutschen nicht so viele Juden hätten ermorden können, wie es geschehen ist.<sup>18</sup>

Erst nachdem das systematische Studium die wahre Reichweite der faschistischen antisemitischen Politik mit ihren tiefreichenden Auswirkungen auf die Juden in Italien offenbarte, stieg auch das Interesse der Historiker, sich mit der Situation der jüdischen Verfolgten nach dem Kriegsende auseinanderzusetzen. Zwar erschien bisher noch keine Studie, die das Problem der Wiedergutmachung durch den Staat und die Reintegrationsbemühungen der jüdischen Minderheit komplex umfasst, doch räumt eine Reihe von Aufsätzen, Sammelbänden und Monographien zu einzelnen Aspekten des Umgangs mit dem faschistischen Antisemitismus und Holocaust in der Nachkriegszeit mit der allgemein verbreiteten Vorstellung über die reibungslose Reintegration der Juden in die Mehrheitsgesellschaft auf.<sup>19</sup>

---

*italiano e gli ebrei in Dalmazia, 1941–1943* (Roma: Stato Maggiore dell'Esercito, Ufficio Storico, 1991).

<sup>15</sup> Vgl. Davide Rodogno, „Italiani brava gente? Fascist Italy's Policy Toward the Jews in the Balkans, April 1941–July 1943“, *European History Quarterly* 35, Nr. 2 (2005): 213–240. Siehe auf Deutsch MacGregor Knox, „Das faschistische Italien und die „Endlösung“ 1942/43“, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 55, Nr. 1 (2007): 53–92.

<sup>16</sup> Liliana Picciotto, *Il libro della memoria: gli ebrei deportati dall'Italia, 1943–1945* (Milano: Mursia, 2002), 857.

<sup>17</sup> Zum Bandenwesen in Rom vgl. Wildvang, *Der Feind*, 312ff. Zum Denunziantentum in Rom vgl. *ibid.*, 339ff.

<sup>18</sup> Nach den Angaben von Liliana Picciotto waren die Deutschen für 2 444 selbst durchgeführte Verhaftungen von Personen nachweisbar verantwortlich. In Zusammenarbeit mit italienischen Kräften verhafteten und deportierten die Deutschen 332 Personen. Die Italiener alleine verhafteten mindestens 1 951 Personen. Von insgesamt 6 806 identifizierten Opfern von Deportationen aus Italien bleiben 2 079 Personen, bei denen die Verantwortlichen für die Verhaftung nicht bekannt sind. Vgl. *dies.*, *Il libro*, 29.

<sup>19</sup> Auf die einzelnen Publikationen wird im Text hingewiesen.

In dem vorliegenden Aufsatz werden die wichtigsten Phasen und der Verlauf der Judenpolitik in Italien seit 1938 zusammengefasst und einzelne Aspekte des Reintegrationsprozesses vor allem in den Jahren 1944–1948 auf Grundlage des neuen Forschungsstandes betrachtet. Der Fokus richtet sich dabei auf die italienischen Juden, die sich in dieser Periode auf der Apenninischen Halbinsel befanden. Zuerst wird das gesellschaftliche Klima in Bezug auf das Schicksal der Juden in der unmittelbaren Nachkriegszeit dargestellt, wobei neben der generellen Wahrnehmung der verfolgten Juden seitens der Gesellschaft die Haltung einiger nichtjüdischer Intellektueller und Politiker nahegebracht wird. Weiter werden die legislativen Schritte des Staates zur Wiedergutmachung der Auswirkungen der faschistischen Judenverfolgung und teilweise auch ihre Umsetzung untersucht. Zuletzt wird darauf fokussiert, wie sich die italienischen Juden mit der traumatischen Erfahrung der faschistischen und nationalsozialistischen Verfolgung unmittelbar nach dem Krieg auseinandersetzten. Es wurde von der Vermutung ausgegangen, dass wesentliche Schwierigkeiten, die den Reintegrationsprozess begleiteten, sich aus der Tatsache ergaben, dass der Großteil sowohl der Mehrheitsgesellschaft als auch des Judentums auf einer Minimalisierung der faschistischen Schuld durch den Mythos vom „guten Italiener“ beharrten, auch wenn dies durch mehrere unterschiedliche Gründe bedingt war.

Schließlich ist es nötig zu betonen, dass der Begriff „italienische Juden“ vor allem der besseren Übersichtlichkeit im Text dient. Die jüdische Diaspora in Italien gehörte nicht nur zu den ältesten und kleinsten in Europa, sondern auch zu den am meisten in die Mehrheitsgesellschaft integrierten.<sup>20</sup> Dies war eine Folge der vollkommenen Gleichberechtigung mit der christlichen Bevölkerung, die mit dem Vereinigungsprozess Italiens (*Risorgimento*) im Laufe des 19. Jahrhunderts einhergegangen war.<sup>21</sup> Die jüdische Minderheit in Italien war deswegen durch eine große Affinität zum liberalen Staat und einen tiefen Patriotismus gekennzeichnet, was sich in ihrem hohen Anteil im Staatsapparat, in der akademischen Welt und der Armee, in großem Engagement im politischen und sozialen Leben des Landes, und auch in ihrem Lebensstil niederschlug. Die Entfremdung von der jüdischen Religion wurde schon am Ende des 19. Jahrhunderts deutlich und zeigte sich unter anderem an der steigenden Zahl der Ehen zwischen jüdischen und christlichen

---

<sup>20</sup> Im Jahre 1938 bildete die jüdische Minderheit in Italien nur 1,1 Promille der Gesamtbevölkerung. Sarfatti, *Gli ebrei*, 34. Vgl. „Italy“, in *Encyclopaedia Judaica*, hrsg. v. Michael Berenbaum und Fred Skolnik, Bd. 10, 2. Aufl. (Detroit: Macmillan Reference USA, 2007), 795–816.

<sup>21</sup> Vgl. Tullia Catalan, „Juden und Judentum in Italien von 1848 bis 1918“, in ... *denn in Italien haben sich die Dinge anders abgespielt: Judentum und Antisemitismus im modernen Italien*, hrsg. v. Gudrun Jäger und Liana Novelli-Glaab (Berlin: trafo, 2007), 71–86.

Partnern.<sup>22</sup> Auch die praktizierenden Juden zogen sich vom Gemeindeleben zurück und bewahrten ihren Glauben nur in der privaten Sphäre. Mehr als mit ihren Glaubensgenossen identifizierten sich die italienischen Juden mit ihren nichtjüdischen Landsleuten im Rahmen einzelner sozialer Klassen.

Es wäre daher viel treffender, zumindest mit Blick auf die Periode 1938–1945 von „Italienern jüdischen Glaubens“ als „italienischen Juden“ zu sprechen, da sie als Juden keine homogene Gruppe innerhalb der italienischen Gesellschaft gebildet hatten. Diese Bezeichnung hätte aber nicht diejenigen, die zum Katholizismus konvertiert waren, oder diejenigen, welche die jüdische Religion nicht mehr praktizierten, jedoch seit 1938 von den Rassengesetzen betroffen waren, miteinbezogen. Es wird also im Weiteren der Begriff „Juden“ benutzt, um die Gruppe der Personen mit jüdischem Hintergrund oder mit jüdischer Religion, die vom Faschismus sowie vom Nationalsozialismus aus rassistischen Gründen diskriminiert und verfolgt wurden, zu umfassen. Da sich auf dem Gebiet Italiens in den 1930ern und 1940ern auch mehrere Tausend Juden anderer Staatsangehörigkeit befanden, wird zwischen italienischen und ausländischen Juden unterschieden.

## **Grundzüge und Auswirkungen der faschistischen Judengesetzgebung 1938–1944**

Innerhalb der faschistischen Bewegung existierte von Anfang an ein kleiner antisemitischer Flügel, der an den traditionellen katholischen Antijudaismus und an die stereotypen antisemitischen Feindbilder einiger radikaler Nationalisten aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg anknüpfte.<sup>23</sup> Sein Einfluss wurde allerdings durch die gemäßigten Faschisten, einschließlich der jüdischen Parteimitglieder,<sup>24</sup> sowie durch das monarchistische Lager, auf dessen Unterstützung Mussolini nicht

<sup>22</sup> In den Jahren 1935–1937 bildeten Mischehen 33,3 % aller in der Zeit geschlossenen Ehen von jüdischen Bürgern. Siehe Sarfatti, *Gli ebrei*, 39f.

<sup>23</sup> Zu den wichtigsten antisemitischen Persönlichkeiten innerhalb oder nahe der Faschistischen Nationalpartei (*Partito nazionale fascista*, weiter Pnf) siehe Collotti, *Il fascismo*, 49–53. Zum Antisemitismus in den katholischen und nationalistischen Kreisen im italienischen Königreich siehe Mario Toscano, *Ebraismo e antisemitismo in Italia: Dal 1848 alla guerra dei sei giorni* (Milano: F. Angeli, 2003), 27 und 158.

<sup>24</sup> In die Pnf traten bis 1938 ungefähr 6 900 Juden ein, was einem Anteil von 2,6 Promille aller Mitglieder der Pnf in demselben Jahr entspricht. Zu den Angaben über die Vertretung der Juden in anderen politischen Parteien existieren keine genauen Angaben, es wird allerdings vermutet, dass die Juden ihre nichtjüdischen Mitbürger in ihren politischen Einstellungen mehr oder weniger kopierten. Vgl. Michele Sarfatti, „Eine italienische Besonderheit: faschistische Juden und der faschistische Antisemitismus“, in ... *denn in Italien haben sich die Dinge anders abgespielt: Judentum und Antisemitismus im modernen Italien*, hrsg. v. Gudrun Jäger und Liana Novelli-Glaab (Berlin: trafo, 2007), 131–154.

verzichten wollte, wesentlich gebremst.<sup>25</sup> Mussolini selbst behielt lange Zeit eine opportunistische, zweideutige Haltung gegenüber ausländischen sowie italienischen Juden. Zu einem „antisemitischen Kurswechsel“ in der faschistischen Politik kam es erst in den Jahren 1935–1936.<sup>26</sup>

Durch den siegreichen Krieg in Äthiopien im Jahre 1936 festigte das faschistische Regime seine innenpolitische Position, versicherte sich breiter Unterstützung durch den König und die italienische Bevölkerung und besiegelte seine Annäherung an das nationalsozialistische Deutschland.<sup>27</sup> Im Zusammenhang mit der Kolonialpolitik in Afrika wurde in Italien die Frage des Rassenschutzes mit neuer Intensität und Dimension hervorgerufen, denn der nächste Schritt sollte nun die innerliche Erneuerung der italienischen Gesellschaft sein.<sup>28</sup> Da gegenüber dem „neuen faschistischen Menschen“ der Jude einen negativen Parameter darstellte, wurde der Antisemitismus zum legitimen politischen Mittel zur Formung der „spirituellen griechisch-römischen Rasse“.<sup>29</sup> Zwar herrscht unter den Historikern keine Einigkeit über den Hauptgrund des antisemitischen Kurswechsels in der faschistischen Politik, es steht jedoch fest, dass es sich um eine autonome Entscheidung handelte, die mit den Zielen der Gesamtpolitik Mussolinis übereinstimmte und auf autochthonen Ursprüngen des faschistischen Antisemitismus basierte.<sup>30</sup>

Während Mussolini bis zum Frühjahr 1938 nach außen nicht auf seine zweideutige Stellungnahme zur jüdischen Diskriminierung verzichtete, unterstützte er heimlich die rassistische und antisemitische Kampagne, die sich seit 1936 sowohl in der faschistischen als auch in der nichtfaschistischen Presse wesentlich intensivierte. Darüber hinaus wurde von Mussolini die Entwicklung einer „wissenschaftlichen“ Rassentheorie institutionell unterstützt.<sup>31</sup> Seit dem Jahr 1937 sammelten alte und neu errichtete staatliche Behörden Daten über die Rassenzugehörigkeit ihrer Beamten und Angestellten. Der Höhepunkt wurde mit der Volkszählung der jüdischen Bevölkerung in Italien im August 1938 erreicht, die zum ersten Mal aufgrund von Rassenkriterien stattfand. Das Regime gewann dadurch einen Über-

<sup>25</sup> Schlemmer und Woller, „Der italienische Faschismus“, 189.

<sup>26</sup> Vgl. Angelo Ventura, „La svolta antiebraica nella storia del fascismo italiano“, *Rivista storica italiana* 113, Nr. 1 (2001): 36–65.

<sup>27</sup> Zum Überfall auf Äthiopien und der deutsch-italienischen Annäherung, die in der Schaffung der „Achse“ Rom–Berlin gipfelte, siehe Brunello Mantelli, *Kurze Geschichte des italienischen Faschismus* (Berlin: Wagenbach, 2004), 105–118.

<sup>28</sup> Ventura, „La svolta“, 37. Vgl. Collotti, *Il fascismo*, 22.

<sup>29</sup> Ventura, „La svolta“, 38. Vgl. Toscano, *Ebraismo*, 174.

<sup>30</sup> *Ibid.*, 58f. Vgl. Fabio Levi, „Die Verfolgung der italienischen Juden unter dem Faschismus“, in ... *denn in Italien haben sich die Dinge anders abgespielt: Judentum und Antisemitismus im modernen Italien*, hrsg. v. Gudrun Jäger und Liana Novelli-Glaab (Berlin: trafo, 2007), 155–175, hier 159f.

<sup>31</sup> Vgl. Wildvang, *Der Feind*, 89ff.

blick über die 58 412 Personen, die wenigstens einen jüdischen Elternteil hatten.<sup>32</sup> Von diesen bekannten sich 37 241 Personen italienischer und 9 415 Personen anderer Staatsangehörigkeit zum jüdischen Glauben.<sup>33</sup>

Sobald die wichtigsten Voraussetzungen für die geplante Ausgrenzung der italienischen sowie ausländischen Juden aus der italienischen Gesellschaft geschaffen waren, erschienen die ersten diskriminierenden Gesetze bezüglich der jüdischen Minderheit.<sup>34</sup> Eines betraf alle jüdischen Schüler, Studenten, Lehrer und Professoren, die zukünftig aus dem öffentlichen und halbstaatlichen Schulwesen ausgeschlossen werden sollten. Ein weiteres verwies alle ausländischen Juden innerhalb einer Frist von 6 Monaten des Landes, einschließlich einiger Hundert Juden, denen ihre nach 1918 erlangte italienische Staatsangehörigkeit aberkannt wurde.

Ausschlaggebend für die Diskriminierung der italienischen Juden waren allerdings zwei spätere Dekrete – die „Verordnungen zum Schutz der Rasse“ vom 17. November 1938 und die „Richtlinien für das Höchstmaß an Immobilienbesitz sowie industrieller und kaufmännischer Tätigkeit von italienischen Bürgern jüdischer Rasse“ vom 9. Februar 1939. Durch sie waren binnen kurzer Zeit alle Lebensbereiche – Familie, Arbeit, Vermögen – auf einmal betroffen.

Nach dem ersten Gesetz wurde die jüdische Rasse aufgrund biologischer Kriterien definiert,<sup>35</sup> die Eheschließung von „Nichtariern“ mit „Ariern“ untersagt und alle Beamten und Angestellten „jüdischer Rasse“ aus dem öffentlichen Dienst (ungefähr 400 Personen),<sup>36</sup> staatlichen sowie privaten Schulen und Universitäten

<sup>32</sup> Da die genaue Definition der „Angehörigen der jüdischen Rasse“ erst im Gesetz vom 17. November 1938 erschien, wurden später nicht alle diese Personen verfolgt. Siehe Tabelle mit Ergebnissen der Volkszählungen aus den Jahren 1910 bis 1943 in Sarfatti, *Gli ebrei*, 31–32.

<sup>33</sup> Ibid.

<sup>34</sup> Üblicherweise wurden die antijüdischen Gesetze „Rassengesetze“ (*leggi razziali*) genannt, obwohl sie sich alle bis auf eine Ausnahme (Verbot der Eheschließung) ausdrücklich nur auf Angehörige der „jüdischen Rasse“ bezogen. Ausführlich zum Thema der faschistischen jüdenfeindlichen Gesetze vgl. Michele Sarfatti, *Le leggi antiebraiche spiegate agli italiani di oggi* (Torino: Einaudi, 2005).

<sup>35</sup> Als Juden wurden alle betrachtet, deren Eltern jüdischen Glaubens waren, auch wenn sie selbst einen anderen Glauben hatten. Durch Konvertieren zum Christentum konnte man nicht zum „Arier“ werden, umgekehrt wurde ein „Arier“ nicht zum Juden durch den jüdischen Glauben. Demzufolge waren Italiener jüdischen Glaubens mit „arischen“ Eltern den „Ariern“ zugeordnet. Das religiöse Kriterium diente nur als Hilfskonstruktion bei der Definition der Rasse bei Kindern aus Mischehen, da es in der italienischen Rassengesetzgebung im Gegensatz zur deutschen keine Kategorie der „Mischlinge“ gab. Vgl. Michele Sarfatti, „Grundzüge und Ziele der Judengesetzgebung im faschistischen Italien 1938–1943“, *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 83 (2003): 436–444, hier 438. Detailliert zur Definition siehe Carlo Moos, *Ausgrenzung, Internierung, Deportation: Antisemitismus und Gewalt im späten italienischen Faschismus (1938–1945)* (Zürich: Chronos, 2004), 48f.

<sup>36</sup> Wenn nicht anders gekennzeichnet, sind die Zahlenangaben Wildvang, *Der Feind*, 117 entnommen.

(390 Lehrer, davon 96 Professoren),<sup>37</sup> halbstaatlichen Banken von internationaler Bedeutung und Versicherungsanstalten (insgesamt 500 Personen) entlassen. Auf Grund späterer Ausführungsverordnungen traf das gleiche Schicksal insgesamt 2 950 Offiziere und Soldaten, ungefähr 2 500 Angestellte der öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, Gewerkschaften oder Freiberufler.

Mit dem Dekret vom 9. Februar 1939 wurde die schon im November des Vorjahres avisierte Beschränkung der Eigentumsrechte für italienische Juden präzisiert, wonach Grundstücke und Immobilien über bestimmte Quoten beschlagnahmt wurden. Mit ihrer Verwaltung und ihrem Verkauf wurde eine im Winter 1939 vom Finanzministerium gegründete „Körperschaft zu Verwaltung und Liquidation von Immobilien“ (*Ente per la Gestione e la Liquidazione Immobiliare*, weiter EGELI) beauftragt. Bis zum September 1943 wurden durch diese mehr als 400 Immobilien und 24 Firmen konfisziert.<sup>38</sup> Diese Zahlen entsprachen nicht ganz den realen Vermögensverhältnissen der jüdischen Bevölkerung, da besonders bei den Eigentumsbeschränkungen Ausnahmeregelungen für diejenigen existierten, die sich im Ersten Weltkrieg, in den faschistischen Afrikafeldzügen oder um die faschistische Sache verdient gemacht hatten.<sup>39</sup> Die Erteilung einer Ausnahme (einer sogenannten *discriminazione*) erfolgte allerdings erst nach einem langwierigen und an Bestechungen reichen Verfahren mit unsicherem Ergebnis.<sup>40</sup>

Die Vorteile, die somit einige Besitzer größeren Vermögens, Betreiber von privaten Unternehmungen sowie Freiberufler im nichtstaatlichen Sektor hatten, waren jederzeit widerrufbar und verloren im Laufe der Zeit wesentlich an Bedeutung. Die 180 bis zum September 1943 erschienenen konkretisierenden Gesetze, die ministerialen Anordnungen, die Rundschreiben sowie die lokalen Verordnungen ergänzten und verschärften die erwähnten Dekrete und ließen nur wenig Raum für eine Anwendung von Ausnahmen.<sup>41</sup> Schrittweise wurde fast jede

---

<sup>37</sup> Roberto Finzi, „The Damage to Italian Culture: The Fate of Jewish University Professors in Fascist Italy and After, 1938–1946“, in *Jews in Italy under Fascist and Nazi Rule, 1922–1945*, hrsg. v. Joshua D. Zimmerman (New York: Univ. Press, 2005), 96–113, hier 10.

<sup>38</sup> Ilaria Pavan, „Indifferenz und Vergessen. Juden in Italien in der Kriegs- und Nachkriegszeit (1938–1970)“, in *Raub und Restitution: „Arisierung“ und Rückerstattung des jüdischen Eigentums in Europa*, hrsg. v. Constantin Goshler, Philipp Ther und Claire Andrieu (Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl., 2003), 154–168, hier 155.

<sup>39</sup> Als wahrscheinlichster Grund für diese Maßnahme gilt die Angst vor den negativen Folgen für die italienische Wirtschaft. Vgl. Fabio Levi, „La restituzione dei beni“, in *Il ritorno alla vita: Vicende e diritti degli ebrei in Italia dopo la seconda guerra mondiale*, hrsg. v. Michele Sarfatti (Firenze: Giuntina, 1998), 77–94, hier 80.

<sup>40</sup> Moos, *Ausgrenzung*, 56ff.

<sup>41</sup> Pavan, „Indifferenz“, 156.

Arbeitstätigkeit, selbst die von Hotelpförtnern oder Straßenhändlern, beschränkt oder untersagt. Indirekt wurde der Betrieb der noch existierenden jüdischen Unternehmen durch eingeschränkte Lizenzausgabe, limitierte Kredite, zurückgezogene Staatsaufträge oder auch „nur“ durch das Verbot, die Werbung jüdischer Firmen zu publizieren, gelähmt.<sup>42</sup> Nicht zu unterschätzen ist die fortdauernde Ungewissheit und latente Bedrohung, die desto mehr auf die psychische Lage der jüdischen Minderheit wirkten, um so weniger sich ein geradliniger Verlauf des Ausgrenzungsprozesses der Juden aus dem ökonomischen, öffentlichen und kulturellen Leben erkennen ließ.<sup>43</sup>

Die erste Reaktion der italienischen Juden auf die Rassengesetze war vor allem durch Ungläubigkeit, Bedacht und Gehorsamkeit gekennzeichnet, denn es herrschte die Überzeugung vor, dass es sich nur um vorübergehende Maßnahmen handelte.<sup>44</sup> Vertreter der jüdischen Gemeinden, die mehrheitlich profaschistisch orientiert waren, beschränkten sich auf Loyalitätsversicherungen gegenüber dem Regime.<sup>45</sup> Besonders schwer fiel die antisemitische Wende des Regimes den jüdischen Faschisten, die im Dezember 1938 ohne Ausnahme aus der Partei ausgeschlossen wurden. Sie fühlten sich, ebenso wie nichtfaschistische jüdische Patrioten, in ihrer *Italianità* – in ihrer Zugehörigkeit zur italienischen Nation – verraten.<sup>46</sup> Einige von ihnen verzichteten demonstrativ auf die „erzwungene“ jüdische Identität. Manche konvertierten zum Katholizismus in der Hoffnung, den Rassengesetzen entkommen zu können.<sup>47</sup>

Die Emigration der italienischen Juden hielt sich in bescheidenen Grenzen, im Gegensatz zu den ausländischen Juden, die allerdings seit September 1938 gesetzlich aufgefordert wurden, Italien zu verlassen. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wanderten ca. 4 500 Personen aus, bis Ende Oktober 1941 stieg diese Zahl auf ungefähr 6 000.<sup>48</sup> Hinter der relativ geringen Zahl lassen sich sowohl der tief verankerte Patriotismus und die Identifikation mit der

<sup>42</sup> Wildvang, *Der Feind*, 122f.

<sup>43</sup> Pavan, „Indifferenz“, 156.

<sup>44</sup> Collotti, *Gli ebrei*, 82. Vgl. Iael Nidam-Orvieto, „The Impact of Anti-Jewish Legislation on Everyday Life and the Response of Italian Jews, 1938–1943“, in *Jews in Italy under Fascist and Nazi Rule, 1922–1945*, hrsg. v. Joshua D. Zimmerman (New York: Univ. Press, 2005), 158–181, hier 160.

<sup>45</sup> Aufgrund des Gesetzes Nr. 1731 vom 30. Oktober 1930 wurde das jüdische Gemeindeleben zentralisiert und unter staatliche Kontrolle gestellt, da die Ernennung aller Rabbiner sowie der Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden der Zustimmung durch das Justiz- und Kulturministerium unterlag. Gleichzeitig wurde die Einrichtung einer Dachorganisation aller jüdischen Gemeinden Italiens (*Unione delle comunita israelitiche italiane*, weiter als UCII) verfügt.

<sup>46</sup> Vgl. Wildvang, *Der Feind*, 131.

<sup>47</sup> Nach Sarfatti betraf der Austritt aus den jüdischen Gemeinden in den Jahren 1938–1941 zwischen 4 528 und 5 429 Personen. Ders., *Gli ebrei*, 228.

<sup>48</sup> Wildvang, *Der Feind*, 132.

italienischen Kultur, aber auch der bürokratische Aufwand, hohe Kosten der Ausreise, unsichere Aussichten im Ausland und die ungünstige internationale politische Konstellation vermuten.

Bei der Reaktion der nichtjüdischen Italiener auf die antijüdischen Gesetze überwogen allgemeine Gleichgültigkeit und Passivität auf der einen Seite und Opportunismus auf der anderen Seite die Fälle von Solidarität und Unterstützung gegenüber den Juden.<sup>49</sup> Nicht wenige „arische“ Italiener profitierten von den durch die Diskriminierung entstandenen Karrieremöglichkeiten. Einige zierten sich nicht, im Rahmen einzelner Berufskammern ihre jüdischen Konkurrenten anzuzeigen.<sup>50</sup> Als jüdische Universitätsprofessoren entlassen wurden, fand sich nur einer, der das Angebot eines „befreiten“ Lehrstuhls ablehnte.<sup>51</sup>

Nach dem Eintritt Italiens in den Krieg am 10. Juni 1940 verschärfte sich das Vorgehen des faschistischen Regimes hauptsächlich gegen die ausländischen Juden in Italien. Diese und einige „potenziell gefährliche“ italienische Juden wurden in besonderen Lagern, die vor allem in den südlichen Provinzen Italiens errichtet wurden, interniert.<sup>52</sup> Im Mai 1942 wurde allerdings für alle (ohne Rücksicht auf die *discriminazione*) italienischen jüdischen Männer und Frauen zwischen 18 und 55 Jahren die Zwangsarbeit angeordnet.<sup>53</sup> Die Durchführung der Anordnung unterschied sich von Provinz zu Provinz, wobei sie in einigen Gemeinden ganz ausblieb.<sup>54</sup> Es handelte sich zumeist um eine sinnlose manuelle Arbeit mit keinerlei Auswirkung auf die Kriegsproduktion des Landes, allerdings wurden diese Arbeitseinsätze propagandistisch ausgenutzt. Pläne der faschistischen Regierung, besondere Arbeitslager für italienische Juden zu errichten, wurden nach dem Sturz Mussolinis am 25. Juli 1943 nicht mehr realisiert. Die neue Regierung des Marschalls Badoglio beschränkte sich im Hinblick auf die Lage der Juden nur auf den Bestand des Status quo. Bis auf die

<sup>49</sup> Pavan, „Indifferenz“, 157f; Vgl. Alessandro Visani, „Italian reactions to the racial laws of 1938 as seen through the classified files of the Ministry of Popular Culture“, *Journal of Modern Italian Studies* 11 (2006): 171–187.

<sup>50</sup> Wildvang, *Der Feind*, 118.

<sup>51</sup> Francesca Pelini und Ilaria Pavan, *La doppia epurazione. L'Università di Pisa e le leggi razziali tra guerra e dopoguerra* (Bologna: Il Mulino, 2009), 229.

<sup>52</sup> Das größte von 51 Massenlagern und 250 „freien Internierungen“, die im Prinzip aus Hausarrest bestanden, war in Ferramonti di Tarsia, in dem es im Sommer 1943 rund 2 000 Häftlinge gab. Die Gesamtzahl der Internierten wird im Fall der ausländischen Juden auf weniger als 4 000 und für die italienischen Juden auf 300–400 geschätzt. Vgl. Collotti, *Il fascismo*, 104ff. Mehr zum System der Internierungslager in Italien siehe Carlo Spartaco Capogreco, *I campi del duce: L'internamento civile nell'Italia fascista, 1940–1943* (Torino: Einaudi, 2004).

<sup>53</sup> Vgl. Sarfatti, *Gli ebrei*, 199ff.

<sup>54</sup> Es konnte sich auch um Fälle des passiven Widerstands seitens der lokalen Autoritäten handeln. Vgl. *ibid.*, 201.

Abschaffung einiger restriktiver Maßnahmen, wie z. B. das Verbot des Radio-besitzes, blieben alle antijüdischen Gesetze unter Berufung auf das andauernde Bündnis mit Deutschland gültig.<sup>55</sup>

Radikal veränderte sich die Situation aller Juden nach der Verkündung des Waffenstillstandes seitens Italiens am 8. September 1943,<sup>56</sup> infolgedessen das Land einerseits in das von den Alliierten befreite Süditalien und andererseits in das von Deutschen besetzte Mittel- und Norditalien aufgeteilt wurde.<sup>57</sup> Der deutsche Machtbereich wurde weiter auf die faschistische Marionettenrepublik (offiziell *Repubblica sociale italiana*), die sogenannte Republik von Salò, und zwei dem Deutschen Reich direkt unterstellte Operationszonen „Alpenvorland“ und „Adriatisches Küstenland“ aufgeteilt.<sup>58</sup> Da die italienischen Juden traditionell in größeren Städten in den mittleren und nördlichen Provinzen Italiens lebten, wurden nun nicht nur ihre Rechte beschnitten, sondern auch unmittelbar ihr Leben bedroht. Über das praktische Ende des Krieges und die Befreiung konnten sich paradoxerweise vor allem die ausländischen Juden freuen, die vorher in den faschistischen Lagern im Süden (einschließlich Ferramonti) interniert worden waren.

Nachdem es ungefähr 6 000 Juden gelungen war, in die Schweiz zu flüchten, und ungefähr weitere 500 über die Front in den südlichen Teil Italiens entkommen konnten, verblieben im Herbst 1943 auf dem Gebiet der Republik von Salò ca. 32 300 Juden.<sup>59</sup> Es ist bemerkenswert, dass zur Flucht ins Ausland oder in die Illegalität eher ausländische Juden neigten, die sich der akuten Bedrohung ihres Lebens bewusster waren. Italienische Juden blieben meistens in ihren Häusern, meist aus Unkenntnis über das Ausmaß der nationalsozialistischen Gewalttaten, aus Zweifeln an der „Gräuelpopaganda der Alliierten“ oder aus Mangel an Finanzmitteln, und waren deswegen einfache Opfer für die SS-Einsatzkommandos, die

<sup>55</sup> Mario Toscano, *Labrogazione delle leggi razziali in Italia, 1943–1987* (Roma: Eredi dott. G. Bardi, 1988), 31.

<sup>56</sup> Der sogenannte „kurze Waffenstillstand“ wurde am 3. September 1943 in Cassibile (Sizilien) zwischen dem damaligen Königreich Italien und den Anglo-Amerikanern heimlich unterzeichnet. Italien verpflichtete sich zur Übergabe von Flotte und Luftwaffe sowie des gesamten Hoheitsgebiets an die Militärführung der Alliierten, wenn zugleich italienische Monarchie und Regierung offiziell fortbestehen sollten. Für die Verhandlungen vor dem Waffenstillstand sowie die Folgen, die seine Bekanntgabe fünf Tage später entfesselte, vgl. Elena Aga Rossi, *Una nazione allo sbando: L'armistizio italiano del settembre 1943 e le sue conseguenze* (Bologna: Il Mulino, 2006).

<sup>57</sup> Vgl. Lutz Klinkhammer, *Zwischen Bündnis und Besatzung: Das nationalsozialistische Deutschland und die Republik von Salò 1943–1945* (Tübingen: Niemeyer, 1993).

<sup>58</sup> Vgl. Michael Wedekind, *Nationalsozialistische Besatzungs- und Annexionspolitik in Norditalien 1943 bis 1945: Die Operationszonen „Alpenvorland“ und „Adriatisches Küstenland“* (München: Oldenbourg, 2003).

<sup>59</sup> Picciotto, *Il libro*, 857.

von Oktober bis Dezember 1943 systematische Verhaftungen in allen größeren Städten durchführten.<sup>60</sup>

Die inzwischen unter der Führung Mussolinis reorganisierte und konsolidierte Republik von Salò definierte sich programmatisch als antisemitischer Staat, in dem alle „Angehörigen der jüdischen Rasse“ zu „Ausländern“, und damit zu Feinden des Staates, erklärt wurden.<sup>61</sup> Zum 1. Dezember 1943 ordnete das republikanisch-faschistische Innenministerium aus eigener Initiative die Internierung aller Juden ohne Rücksicht auf frühere Privilegien oder Nationalität an. Anders als in den Operationszonen, in denen die Durchführung der Judenverfolgung und ihre Enteignung ausschließlich der deutschen Okkupationsmacht unterlagen,<sup>62</sup> bildete sich auf dem Gebiet der Republik von Salò seit Dezember 1943 eine informelle Zusammenarbeit zwischen deutschen und italienischen Stellen heraus.<sup>63</sup> Die italienischen Polizeibehörden, die über umfassende Strukturen verfügten und die Gegebenheiten vor Ort gut kannten, spürten die Juden auf und verhafteten sie. Anschließend wurden sie in vorläufigen Lagern und im zentralen Konzentrationslager in Fossoli unter Bewachung durch die italienische Polizei inhaftiert.<sup>64</sup> Von dort organisierte die SS die Transporte in die Vernichtungslager.

Von Dezember 1943 an mussten sich also alle Juden verstecken, die Internierung beziehungsweise Deportation entkommen wollten. Infolgedessen waren sie wörtlich von Gnade und Ungnade der nichtjüdischen Italiener abhängig. Einen Vorteil hatten dabei die italienischen Juden, die von ihren Mitbürgern kaum zu unterscheiden waren und häufig von ihren nichtjüdischen Verwandten und Nachbarn gewarnt, unterstützt oder versteckt wurden. Besonders wichtig war die Hilfe mutiger Priester und Nonnen, in deren Konventen und Klöstern viele italienische sowie auch ausländische Juden Zuflucht fanden. Doch es gab auch viele einzelne oder in Banden organisierte Helfer der faschistischen und nationalsozialistischen Sicherheitsbehörden sowie Spitzel, die aus Eigennutz

<sup>60</sup> Vgl. Wildvang, *Der Feind*, 275f.

<sup>61</sup> Vgl. Sara Berger, „Judenverfolgung und Kollaboration in der Republik von Salò“, in ... *denn in Italien haben sich die Dinge anders abgespielt: Judentum und Antisemitismus im modernen Italien*, hrsg. v. Gudrun Jäger und Liana Novelli-Glaab (Berlin: trafo, 2007), 177–197.

<sup>62</sup> Vgl. Cinzia Villani, „The Persecution of Jews in Two Regions of German-Occupied Northern Italy, 1943–1945: Operationszone Alpenvorland and Operationszone Adriatisches Küstenland“, in *Jews in Italy under Fascist and Nazi Rule, 1922–1945*, hrsg. v. Joshua D. Zimmerman (New York: Univ. Press, 2005), 243–259.

<sup>63</sup> Liliana Picciotto nannte dies „operational understanding to share tasks“. Dies., „The Shoah in Italy: Its History and Characteristics“, in *Jews in Italy under Fascist and Nazi Rule, 1922–1945*, hrsg. v. Joshua D. Zimmerman (New York: Univ. Press, 2005), 209–223, hier 218.

<sup>64</sup> Seit März 1944 bis zu seiner Evakuierung im August 1944 wurde das Lager direkt durch die Deutschen betrieben. Vgl. Liliana Picciotto, *Lalba ci colse come un tradimento: Gli ebrei nel campo di Fossoli, 1943–1944* (Milano: Mondadori, 2010).

und Opportunismus und weniger aus ideologischen Gründen versteckte Juden verriet. Wie Studien zum Denunziantentum am Beispiel Roms zeigen, handelte es sich nicht um ein marginales Phänomen, bei dem sich nur der Abschaum der Gesellschaft engagierte, sondern es fanden sich unter den Spitzeln Vertreter aller sozialen Schichten.<sup>65</sup>

Der gesamte Besitz aller jüdischen Personen sollte nach einer Polizeiverordnung vom November 1943 beschlagnahmt werden, was durch ein im Januar 1944 erschienenes Dekret bestätigt und später auf Rechtspersonen (u. a. jüdische Gemeinden) ausgedehnt wurde. Mit der Konfiszierung und Verwaltung des jüdischen Eigentums sowie der Immobilien wurde zwar wieder EGELI beauftragt, allerdings errichteten parallel dazu einige Präfekten besondere Ämter, die einen größeren Spielraum für die Bereicherung einzelner Funktionäre boten. Nicht zu vergessen ist die generelle, von Kriegsnot und Hunger gezeichnete Lage in der Republik von Salò, die zu einer erhöhten Anzahl von Diebstählen und Plünderungen jüdischen Eigentums durch einzelne nichtjüdische Italiener beitrug.<sup>66</sup> Dies erschwerte natürlich die Restitution in der Nachkriegszeit.

## Kulturpolitischer Hintergrund der Reintegration

Die Wahrnehmung der Juden in Bezug auf die Folgen der faschistischen und nationalsozialistischen Judenpolitik durch die italienische Gesellschaft unmittelbar nach dem Kriegsende ist ein sehr kompliziertes und komplexes Thema, was zu einem Großteil mit der schwierigen und unübersichtlichen Situation auf der italienischen Halbinsel in den letzten zwei Jahren des Zweiten Weltkrieges zusammenhängt. Nach der Waffenstillstandserklärung im September 1943 teilte die Kriegsfrent das Land nicht nur territorial, sondern auch ideologisch. Vor allem die letzten Monate des Krieges waren durch einen Bürgerkrieg zwischen antifaschistischen und faschistischen Kräften gekennzeichnet. Die Kriegserfahrung der Italiener sowie das Maß ihrer Kenntnisse über das Schicksal der Juden und ihrer eigenen Verwicklung in die Judenverfolgung unterschieden sich daher enorm, je nachdem in welchem Teil Italiens sie die letzten zwei Jahre des Krieges verbracht hatten.

Während in den nördlichen Provinzen die Deportation der Juden in die Vernichtungslager ihren Höhepunkt erreichte, feierte man im Süden und in den

<sup>65</sup> Wildvang, *Der Feind*, 361f. Vgl. Amedeo Osti Guerrazzi, *Caino a Roma: I complici romani della Shoah*. (Roma: Cooper, 2006). Auf Deutsch siehe ders. „Kain in Rom: Judenverfolgung und Kollaboration unter deutscher Besatzung 1943/44“, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 54 (2006): 231–268.

<sup>66</sup> Levi, „La restituzione“, 83.

zentralen Gebieten der Halbinsel schon den Sieg über Faschismus und Nationalsozialismus. Die Befreiung Roms im Juni 1944 war dabei ein wichtiger Meilenstein. Dank der relativ kurzen Zeit der deutschen Besatzung und durch die Hilfe einzelner oder organisierter nichtjüdischer Italiener gelang es ungefähr 80 Prozent der römischen Juden, in der Illegalität zu überleben.<sup>67</sup> Da in Rom traditionell die größte jüdische Gemeinde existierte, kam es zu einer ersten großen Auseinandersetzung zwischen nichtjüdischen Italienern und ihren jüdischen Mitbürgern noch vor Ende des Krieges.<sup>68</sup> In dieser Zeit sind also die Ursprünge der Haltung der italienischen Gesellschaft zu ihren jüdischen Mitbürgern unmittelbar nach dem Krieg zu suchen, die somit indirekt oder aufgrund von persönlichen Erfahrungen entstand. Dank der wieder aufgenommenen Tätigkeit der überregionalen Presse wurde gleichzeitig eine Grundlage für die Nachkriegsinterpretation des Faschismus und des faschistischen Antisemitismus durch die antifaschistischen politischen und kulturellen Eliten geschaffen.<sup>69</sup>

Noch während des Krieges und einige Monate danach, in einer Zeit allgemeiner Euphorie über die Befreiung des Landes von Faschismus und Nationalsozialismus, entstand im befreiten Mittel- und Norditalien ein Klima der „Wiedergutmachung“ gegenüber den Juden, die aus ihren Zufluchtsorten und später aus den Vernichtungslagern zurückkehrten. Zumeist wurde den Juden dort, wo in Präfekturen oder Befreiungskomitees ehemalige Partisanen Positionen innehatten, bei der Lösung ihrer akuten Bedürfnisse und bei der informellen Rückgabe ihres Eigentums entgegengekommen.<sup>70</sup> Das Verhalten gegenüber den Juden äußerte sich jedoch auch durch oberflächliche Sentimentalitäten, welche die ehemals Verfolgten als lästige Kampagne und „fehlgeleitete Sympathiebezeugungen“ wahrnahmen.<sup>71</sup> Dies wurde durch den Fakt verstärkt, dass viele Faschisten tatsächlich geleistete oder erfundene Hilfe für Juden während des Prozesses der politischen

<sup>67</sup> Federica Barozzi, „L'uscita degli ebrei di Roma dalla clandestinità“, in *Il ritorno alla vita: Vicende e diritti degli ebrei in Italia dopo la seconda guerra mondiale*, hrsg. v. Michele Sarfatti (Firenze: Giuntina, 1998), 31–46, hier 31.

<sup>68</sup> Im Januar 1943 lebten in Rom laut offiziellen Angaben rund 11 855 (13 171) Juden. Es folgte Mailand mit 5 142 (10 654), Turin mit 2 700 (4 345) und Triest mit 2 462 (6 215) Einwohnern. Die Zahlen in Klammern entsprechen den Angaben des Zensus vom August 1938. Vgl. Tabelle mit Ergebnissen der Volkszählungen aus den Jahren 1910 bis 1943 in Sarfatti, *Gli ebrei*, 31–32.

<sup>69</sup> Vgl. Focardi, „Alle origini“, 141. Generell zur italienischen Erinnerungskultur nach dem Zweiten Weltkrieg siehe: Ders., *La guerra della memoria: la Resistenza nel dibattito politico italiano dal 1945 a oggi* (Roma, Bari: Laterza, 2005).

<sup>70</sup> Siehe Beispiele aus Bologna, Parma und Genua in Andrea Villa, *Dai lager alla terra promessa: La difficile reintegrazione nella nuova Italia e l'immigrazione verso il Medio Oriente (1945–1948)* (Milano: Guerini e associati, 2005), 28.

<sup>71</sup> Anna Bravo, „Der Umgang mit der Shoah in Italien“, in *Der Umgang mit dem Holocaust: Europa – USA – Israel*, hrsg. v. Rolf Steininger (Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 1994), 347–372, hier 350.

„Säuberung“ opportunistisch zu ihrer eigenen Entlastung nutzten.<sup>72</sup> Die Welle des Mitleids und der Solidarität klang noch in den ersten Monaten nach dem Krieg ab und unter den Italienern überwogen Gleichgültigkeit, Unsensibilität, Unglaube und Unterschätzung der von Juden erlebten Strapazen und Grausamkeiten. Auch Misstrauen und Argwohn gegenüber den jüdischen Landsleuten waren gängig, allerdings nur selten in Form offener Feindseligkeit.<sup>73</sup>

Dafür gab es mehrere Gründe. Alle Italiener mussten sich mit eigenen Schäden, Verlusten und anderen Problemen, die aus dem Krieg und der deutschen Besatzung hervorgegangen waren, auseinandersetzen. Die meisten schenkten daher den ehemaligen jüdischen Verfolgten, die aus der Illegalität, der Emigration und später aus den nationalsozialistischen Vernichtungslagern zurückkehrten, nur wenig Aufmerksamkeit. Argwohn und Feindseligkeit brachten vor allem diejenigen den Juden entgegen, die sich persönlich in ihrer Verfolgung engagiert oder von ihr direkt oder indirekt profitiert hatten. Sie hatten Angst, dass die Juden zurückfordern würden, was beschlagnahmt oder geraubt worden war, dass sie sich rächen würden oder zu große Ansprüche stellen würden. Auch darf nicht altes Misstrauen und Böswilligkeit aufgrund des traditionellen Antijudaismus und aufgrund der faschistischen Indoktrinierung vergessen werden,<sup>74</sup> die bei vielen Bürgern und Bürokraten mit Sicherheit bis Anfang der 1950er Jahre nachwirkten.<sup>75</sup>

Die generelle Unsensibilität der italienischen Mehrheitsgesellschaft unmittelbar nach dem Krieg gegenüber dem Leiden, das von den Juden durchlebt worden war, wurde sowohl durch die Uninformiertheit über den Verlauf und das Ausmaß des Holocausts als auch durch die bewusste Unterschätzung von Bedeutung und Folgen der faschistischen Judenverfolgung seitens der antifaschistischen politischen sowie kulturellen Kräfte noch verstärkt. In den Jahren 1944–1947 lässt sich eine durch alle antifaschistischen Parteien unterstützte Bemühung erkennen, das italienische Volk von der Verantwortung für Faschismus und Krieg zu entlasten und das Image des Landes in den Augen der Alliierten zu verbessern, indem

<sup>72</sup> Eine Kritik dieses Doppelspiels und des falschen Antifaschismus finden wir z. B. in der Kurzgeschichte *Otto ebrei*, die Giacomo Debenedetti im September 1944 schrieb. Vgl. Focardi, „Alle origini“, 161.

<sup>73</sup> Guri Schwarz, „Juden und Judentum in Italien in der Zeit nach dem Faschismus“, in ... *denn in Italien haben sich die Dinge anders abgespielt: Judentum und Antisemitismus im modernen Italien*, hrsg. v. Gudrun Jäger und Liana Novelli-Glaab (Berlin: trafo, 2007), 201–217, hier 207.

<sup>74</sup> Zur Nachhaltigkeit antisemitischer Vorurteile vgl. Adriana Goldstaub, „Appunti per uno studio sui pregiudizi antiebraici nei primi anni del dopoguerra (1945–1955)“, in *Il ritorno alla vita: Vicende e diritti degli ebrei in Italia dopo la seconda guerra mondiale*, hrsg. v. Michele Sarfatti (Firenze: Giuntina, 1998), 139–149, hier 143 und 146.

<sup>75</sup> Schwarz, „Juden“, 206f.

jegliche Schuld auf die Nationalsozialisten und auf eine Handvoll Faschisten um Mussolini abgewälzt wurde.<sup>76</sup> Zu diesem Zweck wurden auch die Verdienste um die Rettung der Juden in Italien und in den ehemaligen besetzten Gebieten besonders hervorgehoben. Bemerkenswert in dieser Hinsicht sind die Initiativen und die Tätigkeit der italienischen Diplomatie. Auch wenn es ihr nicht gelungen war, den Wortlaut des Friedensvertrags aus dem Jahre 1947 zugunsten Italiens zu beeinflussen, trugen ihre Initiativen wesentlich dazu bei, das Bild der „Italiener, welche die Juden gerettet haben“, in der italienischen und der ausländischen Öffentlichkeit zu etablieren.<sup>77</sup>

Das Verdrängen der eigenen Verantwortung für den faschistischen Antisemitismus durch die Annahme seiner konventionellen Auffassung und des Mythos des „guten italienischen Volkes“ (*italiani, brava gente*), das ein konstitutiver Teil des kollektiven Gedächtnisses der Italiener bis zum Ende der 1980er Jahre blieb, hatte zweifelsohne seine Ursprünge im öffentlichen Diskurs der Jahre 1944–1947. Die irreführende Betonung der „externen“ Herkunft des Antisemitismus und der ablehnenden Haltung des italienischen Volks ihm gegenüber, die zuerst von jüdischen Intellektuellen ausging, wurde zu den wichtigsten Referenzpunkten aller politischen Parteien, die sich aktiv am Nachkriegsaufbau des Landes beteiligten. Im Gegensatz zu den Politikern vom linken Spektrum ließen sich einige Vertreter von katholischen und liberalen Kreisen sowie von der Aktionspartei (*Partito d'Azione*) energisch in die öffentliche Debatte zu den Auswirkungen der Judenverfolgung und zum Reintegrationsprozess nach Kriegsende ein.<sup>78</sup>

Alle bemühten sich, dabei das positive Bild Italiens im Ausland zu schützen und zu stärken; allerdings verbarg sich hinter den Einstellungen der katholischen und liberalen Politiker auch die Bemühung, eigenes Engagement oder Passivität während der faschistischen Judenverfolgung zu vertuschen oder umzudeuten. Die Aktionspartei, die erst im Jahre 1942 entstanden war, musste ihre früheren Taten nicht rechtfertigen. Noch vor der Befreiung Roms befürworteten ihre Mitglieder eine schnelle und konsequente Lösung der rechtlichen Lage der verfolgten Juden.<sup>79</sup> Ihr Konzept eines einzigen Gesetzes zur Abschaffung der Diskriminierung der Juden und zur Wiedergutmachung ihrer Folgen konnten sie jedoch nicht

<sup>76</sup> Vgl. Filippo Focardi, „Die Unsitte des Vergleichs. Die Rezeption von Faschismus und Nationalsozialismus in Italien und die Schwierigkeiten, sich der eigenen Vergangenheit zu stellen“, in *Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945–2000*, hrsg. v. Gian Enrico Rusconi und Hans Woller (Berlin: Duncker & Humblot, 2006), 107–139.

<sup>77</sup> Guri Schwarz, „On Myth Making and Nation Building: The Genesis of the ‘Myth of the Good Italian’, 1943–1947“, *Yad Vashem Studies* 36, Nr. 1 (2008): 111–143.

<sup>78</sup> Focardi, „Alle origini“, 156.

<sup>79</sup> *Ibid.*, 156ff.

durchsetzen.<sup>80</sup> Von katholischen Kreisen wurden die Humanität des italienischen Volkes und die Hilfe vieler Priester und Nonnen hervorgehoben, wobei es auf Seiten des konservativen Flügels nicht an Hochschätzung der Rolle des Papstes fehlte. Die Unterstützung der demografischen Politik des faschistischen Regimes oder der Einwand gegen die vollkommene Aufhebung der Rassengesetze nach dem Sturz Mussolinis sowie das Ausbleiben von Protesten und Urteilen gegen nationalsozialistische Deportationen seitens der höchsten kirchlichen Hierarchie wurden allerdings verschwiegen.<sup>81</sup>

Die verzerrte Wahrnehmung des Faschismus und die kritiklose Selbstdarstellung durch die antifaschistischen Eliten führte zur Ignorierung der weitreichenden Folgen der Judenverfolgung und zum Unverständnis für die Lage der italienischen Juden unmittelbar nach dem Krieg. Dies zeigte sich am deutlichsten an den Haltungen einiger liberaler Intellektueller und Politiker, deren radikale Position, so Roberto Finzi, vor allem aus zwei Tatsachen hervorging.<sup>82</sup> Erstens seien es die liberalen Schichten gewesen, die aufgrund der Sozialstruktur der jüdischen Bevölkerung von deren Entlassungen am meisten profitiert und daher durch die Reintegration der Juden auch am meisten zu verlieren gehabt hätten. Zweitens hätten die Liberalen großes Gewicht auf konservative Werte wie die Bewahrung der staatlichen Kontinuität gelegt, die mit der traditionellen Assimilationsforderung gegenüber den Juden zusammengehangen habe.

Ausgangspunkt nicht nur für liberale Intellektuelle war die breit akzeptierte Lehre Benedetto Croces<sup>83</sup> vom Faschismus als einer „Parenthese“. Er betrachtete den Faschismus als einen „Zwischenfall“ oder eine singuläre historische Episode, die in der italienischen Kulturtradition (römische Zivilisation, Humanismus und liberales Risorgimento) eine Ausnahme bilde.<sup>84</sup> So wie der Faschismus sei auch der Antisemitismus für die italienische Gesellschaft ein Fremdkörper geblieben, was die ablehnende Reaktion der Italiener bewiesen habe. Infolgedessen habe sich die italienische Gesellschaft mit der Abschaffung des Faschismus gleichzeitig auch des Antisemitismus entledigt.

<sup>80</sup> Toscano, *Labrogazione*, 47f.

<sup>81</sup> Focardi, „Alle origini“, 150ff. Vgl. Wildvang, *Der Feind*, 141.

<sup>82</sup> Roberto Finzi, „Tre scritti postbellici sugli ebrei di Benedetto Croce, Cesare Merzagora, Adolfo Omodeo“, *Studi Storici* 1 (2006): 81–110, hier 89–90.

<sup>83</sup> Benedetto Croce (1866–1952), Philosoph, Historiker, Politiker, Literaturwissenschaftler. Im Jahre 1925 distanzierte er sich öffentlich vom Faschismus mit einem „Manifest gegen den Faschismus in Italien“. Nach dem Fall Mussolinis wurde er zum Neubegründer und bis 1947 auch zum Vorsitzenden der Liberalen Partei. Im Jahre 1944 war er kurz in der zweiten Regierung Badoglio und der zweiten Regierung Bonomi als Minister tätig. Vgl. *Brockhaus-Enzyklopädie: in 24 Bänden*, 5. Band, Cot–Dr. (Mannheim: F. A. Brockhaus, 1988), 37.

<sup>84</sup> Focardi, „Die Unsitte“, 108.

Es gibt keinen Grund, Croce eine antijüdische Gesinnung zu unterstellen. Seit Beginn der 1930er Jahre äußerte er sich ablehnend dem deutschen Rassismus und später der faschistischen Judenpolitik gegenüber und unterstützte Juden während ihrer Verfolgung, die er auch nach Kriegsende scharf verurteilte. Trotzdem glaubte er aufgrund der erwähnten Argumentation, dass die Juden bereits durch die humane Solidarität der Italiener in bestimmter Art entschädigt worden seien.<sup>85</sup> Die wichtigste Aufgabe, welche von den Juden nach ihrer Heimkehr geleistet werden sollte, sah er in ihrer vollkommenen Assimilation. Im Einklang mit der liberalen Forderung, die Kontinuität des Staates zu gewährleisten, sei es nötig, diesen Prozess fortzuführen, der bereits im liberalen Staat begonnen, jedoch durch die faschistischen Rassengesetze gewaltsam unterbrochen worden sei.<sup>86</sup> Croce rief deswegen die Juden auf, keine Privilegien oder Vorzüge im Vergleich zur restlichen Bevölkerung zu verlangen, die sich großzügig gegenüber den Juden verhalten habe, während sie selbst unter dem Druck der Diktatur gelitten hätte.<sup>87</sup> Viele der Schäden und Ungerechtigkeiten, die von den Faschisten verursacht wurden, seien nämlich bei den jüdischen sowie den anderen Italienern nicht mehr wiedergutmachen. Die Juden sollten sich daher lieber darum bemühen, sich zu assimilieren und die Unterschiedlichkeit und das Trennende aufzuheben, die sie über Jahrhunderte aufrechterhalten hätten und die in der Zukunft erneut ihre Verfolgung verursachen könnten.<sup>88</sup>

Diese Ansicht war keine Ausnahme unter den antifaschistischen Intellektuellen und Politikern. Der Liberale Francesco Nitti<sup>89</sup> behauptete, die Juden seien selbst an ihrer Verfolgung schuld gewesen, da sie sich als einzige Nation im Mittelmeerraum nicht assimiliert hätten. Ihre Religion sei intolerant, autoritär und rassistisch und trenne sie von den Nationen, in denen sie eine Minderheit bildeten.<sup>90</sup> Ähnlich verurteilte Adolfo Omodeo,<sup>91</sup> Mitglied der Aktionspartei, den

<sup>85</sup> Finzi, „Tre scritti“, 91.

<sup>86</sup> Focardi, „Alle origini“, 163.

<sup>87</sup> Finzi, „Tre scritti“, 91.

<sup>88</sup> *Ibid.*, 84.

<sup>89</sup> Francesco Saverio Nitti (1868–1953), Ökonom und Politiker, Ministerpräsident Italiens von 1919 bis 1920. Als offener Opponent Mussolinis lebte er seit 1925 in Paris und organisierte von dort aus den antifaschistischen Widerstand bis zu seiner Verhaftung durch die SS (1943–1945). Seit 1948 Senator auf Lebenszeit. Vgl. *Brockhaus-Enzyklopädie: in 24 Bänden*, 15. Bd., Moe–Nor. (Mannheim: F. A. Brockhaus, 1991), 635.

<sup>90</sup> Focardi, „Alle origini“, 164.

<sup>91</sup> Adolfo Omodeo (1889–1946), Historiker, galt seit 1924 als Regimefeind, Freund von Benedetto Croce, Mitglied der Aktionspartei. Nach dem Sturz Mussolinis im Juli 1943 wurde er Mitglied einer staatlichen Kommission zur Säuberung der Universitäten und Rektor der Universität Neapel. Vgl. Hans Woller, *Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 bis 1948* (München: Oldenbourg, 1996), 65ff.

nationalsozialistischen Rassismus, meinte aber, seine Ursachen im jüdischen Exklusivismus zu erkennen.<sup>92</sup> Der klassischen antisemitischen Argumentation kam allerdings Cesare Merzagora<sup>93</sup> am nächsten, und zwar in seinem Artikel „Aktuelles Problem“ in der liberalen Zeitschrift *La Liberta* vom 19. Dezember 1945, von dessen aggressiver sowie primitiver Argumentation sich sogar die Herausgeber distanzieren.<sup>94</sup>

Unter dem „aktuellen Problem“ verstand Merzagora die Eingliederung der Juden in die Mehrheitsgesellschaft, die für sie wünschenswert sei, um eine eventuelle zukünftige Verfolgung zu vermeiden. Dazu sollten ihnen seine Ratschläge, die an eine Art „Zehn Gebote“ erinnerten, helfen.<sup>95</sup> Grundsätzlich verlangte Merzagora eine vollkommene Assimilation der Juden als „Beitrag zur nationalen Einigung“ durch den Verzicht auf ihren Exklusivismus, wie z. B. in Punkt 5: „Die heimkehrenden Juden müssen sich zurückhalten. Italien hat sich in verschiedener Hinsicht geändert. Sie müssen sich nun daran gewöhnen, um den Tisch zu sitzen und nicht, wie es bisweilen ihre Gewohnheit ist, darunter oder darauf.“<sup>96</sup> Damit hängen die Punkte 3 und 8 zusammen, welche die Juden ermahnten, sie sollten sich weder im privaten noch im öffentlichen Bereich nur mit jüdischen Mitarbeitern umgeben. Auch im Rahmen der *epurazione*, dem Prozess der politischen „Säuberung“ vom Faschismus,<sup>97</sup> sollten die Juden keinen Sonderstatus fordern, denn, wie er in Punkt 2 betont, „es ist richtig, dass diese so wie diejenigen anderer Religionen ihre Leitungspositionen verlassen [müssen], sogar doppelt so richtig, weil sie nicht nur Faschisten, sondern auch töricht [...] waren, indem sie nicht verstanden hatten, wo sich die Gefahr befand.“<sup>98</sup> Bemerkenswert ist Merzagoras Hinweis auf die Religion und nicht auf die Rasse, wegen der die Juden tatsächlich verfolgt worden waren.

Auch in weiteren Punkten bagatellierte er den Charakter und die verschiedenen Auswirkungen der antisemitischen Politik auf die Verfolgten. Dabei

<sup>92</sup> Finzi, „Tre scritti“, 88.

<sup>93</sup> Cesare Merzagora (1898–1991), Bankier und Politiker. Im Jahre 1938 ersetzte er den aufgrund der Rassengesetze entlassenen Generaldirektor von Pirelli. Nach dem Waffenstillstand schloss er sich der antifaschistischen Bewegung an und wurde Mitglied des Nationalen Befreiungskomitee für Norditalien. Als Mitglied der Liberalen Partei war er von 1947 bis 1949 Außenhandelsminister in der Regierung De Gasperi. Von 1963 bis 1967 war er Vorsitzender des italienischen Senats. Vgl. Schwarz, „Juden“, 208.

<sup>94</sup> Dieser Artikel erschien später mit anderen Beiträgen Merzagoras in einer Streitschrift mit einem Vorwort von Benedetto Croce, aus dem auch die oben beschriebene Position Croces stammt. Vgl. Cesare Merzagora, *I pavid: dalla cospirazione alla Costituente* (Milano: Istituto editoriale Galileo, 1946).

<sup>95</sup> Für eine Aufzählung aller Punkten siehe: *Ibid.*, 86f.

<sup>96</sup> Zit. nach Schwarz, „Juden“, 208.

<sup>97</sup> Vgl. Woller, *Die Abrechnung*.

<sup>98</sup> Finzi, „Tre scritti“, 87.

bediente er sich eines klassischen antisemitischen Vorurteils über die jüdische Habgier. Dies war auch in der faschistischen Propaganda beliebt gewesen, um die Unterstützung der Italiener für die antisemitischen Gesetze zu gewinnen.<sup>99</sup> In Punkt 4 forderte er nämlich die jüdischen Gemeinden auf, ihre „entarteten“ Söhne und Töchter auszuschließen, weil sie sich nicht geweiigert hatten, die Namen ihrer Eltern zu beflecken, um dank der gefälschten Taufliste ihr Eigentum schützen zu können.<sup>100</sup> Jegliche Kritik und Beschwerden von Juden hielt Merzagora für unberechtigt. Daher mahnte er die Juden in Punkt 7, nach ihrer Rückkehr auf ihre Arbeitsstellen nicht das „Blaue vom Himmel“ zu verlangen und sich nicht kritisch zur politischen Agonie zu verhalten (Punkt 9). Die Emigranten, die einen amerikanischen Pass errungen hatten, erinnerte er daran, dass sie ihren erreichten Status ihrem italienischen Vaterland zu verdanken hätten (Punkt 6), und denjenigen, die aus der Schweiz zurückkamen, empfahl er in Punkt 1, „nicht so viel zu jammern“, schließlich sei es ihnen besser gegangen als wenn sie im Land geblieben wären und gegen die Diktatur gekämpft hätten. Damit unterschätzte Merzagora nicht nur die Gefahr, die den Juden als solche in der Republik von Salò drohte, sondern ordnete die restlichen Italiener zweifellos und ausnahmslos der Widerstandsbewegung zu.

Die Ansichten Merzagoras waren ein extremer Ausdruck der liberalen Haltung zur Frage der Reintegration, die für die Juden keinen anderen Ausweg aus ihrer Situation bereithielt als eine vollkommene Assimilation durch die Negation ihrer eigenen Identität, weswegen ihr Gewicht daher nicht überschätzt werden sollte. Doch diese Ansichten bieten uns einen komplexen Überblick über die Stereotype, Vorwürfe, Ängste, Erwartungen und Forderungen seitens der Mehrheitsgesellschaft an, welchen die jüdische Bevölkerung nach dem Kriegsende begegnen konnte. Die Judenverfolgung wurde zwar generell als Abscheulichkeit verurteilt, aber die Verantwortung dafür hätte nicht das italienische Volk, sondern Faschisten und Nationalsozialisten getragen. Die Faschisten wurden dabei nicht als Italiener, die sich mit Schuld beladen hatten, sondern als „Menschen, die es nicht würdig sind, Italiener zu sein“, angesehen.<sup>101</sup> Indem das Leiden der Juden als Teil des gesamten Leidens der Italiener unter Faschisten und Nationalsozialisten begriffen wurde, setzte sich in der italienischen Gesellschaft eine Gleichgültigkeit gegenüber den Heimkehrern aus der Illegalität, der Emigration

<sup>99</sup> Vgl. Levi, „La restituzione“, 81.

<sup>100</sup> Hier wies Merzagora auf die Praxis einiger Juden hin, die der rechtlichen Diskriminierung entkommen wollten, indem sie bestimmte Unterlagen fälschten, um unter die Kriterien zu fallen, nach denen diejenigen, die aus einer Mischehe stammten, als „Arier“ betrachtet wurden. Vgl. Anm. 34.

<sup>101</sup> Vgl. Bravo, „Der Umgang“, 348.

und aus den Vernichtungslagern durch, die sogar die Einzigartigkeit der Holocaustopfer übersah.

Die Tatsache, dass sich Merzagora weder direkt noch indirekt an die Heimkehrer aus den nationalsozialistischen Vernichtungslagern wendete, weist auf zwei Besonderheiten hin, welche die Wahrnehmung der Juden durch die Mehrheitsgesellschaft unmittelbar nach dem Krieg charakterisierten. Einerseits wurde das Bild der verfolgten italienischen Juden vor allem durch die aus Illegalität und Exil Rückkehrenden geprägt. Mit ihnen sahen sich die nichtjüdischen Italiener aufgrund der stufenweise ablaufenden Befreiung des Landes längere Zeit und häufiger konfrontiert als mit der wesentlich geringeren Zahl der Holocaustopfer, die erst einige Monate, manchmal erst Jahre nach Kriegsende zurückkehrten.<sup>102</sup> Andererseits wurden die Juden, die in die nationalsozialistischen Vernichtungslager deportiert worden waren, nicht als spezifische Opfer einer systematischen, nationalsozialistischen Rassenverfolgung betrachtet.<sup>103</sup>

Der Mangel an Interesse am Phänomen des Holocausts und am Schicksal seiner Opfer lag nicht nur in der niedrigen Zahl der italienischen Juden begründet, die aus den Vernichtungslagern nach Italien zurückkehrten. In den Jahren 1945–1948 wurde Italien zu einem Zufluchtsort für ungefähr 30 000 osteuropäische Juden, die aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Vernichtungsapparat sowie mit der Judenfeindlichkeit ihrer nichtjüdischen Mitbürger ihre Zukunft woanders suchten.<sup>104</sup> Das Ziel der meisten, das von der italienischen Regierung mit Hinblick auf ihr außenpolitisches Interesse im Nahen Osten toleriert wurde, war die britische Seeblockade zu umgehen und nach Palästina zu gelangen.<sup>105</sup> Die Ursache (Holocaust) und der Hauptzweck (Gründung des Staates

<sup>102</sup> Liliana Piccotto identifizierte 6 806 Juden, die in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert worden waren, von diesen 4 148 Personen mit italienischer Staatsbürgerschaft. Von insgesamt 837 Juden, die am Ende des Krieges befreit wurden, waren nur 312 Italiener. Die Gesamtzahl der aus Italien deportierten Juden schätzte sie auf 8 529. Zit. nach Piccotto, *Il libro*, 28. Vgl. Giuseppe Mayda, der von 8 566 deportierten Juden und 1 009 Überlebenden spricht. Zit. nach Gudrun Jäger, „Frühe Holocaustzeugnisse italienischer Jüdinnen (1946–47)“, in ... *denn in Italien haben sich die Dinge anders abgespielt: Judentum und Antisemitismus im modernen Italien*, hrsg. v. Gudrun Jäger und Liana Novelli-Glaab (Berlin: trafo, 2007), 219–237, hier 221.

<sup>103</sup> Für eine inhaltliche Analyse der bescheidenen Berichterstattung über die nationalsozialistische Vernichtungsmaschinerie und über das Schicksal der jüdischen Opfer und Überlebenden in den italienischen Zeitungen im Jahr 1945 siehe: Sara Fantini, *Notizie dalla Shoah: La stampa italiana nel 1945* (Bologna: Pendragon, 2005).

<sup>104</sup> Schwarz, „Juden“, 205.

<sup>105</sup> Mit dieser *aliyah beth* (illegale Einwanderungswelle) kamen über Italien binnen drei Jahren ungefähr 23 000 Personen nach Palästina. Vgl. Mario Toscano, *La porta di Sion: l'Italia e l'immigrazione clandestina ebraica in Palestina (1945–1948)* (Bologna: Il Mulino, 1990). Vgl. Villa, *Dai lager*, 191–262.

Israel) der vorübergehenden Anwesenheit von derart vielen ausländischen Juden löste in der italienischen Öffentlichkeit weder eine Diskussion geschweige denn eine kritische Reflexion aus.<sup>106</sup>

Die ehemals deportierten Juden aus Italien mussten nach ihrer Befreiung einen langwierigen und mühsamen Weg durch Europa auf sich nehmen. Als sie Italien erreichten, hatten die meisten Italiener den schlimmsten Schock über die Folgen des Krieges und der deutschen Besatzung bereits überwunden und begonnen, am Wiederaufbau des Landes zu arbeiten. Sie wollten die Schrecken der Vergangenheit vergessen und wieder zu den fröhlichen Seiten des Lebens zurückkehren. Auch die Juden, die den Deportationen hatten entkommen können, wollten nun alles, was sie in den Jahren der Passivität unter den faschistischen Rassengesetzen vor 1943 und der Illegalität während der Republik von Salò verpasst hatten, nachholen.<sup>107</sup> Wenn die Überlebenden des Holocausts ihre erschütternden Erlebnisse öffentlich erzählen wollten, stießen sie meistens auf Schwierigkeiten, Unverständnis, Unglaube und Desinteresse, in einigen Fällen sogar auf morbide Neugier.<sup>108</sup> Die wenigen schriftlichen Memoiren, die in den Jahren 1945 bis 1947 fast ausschließlich in kleinen Verlagen erschienen,<sup>109</sup> erreichten keine besondere Aufmerksamkeit gegenüber der Masse von Memoiren und Augenzeugenberichten, die das Schicksal der tausenden aus politischen Gründen deportierten, nichtjüdischen Italiener erzählten.<sup>110</sup> Dies deutet auf einen anderen wichtigen Faktor hin, der die Wahrnehmung der Holocaustopfer durch die Mehrheitsgesellschaft in der Nachkriegszeit wesentlich beeinflusste, und zwar die komplexe Beziehung zwischen Deportation und Widerstandsbewegung im Rahmen des Resistenza-Mythos.

Italien ging aus dem Krieg als ein besiegtes, gedemütigtes, auf dem internationalen Parkett diskreditiertes und wirtschaftlich erschöpftes Land hervor, das durch die Kriegführung der beiden Kampfseiten materiell und durch den Bürgerkrieg moralisch beschädigt worden war. Das Land brauchte dringend innere

<sup>106</sup> Schwarz, „Juden“, 205.

<sup>107</sup> Arturo Marzano, „‘Prisoners of Hope’ or ‘Amnesia’? The Italian Holocaust Survivors and Their Aliyah to Israel“, *Quest. Issues in Contemporary Jewish History. Journal of Fondazione CDEDC* 1, Nr. 1 (April 2010), 92–107, hier 95, <http://www.quest-cdecjournal.it/focus.php?issue=1&id=194> (letzter Zugriff: 1. 4. 2011).

<sup>108</sup> Bravo, „Der Umgang“, 358.

<sup>109</sup> Neben dem Buch *Ist das ein Mensch?* von Primo Levi (Torino: De Silva, 1947), das erst nach seiner zweiten Auflage im Jahre 1958 im Einaudi-Verlag Berühmtheit gewann, erschienen noch elf Schriften von männlichen und weiblichen Überlebenden. Vgl. Bravo, „Der Umgang“, 361. Siehe auch Jäger, „Frühe Holocaustzeugnisse“.

<sup>110</sup> Nach dem neuesten Forschungsstand wurden aus „politischen Gründen“ fast 24 000 Personen in die nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert. Vgl. Brunello Mantelli und Nicola Tranfaglia, *Il libro dei deportati: i deportati politici* (Milano: Mursia, 2009).

Einigkeit und neues Selbstbewusstsein nach außen. Beiden Zwecken diene der politisch geschaffene Mythos der *Resistenza*, da er einerseits die Verdienste der Widerstandsbewegung für die Befreiung des Landes von Faschismus und Nationalsozialismus in übertriebener Weise hervorhob und andererseits den Anteil der Italiener am Faschismus verdrängte.<sup>111</sup> Die neue, aus der antifaschistischen Widerstandsbewegung abgeleitete Identität wurde so breit ausgelegt, dass sich mit ihr nicht nur aktive und passive Widerstandskämpfer sowie Antifaschisten identifizieren konnten, sondern auch die Mehrheitsgesellschaft, die diese in Wirklichkeit erst dann zu unterstützen begann, als das Ergebnis des Krieges klar wurde. Nicht zuletzt umfasste sie auch die ehemaligen Faschisten, die nach dem Waffenstillstand oder erst im letzten Moment die Seiten gewechselt hatten, um der Bestrafung durch die Sieger zu entgehen.<sup>112</sup>

In diesem großzügigen Konzept einer nationalen Widerstandsbewegung, *Resistenza*, wurden die Juden sowie die tatsächlichen politischen Gegner unabhängig von ihrer Vorgeschichte oder dem Grund ihrer Verhaftung in die Kategorie „politische Deportierte“ (*deportati politici*) eingeordnet.<sup>113</sup> Obwohl theoretisch gleichgesetzt, nahm in der Praxis den wichtigsten Platz im kollektiven Gedächtnis der bewaffnete Partisan ein als Träger des positiven Bildes des Helden, während die Bedeutung des gewaltlosen Widerstands, zu dem man die Deportierten zählte, politisch marginalisiert wurde.<sup>114</sup> Immerhin fand das Leiden der deportierten Juden, von denen sich einige in erster Linie als Partisanen oder politische Gegner darstellten, größere politische und gesellschaftliche Beachtung als das Leiden derjenigen, die unter der nationalsozialistischen und faschistischen Herrschaft in die Illegalität gegangen waren.

Kurz zusammengefasst: Auch wenn Juden aufgrund ihrer vermeintlichen Rassenzugehörigkeit unter beiden Regimen systematisch verfolgt wurden, stellten

<sup>111</sup> Zu historischen Interpretationen der Widerstandsbewegung und zum *Resistenza*-Mythos vgl. Lutz Klinkhammer, „Der *Resistenza*-Mythos und Italiens faschistische Vergangenheit“, in *Sieger und Besiegte: Materielle und ideelle Neuorientierungen nach 1945*, hrsg. v. Holger Afflerbach (Tübingen, Basel: Francke 1997), 119–139; Gian Enrico Rusconi, „Die italienische *Resistenza* auf dem Prüfstand“, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 42, Nr. 3 (1994), 379–402.

<sup>112</sup> Im wichtigsten Gesetz zur politischen Säuberung (Sanktionen gegen Faschismus) vom 27. Juli 1944 wurde die Möglichkeit verankert, die Höhe der Strafen für bestimmte Delikte des Faschismus zu reduzieren, falls man aktiv am Kampf gegen die Deutschen teilgenommen hatte, oder straffrei zu bleiben, falls man sich in diesem Kampf besonders ausgezeichnet hatte. Vgl. Romano Canosa, *Le sanzioni contro il fascismo: Processi ed epurazioni a Milano negli anni 1945–47* (Milano: Mazzotta, 1978), 13.

<sup>113</sup> Sie wurden dadurch auch mit Geiselnern, Schwarzhändlern und anderen normalen Kriminellen, die seinerzeit alle als Saboteure und Volksfeinde in die deutschen Konzentrationslager deportiert worden waren, gleichgesetzt. Siehe Bravo, „Der Umgang“, 351.

<sup>114</sup> *Ibid.*, 353.

sie unmittelbar nach dem Krieg keine spezifische Opfergruppe innerhalb der italienischen Gesellschaft dar. Sie wurden zusammen mit nichtjüdischen Italienern entweder als Opfer des Faschismus oder als Opfer des Nationalsozialismus wahrgenommen. Erst in den folgenden Jahrzehnten wurde die Einzigartigkeit des Holocausts im Zusammenhang mit Tendenzen in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten auch in der italienischen Gesellschaft anerkannt.<sup>115</sup> Während die Sensibilität für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus zu Anfang der 1960er Jahre stieg, blieb die Mehrheit der Gesellschaft gegenüber den jüdischen Opfern des Faschismus weiterhin gleichgültig. Dies änderte sich teilweise dank der Bemühungen italienischer Historiker seit Ende der 1980er Jahre. Doch die Neigung, das Ausmaß und den Charakter der faschistischen Judenpolitik (1938–1943) mit Hinweis auf den Mythos vom „guten Italiener“ zu unterschätzen, ist bis heute einem erheblichen Teil der Öffentlichkeit zu eigen.<sup>116</sup>

## Die rechtliche Grundlage der Reintegration 1944–1948

Unter der Reintegration der Juden wird ein Prozess verstanden, der mit der Abschaffung von diskriminierenden Maßnahmen des monarchisch-faschistischen und des republikanisch-faschistischen Regimes begann und für den rechtliche Grundlagen zur Rückkehr der Juden auf ihre Arbeitsplätze und zur Rückgabe oder Erstattung des beschlagnahmten oder verlorenen jüdischen Eigentums gelegt wurden. An diesem Prozess beteiligten sich nicht nur die Regierung<sup>117</sup> und das Parlament, sondern auch einzelne ausführende Organe und Gerichte. Die intensivste legislative Tätigkeit entfaltete sich in den Jahren 1944–1947. Dies war die wichtigste Phase der Wiedergutmachung der Folgen der in den Jahren 1938–1944 erschienenen faschistischen Rassengesetze und Verordnungen. Zwar wurde einerseits die vollkommene Gleichberechtigung der Juden gegenüber der restlichen Bevölkerung erreicht, andererseits entstammen dieser Periode jedoch

---

<sup>115</sup> Ibid., 363.

<sup>116</sup> Vgl. z. B. Sergio Romano, „L’Italia dei “giusti” tra gli orrori della Storia“, *Corriere della Sera*, 5. Juli 2008.

<sup>117</sup> Unmittelbar nach der Waffenstillstandserklärung am 8. September 1943 verließen die königliche Familie und die wichtigsten Regierungsmitglieder Rom, um sichere Zuflucht in Brindisi zu suchen. Auf dem Territorium unter ihrer Kontrolle, dem sogenannten „Königreich des Südens“, betrieb die Regierung selbst die legislative Tätigkeit durch Dekrete, welche die Wirkung eines Gesetzes hatten. Dies änderte sich auch nicht nach der Volksbefragung im Jahre 1946, in der eine knappe Mehrheit der Wahlberechtigten für die republikanische Staatsordnung stimmte. Die in demselben Jahr gewählte verfassungsgebende Nationalversammlung war nur für Misstrauensvotum, Budgetverabschiedung und Ratifizierung von internationalen Verträgen zuständig. Die Regierung erließ ihre Dekrete bis Mai 1948, als das reguläre Parlament der Italienischen Republik die Legislative übernahm.

Widersprüche und Grenzen der Wiedergutmachung, die bis in die folgenden Jahrzehnte sichtbar waren. Nach einer längeren Pause<sup>118</sup> wurde die Verabschiedung von Wiedergutmachungsgesetzen, nun aber mit geringerer Intensität, im Jahre 1955 wieder aufgenommen und setzt sich bis in die jüngste Zeit fort.<sup>119</sup>

Die Abschaffung der diskriminierenden Gesetze aus der Periode 1938–1943 begann erst allmählich, auch wenn sich die Regierung Badoglio bereits während des sogenannten „langen Waffenstillstands“ am 29. September 1943 dazu verpflichtet hatte.<sup>120</sup> Die Wende kam mit der Befreiung Roms im Juni 1944, als die Regierung wechselte und eine Reorganisation der Staatsverwaltung unter Aufsicht der Alliierten begann.<sup>121</sup> Zugleich nahmen die römische jüdische Gemeinde sowie die UCII (jüdische Selbstverwaltung auf nationaler Ebene) ihre Tätigkeit wieder auf. Dadurch konnten die ehemaligen jüdischen Verfolgten ihre Interessen vor dem Staat effizienter verteidigen als bis dato die kleine Gruppe der jüdischen Ausländer im Süden.

Die beiden für die Gleichberechtigung der Juden wichtigsten Gesetze wurden noch von Badoglios Regierung am 20. Januar 1944 erlassen. Zuerst trat jedoch nur das Dekret Nr. 25 in Kraft, durch das allen betroffenen Juden ihre bürgerlichen und politischen Rechte zurückgegeben wurden. Das Dekret Nr. 26, welches die Eigentumsrechte der italienischen Juden erneuerte, sollte eigentlich erst nach Kriegsende veröffentlicht werden, denn die Regierung Badoglio fürchtete angeblich eine Verschlimmerung der Lage der Juden, die sich in der Republik von Salò

<sup>118</sup> Nachdem sich die Sozialistische Partei zu Anfang des Jahres 1947 spaltete und im Mai die Kommunistische Partei aus der Regierung De Gasperis ausgeschlossen worden war, endeten definitiv die Koalitionsregierungen der antifaschistischen Parteien, wie sie im Kampf gegen den „Nazifaschismus“ entstanden waren. Die Regierungspolitik wurde seitdem bis 1953 von der Christdemokratischen Partei (*Democrazia Cristiana*) unter Alcide De Gasperi bestimmt, die eine Normalisierung der Nachkriegsverhältnisse bevorzugte und eine Politik der nationalen Aussöhnung betrieb. Mitte der 1950er Jahre wurde der Geist der *Resistenza* und des Antifaschismus in der politischen Kultur wiederbelebt. Vgl. Focardi, *La guerra*, 19–40.

<sup>119</sup> Gabriella Yael Franzone, „La legislazione riparatoria e lo stato giuridico degli ebrei nell'Italia repubblicana (1945–1965)“, in *La comunità ebraica di Roma nel secondo dopoguerra: Economia e società (1945–1965)*, hrsg. v. Archivio Storico della Comunità Ebraica di Roma (Roma: Camera di Commercio, Industria, Artigianato e Agricoltura di Roma, 2007), 23–56, hier, 24, [http://www.rm.camcom.it/archivio36\\_pubblicazioni\\_0\\_56\\_402\\_1.html](http://www.rm.camcom.it/archivio36_pubblicazioni_0_56_402_1.html) (letzter Zugriff: 1. 4. 2011).

<sup>120</sup> Schon im „kurzen Waffenstillstand“ vom 3. September 1943 wurden weitere politische, wirtschaftliche und finanzielle Bedingungen angekündigt, die im „langen Waffenstillstand“ in 44 Artikeln gesetzt wurden. Vgl. Woller, *Die Abrechnung*, 74f. Der Artikel 31 lautete: „Alle italienischen Gesetze, die eine Diskriminierung der Rasse, der Farbe, des Glaubens oder der politischen Meinung enthalten, werden abgeschafft, so dies nicht schon passiert ist.“ Zit. nach Sarfatti, *Gli ebrei*, 246.

<sup>121</sup> Mario Toscano, „The Abrogation of Racial Laws and the Reintegration of Jews in Italian Society“, in *The Jews are Coming Back: The Return of the Jews to their Countries of Origin after WW II*, hrsg. v. David Bankier (Jerusalem: Yad Vashem, Berghahn Books, 2005), 148–168, hier 65.

aufhielten. Aufgrund des Drucks der Alliierten sowie der Vertreter der jüdischen Selbstverwaltung wurde das Dekret dann aber doch durch die neue Regierung von Ivanoe Bonomi am 20. Oktober 1944 publiziert.<sup>122</sup> Beide Dekrete bildeten die rechtlichen Grundlagen für die Aufhebung der Einschränkungen und Verbote gegen italienische und ausländische Juden, die das faschistische Regime in der ersten Phase (1938–1943) erlassen hatte, und wurden zum Ausgangspunkt für eine Art Wiedergutmachung durch den Staat.

Die Rückkehr der jüdischen Beamten auf ihre Arbeitsplätze wurde schon mit dem Dekret Nr. 9 vom 6. Januar 1944<sup>123</sup> geregelt und von weiteren Erlassen ergänzt. Ausschlaggebend für die Angestellten des Staatsapparats, halbstaatlicher Einrichtungen und Unternehmen der öffentlichen Hand oder von nationalem Interesse waren die Dekrete Nr. 25 vom 20. Januar 1944 und Nr. 301 vom 19. Oktober 1944. Die Betroffenen sollten dieselbe Stelle erhalten, auf die sie aufgrund der Rassengesetze des Jahres 1938 zwangsweise hatten verzichten müssen. Dekret Nr. 301 legte fest, dass die Jahre von ihrer Entlassung bis zu ihrer Wiederaufnahme auf ihre Berufslaufbahn angerechnet wurden, der Lohn sollte ihnen jedoch erst vom 1. Januar 1944 an rückwirkend ausgezahlt werden.<sup>124</sup> Die Jahre zwischen 1938–1944 wurden nicht auf die Rente angerechnet, und trotz großer Bemühungen seitens der UCII erfolgte eine Verlängerung des Renteneintrittalters um fünf Jahre nur bei Universitätsprofessoren und später auch bei Chefarzten.<sup>125</sup>

Die Gesetze über die Wiedereingliederung der Juden in ihre Berufe wurden in den Jahren zwischen 1944–1947 mehrmals novelliert und modifiziert, wobei sich ein steigender Unwille der Gesetzgeber beobachten lässt, die Rechte der nichtjüdischen Angestellten zu verletzen, welche die Stellen ehemals jüdischer Arbeitnehmer nach 1938 übernommen hatten. In der Praxis mussten die wieder eingestellten jüdischen Beamten weitere bürokratische Hindernisse überwinden und Unverständnis oder Gleichgültigkeit seitens ihrer Kollegen und Vorgesetzten ertragen. Manche nahmen daher ihre Wiederaufnahme als eine erneute Erniedrigung wahr. Dies verdeutlicht ein Beispiel aus der akademischen Umgebung, die bisher am besten erforscht wurde.<sup>126</sup>

<sup>122</sup> Zu den Umständen, die der Veröffentlichung vorangingen, vgl. Pavan, *Tra indifferenza*, 186.

<sup>123</sup> Der Erlass betraf Angestellte, die aus politischen Gründen entlassen wurden. Entlassungen aus rassistischen Gründen wurden zwar auch erwähnt, das Dekret richtete sich aber nicht ausschließlich an Juden.

<sup>124</sup> Es ist bemerkenswert, dass im Fall der rehabilitierten ehemaligen Faschisten der Lohn rückwirkend in voller Höhe ausgezahlt wurde. Vgl. Pavan, *Tra indifferenza*, 123.

<sup>125</sup> *Ibid.*, 223.

<sup>126</sup> Zur Umsetzung der Rassengesetze aus dem Jahre 1938 an den Universitäten und akademischen Instituten und zur Reintegration der entlassenen Professoren und Wissenschaftler siehe Roberto Finzi, *L'Università italiana e le leggi antiebraiche* (Roma: Editori riuniti, 2003). Vgl. Francesca Pelini

Für die Reintegration der Universitätsprofessoren war die Periode zwischen den zwei Gesetzen vom 19. Oktober 1944 und 27. Mai 1946 entscheidend. Laut dem bereits erwähnten Dekret Nr. 301 musste ein nichtjüdischer Professor zugunsten eines im Jahre 1938 beurlaubten jüdischen Professors seinen Lehrstuhl räumen. Allerdings relativierte das Dekret Nr. 238 vom 5. April 1945 den Wortlaut des vorigen Erlasses, indem es eine Verdoppelung der Lehrstühle ermöglichte. Durch das Dekret Nr. 535 vom 27. Mai 1946 wurde schließlich verordnet, einen zusätzlichen Lehrstuhl für den wieder angenommenen jüdischen Professor zu schaffen, der allerdings mit dem Tod oder Rücktritt des Professors verloren gehen sollte. Somit wurden die bestehenden Professoren zu tatsächlichen Trägern und Garanten der Kontinuität der betroffenen Institution bestimmt, während die eigentlichen Lehrstuhlinhaber zu „Zusatzprofessoren“ degradiert wurden. Santore de Benedetti beschrieb die Situation nach seiner Rückkehr auf seinen Romanistiklehrstuhl in Turin mit folgenden Worten: „die ungestörten Usurpatoren, die geduldeten Opfer“.<sup>127</sup>

Das Unverständnis seitens der Gesetzgeber und der Universitätsleitung, welche die eingesetzten nichtjüdischen Professoren schützten, sowie die Erinnerungen an die Gleichgültigkeit, die auf die Einführung der Rassengesetze folgte, und der fehlende Wille, die zerrissenen Kontakte wiederherzustellen, brachte viele jüdische Professoren dazu, in der Emigration zu bleiben, in der sie inzwischen eine neue Existenz aufgebaut hatten. Ein Grund gegen die Rückkehr auf einen Lehrstuhl konnte aber auch die finanzielle Lage einiger Emigranten gewesen sein, da sie keinen Anspruch auf finanzielle Unterstützung und Reisekosten hatten.<sup>128</sup>

Diejenigen jüdischen Professoren, die auf ihre Stellen an Universitäten und Akademien der Wissenschaft zurückkehren konnten, wurden allerdings nicht von einer Überprüfung durch die Säuberungskommissionen im Rahmen der politischen Abrechnung mit dem Faschismus (*epurazione*) verschont. Einige von ihnen wurden nach der Überprüfung entlassen, was in einigen extremen Fällen mit Selbstmord endete.<sup>129</sup> Die aus heutiger Sicht absurde Entscheidung der Kommission berücksichtigte nicht, dass die schlimmsten Exzesse des Faschismus in der Zeit stattgefunden hatten, in der die Betroffenen daran nicht mehr teilnehmen können. Die Tatsache, dass sie als Opfer des Faschismus selbst davon betroffen waren und nur unwahrscheinlich seine Anhänger blieben, galt nicht als

---

und Ilaria Pavan, *La doppia epurazione. L'Università di Pisa e le leggi razziali tra guerra e dopoguerra* (Bologna: Il Mulino, 2009).

<sup>127</sup> Pelini und Pavan, *La doppia*, 126.

<sup>128</sup> *Ibid.*, 136.

<sup>129</sup> *Ibid.*, 127.

entlastender Umstand. Dies entsprach dem gesellschaftlichen Klima unmittelbar nach dem Krieg, in dem die Mehrheit der Italiener das spezifische Schicksal der Juden ignorierte. Doch auch die Juden selbst, die in den Säuberungskommissionen saßen, bekannten sich zu den Prinzipien der Gleichheit. Nach jahrelanger Diskriminierung wollten sie für die faschistischen Juden keine andere Behandlung als für die anderen ehemaligen Parteifunktionäre.<sup>130</sup>

Im Gegensatz zu den Beamten der staatlichen und halbstaatlichen Institutionen und Unternehmen erhielten die Angestellten der privaten Unternehmen, die in den Jahren 1938–1943 ihren Arbeitsplatz verloren, vom Staat keine Vergünstigungen.<sup>131</sup> Kein Gesetz garantierte ihnen die Wiedereinstellung. Diese musste beantragt werden und wurde oft abgelehnt. Sie konnten aber ihren Anspruch vor Gericht geltend machen und waren in 88 % der bisher rekonstruierten gerichtlichen Auseinandersetzungen erfolgreich.<sup>132</sup> Allerdings hatten sie, auch wenn sie wiederingestellt wurden, im Vergleich zu den Staatsangestellten weder Anspruch auf eine Kompensation für entgangene Karriereschritte noch auf eine rückwirkende Zahlung ihrer Löhne.<sup>133</sup> Nicht selten wurden die Angestellten kurz nach ihrer Wiedereinstellung mit einer kleinen Abfindung wieder entlassen.<sup>134</sup>

Die Wiederaufnahme der Tätigkeit von Unternehmern und Geschäftsleuten, bzw. Freiberuflern war meist von der Rückgabe beschlagnahmter oder geraubter Immobilien und des beweglichen Besitzes sowie der Annullierung von Verkaufsverträgen abhängig. Damit kommen wir zum komplizierten Problem der Erneuerung der Eigentumsrechte und der Restitutionslegislative, das durch zwei Konfiszierungswellen entstanden war. Aufgrund dessen war der Gesetzgeber bei der Rückgabe und Rückerstattung gezwungen, die Restitution in zwei Schritten zu regeln.

Die erste, mildere Beschlagnahmung erfolgte nach den Rassengesetzen des monarchistisch-faschistischen Regimes in den Jahren 1939 bis Juli 1943, welche Einschränkungen für jüdische Besitzer von Immobilien und größeren Unternehmen einführten. Die zweite Konfiszierungswelle fand von Dezember 1943 bis

<sup>130</sup> Vgl. Roberto Finzi, Einleitung zu *Per la difesa della razza: Applicazione delle leggi antiebraiche nelle università italiane*, hrsg. v. Valeria Galimi und Giovanna Procacci (Milano: UNICOPLI, 2009), 13–27, hier 24.

<sup>131</sup> Eine Ausnahme erhielten nur die Arbeitnehmer von Unternehmen und Banken von nationaler Bedeutung oder öffentlichem Interesse.

<sup>132</sup> Vgl. Ilaria Pavan, „Gli incerti percorsi della reintegrazione: Note sugli atteggiamenti della magistratura repubblicana 1945–1964“, in *Gli ebrei in Italia tra persecuzione fascista e reintegrazione postbellica*, hrsg. v. Ilaria Pavan und Guri Schwarz (Firenze: Giuntina, 2001), 85–108, hier 108 (siehe die Tabelle Nr. 3).

<sup>133</sup> Pavan, *Tra indifferenza*, 223.

<sup>134</sup> Guri Schwarz, *Ritrovare se stessi: gli ebrei nell'Italia postfascista* (Roma, Bari: Laterza, 2004), 13.

zum Kriegsende nur auf dem Gebiet der Republik von Salò statt und betraf jeglichen Besitz. Dabei handelte es sich um Wertsachen, Gegenstände des alltäglichen Gebrauchs, Immobilien, kleine Geschäfte und Firmen. In beiden Fällen wurden mit der Verwaltung und dem Verkauf des beschlagnahmten Vermögens die staatliche Behörde EGELI oder die von ihr bestimmten Bankinstitute beauftragt.

Die Restitution des beschlagnahmten Besitzes begann im Oktober 1944, als die Regierung Bonomi das Inkrafttreten von Dekret Nr. 26 ermöglichte, das im Königreich des Südens sowie in den von deutscher Besatzung befreiten Gebieten die Eigentumseinschränkungen des monarchistisch-faschistischen Regimes aufhob, die EGELI mit der Restitution der damals beschlagnahmten Immobilien beauftragte und die Bedingungen für die Annullierung der Verkaufsverträge aus den Jahren 1938–1943 verfügte.<sup>135</sup> Am gleichen Tag erließ die Regierung noch das Dekret Nr. 249, das in den befreiten Gebieten die Wirkung bestimmter Gesetze und Verordnungen seitens der Organe der Republik von Salò von Anfang an für nichtig erklärte, einschließlich der Konfiszierungsdekrete.<sup>136</sup>

In der Praxis bedeutete dies komplizierte und langwierige bürokratische Verfahren mit der EGELI auf der einen Seite, die nur auf Antrag des legitimen Besitzers eröffnet werden konnten, sowie informelle Übernahmen von Eigentum durch die Juden aufgrund der Annullierung der republikanischen Konfiszierungsdekrete auf der anderen Seite.<sup>137</sup>

Die Tatsache, dass die Dekrete der Republik von Salò annulliert wurden, als ob die ursprünglichen Besitzer ihre Eigentumsrechte nie verloren hätten,<sup>138</sup> war vorteilhaft für diejenigen Enteigneten, die in den befreiten Gebieten in ihre inzwischen neu bewohnten Häuser und Wohnungen zurückkehren wollten. Als ungünstig erwies sie sich jedoch in dem Moment, in dem die Betroffenen eine Rückerstattung von verschollenem oder beschädigtem Besitz forderten, da der Staat die Verantwortung für die Folgen der seiner Auffassung nach nie wirkungskräftigen Dekrete bis auf einige Ausnahmen ablehnte.<sup>139</sup> Das Nachkriegsitalien

<sup>135</sup> Vgl. Pavan, *Tra indifferenza*, 189f.

<sup>136</sup> Bis April 1945 gelangten an die EGELI insgesamt 7 847 Konfiszierungsdekrete, davon betrafen 220 Unternehmen. Zit. nach Commissione per la ricostruzione delle vicende che hanno caratterizzato in Italia le attività di acquisizione dei beni dei cittadini ebrei da parte di organismi pubblici e privati, *Rapporto generale* (Roma: Istituto poligrafico e Zecca dello Stato, 2001), 102.

<sup>137</sup> Zur informellen Restitution gibt es keine Dokumente. Der Bilanzbericht der EGELI vom Jahre 1945 schätzte, dass fast alle 4 115 Geldanlagen von dritter Seite (Bankguthaben, Staats- und Wertpapiere) und 207 von Industrie- und Handelsunternehmen zurückgegeben wurden. Auch ein Großteil der 2 794 möblierten Immobilien wurde sich von den betroffenen Eigentümern zurückgeholt. Commissione, *Rapporto*, 258.

<sup>138</sup> Vgl. Pavan, *Tra indifferenza*, 249.

<sup>139</sup> Vgl. Pavan, „Gli incerti“, 99.

haftete ebenso wenig für Verlust und Beschädigung von Besitz durch Raub, Plünderungen oder Konfiszierungen seitens anderer Akteure (SS-Einheiten, faschistische Milizen und Gruppierungen, Einzelpersonen) in der Republik von Salò und in den deutschen Operationszonen.<sup>140</sup> Da diese Straftaten nicht unter die Definition der Kriegsschäden aus dem Jahr 1940 fielen, wurden sie als Folge von Diebstahl durch unbekannte Täter qualifiziert. Diese Definition wurde zwar in einem Gesetz aus dem Jahre 1953 verändert, Luxusgegenstände wie Autos, Schmuck oder dekorative Möbel wurden jedoch ausdrücklich ausgeschlossen.<sup>141</sup>

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass das während der Republik von Salò beschlagnahmte Eigentum nur dann vom Staat zurückgegeben wurde, falls es sich in seinem Besitz befand und falls der ursprüngliche Inhaber oder seine Nachfahren die Rückgabe beantragten. Konkrete Bedingungen der Restitution wurden erst später durch das Dekret Nr. 393 vom 5. Mai 1946 formuliert, das die bisherige Praxis um einige neue Elemente erweiterte, allerdings zu Ungunsten der ursprünglichen Inhaber. Das Gesetz gab zwar den Juden das Recht, ihre beschlagnahmten oder geraubten Güter von „wem auch immer“ zurückzuverlangen, beinhaltete aber eine wichtige Ausnahme: Es schützte den neuen Besitzer, falls ihm unlautere Absichten beim Erwerb nicht nachgewiesen werden konnten. Des Weiteren führte das Gesetz nun Gebühren für die Verwaltung des in den Jahren 1943–1945 konfiszierten Eigentums ein.<sup>142</sup>

Besonders die von der EGELI verlangten Verwaltungsgebühren stießen bei den betroffenen Juden auf Entrüstung und selbst die UCII forderte sie zur Nichtzahlung auf.<sup>143</sup> Die fruchtlosen Verhandlungen zwischen UCII und Staat zogen sich über zehn Jahre hin, innerhalb derer die Auflösung der EGELI begann.<sup>144</sup> Im Jahre 1958 schlug das Finanzministerium vor, dass „die noch in staatlicher Hand verbliebenen jüdischen Besitztümer als angemessene Entschädigung für

<sup>140</sup> Eine Ausnahme waren die von den deutschen Behörden aus Italien entfernten Kulturgüter, deren Rückgabe an die ehemaligen Eigentümer durch die Gesetze 601/1946, 896/1948 und 77/1950 geregelt wurden. Vgl. Enrica Basevi, *I beni e la memoria: L'argenteria degli ebrei. Piccola „scandalosa“ storia italiana* (Soveria Mannelli: Rubbettino, 2001), 55. Zu den Hintergründen und rechtlichen Grundlagen der italienischen Restitutionsforderungen siehe Emanuel C. Hofacker, *Rückführung illegal verbrachter italienischer Kulturgüter nach dem Ende des 2. Weltkriegs* (Berlin: De Gruyter Recht, 2003).

<sup>141</sup> Pavan, *Tra indifferenza*, 211.

<sup>142</sup> Ilaria Pavan weist darauf hin, dass im analogen französischen Recht das Gegenteil verankert wurde. Der neue Eigentümer musste seinen „guten Glaube“ beim Erwerben der Güter nachweisen, um sie behalten zu können. Die Verwaltungsgebühren wurden vom Staat übernommen. Vgl. Pavan, „Indifferenz“, 167.

<sup>143</sup> Pavan, *Tra indifferenza*, 203f.

<sup>144</sup> Definitiv abgeschlossen war die Auflösung erst im Dezember 1997. Vgl. Commissione, *Rapporto*, 299.

die in den vorangegangenen Jahren geleisteten Aufwendungen einbehalten“ werden sollten.<sup>145</sup> Es handelte sich um Vermögen, das von niemandem beansprucht worden war und das nicht in das Eigentum der jüdischen Gemeinden überführt worden war, wie es das Dekret Nr. 364 vom 11. Mai 1947 ermöglicht hatte.<sup>146</sup> Im Jahre 1960 entschied der Generalstaatsanwalt, dass der Staat das Eigentum an den seinerzeit konfiszierten Gütern erworben hatte und somit frei darüber verfügen könne.<sup>147</sup> In den folgenden Jahren wurden Staatspapiere, Aktien und Wertsachen übereignet und veräußert, während wertlose Besitztümer im Jahre 1970 zerstört wurden.

Ein anderes Beispiel dafür, wie sich der Staat durch Aneignung und Verkauf von jüdischem Eigentum bereicherte, stellt die Tätigkeit der „Gesellschaft für den Erwerb und Verkauf übriggebliebenen Kriegsmaterials“ (*Azienda per il recupero e l'alienazione dei residuati*, weiter ARAR) dar. Diese wurde im Oktober 1945 errichtet, um Kriegsbeute, die von der alliierten Armee übernommen worden war, zu verwalten und zu verkaufen. Dazu gehörten sowohl Militär-, Forschungs- und Sanitärgegenstände, als auch beschlagnahmte deutsche Kriegsbeute, unter anderem Wertsachen, die ursprünglich den Juden oder den jüdischen Gemeinden gehört hatten.<sup>148</sup> Mit dem Gesetz Nr. 119 vom 28. Februar 1947 wurde zwar den ursprünglichen Besitzern das Recht auf Rückgabe gewährt, allerdings war ein restriktiveres Vorgehen als im Fall der Restitution durch die EGELI vorgesehen.<sup>149</sup> In der Praxis entstanden zusätzliche Schwierigkeiten. Am besten dokumentiert ist der Fall des Silbers, das von der SS den jüdischen Besitzern geraubt worden war und nach dem Krieg unter die Verwaltung der ARAR gelangte. Die Identifikation und Übernahme eines kleinen Teils der rituellen Gegenstände wurde den Vertretern der jüdischen Gemeinden nach langwierigen Verhandlungen im Jahre 1948 ermöglicht.<sup>150</sup> Der Rest, mehr als 700 Kilogramm Silber, wurde zur Jahreswende

<sup>145</sup> Zit. nach Pavan, „Indifferenz“, 161.

<sup>146</sup> In der Praxis war die Umsetzung des Gesetzes sehr schwierig. Damit die jüdischen Gemeinden den Besitz derjenigen Juden, die aufgrund der Judenverfolgung nach dem 8. September 1943 gestorben waren, erhalten konnten, mussten sie die Absenz von Erben bis zum 6. Grad der Verwandtschaft nachweisen, und zwar in einer Zeit, in der die jüdischen Gemeinden ein Minimum an Finanzmitteln hatten und nicht über die Dokumente von Deportierten verfügten. Vgl. Toscano, „The Abrogation“, 155.

<sup>147</sup> Pavan, „Indifferenz“, 161.

<sup>148</sup> Basevi, *I beni*, 66.

<sup>149</sup> Die Anträge zur Rückgabe von Gütern mussten die ursprünglichen jüdischen Eigentümer innerhalb einer Frist von 180 Tagen (bei EGELI 10 Jahre) abgeben. Falls die Güter gefunden wurden, bekamen die Antragsteller das Vorkaufsrecht. Die bezahlte Summe wurde ihnen zurückerstattet, nachdem sie beweisen konnten, dass sie die tatsächlichen Eigentümer waren, jedoch reduziert um die Verwaltungskosten, die die ARAR forderte. Vgl. Basevi, *I beni*, 69f.

<sup>150</sup> Basevi, *I beni*, 151.

1947/1948 für 8 Millionen Lire versteigert,<sup>151</sup> trotz der Tatsache, dass der ARAR mindestens in einem Fall die Forderungen des legitimen Inhabers einer Silbersammlung bekannt waren.<sup>152</sup>

Aus einer Gesamtperspektive sind die Fälle, in denen sich der italienische Staat am beschlagnahmten jüdischen Eigentum nach Kriegsende bereicherte, eher Ausnahmen.<sup>153</sup> Dies beweisen die Ergebnisse der sogenannten Kommission Anselmi,<sup>154</sup> die sich seit 1998 mehr als zwei Jahre lang mit dem Ausmaß und den Auswirkungen der materiellen Schäden beschäftigte, die Juden aufgrund der faschistischen und nationalsozialistischen Judenverfolgung in Italien erlitten hatten.<sup>155</sup> Das vom Staat konfiszierte Eigentum, falls es nicht verloren gegangen war, wurde den Verfolgten, die überlebt und einen Antrag gestellt hatten, fast immer zurückgegeben. Es war jedoch immer mit Schwierigkeiten, hohen Kosten, großem Zeitaufwand und einer unsensiblen bürokratischen Haltung der betreffenden Institutionen verbunden.<sup>156</sup> Die Fälle, in denen das jüdische Eigentum, das sich in staatlicher Hand befand, nicht restituiert wurde, hatten vor allem drei Ursachen: Die Besitzer starben ohne Erben bzw. diese wussten nichts vom Besitz ihrer Verfahren oder es waren Emigranten, die aus verschiedensten Gründen ihre Ansprüche nicht wahrnehmen konnten oder wollten.<sup>157</sup>

Die Regierung gab sich zwar große Mühe, die unmittelbaren Folgen der faschistischen Rassengesetze wiedergutzumachen, doch sie war weit davon entfernt, die ursprünglichen Ausgangsbedingungen der Betroffenen wiederherzustellen. Im

<sup>151</sup> Basevi, *I beni*, 28 und 134.

<sup>152</sup> Es handelte sich um Alessandro Basevi, vgl. Basevi, *I beni*.

<sup>153</sup> Dasselbe lässt sich nicht über private Finanzinstitutionen sagen, da diese das Bankgeheimnis oft missbrauchten, um die Wertsachen nach Verjährung des Anspruchsrechts der ursprünglichen Besitzer einziehen zu können. Der Gesamtwert jener Vermögenswerte wie Bankguthaben, Aktien, Postsparbücher oder Versicherungsverträge ist heute nicht mehr rekonstruierbar. Vgl. Pavan, „Indifferenz“, 162.

<sup>154</sup> Die Historikerkommission (*Commissione per la ricostruzione delle vicende che hanno caratterizzato in Italia le attività di acquisizione dei beni dei cittadini ebrei da parte di organismi pubblici e privati*) wurde von der Regierung im Dezember 1998 unter dem Vorsitz der Senatorin Tina Anselmi errichtet. Im April 2001 schloss sie ihre Tätigkeit mit einem Bericht ab, der online in italienischer sowie englischer Sprache unter [http://www.governo.it/Presidenza/DICA/7\\_archivio\\_storico/beni\\_ebraici](http://www.governo.it/Presidenza/DICA/7_archivio_storico/beni_ebraici) /aufrufbar ist. (letzter Zugriff: 1. 4. 2011).

<sup>155</sup> Die Gesamtsumme der von 1939 bis Ende 1944 konfiszierten Vermögenswerte wurde auf fast 2 Milliarden Lire geschätzt. Enthalten waren Bankguthaben in Höhe von 75 089 047,90 Lire, Staatsanleihen im Nennwert von 36 396 831 Lire, Aktien im Wert von 731 442 219 Lire, Immobilien in Höhe von 855 348 608 Lire (Grundstücke) und von 198 300 003 Lire (Gebäude). Zit. nach Commissione, *Rapporto*, 536. Eine Lira hatte im Jahre 1939 den Wert von 1 284 Lire in den 1990er Jahren. Zit. nach Villa, *Dai lager*, 28. Zur Einführung des Euros in Italien im Jahre 2002 betrug der offizielle Wechselkurs 1 € = 1 936,27 Lire.

<sup>156</sup> Commissione, *Rapporto*, 536f.

<sup>157</sup> *Ibid.*, 537.

Einklang mit dem gesellschaftlichen Klima ignorierten die Gesetzgeber das spezifische Leiden, das die Juden nicht wegen ihrer Taten, sondern aufgrund ihrer Herkunft erlitten hatten. Infolgedessen bekamen die Juden unmittelbar nach dem Krieg weder einen besonderen rechtlichen Status noch finanzielle Hilfen. Nur die Deportierten aus rassistischen Gründen, die unter die Gruppe der „Heimkehrer“ fielen,<sup>158</sup> erhielten schon kurz nach Kriegsende das Recht auf staatliche Unterstützung.<sup>159</sup> Im Jahre 1955 wurde dann auch denjenigen Juden, die körperliche Schäden durch die faschistische Rassenverfolgung erlitten hatten, unter bestimmten Bedingungen eine besondere Rente zugestanden.<sup>160</sup> Erst im Jahr 1978 ermöglichte ein Gesetz allen Juden, die körperliche, finanzielle oder psychische Schäden aufgrund der faschistischen Rassendiskriminierung in den Jahren 1938–1945 erlitten hatten, eine Entschädigung zu verlangen.<sup>161</sup>

Diese dreifache Bewertung der Verfolgten, je nachdem ob sie von den monarchistisch-faschistischen Rassengesetzen, den republikanisch-faschistischen Dekreten oder der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik betroffen waren, spiegelte sich auch generell in den Reintegrations- und Restitutionsgesetzen der ersten Phase des Wiedergutmachungsprozesses wider. Die ehemaligen Deportierten sowie alle „Heimkehrer“ erhielten im Gegensatz zu den jüdischen Verfolgten des faschistischen Regimes einige besondere Begünstigungen.<sup>162</sup> Dazu gehörte vor allem das Recht auf Wiedereinstellung in private Unternehmen. Die Eigentumsrechte wurden im Fall der Opfer der Autoritäten der Republik von Salò konsequenter erneuert als im Fall der Opfer des vorherigen faschistischen Regimes. Es muss allerdings ergänzt werden, dass aufgrund der späteren, restriktiveren Gesetze (Beweis der unlauteren Absicht) und ihrer praktischen Umsetzung in den Reintegrations- und Restitutionsprozessen im Laufe der Zeit

<sup>158</sup> Als „Heimkehrer“ (*reduci*) wurden in den Gesetzen die aus politischen und rassistischen Gründen Deportierten sowie Veteranen, Partisanen, Kriegsgefangene und Häftlinge der italienischen Lager unter Aufsicht der Nationalsozialisten bezeichnet. Vgl. D'Amico, *Quando l'eccezione*, 15.

<sup>159</sup> Eine finanzielle Entschädigung der ehemaligen italienischen Deportierten durch die Bonner Republik wurde erst durch das im Jahre 1961 abgeschlossene Finanzabkommen zwischen Deutschland und Italien ermöglicht, das erst 1963 in Kraft trat, und dessen Umsetzung bis in die 1970er Jahre dauerte. Vgl. Pavan, *Tra indifferenza*, 216.

<sup>160</sup> Das Gesetz 96/1955 weitete die schon seit dem Jahr 1950 existierende Regelung für Verfolgte aus politischen Gründen auf die Verfolgten aus rassistischen Gründen aus. Es handelte sich um die Verfolgung aus den Jahren 1938 bis 1945. Für Einzelheiten siehe Pavan, *Tra indifferenza*, 208f.

<sup>161</sup> Vgl. Mario Toscano, „L'abrogazione delle leggi razziali“, in *Il ritorno alla vita: Vicende e diritti degli ebrei in Italia dopo la seconda guerra mondiale*, hrsg. v. Michele Sarfatti (Firenze: Giuntina, 1998), 59–76, hier 75.

<sup>162</sup> Dies betraf allerdings nur diejenigen, die erst nach dem 8. September entlassen worden waren. Der Status eines Deportierten selbst garantierte ihnen dieses in der Praxis schwierig umsetzbare Privileg nicht. Vgl. D'Amico, *Quando l'eccezione*, 350.

eine allgemeine Tendenz, die Rechte der nichtjüdischen Angestellten und Inhaber zu Ungunsten der jüdischen Vorgänger zu schützen, ohne Rücksicht auf den Urheber der Verfolgung, überwog.

Als letztes Merkmal der Wiedergutmachungsgesetze in der ersten Phase lässt sich die Unterschätzung des wahren Charakters der faschistischen und nationalsozialistischen Verfolgung und vor allem ihrer ersten Phase (1938–1943) anführen. Die Gesetze setzten sich nicht mit dem Unrecht der faschistischen Judenverfolgung in Gänze auseinander, sondern nur mit einzelnen rechtlichen Aspekten. In die so entstandenen „Lücken“ fielen unter anderem die Begleiterscheinungen der antijüdischen Politik vor dem September 1943, also Schäden, die nicht aus den Rassengesetzen direkt ableitbar waren. Diese Mangelhaftigkeit der Gesetze wirkte sich besonders in negativen Urteilen für jüdische Kläger in den Nachkriegsprozessen aus.

Am besten wird dies am Beispiel der Annullierung von Verkaufsverträgen aus den Jahren 1938–1943 gezeigt, was in den Jahren 1945–1964 zum häufigsten Prozessgegenstand wurde.<sup>163</sup> Trotz der Bemühungen der Vertreter der jüdischen Selbstverwaltung UCII wurden die Verkaufsverträge, die oft unter für Juden ungünstigen Bedingungen abgeschlossen worden waren, in der Nachkriegszeit nicht pauschal annulliert. Zwar ließ sich nach dem Dekret Nr. 26 eine Annullierung des Vertrages vor Gericht beantragen, doch waren die Kriterien so undeutlich formuliert, dass in der Praxis nur knapp die Hälfte der Forderungen vor Gericht erfolgreich durchgesetzt werden konnte.<sup>164</sup> In der Regel wurden die Verkäufe von Immobilien, deren Wert die durch die Rassengesetze im Jahre 1939 festgelegten Einschränkungen nicht überschritten hatten, nicht annulliert, da diese Immobilien nicht unmittelbar von der Beschlagnahmung bedroht gewesen waren. Gemäß dieser Logik wurden Verkaufsverträge von Juden, die eine rechtliche Ausnahme (*discriminazione*) erhalten hatten, als nicht erzwungen betrachtet und konnten daher auch nicht annulliert werden. Ähnlich wurden die ungünstigen Verkaufsverträge der ausländischen Juden als „freiwillig“ abgeschlossen betrachtet und konnten ebenfalls nicht angefochten werden. In beiden Fällen lautete die Begründung, dass weder Juden mit *discriminazione* noch die ausländischen Juden von den Rassengesetzen in ihren Eigentumsrechten unmittelbar betroffen gewesen seien. Es wurde dabei jedoch nicht berücksichtigt, dass die Ausnahmeregelungen für italienische Juden jederzeit widerrufbar gewesen waren, also waren sie potenziell

<sup>163</sup> Sie wurden in 49,5 % aller bisher rekonstruierten Fälle (85 aus 136) behandelt. Zusammen mit den Prozessen, die von den ausländischen Juden wegen der Annullierung der Verträge aus der Periode 1938–1945 geführt wurden, wäre der Anteil 57,7 %. Pavan, „Gli incerti“, 90 und 101.

<sup>164</sup> Pavan, „Gli incerti“, 108.

ständig von Beschlagnahmungen bedroht. Ebenso wurde von den Gerichten meistens keine Rücksicht darauf genommen, dass die ausländischen Juden innerhalb einer bestimmten Frist aus dem Land gewiesen, also indirekt zum Verkauf ihrer Immobilien gezwungen wurden. Nicht zuletzt wurde die existenzielle Not der Mehrheit der Juden übersehen, die durch Arbeitsverbote und Arbeitseinschränkungen entstanden war.

In den Jahren 1945–1964 führten ungefähr 100 Verfolgte insgesamt 136 gerichtliche Verfahren, zumeist gegen private Personen. Der Zweck war zumeist, die Kaufverträge oder Konfiszierungsdekrete aus der Republik von Salò zu annullieren, ihre Wohnungen zurückzugewinnen oder auf ihre ursprüngliche Arbeitsstelle zurückkehren zu dürfen.<sup>165</sup> Von allen 85 auf Grundlage von Akten rekonstruierten Prozessen wurde fast die Hälfte der Anklagen abgewiesen. Ältere Studien sahen die Gründe für die Ungereimtheiten und Schwierigkeiten, die beim Reintegrationsprozess entstanden, in der Personalkontinuität aus dem faschistischen Staatsapparat bei den Gerichten sowie bei ausführenden Organen begründet, während der legislative Rahmen positiv beurteilt wurde.<sup>166</sup> Jüngere Studien relativieren jedoch den schematischen und vereinfachenden Blick auf die Rolle der Gerichte im Reintegrationsprozess.<sup>167</sup> Es zeigte sich, dass das negative Urteil nicht immer mit der faschistischen Vergangenheit des Richters zusammenhing, denn auch die eindeutig antifaschistischen Richter urteilten aufgrund sturer Paragraphentreue, und umgekehrt trafen auch einige faschistische Richter wohlwollende Entscheidungen.<sup>168</sup> Darüber hinaus kam man zu dem Ergebnis, dass viele Missverständnisse und entstellende Auslegungen der Gesetze zu Ungunsten der jüdischen Ankläger auf zu vage und lückenhaft formulierte Gesetze zurückzuführen waren.

## Die italienischen Juden zwischen alter und neuer Identität

Die Rückkehr zur Normalität nahm bei den einzelnen jüdischen Verfolgten keinesfalls denselben Weg. Wie schnell und in welcher Art es ihnen gelang, hing damit zusammen, wo und wie sie die bis zu sieben Jahren dauernde Diskriminierung und Verfolgung überlebt hatten. Ihre Fähigkeit, sich persönlich mit den Auswirkungen der einzelnen Phasen der Verfolgung auseinanderzusetzen, hing vor allem von ihrem Alter, ihrer physischen Gesundheit, der Intensität des

<sup>165</sup> Ibid., 90. Siehe auch Tabelle Nr. 3, *ibid.*, 108.

<sup>166</sup> Mario Toscano, *Labrogazione delle leggi razziali in Italia, 1943–1987* (Roma: Eredi dott. G. Bardi, 1988); Quido Fubini, *La condizione giuridica dell'ebraismo italiano* (Torino: Rosenberg & Sellier, 1998).

<sup>167</sup> Pavan, „Gli incerti“. Vgl. Dies., *Tra indifferenza e oblio: Le conseguenze economiche delle leggi razziali in Italia 1938–1970* (Firenze: Le Monnier, 2004).

<sup>168</sup> Pavan, *Tra indifferenza*, 247.

erlebten Traumas und vom eventuellen Verlust von Verwandten und Freunden ab. Die Wiedereingliederung in die Gesellschaft hing vom Grad der Schädigung ihrer materiellen Grundlagen, von der Möglichkeit, ihre ursprüngliche oder eine andere Arbeitstätigkeit aufzunehmen, und nicht zuletzt vom Verhalten der nichtjüdischen Mitbürger und der lokalen Autoritäten sowie vom rechtlichen Rahmen der Wiedergutmachungsgesetze ab.

Mehr als Freude über das Kriegsende empfanden die Juden in Italien, das seit September 1943 fortschreitend von der deutschen Besatzung befreit wurde, Erleichterung über das Ende der Verfolgung, allerdings begleitet von der Trauer über die verstorbenen oder vermissten Verwandten und Freunde und nicht zuletzt über ihr zerstörtes Zuhause.<sup>169</sup> Sie durften nun zwar ihre Zufluchtsorte verlassen, mussten aber auf eine Rückkehr nach Hause manchmal auch monatelang warten.<sup>170</sup> Wohnungsnot war eines der dringendsten Probleme der heimkehrenden Juden, das erst mit der Annullierung der Konfiszierungsdekrete der Republik von Salò im Herbst 1944 verbessert wurde. Die vollkommene Normalisierung der Wohnungssituation dauerte jedoch bis Ende der 1940er Jahre. Oft fanden die Juden ihre Wohnungen leer vor, jeglicher Wertsachen und Möbel beraubt, oder wurden gezwungen, sich mit mehreren fremden Leuten die Wohnung zu teilen. Die Hoffnung auf einen gewöhnlichen Alltag schlug während einer mühsamen und oft erfolglosen Suche nach dem verlorenen oder geraubten Besitz schnell in bittere Ernüchterung um.

Wie schon erwähnt, kam es in einigen, wenigen Monaten vor und nach dem Kriegsende zu einer Solidaritätswelle sowohl seitens der einfachen Mitbürger als auch der lokalen Funktionäre, die provisorische Unterkünfte und Hilfe für die Juden organisierten und die Rückgabe des jüdischen Besitzes ermöglichten. Jedoch auf eine offizielle Anerkennung ihres Leidens durch die Regierung, Worte des Trosts oder der Aufmunterung, sich in die Gesellschaft wieder zu integrieren, warteten die Juden vergeblich.<sup>171</sup> Stattdessen sahen sich viele rückkehrende Juden mit der allgemeinen Gleichgültigkeit, der Enttäuschung und der Feindseligkeit ihrer Nachbarn, die sich an ihrem Besitz bereichert hatten, sowie mit der Nachlässigkeit und manchmal auch der Böswilligkeit der lokalen sowie der staatlichen Autoritäten konfrontiert, welche die oft ungenau formulierten und lückenhaften Gesetze zu Ungunsten der Juden auslegten.

So wurde nach dem Krieg von einigen jüdischen Geschäftsmännern verlangt, die inzwischen ihre Tätigkeit aufgegeben hatten, Steuern für die Jahre 1943–1945

<sup>169</sup> Vgl. Villa, *Dai lager*, 17.

<sup>170</sup> Vgl. Barozzi, „L'uscita“, 35f.

<sup>171</sup> Toscano, „Labrogazione“, 69f.

zuzüglich der entsprechenden Verzugszinsen zu bezahlen. Ebenso wurden von einigen Firmen die 1946 eingeführten Steuern auf Kriegsgewinne eingefordert. Auf die Proteste reagierte das Finanzministerium ablehnend, denn „den Betrag der fälligen Steuern“ habe „der jüdische Bürger von jedwedem Ort aus überweisen“ können, bzw. die Abwesenheit aus der Stadt aus Gründen der Verfolgung sei „nicht ausreichend, bezüglich der Mitteilung über eine Einstellung der Tätigkeit eine Verspätung zu rechtfertigen“.<sup>172</sup>

Die Schwierigkeiten, welche die formale Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums durch die EGELI begleiteten, wurden schon beschrieben. Bemerkenswert ist allerdings, dass sie nicht nur jüdische Personen, sondern auch Gemeindefürsorgebetreuer betrafen, deren Wertsachen wie Buchsammlungen, Kunstwerke und rituelle Gegenstände beschlagnahmt, geraubt oder zerstört worden waren. Wie im Fall der Einzelpersonen wurden die jüdischen Gemeinden vom Staat aufgefordert, die Verwaltungskosten der EGELI zu bezahlen und im extremen Fall auch die Kosten für die Verwaltung eines Internierungslagers – so geschehen in Verona.<sup>173</sup>

Die italienischen Juden fanden sich nach dem Krieg in einer zwiespältigen und chaotischen Lage wieder, in der mehrere Tendenzen als direkte Folge oder Reaktion auf die faschistische und nationalsozialistische Verfolgung zu beobachten sind. Einerseits bemühten sie sich, ihre Diskriminierung und soziale Ausgrenzung so schnell wie möglich zu überwinden und sich vollkommen in die Mehrheitsgesellschaft zu integrieren. Die Sehnsucht, den anderen Italienern wieder gleichgestellt zu werden, führte bei einigen Juden sogar zur Ablehnung jeglicher Vorteile oder einer bevorzugten Behandlung sowohl im positiven als auch im negativen Sinne, wie es sich bei der Einstellung der jüdischen Mitglieder der Säuberungskommission gegenüber den jüdischen Ex-Faschisten beobachten lässt. Eine verstärkte Identifizierung mit der italienischen Nation schlug sich auch in der Zahl der nach 1938 ca. 5 000 konvertierten Juden nieder, die trotz des Wegfalls der Diskriminierung und der Lebensgefahr meistens nicht mehr zur jüdischen Religion zurückkehrten. Einige Juden entschieden sich zur Konvertierung erst nach dem Krieg, wobei es sich häufig um einen Ausdruck der Dankbarkeit gegenüber ihren katholischen Helfern handelte. In anderen Fällen waren es jüdische Kinder, die in Konventen während der Verfolgung versteckt worden waren und nach dem Krieg dort blieben bzw. von ihren Eltern aus materiellen Gründen dorthin zum Studium geschickt wurden.<sup>174</sup>

<sup>172</sup> Zit. nach Pavan, „Indifferenz“, 163.

<sup>173</sup> Vgl. Villa, *Dai lager*, 45f.

<sup>174</sup> Es gibt keine genaue Zahl der konvertierten Juden unmittelbar nach Kriegsende. Vgl. Dina Porat, „One Side of a Jewish Triangle in Italy: The Encounter of Italian Jews with Holocaust Survivors

Andererseits hinterließ die Erfahrung der Verfolgung bei vielen Juden ein Misstrauen gegenüber dem Staat, das durch dessen Trägheit gegenüber den Bedürfnissen der Verfolgten nach Kriegsende noch verstärkt wurde. So führte die Tatsache, dass im Staatsapparat, bei der EGELI oder in den Gerichten dieselben Beamten wie zuvor saßen, dazu, dass einige Juden ihren Glauben an und ihre Hoffnung auf jedwede Wiedergutmachung durch den Staat verloren. In diesem Sinne kann auch die geringe Zahl jüdischer Kläger in Reintegrations- und Restitutionsprozessen interpretiert werden.

Zu den wichtigsten Nachkriegerscheinungen bei den italienischen Juden gehört zweifellos die Wiederentdeckung ihrer Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinde, eine innigere Beziehung zur Religion und nicht zuletzt ein größeres Interesse an der zionistischen Bewegung.<sup>175</sup> Während in den kleineren Städten meistens die Gemeinden durch die geringe Zahl der Rückkehrer definitiv ausstarben, begann man seit der Befreiung Roms in größeren Zentren sofort mit der Wiedereröffnung der jüdischen Institutionen, Synagogen und Schulen. Da sich ein Großteil der italienischen jüdischen Elite in Haft, in Lagern oder im besseren Fall in der Emigration befand und vom Staat kaum Unterstützung zu erwarten war, wäre an die Wiederbelebung des jüdischen Gemeindelebens ohne die Hilfe der jüdischen Soldaten aus Palästina in der britischen Armee und die Finanzmittel des *American Joint Distribution Committee* (weiter *Joint*)<sup>176</sup> und anderer internationaler jüdischer Organisationen<sup>177</sup> nicht zu denken gewesen.

Mit der alliierten Armee kamen im September 1943 nach Italien etwa 20 amerikanische Rabbiner<sup>178</sup> und mehrere tausend jüdische Soldaten aus Palästina, unter diesen auch einige in Palästina ansässige italienische Juden, die sich freiwillig zur

---

and with Hebrew Soldiers and Zionist Representatives in Italy“, in *Gli ebrei nell’Italia unita: 1870–1945; Siena, 12–16 giugno 1989* (Roma: Ist. Poligrafico e Zecca dello Stato, 1993), 487–513, hier 495.

<sup>175</sup> Villa, *Dai lager*, 37.

<sup>176</sup> Das *American Joint Distribution Committee* wurde 1914 in den USA als unpolitische, karitative Organisation gegründet, die erst zum Ende des Zweiten Weltkrieges prozionistisch wurde. *Joint* begann seine Tätigkeit auf dem befreiten Gebiet Italiens im April 1944, um in Zusammenarbeit mit den jüdischen Soldaten in der britischen Armee den jüdischen *displaced persons* materielle Hilfe zu leisten. Nach der Befreiung Roms wurde die Hilfe auch auf die italienischen jüdischen Gemeinden ausgedehnt. Schwarz, *Ritrovare*, 19f. Ihre Priorität war die Erneuerung des Gemeinde- und Religionslebens der italienischen Juden, nicht ihre Auswanderung. Porat, „One Side“, 501.

<sup>177</sup> Schon seit April 1944 durften *American Friends Service Committee* und *Friends Ambulance Unit* ihre Tätigkeit beginnen. Später boten ihre Finanzmittel auch UNRRA, *Jewish Agency*, UNRWA und andere. Vgl. Schwarz, *Ritrovare*, 19.

<sup>178</sup> Den ehemals Verfolgten leisteten sie eher eine gelegentliche materielle Hilfe und moralischen Trost. Vgl. Alex Grobman, *Rekindling the Flame: American Jewish Chaplains and the Survivors of European Jewry, 1944–1948* (Detroit: Wayne State University Press, 1993), 16f.

britischen Armee gemeldet hatten, um gegen die Achsenmächte zu kämpfen. Diese organisierten jedoch, neben ihrer offiziellen Aufgabe, eine systematische materielle Hilfe für die ehemaligen verfolgten Juden und führten eine ideologische Mission mit dem Ziel, die zionistischen Ideale unter den Juden in Italien zu verbreiten.<sup>179</sup> In den ersten Monaten halfen sie den ehemaligen Internierten im Süden, kleine landwirtschaftliche Ortsgruppen zu gründen, um sie dort durch eine ideologische und praktische Ausbildung auf das Leben in Palästina vorzubereiten.<sup>180</sup> Nach der Befreiung Roms dehnten sie ihre materielle Hilfe auch auf die italienischen Juden aus, indem sie mit dem *Joint* und der erneuerten jüdischen Selbstverwaltung an der Wiederbelebung des Gemeindelebens zusammenarbeiteten.

Seit Oktober 1944 wurde die Aufklärungsarbeit und die humanitäre Tätigkeit der jüdischen Soldaten in verschiedenen britischen Einheiten durch das Zentrum für Diaspora (*Merkaz Lagolah*) koordiniert und durch Finanzmittel vor allem von *Joint* und der *Jewish Agency* unterstützt.<sup>181</sup> Zu den konkreten Aufgaben der jüdischen Soldaten, von denen sich die Mehrheit im November 1944 zu einer besonderen Jüdischen Brigade<sup>182</sup> vereinigte, gehörte es, versteckte oder verhaftete Juden aufzuspüren, ihre Assimilation und Konvertierung zu stoppen, materielle Hilfe zu leisten und möglichst viele Juden praktisch und ideologisch für das Leben und den Aufbau des erhofften Staates Israel vorzubereiten.<sup>183</sup> Die letzte Aufgabe wurde besonders in den letzten Monaten des Krieges aktuell, als Flüchtlinge und Holocaustüberlebende, mehrheitlich aus Osteuropa, nach Italien strömten. Bis November 1945 waren es schon 15 000, bis zur Gründung des Staates Israel 1948 mehr als 30 000.<sup>184</sup>

Was die italienischen Juden betrifft, war ihre Vorbereitung auf die Auswanderung für die jüdischen Soldaten eine zweitrangige Aufgabe. Auch wenn nach 1945 die Zahl der nach Palästina emigrierten italienischen Juden im Vergleich mit den

<sup>179</sup> Schwarz, *Ritrovare*, 21.

<sup>180</sup> Vom Mai 1944 bis Ende des Krieges gelang es insgesamt 1 620 Personen, von denen nur wenige italienische Juden waren, nach Palästina auszuwandern. Vgl. Porat, „One Side“, 501.

<sup>181</sup> Grobman, *Rekindling*, 18.

<sup>182</sup> Vgl. „Jewish Brigade Group“, in *Encyclopaedia Judaica*, hrsg. v. Michael Berenbaum und Fred Skolnik, Bd. 11, 2. Aufl. (Detroit: Macmillan Reference USA, 2007), 271–327.

<sup>183</sup> Porat, „One Side“, 494.

<sup>184</sup> Im Mai 1945 wurde die Jüdische Brigade nach Nordwestitalien verlegt, wo sie Lebensmittel und die notwendige Hilfe für die Flüchtlinge organisierte. Gleichzeitig arbeitete sie zusammen mit dem Zentrum für Diaspora an der illegalen Auswanderung der Flüchtlinge nach Palästina (*Aliyah Bet*). Vgl. „Berihah“, in *Encyclopaedia Judaica*, hrsg. v. Michael Berenbaum und Fred Skolnik, Bd. 3, 2. Aufl. (Detroit: Macmillan Reference USA, 2007), 433–436. Im April 1946, als die jüdischen Soldaten definitiv abgezogen wurden, übernahmen die Organisation der illegalen Auswanderung Zivilisten aus Palästina, die von der *Jewish Agency* beauftragt wurden. Vgl. Porat, „One Side“, 503f.

vorigen Jahrzehnten deutlich anstieg,<sup>185</sup> bildete die italienische *ʿaliya* nur einen Bruchteil (431 Personen) der Auswanderungswelle nach Palästina aus Italien in den Jahren 1945–1948.<sup>186</sup> Größere Bedeutung hatte die Leistung der materiellen Hilfe, die zionistische Aufklärungsarbeit und die Wiederbelebung des Gemeindelebens.<sup>187</sup> Die jüdischen Soldaten organisierten öffentliche Kantinen, suchten versteckte jüdische Kinder in Konventen, gründeten Waisenhäuser und Kindergärten, veranstalteten religiöse Feste, führten Freizeitorganisationen und trugen wesentlich zum Wiederaufbau des jüdischen Schulwesens bei. Die Kinder sowie Erwachsenen konnten sich so zum ersten Mal mit der hebräischen Sprache, der jüdischen Kultur und der Geschichte des Zionismus vertraut machen.<sup>188</sup> Die Bemühungen der jüdischen Soldaten konzentrierten sich darauf, Nationalgefühl und Zionismus den italienischen Juden einzuprägen, damit diese auch nach ihrem Abzug zionistische Ideale weiterpfl egten und sich auf die zukünftige Auswanderung nach Palästina vorbereiteten. Dies gelang jedoch nur in einem geringen Maß, vor allem bei den Jugendlichen, die im Gegensatz zu den älteren Generationen Schwierigkeiten hatten, sich mit dem Italien der Nachkriegszeit zu identifizieren.<sup>189</sup>

Die italienischen Juden schätzten die jüdischen Soldaten aus Palästina für ihre humanitäre Hilfe und moralische Aufmunterung in der schwierigsten Periode und nahmen sie als Symbole der wahren nationalen und geistigen Erneuerung des Judentums wahr. Durch die Begegnung mit den Soldaten aus Palästina brach ihre jahrhundertelange Isolation vom internationalen Judentum zusammen. Obwohl die meisten italienischen Juden mit den zionistischen Ideen sympathisierten und

<sup>185</sup> Im Vergleich zur Zahl der Auswanderer in den 1920er und 1930er Jahren – weniger als 100 Personen – und der Periode nach dem Erlass der Rassengesetze bis zum Juni 1940 – ungefähr 400 Personen – war die Anzahl der Emigranten – 1 041 Personen – während der ersten Jahrzehnte nach dem Krieg (1945–1956) relativ hoch. Auch wenn 161 von diesen wieder nach Italien zurückkehrten. Siehe: Arturo Marzano, „The Italian Jewish Migration to Eretz Israel, and the Birth of the Italian Chalu tz Movement (1938–48)“, *Mediterranean Review* 3, Nr. 1 (2010): 1–29, hier 2f, <http://www.ims.or.kr/BBS/down.php?F=10100709102435.PDF> (letzter Zugriff: 1. 4. 2011). Vgl. Pavan, *Tra indeffenza*, 241.

<sup>186</sup> Davon 380 Personen, die legal ausreisen durften. Siehe Marzano, „The Italian Jewish“, 2.

<sup>187</sup> Porat, „One Side“, 501.

<sup>188</sup> Nachdem alle Juden aus den staatlichen Schulen im September 1938 ausgeschlossen worden waren, gründeten die jüdischen Gemeinden nach ihren Möglichkeiten Schulen für jüdische Kinder, die allerdings den säkularen Unterricht der staatlichen Schulen kopierten. Mit Hinblick auf das hohe Maß der Assimilation der italienischen Juden wurden statt „jüdischen Schulen“ „Schulen für Juden“ errichtet. Vgl. Wildvang, *Der Feind*, 115.

<sup>189</sup> Im Jahre 1946 schlossen sich mehrere isolierte landwirtschaftliche Kommunen in der Jugendbewegung *Hechaluz* (Pionier) zusammen, die eine eigene Zeitschrift herausgab und Unterricht in jüdischer Geschichte und Sprache sowie in technischen Fächern für Interessierte organisierte. Ihre intensive Blütezeit endete jedoch durch die fortschreitende Emigration ihrer Mitglieder (ungefähr 100) schon zu Anfang der 1950er Jahre. Schwarz, *Ritrovare*, 86ff.

später Aufbau und Verteidigung des Staates Israel unter anderem als freiwillige Soldaten oder durch Spenden unterstützten, wurde die Emigration nach Palästina von den Meisten, einschließlich der wenigen Holocaustüberlebenden,<sup>190</sup> nicht als reale Alternative betrachtet.

Auch wenn der Reintegrationsprozess nicht ohne Schwierigkeiten abließ, hätte die Auswanderung nach Palästina den italienischen Juden auf jeden Fall eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse sowie des gesellschaftlichen Status gebracht, der in Italien dank der erneuten Gleichberechtigung wieder erreichbar war. Der Aufbau des Staates Israel versprach dagegen viel Entsagen. Es war eine Herausforderung und Alternative für Jugendliche oder für diejenigen, die schon vor dem Krieg den Zionismus unterstützt und die Entscheidung getroffen hatten, auszuwandern.<sup>191</sup> Die meisten der italienischen Juden, die in Europa zu den assimiliertesten gehörten, waren jedoch zu sehr mit der italienischen Kultur und ihrer italienischen Heimat verbunden, um diese einfach zu verlassen.

Seit dem Einigungsprozess Italiens, an dem sie sich im Rahmen der nationalen Bewegung Risorgimento beteiligt hatten, fühlten sich die meisten Juden als Teil des italienischen Volkes, waren loyal dem König und später auch dem Duce gegenüber. Der Anteil faschistischer Parteimitglieder unter den Juden war proportional vergleichbar mit dem Anteil der Faschisten unter den nichtjüdischen Italienern.<sup>192</sup> Mehr als 400 jüdische Patrioten stellten nach dem Eintritt Italiens in den Zweiten Weltkrieg ihre Kräfte und ihr Leben ihrer Heimat zur Verfügung<sup>193</sup> – dies zwei Jahre nach dem Erlass der Rassengesetze, von denen allerdings generell geglaubt wurde, dass sie von Deutschland erzwungen worden waren.<sup>194</sup> Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass sich die Mehrheit der Juden als Teil des italienischen Volkes fühlte, trotz sieben Jahren Demütigung, Diskriminierung, Verboten und Lebensbedrohung. Besonders die älteren Generationen sehnten sich nach der Rückkehr zur alten Ordnung. Für sie war es einfacher, den faschistischen Antisemitismus als einen „Zwischenfall“ anzusehen, als für die Jüngeren, die nichts anderes erlebt hatten.<sup>195</sup>

<sup>190</sup> Vgl. Marzano, „Prisoners“, 92–107.

<sup>191</sup> Schwarz, *Ritrovare*, 81.

<sup>192</sup> Vgl. Anm. 23.

<sup>193</sup> Nidam-Orvieto, „The Impact“, 173ff.

<sup>194</sup> *Ibid.*, 160.

<sup>195</sup> Guri Schwarz, „Identità ebraica e identità italiana nel ricordo dell'antisemitismo fascista“, in *La memoria della legislazione e della persecuzione antiebraica nella storia dell'Italia repubblicana*, hrsg. v. Istituto romano per la storia d'Italia dal fascismo alla Resistenza (Milano: F. Angeli, 1999), 27–43, hier 34.

Es ist kein Zufall, dass die jüdischen Autoren,<sup>196</sup> die in ihren Schriften eine apologetische und verzerrte Einstellung zur Periode der faschistischen Verfolgung vertraten, zwischen 40 und 50 Jahre alt waren.<sup>197</sup> Ihre Thesen wurden zum Referenzpunkt der konventionellen Auffassung des faschistischen Antisemitismus im Rahmen des italienischen kollektiven Gedächtnisses, das die Existenz des Antisemitismus in der italienischen Gesellschaft leugnete und den passiven Widerstand gegen die Rassengesetze und eine aktive Hilfe für die Verfolgten durch das italienische Volk betonte. Im Vergleich zum brutalen Nationalsozialismus wurde der Faschismus als eine „Verspottung“ bezeichnet.<sup>198</sup> Ein milderer Charakter der faschistischen Verfolgung gegenüber der nationalsozialistischen Menschenjagd sowie die Gutherzigkeit der Italiener wurden auch in den Memoiren und Zeugenberichten der Holocaustüberlebenden bestätigt.

Die Tatsache, dass es nur wenige kritische Stimmen gegen diese Auffassung gab, lässt vermuten, dass sie von der Mehrheit der Juden geteilt wurde. Die nachsichtige Einschätzung der italienischen Verantwortung für die Judenverfolgung konnte mehrere Ursachen haben. Einerseits hatten einige ein „schlechtes Gewissen“ wegen der hohen Unterstützung des Faschismus seitens der Juden,<sup>199</sup> andererseits hatten sie Angst und Zweifel, aufgrund ihres „Anderseins“ erneut diskriminiert zu werden.<sup>200</sup> Nicht zuletzt hofften sie, durch die Minimalisierung der italienischen Schuld einen leichteren Ablauf der Reintegration zu erzielen.<sup>201</sup> Eine versöhnliche Einstellung zeigten zumindest öffentlich die ersten zehn Jahre nach dem Krieg auch die Nachkriegsvertreter der jüdischen Gemeinden, mit dem eindeutigen Ziel, die Beziehungen zu der Gesellschaft und zu dem Staat zu verstärken.<sup>202</sup> Wahrscheinlich trugen dazu ihre Bemühungen bei, politische Konflikte in einer unruhigen Periode zu vermeiden, um in einer günstigeren Zeit besser eigene Interessen und Rechte durchsetzen zu können.<sup>203</sup>

Die Vertreter der jüdischen Selbstverwaltung gehörten zu den italienischen Zionisten der Zwischenkriegszeit. Der Zionismus wurde damals von ihnen eher als philanthropische Bewegung wahrgenommen, welche die diskriminierten osteuro-

---

<sup>196</sup> Neben Eucardio Momigliano, vgl. Anm. 2, waren es Luciano Morpurgo, *Caccia all'uomo: Vita, sofferenze e beffe. Pagine di diario 1938–1944* (Roma: Ed. Dalmatia, 1946) oder Guido Bedarida, *Ebrei d'Italia* (Livorno: Tirrena, 1950).

<sup>197</sup> Schwarz, „Identità“, 34.

<sup>198</sup> Vgl. Focardi, „Die Unsitte“, 120.

<sup>199</sup> Nidam-Orvieto, „The Impact“, 158.

<sup>200</sup> Schwarz, *Ritrovare*, 174.

<sup>201</sup> *Ibid.*, 177.

<sup>202</sup> Schwarz, „Identità“, 32.

<sup>203</sup> *Ibid.*, 33.

päischen Juden unterstützte, in Palästina ein neues Leben zu beginnen.<sup>204</sup> Nicht einmal nach dem Krieg war ihr Ziel die Auswanderung nach Palästina, sondern lag in der Bewahrung der jüdischen Einzigartigkeit im Rahmen der italienischen Nation. Sie waren davon überzeugt, dass der Holocaust dem Scheitern des liberalen Konzepts der Integration der italienischen Juden in die Gesellschaft glich.<sup>205</sup> Eine Lösung der aktuellen Lage sahen sie in der Rückkehr zu den Traditionen und der orthodoxen Religion sowie im aktiven Gemeindeleben. Die Juden sollten das Zeugnis des Holocausts tragen und im Glauben leben, um dem Tod der Millionen ermordeten Juden einen Sinn zu geben.<sup>206</sup>

Gleichzeitig bemühten sich sowohl die Vertreter der Selbstverwaltung als auch andere Juden, Deportationen und Massaker der Nationalsozialisten an Zivilisten nicht als ausschließlich jüdisches Leiden zu interpretieren, sondern sie in den nationalen Rahmen der *Resistenza* einzugliedern.<sup>207</sup> Mit Hinblick auf den herrschenden politischen *Resistenza*-Mythos lag dies nah, passte sich doch das italienische Judentum nicht passiv dem gegebenen Rahmen an. Die jüdischen Deportierten wurden stolz den Partisanen, zu denen auch ungefähr 2 500 Juden gehörten, zugeordnet. Die *Resistenza*-Bewegung stellte für viele italienische Juden eine ähnliche Funktion wie früher das Risorgimento dar, indem sie die Verbindung der Juden und Nichtjuden in gemeinsamem Kampf und Leid ermöglichte.<sup>208</sup>

Alle drei Aspekte der neuen italienischen Identität nach dem Krieg – Holocaust, *Resistenza* und Zionismus –, wie sie in der offiziellen jüdischen Erinnerung von den Vertretern der jüdischen Gemeinden propagiert wurde, schlugen sich am deutlichsten im Mahnmal für jüdische Opfer auf dem Mailänder Zentralfriedhof aus dem Jahre 1947 nieder.<sup>209</sup> Neben den sterblichen Überresten von zwölf italienischen Juden, die an verschiedenen Orten in Italien als Zivilisten, Häftlinge oder Partisanen ermordet worden waren, wurden im Mahnmal auch Asche aus Dachau und die Leiche eines Zionisten aus Palästina bestattet.<sup>210</sup> Die Tragödie der

<sup>204</sup> Marzano, „Italian Jewish“, 3.

<sup>205</sup> Guri Schwarz, „Leborazione del lutto. La classe dirigente ebraica italiana e la memoria dello sterminio (1944–1948)“, in *Il ritorno alla vita: Vicende e diritti degli ebrei in Italia dopo la seconda guerra mondiale*, hrsg. v. Michele Sarfatti (Firenze: Giuntina, 1998), 167–180, hier 170.

<sup>206</sup> Schwarz, „Leborazione“, 172

<sup>207</sup> *Ibid.*, 173.

<sup>208</sup> Schwarz, *Ritrovare*, 165f.

<sup>209</sup> Dieses wurde unter Teilnahme der Vertreter aller jüdischen Gemeinden, des Mailänder Bürgermeisters, des Vorsitzenden der Verfassungsgebenden Versammlung, eines Ministers, des polnischen und französischen Botschafters und des Vertreters des Jewish World Congress am 13. Juli 1947 enthüllt. Siehe Schwarz, „Leborazione“, 175.

<sup>210</sup> Israel Epstein wurde als Verdächtiger hinsichtlich des terroristischen Attentats auf die britische Botschaft in Rom im Oktober 1946 verhaftet. Während eines Versuchs, aus dem Gefängnis zu fliehen, wurde er erschossen. Vgl. Cristina Villa, „... e Mnemosine, confusa e smarrita, vaga tra le rovine

italienischen Juden und des Holocausts wurde dadurch mit der positiven Botschaft der Kämpfer für Freiheit und Unabhängigkeit, sowohl auf der nationalen als auch auf der übernationalen Ebene, gleichgesetzt.<sup>211</sup>

Schließlich muss ergänzt werden, dass sich vor allem die Jugendlichen mit den Antworten der älteren Generation für das, was passiert war, nicht zufrieden gaben.<sup>212</sup> Nach einer Welle der Begeisterung unter den Jugendlichen für den Zionismus und eine Auswanderung nach Palästina in den ersten Nachkriegsjahren, gewann zu Anfang der 1950er Jahre der Verband der jüdischen Jugend in Italien (*Federazione Giovanile Ebraica Italiana*) große Popularität, weil er zwar mit dem Zionismus sympathisierte, sich jedoch, anstatt eine feste Ideologie zu propagieren, an der italienischen Realität orientierte.<sup>213</sup> Neben der Organisation von Kultur- und Freizeitaktivitäten bemühte sich der Verband auch um die Erinnerung an die Judenverfolgung und an die *Resistenza*-Bewegung. Mit seinem Archiv, in dem Dokumente zum jüdischen Beitrag am Widerstand und Dokumente zur Verfolgung gesammelt wurden, bereitete er den Boden für die Gründung des Dokumentationszentrums für jüdische Zeitgeschichte (*Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea*) im Jahre 1955,<sup>214</sup> das in den letzten zwei Jahrzehnten wesentlich zur Vertiefung der Kenntnisse über die faschistische und nationalsozialistische Judenverfolgung sowie über den Reintegrationsprozess beigetragen hat.<sup>215</sup>

## Zusammenfassung

Da im kollektiven Gedächtnis der Italiener der gezielt aufgebaute Mythos einer „gebürtigen“ Gutherzigkeit des italienischen Volks dominierte, verdeckte die Tatsache, dass viele Italiener ihre jüdischen Mitbürger und ausländischen Flüchtlinge vor nationalsozialistischen Grausamkeiten gerettet hatten, die Mitschuld derjenigen, die Komplizen bei der nationalsozialistischen Menschenjagd gewesen waren. Die Unterschätzung der Ursprünge und Auswirkungen der faschistischen Judenverfolgung, die man für eine „Posse“ und eine milde „Imitation“ der deutschen Verhältnisse hielt, sowie die Betonung des passiven Widerstandes der

---

e luoghi della memoria della deportazione razziale in Italia“, in *Memoria collettiva e memoria privata: il ricordo della Shoah come politica sociale*, hrsg. v. Stefania Lucamante et al. (Utrecht: Igitur Utrecht Publishing & Archiving Services, 2008), 181–192, hier 191, <http://www.italianisticaultraiectiona.org/publish/articles/000097/article.pdf> (letzter Zugriff: 1. 4. 2011).

<sup>211</sup> Schwarz, *Ritrovare*, 60f.

<sup>212</sup> *Ibid.*, 93.

<sup>213</sup> *Ibid.*, 89.

<sup>214</sup> Schwarz, „Identità“, S. 32.

<sup>215</sup> Zur Tätigkeit und zu den Publikationen des Dokumentationszentrums, das vom Historiker Michele Sarfatti geleitet wird, siehe <http://www.cdec.it/> (letzter Zugriff: 1. 4. 2011).

Italiener gegenüber den Rassengesetzen bestätigten die Nachkriegsgesellschaft in der Annahme ihrer Schuldlosigkeit. Infolgedessen unterschätzte die Mehrheitsgesellschaft sowohl die Schäden, welche die faschistischen Diskriminierungsmaßnahmen verursacht hatten, als auch die akuten Bedürfnisse nach Wiedergutmachung. Dadurch entstanden spezifische Probleme im Reintegrationsprozess, der mit Hinblick auf die Dichotomie Faschismus–Nationalsozialismus auf verschiedenen Ebenen mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und ungleichem Reibungspotential ablief. Die Juden in Italien mussten sich also nicht nur mit den direkten, sondern auch mit den indirekten Folgen der faschistischen und nationalsozialistischen Verfolgung auseinandersetzen. Neben persönlichen Verlusten, materiellen Schäden und psychologischen Traumata mussten sie auch Gleichgültigkeit, Misstrauen und Feindseligkeit von Einzelpersonen sowie von staatlichen Behörden dulden, die noch durch die Passivität des Staates und die Schlampigkeit einiger Wiedergutmachungsgesetze verstärkt wurden.

Die Mehrheit der Juden, vor allem die Vertreter der jüdischen Verwaltung, akzeptierten und unterstützten die verharmlosende Interpretationen der faschistischen Judenverfolgung, auch wenn sie nicht aufhörten zu hoffen, vom Staat wenigstens Worte der Anerkennung für ihr erlittenes Unrecht und Mitgefühl zu erhalten. Dies war jedoch im Rahmen des *Resistenza*-Mythos nur beschränkt möglich, da den Opfern der jüdischen Verfolgung zusammen mit denjenigen der politischen Verfolgung gedacht wurde. Eine positive Identifizierung mit den Werten der *Resistenza* ermöglichte nicht nur die direkte Teilnahme einiger jüdischer Partisanen am Widerstand, sondern auch die parallele Gleichsetzung des nationalen Befreiungskampfs der *Resistenza* mit der Risorgimento-Bewegung, die für die nationale Unabhängigkeit und die Vereinigung Italiens gekämpft hatte. Dank der Tatsache, dass die italienischen Juden sich aktiv am Risorgimento beteiligt und infolgedessen im vereinigten, liberalen Staat ihre Emanzipation erreicht hatten, fiel es besonders den älteren Generationen nicht schwer, die *Resistenza* als analogen Weg zur erneuten Gleichberechtigung und Wiedereingliederung in die Mehrheitsgesellschaft zu betrachten.

Allerdings erfolgte keine vollkommene Anpassung an die dominierende Auffassung über die eigene faschistische Vergangenheit der italienischen Gesellschaft. In Reaktion auf den durchlebten staatlichen Antisemitismus und auf die Folgen des nationalsozialistischen Rassenwahns spielten sich nämlich im italienischen Judentum wesentliche Veränderungen ab. Die Vertreter der jüdischen Gemeinden strebten nun keine vollkommene Integration in die Mehrheitsgesellschaft mehr an, wie es in der Zeit des liberalen sowie des faschistischen Staats bis zur Erlassung der Rassengesetze beabsichtigt worden war und wie es die Liberalen nach dem

Krieg verlangten. Sie bemühten sich zwar auch um die Gleichberechtigung der Juden gegenüber den Nichtjuden, jedoch gleichzeitig auch um die Anerkennung des Rechtes auf ihre Einzigartigkeit im Rahmen der italienischen Nation.

Die neuen Nachkriegsleiter der jüdischen Gemeinden, die zur alten Generation der italienischen Zionisten gehörten, luden die Juden ein, zu den Traditionen des Judentums zurückzukehren und den stärkeren Zusammenschluss mit den anderen Gemeindemitgliedern zu pflegen. Dank der Aktivitäten der jüdischen Soldaten aus Palästina verbreiteten sich auch zionistische Ideen unter den italienischen Juden. Dies führte zwar nicht zu einer massenhaften Auswanderung nach Palästina, aber zur Öffnung gegenüber dem internationalen Judentum und zu einer größeren Sympathie für den neuen Staat Israel. Der Holocaust wurde also nicht nur im nationalen Rahmen der *Resistenza* und des gemeinsamen Leidens von jüdischen und nichtjüdischen Italienern unter der nationalsozialistischen Diktatur, sondern auch im internationalen Rahmen des Zionismus als ahistorischer Kampf um Freiheit wahrgenommen.

Das italienische Judentum sollte allerdings nicht als eine homogene Einheit betrachtet werden. Vor allem wurde nach dem Krieg der Generationsunterschied deutlich. Während die Älteren an den alten kulturellen und politischen Werten festhielten und eher bereit waren, das erlebte Unrecht auszuklammern und zu vergessen, befriedigten die alten Erklärungsmuster die Jüngeren nicht mehr, und diese suchten nach einer neuen, einer anderen Identität als ihre Eltern. Zwar begeisterten sich einige für die zionistischen Ideen, sodass sie nach Palästina auswanderten; die Mehrheit der Jugendlichen blieb allerdings in Italien und wurde in den folgenden Jahrzehnten zum Träger einer lebendigen Erinnerung an Holocaust und Judenverfolgung in Italien und seiner systematischen Erforschung und Dokumentation.

Der Reintegrationsprozess der Juden war zäh, schmerzhaft und langwierig, besonders, da er schon in der Theorie limitiert und inkonsequent angelegt war. In der Praxis schaffte der italienische Staat zwar die Diskriminierungsgesetze ab, aber er gab sich kaum Mühe, die antisemitischen Vorurteile in der Gesellschaft auszumerzen oder die Entlassung der durch den Faschismus kompromittierten Angestellten in den staatlichen Behörden und öffentlichen Einrichtungen konsequent durchzusetzen. Trotzdem empfanden die meisten Juden die Lebensverhältnisse in der neuen italienischen Republik als gut genug, um die bedrückenden Erfahrungen zu verdrängen und sich erneut erfolgreich in die Gesellschaft einzugliedern.



## BRITISCHE BESATZUNGSLAGER IN ÖSTERREICH NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

---

FLORENTINE KASTNER

### Abstract

British occupation camps in Austria after World War II

The “Marcus W. Orr Internment Camp” in the US zone of Allied occupation – one of the commonly termed “Denazification Camps” – is a well-known part of Austrian history. Much less well-known are the three camps in the British zone that existed between 1945 and 1948. Altogether approximately 10 000 individuals who had formerly had an active role at middle- to high-level National Socialist service grades were detained in the Wetzelsdorf, Wolfsberg and Weissenstein Camps. Military documents of British troops in Germany and Austria showed that arrest and detention at an “occupation camp” was part of the security and transitional justice procedures and initially an element of the re-education plans within the western allied denazification strategy. Within the camps, the detainees received virtually no information about their individual situation. The ensuing atmosphere of frustration caused a shift in self-perceptions “from delinquent to victim”. Using the tool of oral history, numerous interviews with contemporary witnesses have provided an insight into how detainees remember daily camp routines as well as highlight differences between female and male recollections. The paper concludes that certain memory characteristics (Topoi) were deduced out of the past years and have been passed on to later generations.

**Keywords:** Denazification, occupation in Austria 1945–1955, British occupation camps, internment, topoi, oral history

### 1. Einleitung

Im April 1945 erreichten die Streitkräfte der vier Alliierten Österreich. Im Osten des Landes wurde die Hauptstadt Wien von der Roten Armee befreit. In den übrigen Teilen Österreichs dauerten die Kampfhandlungen noch an. Von Norden kommend erreichten die US-amerikanischen Alliierten und von Westen her die französischen Alliierten österreichischen Boden. Aus Italien stießen die britischen

Truppen im Süden Österreichs vor, wohin auch jugoslawische Partisaneneinheiten gelangten. Nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai wurden die befreiten Gebiete vierfach besetzt. Im Zuge des Ersten Kontrollabkommens im Juli 1945 wurden unter anderem die vier alliierten Zonen in Österreich festgelegt. Diese Besetzungszonen bestanden bis zur vollen Souveränität Österreichs, die mit dem Abschluss des Österreichischen Staatsvertrages im Jahre 1955 besiegelt wurde.<sup>1</sup>

Während der Zeit der Besetzung war das deklarierte Ziel der alliierten Siegermächte die Entnazifizierung in allen staatlichen Bereichen. Dazu zählten die Auslöschung der autoritären Herrschaftsstrukturen sowie die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilisierung der vormals vom Nationalsozialismus beherrschten Gebiete. Die Entnazifizierungsmaßnahmen richteten sich auf die Bereiche Politik, Justiz, Gesellschaft, Kultur und Presse. Die Bevölkerung wurde in fünf Kategorien eingeteilt. An oberster Stelle standen die Hauptschuldigen (Kriegsverbrecher), gefolgt von Belasteten (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer), Minderbelasteten, Mitläufern und schließlich Entlasteten. Neben der strafrechtlichen Verfolgung von Nationalsozialisten in Deutschland und Österreich, wie beispielsweise vor den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen zwischen 1945 und 1949, waren spezielle Internierungslager Teil der alliierten Besatzungspolitik. Im folgenden Beitrag, der sich in erster Linie auf die britische Zone in Österreich richtet, werden diese Lager als „Besatzungslager“ bezeichnet. In der US-amerikanischen Zone existierte ein großes Lager namens „Camp Marcus W Orr“.<sup>2</sup> In der britischen Zone gab es drei wichtige Lager, das „373 Camp Wolfsberg“, „203 Camp Weissenstein“ und „1 Camp Wetzelsdorf“.<sup>3</sup> In der französisch besetzten Zone waren einzelne kleinere Lager verstreut. Ebenso in der sowjetischen Zone, von wo aus ein Großteil der Internierten in das Gulag-System in die Sowjetunion abgeschoben wurde.<sup>4</sup>

Nach den Planungen der amerikanischen und britischen Alliierten aus dem Jahre 1944 nahmen die Besatzungsmächte in diese Lager im Wesentlichen Personen in Gewahrsam, die den Kriterien des *automatic arrest* entsprachen. Die entsprechenden Listen richteten sich sowohl auf international gesuchte Kriegsverbrecher als auch auf Beamte der Geheimen Staatspolizei (GESTAPO), des

---

<sup>1</sup> Manfred Rauchensteiner, *Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955* (Graz: Verl. Styria, 1995).

<sup>2</sup> Oskar Dohle und Peter Eigelsberger, *Camp Marcus W. Orr. „Glaserbach“ als Internierungslager nach 1945* (Linz-Salzburg: Oberösterreichisches Landesarchiv u. a., 2009).

<sup>3</sup> Florentine Kastner, „Zu Gast bei Seiner britischen Majestät‘: Besatzungslager in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg“, *zeitgeschichte* 37, Nr. 5 (2010): 269–284.

<sup>4</sup> Stefan Karner, „Zur Politik der sowjetischen Besatzungs- und Gewahrsamsmacht. Das Fallbeispiel Margarethe Ottillinger“, in *Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955*, hrsg. v. Alfred Ableitinger et al. (Wien-Köln-Graz: Böhlau, 1998), 401–430.

Sicherheitsdienstes (SD) und der Schutzstaffel (SS) sowie auf Mitglieder der Waffen-SS, des Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK), des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) und Angehörige des Wehrmachts-Generalstabs, weiters auf NSDAP-Funktionäre wie Gauleiter, Landräte, Bürgermeister, Ortsbauernführer, Juristen, Lehrer und Führungspersonen in Jugendverbänden, ebenso auf Träger von nationalsozialistischen Auszeichnungen. Für Österreich war zusätzlich noch die Gruppe der sogenannten „Illegalen“ relevant. Dazu zählten alle diejenigen, die zur Zeit des Verbots der NSDAP, also vor dem offiziellen „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich am 13. März 1938, dennoch Mitglieder der Partei oder eines ihrer angeschlossenen Wehrverbände gewesen waren.<sup>5</sup> Für die Internierung all dieser Personengruppen spielten neben den Listen des *automatic arrest* besonders die Denunziationen aus der eigenen Bevölkerung eine wichtige Rolle.<sup>6</sup>

In der britischen Besatzungszone befanden sich über die drei Jahre dauernde Internierung an die 10 000 Personen verteilt auf die genannten drei Lager. Die „Entnazifizierungslager“, wie sie in der Alltagssprache auch bezeichnet werden, sind für die britische Zone noch wenig erforscht. Die Lager werden zwar kapitellweise in Arbeiten über die britische Besatzung im Allgemeinen behandelt, dadurch bleibt aber naturgemäß nicht viel Raum für tiefer greifende Ergebnisse.<sup>7</sup> Mithilfe von Memoirenliteratur und Interviews mit ehemaligen Insassen sowie Nachlässen im Kärntner Landesarchiv, Akten im Österreichischen Staatsarchiv und in den National Archives in London konnte ein Bild des Lagernetzwerks in der britischen Zone nachgezeichnet sowie die spätere Verarbeitung der Erinnerung daran herausgelesen werden.<sup>8</sup> Der folgende Beitrag geht zwei zentralen Fragen aus diesem Forschungsbereich nach. Zum Ersten: Welche Charaktermerkmale hat dieser Lagertypus, der im Rahmen der nachkriegspolitischen Sicherheitsstrategien existierte? Zum Zweiten: Welche psychologische Auswirkung hatte die Lagererfahrung auf die Internierten?

## 2. Geschichte des Lagers Wolfsberg

In Kärnten, genauer bei Wolfsberg, befand sich das älteste, größte und am besten organisierte der drei Lager in der britischen Zone. Es war bereits im Ersten

<sup>5</sup> Oliver Rathkolb, „U.S.-Entnazifizierung in Österreich. Zwischen kontrollierter Revolution und Elitenrestauration (1945–1949)“, *zeitgeschichte* 11, Nr. 9/10 (1984): 302–325, hier 304f.

<sup>6</sup> Interview Herr Gerhard B. am 12. Juni 2009, Völkermarkt, Bestand Florentine Kastner.

<sup>7</sup> Zum Beispiel in: Gabriela Stieber, *Die Briten als Besatzungsmacht in Kärnten 1945–1955* (Klagenfurt: Verl. d. Kärntner Landesarchivs, 2005) 182–188.

<sup>8</sup> Siehe hierzu: Florentine Kastner, *373 Camp Wolfsberg: Britische Besatzungslager in Österreich von 1945 bis 1948* (Diplomarbeit, Universität Wien, 2011).

Weltkrieg errichtet worden und ist der Bevölkerung in Kärnten heute noch ein Begriff. Im Jahre 1914 wurden auf einem Areal zwei Kilometer südlich der Stadt Wolfsberg einfache Holzbaracken aufgestellt, um ruthenische Flüchtlinge bzw. Internierte unterzubringen. Die Ruthenen, eine slawische Bevölkerungsgruppe in Teilen der heutigen Ukraine, stammten aus dem nordöstlichen Gebiet der Habsburgermonarchie.<sup>9</sup> Die örtlichen Behörden versuchten mit der Internierung in diesem Sammellager die Verbreitung der Flüchtlinge auf dem Land und in den Dörfern zu vermeiden. Schon Ende des Jahres 1914 nahm das Lager die Gestalt einer kleinen Barackensiedlung an. Es gab Wohnbaracken und Nebengebäude, wie zum Beispiel Lagerküche, Lazarett, Leichenkammer, Lagerkirche, Lagerschule und Verwaltungsgebäude. Im Laufe des Ersten Weltkriegs befanden sich im Lager Wolfsberg insgesamt bis zu 8 000 internierte Personen.<sup>10</sup>

Die nächste Zäsur in der Geschichte des Lagers in Wolfsberg war der Zweite Weltkrieg. Die Deutsche Wehrmacht reaktivierte es als Kriegsgefangenenlager, deren erste Insassen wieder aus dem Nordosten Europas kamen. Diesmal waren es Kriegsgefangene nach dem deutschen Überfall auf Polen im September 1939. Das Lagerareal musste schon bald durch neue Baracken vergrößert werden und erhielt im Jahre 1940 die offizielle Bezeichnung Stalag XVIII A (Mannschaftsstelllager im Wehrkreis XVIII, Salzburg).<sup>11</sup> Mit dem Vormarsch der Deutschen Wehrmacht stieg auch die Zahl der Kriegsgefangenen. Verschiedene Nationalitäten, darunter Polen, Franzosen, Briten, Belgier, Holländer, Jugoslawen, Sowjets, Italiener und Kanadier waren im Stalag XVIII A inhaftiert.<sup>12</sup>

Am Ende des Zweiten Weltkriegs, zur Zeit der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 1945, rückten die britischen Alliierten aus Italien ins südliche Österreich vor. In Kärnten lösten die britischen Truppen in den ersten Wochen der Befreiung das Stalag XVIII A auf. Das Lager Wolfsberg wurde nun als sogenanntes „Besatzungslager“ mit dem Namen „Camp 373 Wolfsberg“ in Betrieb genommen. Am 15. Juni 1945 wurden die ersten 199 Personen interniert. Die britischen Truppen leiteten alle erforderlichen Hygiene- und Logistikmaßnahmen ein. Die

<sup>9</sup> Zum Umgang der Habsburgermonarchie mit der ruthenischen Minderheit zur Zeit des Ersten Weltkrieges siehe: Nicole-Melanie Goll, „Verdächtig – Verschleppt – Vergessen. Die Ruthenen und das ‚Russophilen‘-Zivilinterniertenlager Thalerhof bei Graz 1914–1917“, *zeitgeschichte* 37, Nr. 5 (2010): 269–284.

<sup>10</sup> Eduard Schober, *Das Lavanttal in den Stürmen der Zeit* (Klagenfurt: Kärntner Druck- u. Verlagsges., 1980) 140–142.

<sup>11</sup> Barbara Stelzl-Marx, „Das Oflag XVIII B/Stalag XVIII A Wolfsberg 1939–45“, in *Wolfsberg*, hrsg. v. Robert Gratzler (Wolfsberg: Stadtgemeinde Wolfsberg, 2001), 182–206.

<sup>12</sup> Edith Petschnigg, *Von der Front aufs Feld. Britische Kriegsgefangene in der Steiermark 1941–1945* (Graz: Selbstverl. d. Vereins zur Förderung d. Forschung von Folgen nach Konflikten u. Kriegen, 2003).

Internierten wurden mit DDT behandelt und ihren künftigen Wohnbaracken zugeteilt.<sup>13</sup>

### 3. Politischer Hintergrund

Die alliierten Siegermächte definierten mit den Konferenzen von Moskau im Oktober 1943, von Teheran im Dezember 1943, von Jalta im Februar 1945 und von Potsdam im Juli und August 1945 die Strategien zur Zerschlagung des nationalsozialistischen Regimes und die Ziele der Nachkriegspolitik. Für Mitteleuropa bedeutete das unter anderem die absolute Trennung Österreichs von Deutschland in allen staatlichen und wirtschaftlichen Bereichen. Ein stabiles, „neutrales“ Staateengeflecht sollte östliche und westliche Machtansprüche eindämmen. Der gesellschaftspolitische Kurs der Alliierten zielte auf Demilitarisierung, Dekartellisierung, Denazifizierung und Demokratisierung in den befreiten Gebieten.<sup>14</sup>

Die anglo-amerikanischen Alliierten gründeten bereits 1944 die European Advisory Commission in London. Hier wurden Pläne für die Phase der Besetzung entwickelt sowie die künftigen Zonenverteilungen für Deutschland und Österreich diskutiert. Man einigte sich auf die Einrichtung eines zentralen Kontrollorgans, den sogenannten „Alliierten Rat“. Die besetzten Staaten sollten möglichst bald in der Lage sein, zwar noch unter alliierter Kontrolle, aber dennoch eigene Regierungen zu bilden.<sup>15</sup>

Als die Alliierten im Zuge der Befreiung in Österreich eingetroffen waren, dauerte es noch einige Wochen, bis die Situation im Land unter Kontrolle war und wichtige Fragen hinsichtlich der Verantwortungsbereiche und der administrativen Angelegenheiten geregelt werden konnten. Einige Regionen in Österreich waren anfangs noch von alliierten Truppen mehrfach besetzt. Nachdem schließlich die militärische Kontrolle garantiert war, unterzeichneten die vier Siegermächte im Juli 1945 das Erste Kontrollabkommen und das Zonenabkommen. Österreich wurde in vier Besatzungsgebiete aufgeteilt. Der Westen Österreichs, Vorarlberg und Tirol, fiel unter französische, der Norden mit Salzburg und Oberösterreich unter amerikanische Kontrolle. Niederösterreich und Burgenland im östlichen Teil des Landes zählten in der Folge zur sowjetischen Zone und Steiermark, Kärnten und

<sup>13</sup> Interview Herr Alfred S. am 6. Juni 2009, Klagenfurt, Bestand Florentine Kastner.

<sup>14</sup> Oliver Rathkolb, „Die Entwicklung der amerikanischen Besatzungskulturpolitik zum Instrument des Kalten Krieges“, in *Kontinuität und Bruch. 1938–1945–1955*, hrsg. v. Friedrich Stadler (Münster: Lit-Verl., 2004), 35–50. Für die Frühphase der alliierten Besetzung ist noch die „Demontage“ zu erwähnen, die allerdings weniger mit den gesellschaftspolitischen Zielen der Alliierten zusammenhing.

<sup>15</sup> Stefan Karner und Gottfried Stangler, Hrsg., „Österreich ist frei!“ *Der Österreichische Staatsvertrag 1955* (Horn-Wien: Berger, 2005), 5.

Osttirol im Süden wurden von den britischen Alliierten verwaltet. Die Militärregierungen und die vierfache Verwaltung der Hauptstadt Wien wurden fixiert und die Allied Commission for Austria (ACA) eingerichtet. Diese Regelungen prägten nun das Bild der österreichischen Landkarte und der Gesellschaft für die folgenden zehn Jahre.<sup>16</sup>

In der Entnazifizierungspolitik verfolgten die Briten und die Amerikaner im ersten Jahr der Besatzung noch konsequent und streng einen politischen und gesellschaftlichen Kurs.<sup>17</sup> Die nationalsozialistische Ideologie sollte aus der Bevölkerung herausgefiltert werden. Ein Elitentausch in Politik, Wirtschaft, Industrie, Verwaltung, Justiz, Bildungswesen, Presse und Kultur war geplant.<sup>18</sup> Bis Februar 1946 standen Denunziationen aus der eigenen Bevölkerung, Verhaftungen und Einweisungen von Nationalsozialisten in Besatzungslager auf der Tagesordnung.

Ein Jahr nach dem Ersten Kontrollabkommen unterzeichneten die Alliierten im Sommer 1946 das Zweite Kontrollabkommen. Das war für Österreich von sehr hoher Bedeutung. Erstens wurde damit die österreichische Souveränität deutlich erweitert. Zweitens setzte beispielsweise in der britischen Zone die Phase eines kontinuierlichen Rückzugs der Briten ein. Die Alliierten beschränkten sich von da an immer mehr auf die passive Kontrolle der österreichischen Behörden.<sup>19</sup>

Parallel zu diesen Entwicklungen setzten die teils untergetauchten, teils aus dem Exil und aus Konzentrationslagern zurückgekehrten österreichischen Politiker eigene Schritte. Am 27. April 1945, kurz vor dem offiziellen Kriegsende in Österreich, rief Karl Renner die Provisorische Staatsregierung in Österreich aus. Zu den Gründungsparteien zählten die Sozialistische Partei Österreichs, die Kommunistische Partei Österreichs und die Österreichische Volkspartei. In der Regierungserklärung betonten sie die Wichtigkeit der Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen. Die ersten Maßnahmen in dieser Richtung waren der Erlass des Verbotsgesetzes am 8. Mai 1945 und des Kriegsverbrechergesetzes am 26. Juni 1945. Diese Gesetze waren unabhängig von alliierter Einfluss erlassen worden. Sie gaben die Verfahrensweise im Nachkriegsrecht und in der Entnazifizierung vor. Für die Durchführung der Entnazifizierungsgesetze waren die sogenannten Volksgerichte verantwortlich. Dabei handelte es sich um für diesen Zweck eingerichtete

<sup>16</sup> Alfred Ableitinger, Siegfried Beer und Eduard G. Staudinger, Hrsg., *Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955* (Wien-Köln-Graz: Böhlau, 1998).

<sup>17</sup> Robert Knight, „Britische Entnazifizierungspolitik 1945–1949“, *zeitgeschichte* 11, Nr. 9/10 (1984), 287–301.

<sup>18</sup> Dieter Stiefel, *Entnazifizierung in Österreich* (Wien: Europaverl., 1981), 21f.

<sup>19</sup> Siegfried Beer, „Die britische Entnazifizierung in Österreich 1945–1948“, in *Entnazifizierung im regionalen Vergleich*, hrsg. v. Walter Schuster et al. (Linz: Archiv der Stadt Linz, 2004), 399–430.

österreichische Sondergerichte, die sich aus zwei Berufs- und drei Laienrichtern zusammensetzten.<sup>20</sup>

Das Verbotsgesetz behandelt den Hochverrat an Österreich. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ahndete es das Einverständnis mit dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich. Ein Großteil der Österreicher hatte der Einverleibung des Staates in das Dritte Reich unter dem Reichskanzler Adolf Hitler und somit dem Verzicht der österreichischen Souveränität zugestimmt. Das Gesetz verbietet ferner Organisationen und Verbände mit nationalsozialistischem Gedankengut sowie jegliche Form der Wiederbetätigung. Das Kriegsverbrechergesetz stellt Verbrechen gegen Menschenwürde und Menschlichkeit während des Krieges unter Strafe. Mit diesem neuen Gesetz wurde ein rechtliches Werkzeug geschaffen, um einzelne Personen für ihr Handeln zur Verantwortung zu ziehen.<sup>21</sup>

Die Bevölkerung war indessen mit der Realität des Nachkriegsalltags konfrontiert.<sup>22</sup> In der britischen Zone stießen Anfang Mai 1945 die britischen Truppen noch vereinzelt auf Widerstand. In den ersten Nachkriegstagen herrschte in Kärnten Ausnahmezustand. Die Wochen zwischen der offiziellen Kapitulation am 8. Mai und der Umsetzung des Ersten Kontroll- bzw. Zonenabkommens im Juli waren chaotisch. Die Bevölkerung kämpfte mit Versorgungsengpässen, fühlte Unsicherheit und Instabilität.<sup>23</sup>

Das Gebiet war zu diesem Zeitpunkt noch mit Truppen der Roten Armee und einiger ihrer Verbündeten besetzt. Die jugoslawische Regierung stellte Gebietsansprüche in Südösterreich. Ende Juli schließlich erhielten die Briten offiziell die uneingeschränkte Kontrolle über die Zone Osttirol, Kärnten und Steiermark. Als Reaktion auf die territorialen Ansprüche Titos wurde in weiterer Folge die Grenzsicherung zu Jugoslawien und Italien eine wichtige Aufgabe für die Besatzungssoldaten.<sup>24</sup> Die vorangegangene heikle Situation in Unterkärnten veranlasste die britische Militärregierung dazu, die Staatsgrenze im Süden besonders aufmerksam zu überwachen. Die Briten errichteten dazu eine 20 km breite Sperrzone, die sogenannte Prohibited Frontier Zone.

<sup>20</sup> Martin F. Polaschek, *Im Namen der Republik Österreich! Die Volksgerichte in der Steiermark 1945 bis 1955* (Graz: Steiermärk. Landesarchiv, 2002), 64.

<sup>21</sup> Claudia Kuratsidis-Haider und Winfried Garscha, Hrsg., *Keine „Abrechnung“. NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945* (Leipzig-Wien: Akad. Verl.-Anst., 1988).

<sup>22</sup> Erwin Schmidl, „Das Ende des Krieges“, in *Menschen nach dem Krieg – Schicksale 1945–1955*, hrsg. v. Gerhard Jagschitz et al. (Wien: Amt d. Niederösterr. Landesregierung, Kulturabt., 1995), 1–3.

<sup>23</sup> August Walzl, *Die Bewältigung. Nachkriegsjahre in Kärnten und Friaul* (Klagenfurt: Kärntner Dr.-u. Verl.-Ges., 1999).

<sup>24</sup> Felix Schneider, „‘Military Security’ und ‚Public Safety‘. Zur Arbeit des Kontroll- und Sicherheitsapparates der britischen Besatzungsmacht in der Steiermark 1945–1948“, in *Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955*, hrsg. v. Alfred Ableitinger et al. (Wien-Köln-Graz: Böhlau, 1998), 465–493.

Für die Bewohner dieser Region bedeutete das abermals Veränderungen der Lebensverhältnisse. Hier durften sich nur Anrainer mit einer speziellen Erlaubnis bewegen. Die militärischen Sicherheitsoffiziere der Field Security Sections (FSS) waren für die Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen zuständig. Die FSS hatten außerdem die Aufgabe, Nationalsozialisten aufzuspüren, zu verhören und in Besatzungslager zu überstellen.<sup>25</sup> Sie orientierten sich dabei nach den Geheimdienstlisten zu Posten und Funktionen von Personen während des NS-Regimes. Ebenso wurden Fragebögen an die Bevölkerung verteilt, in denen Angaben zu den jeweiligen Lebensläufen gemacht werden mussten. Die Listen und Fragebögen wurden im Vorfeld von den anglo-amerikanischen Geheimdiensten angefertigt. Die Ergebnisse daraus ermöglichten den Alliierten, weitere verdächtige Nationalsozialisten zu finden.<sup>26</sup> Die Auswertung des Fragenkatalogs entschied schließlich entweder über temporäres Berufsverbot oder Internierung in einem Besatzungslager. Ein weiteres wichtiges Hilfsmittel beim Finden belasteter Personen waren auch die zahlreichen Denunziationen aus der Bevölkerung. Die aufgespürten Nationalsozialisten wurden daraufhin in provisorisch angelegten Lagern gesammelt. Nach kurzen Aufenthalten folgte die Überstellung der Gefangenen großteils in das 373 Camp Wolfsberg.<sup>27</sup>

#### 4. Kriterien der Besatzungslager

Im 20. Jahrhundert gab es eine Vielzahl von Lagertypen. Alle hatten entsprechend unterschiedliche Motive für die Gefangenschaft von Personen. Vor, während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg waren verschiedene Lagertypen in ganz Europa verstreut.<sup>28</sup> Vor Kriegsausbruch existierten Internierungslager für politische Oppositionelle und bereits nationalsozialistische Konzentrationslager, während des Krieges kamen Kriegsgefangenenlager und Vernichtungslager hinzu. In den Wirren der ersten Nachkriegszeit gab es Repatriierungslager und Durchgangslager für Displaced Persons.<sup>29</sup> Die Lager in den

<sup>25</sup> E-Mail-Korrespondenz mit Mr. Robert G. I. Maxwell, ex-Sergeant Major, 16 Field Security Section, Intelligence Corps, 16. Juni 2009–28. Dezember 2010.

<sup>26</sup> Siegfried Beer, „Die Besatzungsmacht Großbritannien in Österreich 1945–1949“, in *Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955*, hrsg. v. Alfred Ableitinger et al. (Wien–Köln–Graz: Böhlau, 1998), 41–70.

<sup>27</sup> Kastner, „Zu Gast bei Seiner britischen Majestät“.

<sup>28</sup> Joël Kotek und Pierre Rigoulot, *Das Jahrhundert der Lager. Gefangenschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung* (Berlin-München: Propyläen-Verlag, 2001).

<sup>29</sup> Günter Bischof, Stefan Karner und Barbara Stelzl-Marx, Hrsg., *Kriegsgefangene des Zweiten Weltkrieges. Gefangennahme, Lagerleben, Rückkehr* (Wien-München: Oldenbourg, 2005). Bei den DPs handelte es sich um etwa 11 Millionen Menschen aus allen Teilen Europas, die vom NS-Regime

alliierten Besatzungszonen in Deutschland und Österreich in den ersten Jahren nach der Befreiung stellten eine Sonderform von Internierungslagern dar. „Besatzungslager“ waren im Rahmen nachkriegsstrategischer Maßnahmen eine eigene Unterkategorie.<sup>30</sup>

In diesen Lager wurden Personen in Gewahrsam genommen, die einer bestimmten Gruppe innerhalb transitionaler Gesellschaften angehörten. Es handelt sich dabei um Gesellschaften, die sich mithilfe einer legitimierten Autoritätsmacht im Übergang von einem politischen System in ein neues befinden.<sup>31</sup> Interniert werden diejenigen, die zu den systemideologischen Trägern des feindlichen Regimes zählen. Diese Gruppe wird von den aktuell temporären territorialen Autoritäten definiert. Die Internierung dieser Personen ist eine begleitende Maßnahme bei der Überwindung des Regimes. Im Falle des Zweiten Weltkriegs hielten die westlichen Besatzungsmächte nationalsozialistische Eliten in Lagern fest. Die Zielpersonen hatten vormals Positionen und Verantwortungsgebiete inne, die von mittlerer Führungsebene aufwärts bis zu leitenden Posten reichten.

Drei Kriterien unterscheiden die Lager unter alliierter Kontrolle von allgemeinen Internierungslagern. Erstens die militärpolitischen Motive, zweitens die soziale Struktur der Interniertengesellschaft und drittens das alltägliche Lagerleben.

#### 4.1 Erstes Kriterium: Militärischer Zweck des Lagers

Es gab drei Beweggründe für die Lagereinweisung. Nach Eintreffen der alliierten Truppen hatte die Gebietssicherung Priorität. Darauf folgte der Versuch der Alliierten, Kriegsverbrecher aufzuspüren. Zuletzt gab es Überlegungen zur Entnazifizierung der in Gewahrsam genommenen Nationalsozialisten.<sup>32</sup>

Im Falle Südösterreichs erforderte die unübersichtliche Lage in den ersten Wochen strenge Kontrollen von Seiten der britischen Besatzungstruppen. Diese Maßnahmen spürte die Bevölkerung stark im Alltag, denn in der gesamten Region bedeutete das deutliche Bewegungseinschränkungen, nicht nur in der Prohibited

---

verschleppt sowie als Zwangsarbeiter in NS-Betrieben verpflichtet wurden und sich nun überwiegend in Deutschland und Österreich befanden. Da diese Personen meist heimat- und mittellos waren, mussten sie von den Alliierten versorgt und bei den Rückführungen in deren Herkunftsregionen unterstützt werden.

<sup>30</sup> Kastner, *373 Camp Wolfsberg*.

<sup>31</sup> Claudia Kuretsidis-Haider und Winfried Garscha, Hrsg., *Gerechtigkeit nach Diktatur und Krieg. Transitional Justice bis heute: Strafverfahren und ihre Quellen* (Graz: Clio, 2010).

<sup>32</sup> Kastner, „Zu Gast bei Seiner britischen Majestät“.

Frontier Zone. Man durfte sich nur mit Passierscheinen fortbewegen. Der Besitz von Waffen war verboten, was von den Soldaten auch streng überprüft wurde. Die dominierende Aufgabe war die präventive Sicherheitsmaßnahme für die alliierten Truppen, die mit nationalsozialistischen Widerstandsaktionen oder Attentatsversuchen zu rechnen hatten. In dieser Zeit kam es zu weitreichenden Verhaftungen und Internierungen.

Hierauf folgte eine Phase des Festhaltens, um Kriegsverbrecher aufdecken zu können. Es ging darum, Informationen über Waffenverstecke zu bekommen und mögliche Kriegsverbrecher und Zeugen zu verhören. Mit dieser Taktik verschafften sich die britischen Besatzungsbehörden die notwendige Zeit, um Verdächtige unter den Internierten aussieben zu können. Es kam auch vor, dass andernorts gefundene und bereits verurteilte Kriegsverbrecher in ihre Heimatstaaten oder zu weiteren Gerichtsverhandlungen überstellt wurden. Auf diesem Weg „parkten“ die Alliierten diese Personen zwischenzeitlich in größeren Lagern, wie etwa im 373 Camp Wolfsberg. Zum Beispiel saß der in Venedig zum Tode verurteilte Generalfeldmarschall der Luftwaffe Albert Kesselring auf dem Weg von Venedig nach Deutschland während des Sommers 1947 in Wolfsberg.<sup>33</sup>

Zuletzt gab es vereinzelt Versuche, Entnazifizierungsmaßnahmen innerhalb der Lager zu unternehmen. In den Interviews mit ehemals Internierten finden sich Hinweise, dass der bekannte Dokumentarfilm „Todesmühlen“ im Lager Wolfsberg vorgeführt worden sein soll. Dieser Film wurde auf Veranlassung der amerikanischen Alliierten unter Regie des tschechischen Exilanten Hanuš Burger und unter Mitarbeit des österreichischen Exilanten Billy Wilder zu Aufklärungszwecken für die Bevölkerung gedreht. In den Wochenschauen, die in den Kinos liefen, sollten der Bevölkerung die nationalsozialistischen Gräueltaten demonstriert werden. Zu sehen sind erschütternde Bilder von Opfern der Konzentrations- und Vernichtungslager, darunter Auschwitz und Buchenwald, bei ihrer Befreiung durch Einheiten der Alliierten.<sup>34</sup>

Auch betrieben manche der jungen Soldaten des Wachpersonals wohl ihre eigene Art der „Entnazifizierung“. Das zeigte sich in Form von herablassendem Verhalten gegenüber den Internierten oder sogar vereinzelt Übergriffen. Es gab aber keine systematischen Misshandlungen und Demütigungen. Zeitzeugen berichten auch, dass eine „Art Entnazifizierung“ in Form von Gesprächen unter den Internierten stattgefunden habe. Politische Spekulationen und radikale, teils

<sup>33</sup> Albert Kesselring, *Soldat bis zum letzten Tag* (Bonn: Athenäum, 1953), 450f.

<sup>34</sup> *Todesmühlen* (D/USA 1945). Drehbuch und Regie: Hanuš Burger, Schnitt: Sam Winston, Billy Wilder.

fanatische Gesinnungen der älteren Nationalsozialisten führten gerade bei den jüngeren Insassen zu Verunsicherung.<sup>35</sup>

## 4.2 Zweites Kriterium: Soziale Struktur im Lager

Die Interniertengesellschaft in den Besatzungslagern repräsentiert das Bild einer ganz bestimmten Gesellschaftsgruppe, ja geradezu einer „Klasse“. Die Internierten kamen sowohl aus zivilen als auch aus militärischen Bereichen des Regimes. Im Gegensatz zu anderen Internierungslagern handelte es sich in diesen Lagern nicht um Menschen verschiedener sozialer Schichten. Viel mehr zeigt sich sehr deutlich das fanatisch verfolgte Ideal der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“. Grundsätzlich sei darauf verwiesen, dass sich streng genommen die Zeichen der Zeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf forcierten Nationalismus und den Kampf gegen die Klassengesellschaft richteten. Der Nationalsozialismus unterschied aber in aller Deutlichkeit zwischen „Herrenrasse“ und „Untermenschen“, zwischen „lebensunwürdigem Leben“ und „gesundem Erbmaterial“. Kann also diese Unterscheidung nicht auch als Klassendenken eingestuft werden? Von diesem Standpunkt aus liefern demnach die Mitglieder der „Volksgemeinschaft“, also die Personengruppe in den Besatzungslagern, das Bild der vom NS-Regime kreierten „Klasse“. In Bezug auf den sozialen Hintergrund der Insassen ist ein allen gemeinsames Bildungsniveau zu erkennen, das zum elitären Klassenempfinden innerhalb der Interniertengesellschaft beitrug.<sup>36</sup>

In den Besatzungslagern befanden sich Mitglieder des Regimes und Träger des Systems. Neben den Angehörigen der paramilitärischen Verbände der NSDAP begannen die zivilen NS-Karrieren der internierten Personen bei mittlerer Führungskompetenz in Bürokratie und Militär sowie auf mittlerer Administrations- und Gesellschaftsebene.<sup>37</sup> Eine Statistik vom November 1946 aus dem 373 Camp

<sup>35</sup> Interview Herr Siegbert K. am 27. April 2009, Wien, Bestand Florentine Kastner.

<sup>36</sup> Kastner, *373 Camp Wolfsberg*, 77–89.

<sup>37</sup> Da sich die vorliegende Untersuchung in erster Linie auf die Besatzungslager und ihre Funktion sowie die Erinnerung daran seitens der ehemals Internierten richtet, kann im Rahmen dieses Beitrages nicht auf einzelne Biographien von Internierten eingegangen werden. Zu Fragen nach Verantwortungsträgern mit höherem Bekanntheitsgrad und deren individuellen Funktionen und Karrieren sowohl zur Zeit des NS-Regimes als auch in der Zweiten Republik Österreich mit der Problematik der Elitenkontinuität siehe auch: Claudia Kuratsidis-Haider und Winfried Garscha, Hrsg., *Keine „Abrechnung“. NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945* (Leipzig-Wien: Akad. Verl.-Anst., 1988); Sebastian Meissl, Klaus-Dieter Mulley und Oliver Rathkolb, Hrsg., *Verdrängte Schuld, verfehlt Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955* (Bad Vöslau: Verl. für Geschichte und Politik, 1986); Friedrich Stadler, Hrsg., *Kontinuität und Bruch. 1938–1945–1955* (Münster: Lit-Verl., 2004); Ernst Klee, *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945* (Frankfurt am Main: S. Fischer-Verlag, 2007).

fasst die zivilen Berufe zwar sehr grob zusammen, gibt aber eine Vorstellung vom gesellschaftlichen Niveau:<sup>38</sup>

Land- und Forstwirtschaft:	508 Personen
Gewerbliche Wirtschaft:	1 367 Personen
Freie Berufe <sup>39</sup> :	403 Personen
Öffentliche Beamte und Angestellte <sup>40</sup> :	669 Personen
Wissenschaft und Schule <sup>41</sup> :	272 Personen
Sonstige:	118 Personen

Bei der Altersgruppe der unter 30-jährigen herrschten naturgemäß die unteren Waffen-SS Ränge vor sowie leitende Funktionen innerhalb der nationalsozialistischen Jugendorganisationen HJ und BDM. Die Frauen waren häufig in Lehrberufen und in administrativen Funktionen tätig gewesen.<sup>42</sup> Eine von den Internierten selbst erstellte Statistik vom April 1947 vermittelt einen Überblick zur Altersgliederung im 373 Camp Wolfsberg:<sup>43</sup>

unter 19 Jahren:	3 Personen
zwischen 20 und 30 Jahren:	240 Personen
zwischen 30 und 40 Jahren:	755 Personen
zwischen 40 und 50 Jahren:	1 218 Personen
zwischen 50 und 60 Jahren:	644 Personen
über 60 Jahre:	96 Personen

Die meisten dieser Listen wurden von der internen Lagerführung selbst angelegt. Bei den Zahlenangaben in diesen Listen muss daher immer wieder in Erinnerung gerufen werden, dass beim Erstellen von derlei Statistiken nicht alle Insassen aufgenommen werden konnten. Beispielsweise befanden sich Internierte entweder in einem der anderen beiden größeren Lager der Zone. Oder sie meldeten sich nicht zu den Zählungen, deren Teilnahme daran, wenn sie intern durchgeführt wurden, nicht verpflichtend war. Frauen wurden nicht immer mitberücksichtigt.

<sup>38</sup> Gabriela Stieber, *Die Briten als Besatzungsmacht in Kärnten 1945–1955* (Klagenfurt: Verl. d. Kärntner Landesarchivs, 2005), 186.

<sup>39</sup> Ärzte, Juristen, Techniker, Sonstige.

<sup>40</sup> Hohe, mittlere, niedere Beamte.

<sup>41</sup> Akademiker, Volks-, Haupt-, Mittel- und Fachlehrer.

<sup>42</sup> FO 1020 Foreign Office and Predecessors: Allied Commission for Austria, (British Element): Headquarters and regional files, The National Archives, Kew, London.

<sup>43</sup> Sammelaktion Zeitgeschichte, Nachlass Medweth, Kärntner Landesarchiv, Klagenfurt.

Diese Listen vermitteln daher Annäherungswerte und dienen einer besseren Vorstellung der Lagerverhältnisse.

### 4.3 Drittes Kriterium: Lagerleben

Das Leben in Besatzungslagern war von einem hohen Grad an interner Selbstorganisation bestimmt. Die Insassen hatten freie Hand bei ihrer Organisation und bei der Gestaltung ihres Tagesablaufs. Die externe Lagerführung, demnach die britische Lagerkommandantur, mischte sich in die inneren Angelegenheiten nicht nennenswert ein. Im Gegensatz zu anderen Lagertypen berichteten Zeitzeugen aus den Besatzungslagern nicht von „Funktionshäftlingen“, die von der alliierten Lagerbewachung eingesetzt worden wären.<sup>44</sup> Es gab Arbeitseinsätze außerhalb des Lagerareals auf freiwilliger Basis. Die Insassen wurden nicht zur Arbeit gezwungen. Hinzu kam viel frei verfügbare Zeit, in der sich die Internierten mit kulturellen und wissenschaftlichen Aktivitäten beschäftigten.

Das Lagernetzwerk in der britischen Zone setzte sich aus kleineren ersten Sammellagern, die sich am Rande von Städten, Ortschaften oder auf Feldern von größeren Bauernhöfen befanden, und aus den drei größeren Lagern zusammen. Zwischen den Lagern 373 Camp Wolfsberg, 203 Camp Weissenstein und 1 Camp Wetzelsdorf fanden immer wieder Häftlingstransfers statt. Die Gründe dafür waren Verlegungen wegen Überfüllung, Entlassungen oder bevorstehende Volksgerichtsprozesse.<sup>45</sup>

Unterschiede zwischen diesen drei Lagern gab es in Aufbau und Größe. Das 1 Camp Wetzelsdorf und das 203 Camp Weissenstein waren im Vergleich zum 373 Camp Wolfsberg neu errichtet und provisorisch angelegt. Bei diesen beiden handelte es sich um Barackenlager für einige hundert bis maximal tausend Personen. Im 373 Camp Wolfsberg hingegen waren rund 4 000 Personen untergebracht. Das Äußere des Lagers bei Wolfsberg veränderte sich seit der Zeit als Stalag nicht mehr grundlegend. Es gab sieben große Blöcke mit Wohnbaracken. Eine Baracke diente als eigener Frauenblock mit ca. 200 Personen. Zusätzlich gab es Nebengebäude und den extra bewachten „Bunker“. Hier führten die britischen Behörden Verhöre durch. In den 30 Zellen befanden sich höhere Funktionäre, unter Verdacht stehende Kriegsverbrecher, lokale Prominente und Verdächtige, die an die jugoslawische Regierung ausgeliefert werden sollten.

In den südlichen Gebieten des „Dritten Reiches“ hatte das NS-Regime eine scharfe Germanisierungspolitik verfolgt. Aufgrund der schweren Kriegsverbrechen,

<sup>44</sup> KLA, Sammelaktion Zeitgeschichte, Nachlass Burger-Scheidlin.

<sup>45</sup> Archiv der Republik, Bundesministerium für Justiz, Österreichisches Staatsarchiv, Wien.

die im Zuge der rassistischen und menschenunwürdigen Methoden stattgefunden hatten, verlangten die jugoslawischen Behörden nach Kriegsende die Auslieferung der dort führenden Nationalsozialisten. Die jugoslawische Regierung strebte danach, den Verantwortlichen selbst vor eigenen Militärgerichten den Prozess zu machen. In Belgrad kam es auch zu einigen Hinrichtungen.<sup>46</sup>

Die interne Lagerorganisation im 373 Camp Wolfsberg setzte sich aus mehreren Fachbereichen zusammen. Ein Internierter wurde von den Internierten in intern organisierten Lagerwahlen zum Lagerführer gewählt. Das oberste Organ in der internen Verwaltungsstruktur war der Lagerführer, der als Vertreter der Lagergemeinschaft vor der britischen Lagerkommandantur fungierte. Auf ihn folgte der Lagerführer-Stellvertreter. In der Lagerkanzlei wurden Listen aller Art erstellt und die Einteilung der Arbeitstrupps durchgeführt. Es gab ein Lagergericht und eine eigene Lagerpolizei, zu der ein Ordnungsdienst und die interne Kriminalpolizei zählten. Weiter gab es eine Lagerkasse und ebenso eine Lagerküche und eine Lagerbekleidungskammer. Darüber hinaus wurde eine Lagerfeuerwehr beschäftigt und natürlich gab es eine Vielzahl von Lagerwerkstätten mit beispielsweise einer Tischlerei, einem Schuster und Dachdeckern. Der Lagerarzt im Lazarett kam ebenfalls aus der Reihe der Lagerinsassen. Die Organisation in den Blöcken selbst begann beim Blockführer. Auf ihn folgte der Barackenführer. Die kleinste Organisationseinheit war schließlich der Stubenälteste.<sup>47</sup>

Der Lageralltag spielte sich für die Häftlinge in der Zeit zwischen den zwei generell in Lagern üblichen Fixpunkten ab: den regelmäßigen Morgen- und Abendappellen durch die britische Lagerwache zur Personenkontrolle. Von der Außenwelt waren die Insassen aber nicht völlig abgeschlossen. Es war zwar nicht gerade leicht, an Informationen über die Ereignisse und Verhältnisse außerhalb des Lagers zu gelangen. Es war aber nicht unmöglich. Gelegenheiten dazu hatten die Internierten bei den Arbeitseinsätzen außerhalb des Lagers. In Kärnten verrichteten die Internierten Holz- und Reparaturarbeiten in der Umgebung. In der Steiermark arbeiteten die Insassen im Kohletagbau. Die Arbeit war teilweise körperlich schwer, teilweise weniger anstrengend. So oder so – aus Langeweile waren die Insassen meist gern dazu bereit.<sup>48</sup> Außerdem waren diese Außeneinsätze lose bewacht. Das bedeutete, dass die Männer ihre Familienangehörigen treffen konnten. Zum Beispiel kam es oft vor, dass die Ehefrauen ausforschten, wo Arbeitseinsätze stattfinden würden. So konnten sie schon an Ort und Stelle heimlich warten. Oder in einem Fall konnte ein Internierter „temporär“ flüchten.

<sup>46</sup> Kastner, *373 Camp Wolfsberg*, 74.

<sup>47</sup> *Ibid.*, 87.

<sup>48</sup> Interview Herr Heinz S. am 8. Juni 2009, Klagenfurt, Bestand Florentine Kastner.

Der Sohn eines Arbeiters wartete am vorgesehenen Arbeitsplatz und ging anstatt des Vaters zurück ins Lager. Am nächsten Tag schon, beim Morgenappell, flog der Personentausch auf.<sup>49</sup>

Zu Beginn des zweiten Lagerjahres erlaubten die britischen Behörden Postverkehr. Es wurde möglich, fünf Kilogramm schwere Pakete mit Nahrung und sonstigem Material zum Zeitvertreib von den Familien zu erhalten. Die Internierten durften Briefe schreiben, besucht werden und sich im Lager die Zeit selbst gestalten. Innerhalb der Blöcke konnten sich die Männer tagsüber frei bewegen und beschäftigen. Um als Einzelner seinen Block zu verlassen, zum Beispiel für Arbeitseinsätze, benötigte man Passierscheine. Geöffnet wurden die Blöcke für größere Veranstaltungen, die das gesamte Lager betrafen. Auch Besuchsstunden für die in unterschiedlichen Blöcken untergebrachten Familienangehörigen gehörten dazu.

Die Frauen blieben in ihrem Block von den Männern normalerweise strikt getrennt. Es gab aber Berührungspunkte zwischen Männern und Frauen während der diversen kulturellen Veranstaltungen, im Lazarett oder zu den Spaziergangszeiten am Lagerplatz. Zeitzeugen berichteten sogar von einem Lagerbaby. Wie es dazu kommen konnte, führen alle einstimmig auf die Theaterproben zurück.<sup>50</sup> Nur der Bunker war vom übrigen Lageralltag streng abgeschottet und separat bewacht.

Die Internierten bekamen von der britischen Lagerkommandantur weder verpflichtende Arbeitsaufträge noch gab es Vorträge oder sonstige *reeducation-programmes*, an denen teilgenommen werden musste.<sup>51</sup> Als Therapie gegen die Langeweile und den Lagerkoller kam es in den Blöcken zu hoher künstlerischer und wissenschaftlicher Aktivität. Die Akademiker unter den Internierten hielten für die intellektuell Interessierten eine Reihe von Vorträgen und Unterrichtsstunden, was gerade die Jugendlichen für ihre Weiterbildung bzw. überhaupt eine Art erster Ausbildung nützten. Die interne Lagerführung organisierte groß angelegte Theater- und Chorveranstaltungen, Ausstellungen und Wettbewerbe mit den produzierten Gegenständen.<sup>52</sup> Zum Beispiel war im Lager ein beliebtes Hobby das Basteln mit den leeren Nahrungsmittel-Konservendosen. Es wurde sogar eine „Mittagsruhe“ zwischen 12:00 und 14:00 eingeführt, weil das Klopfen und Hämmern an den Objekten im gesamten Lagerareal laut zu hören war.<sup>53</sup>

<sup>49</sup> Interview Herr Alfred S. am 6. Juni 2009, Klagenfurt, Bestand Florentine Kastner.

<sup>50</sup> Interview Frau Erika H. am 16. Juni 2007, Graz, Bestand Florentine Kastner.

<sup>51</sup> Interview Herr Gerald F. und Herr Konrad E. am 10. Juni 2009, Krumpendorf am Wörthersee, Bestand Florentine Kastner.

<sup>52</sup> Sammelaktion Zeitgeschichte, Nachlass Medweth, Kärntner Landesarchiv, Klagenfurt.

<sup>53</sup> Interview Herr Alfred S. am 6. Juni 2009, Klagenfurt, Bestand Florentine Kastner.

Da die Bewachung bzw. Kontrolle durch die britischen Wachsoldaten nicht besonders streng war, boten diese Betätigungsfelder natürlich auch Raum und Nährboden für Ideologisierung. Auch waren dadurch Fluchten möglich, denen besonders ab 1946, nach dem Zweiten Kontrollabkommen, die britischen Behörden nicht mehr ehrgeizig nachforschten.

## 5. Topoi

Der Informationswert der Oral History und der zeitgenössischen schriftlichen Berichte aus den Lagern selbst ist naturgemäß von emotionalen und oft auch gut versteckten Motiven abhängig. Man darf die Beweggründe, die zwischen den Zeilen der schriftlichen wie auch der mündlichen Quellen liegen, nicht aus den Augen verlieren. Es kann schnell passieren, bei den Schlussfolgerungen aus diesen Quellen für die Zeitzeugen Partei zu ergreifen. Bei den Interviews spielt natürlich der zeitliche Abstand zu den Ereignissen eine tragende Rolle. Mit der Zeit eignen sich Menschen neues und vertiefendes Wissen an, sammeln Erfahrungen und üben Kritik. Das ist der berühmte „Filter der Erinnerung“.<sup>54</sup>

In der Eigenwahrnehmung verstanden sich die Internierten in erster Linie als Kriegsgefangene. In seltenen Fällen bezeichneten sie sich auch als KZ-Häftlinge. Auffallend ist, dass diese Sicht in den Interviews viel weniger deutlich zum Vorschein kommt als vergleichsweise in den zeitgenössischen Berichten aus dem Lager oder in der Memoirenliteratur.<sup>55</sup> Die Besatzungsbehörden verwendeten häufig den Ausdruck „Civil Internees“. Selbst sahen sich die vormaligen Mitglieder von paramilitärischen Organisationen, wie etwa der Waffen-SS, als militärische Elite. Wehrmachtsoldaten verstanden sich freilich als Kriegsgefangene. Auf Frauen und Parteimitglieder traf die Bezeichnung „Zivilist“ streng genommen zu.

Da es nur wenig bis kaum Kontakt mit den Besatzungsbehörden gab, verbreitete sich bei den Internierten ein sehr starkes Gefühl der Bevormundung. Die Besatzungsbehörden klärten die Mehrheit der Insassen nicht über deren individuelle Situation oder über geplante Vorgehensweisen auf. Das lag daran, dass die Alliierten zu diesem Zeitpunkt der Besatzung selbst noch nicht genau wussten, wie mit den Tausenden von Personen weiter zu verfahren sein könnte.<sup>56</sup> Die internationale Entwicklung setzte die Alliierten unter Druck und die Tatsache, dass

<sup>54</sup> Barbara Stelzl-Marx, *Zwischen Fiktion und Zeitzeugenschaft. Amerikanische und sowjetische Kriegsgefangene im Stalag XVII B Krems-Gneixendorf* (Tübingen: Narr, 2000), 20–22.

<sup>55</sup> Heinz Zechmann, *Redner vor dem Hakenkreuz* (Gnas: Weishaupt, 1993).

<sup>56</sup> FO 1020 Foreign Office and Predecessors: Allied Commission for Austria, (British Element): Headquarters and regional files, The National Archives, Kew, London.

Österreich möglichst rasch in stabile Verhältnisse zurückfinden musste, führte zu ergebnislosen Diskussionen.

Ein Topos ist ein Geschichtsbild, das im Laufe der Zeit entsteht. Topoi sind Bilder, die sich über die Jahre wie ein Mosaik aus Gedanken, Erfahrungen und Prägungen zusammengesetzt haben. Die Entstehung und Weiterentwicklung von solchen Erinnerungsmerkmalen haben zwei ganz grundlegende Bedingungen, nämlich einen genderspezifischen und einen generationsspezifischen Aspekt.

Die Relevanz des Genderaspekts ergibt sich, da Männer und Frauen unterschiedliche Erfahrungen im Krieg und danach im Lager machten. Daher setzen die Zeitzeugen auch unterschiedliche Erinnerungs- und Interpretationsschwerpunkte. Männer zählten in erster Linie zu den „Systemunterstützern“, Frauen stärker zu den „Systemträgern“.<sup>57</sup> Bei den Männern, besonders bei der Waffen-SS, scheint das Gefühl von Stolz deutlich durch. Sie führen ihre persönlichen Erfolgshöhepunkte auf ihre Tätigkeit während des Krieges zurück. Denn zu dieser Zeit stellten die damals jungen Männer etwas „Wichtiges“ dar. Sie genossen Ansehen und Respekt. In ihren Uniformen sahen sie stattlich aus. Oft betonten die männlichen Zeitzeugen, dass natürlich die Mädchen dementsprechend beeindruckt darauf reagierten.<sup>58</sup> Bei Männern kommt sehr stark der Ärger über das Gefühl der alliierten Bevormundung zum Ausdruck. Darüber hinaus spiegelt die männliche Erinnerung an das Lager die Einflüsse aus der späteren Beschäftigung mit dem historischen Kontext und einer späteren politischen Auseinandersetzung wider.<sup>59</sup>

Frauen heben in ihren Erinnerungen stärker einzelne Details aus dem persönlichen Bereich hervor, die gelöst aus dem politischen Zusammenhang interpretiert werden. Die Zeitzeuginnen wirken aufrichtiger und deutlich weniger selbstinszenierend. Sie überliefern stärker den gefühlten Alltag. Zum Beispiel berichten Frauen über Dekorationen mit austreibenden Zwiebelknollen in den Baracken, um ihre Stuben ein wenig hübscher zu gestalten.<sup>60</sup> Damit sprechen sie zwischen den Zeilen von den kleinen Dingen, mit denen man versuchte, die Situation erträglicher zu machen. Männer dagegen berichten, politische Gespräche jeglicher Art, wie zum Beispiel Spekulationen über eine kommunistische Machtergreifung, geführt zu haben.<sup>61</sup> Solche Berichte wirken nicht immer glaubwürdig, bedenkt man ihr damaliges Alter zwischen 16 und 23 Jahren.

<sup>57</sup> Kastner, „Zu Gast bei Seiner britischen Majestät“.

<sup>58</sup> Interview Herr Alfred S. am 6. Juni 2009, Klagenfurt, Bestand Florentine Kastner.

<sup>59</sup> Kastner, „Zu Gast bei Seiner britischen Majestät“.

<sup>60</sup> Interview Frau Annemarie D. am 17. Juni 2009, Graz, Bestand Florentine Kastner.

<sup>61</sup> Interview Herr Siegbert K. am 27. April 2009, Wien, Bestand Florentine Kastner.

Frauen wirken in ihren Erinnerungen bereitwilliger, die Situation zu akzeptieren. Es scheint, als fühlten sie nicht so sehr die „Unrechtmäßigkeit“ des Arrests, was Männer beispielsweise immer wieder betonen. Und interessanterweise vermitteln sie diesen Eindruck, obwohl sie zum Großteil weniger bedeutende politische Funktionen innehatten oder geringere Verantwortung trugen. Doch entgegen dem Anschein setzten sich Frauen durchaus mit dem Spannungsfeld zwischen eigenen Interessen und politischen Interessen auseinander. Es wurde aber in den Interviews offensichtlich, dass Frauen schlicht nicht gern darüber sprechen. Daher setzten sie die Schwerpunkte beim Erzählen weniger auf politisch Abstraktes als vielmehr auf lebensnah Greifbares.<sup>62</sup> Dieses weibliche Erinnerungsmerkmal hängt zusammen mit der klassischen Rollenverteilung, dem traditionell-konservativen Geschlechterbild in der mitteleuropäischen Kulturgesellschaft der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Frauen konnten in diesem soziologischen Klima ein weniger starkes Selbstbewusstsein und ein geringeres Selbstverständnis für intellektuelle Diskurse entwickeln.

Sowohl Männer als auch Frauen haben nach der Lagererfahrung Gewissensforschung betrieben. In der Interviewsituation wirkten die Männer dabei viel eifriger. Als wollten sie den Gesprächspartner von einer Ablehnung des NS-Regimes überzeugen und keinen Zweifel daran offenlassen. Frauen hingegen kämpften weniger mit dieser Art „Rechtfertigungs-Druck“. Zum einen, weil sie in niedrigen bis einflusssschwachen Funktionen tätig waren und sich damit selbst ohnehin als „unpolitisch“ auffassen. Oder aber sie stehen nach wie vor voll und ganz zum NS-Regime. Sie verbinden damit ausnahmslos eine Zeit der gesellschaftlichen Ordnung und Stabilität sowie der volkstümlichen und kulturellen Blüte.

Der Generationenaspekt nimmt ebenfalls einen wichtigen Einfluss auf die Entwicklung von Topoi. Die Generation der Gefangenen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren hatte naturgemäß einen verhältnismäßig geringen Verantwortungsspielraum zur Zeit des Nationalsozialismus als vergleichsweise ältere Politikfunktionäre und Militärs. Heute finden sich Vertreter der älteren Generation kaum noch in der für diese Untersuchung befragten Personengruppe.

Bei der Erinnerung an die Lagererfahrung ist zu bedenken, dass die meisten der jungen Insassen noch keine eigenen Familien hatten und auch noch keine beruflichen Karrieren oder gar größeren materiellen Besitz. Alles Umstände, die durch lange Abwesenheit auf dem Spiel stehen konnten. Die Sorgen eines Jugendlichen sind freilich nicht geringer als die eines Erwachsenen. Sie unterscheiden sich aber von denen einer Mutter oder eines Vaters, die im Ungewissen

---

<sup>62</sup> Kastner, „Zu Gast bei Seiner britischen Majestät“.

über Ehepartner und Kinder zu Hause sind. Sie unterscheiden sich auch von denen einer schon lange berufstätigen Person, die nicht weiß, ob sie noch Vermögen haben wird, wenn die Lagerzeit vorüber ist. Bei den Jungen sind auch nicht die ideologische Prägung in der Kindheit und die gesellschaftliche und politische Erziehung in der Jugend zu unterschätzen. Gerade in autoritären Systemen nehmen diese Aspekte einen besonders extremistischen Charakter an. Zusammenfassend heißt das, dass der ungleiche Belastungsdruck und die andersgeartete Sozialisation ein breit gefächertes Untersuchungsfeld von Erinnerungsschwerpunkten liefern.

## 5.1 Erstes Beispiel für Topoi: „Das zweite Jahr“

Alle Zeitzeugen berichteten, dass das Lagerleben im zweiten Jahr angenehmer wurde und sie eine Verbesserung der Lebensbedingungen spürten. Die Versorgung wurde besser und es waren sogar unter Angabe triftiger Gründe auch Kurzurlaube möglich, um zu Hause dringende Familienangelegenheiten regeln zu können. Dieser Topos hat einen hohen Wert für die historische Kontextualisierung. Die günstiger empfundene Zeit lässt sich auf die politische Situation zurückführen. Im Zeitraum zwischen Februar 1946 und Februar 1947 wird eine Phase des kontinuierlichen Rückzugs der Briten merkbar. Das wiederum steht im Zusammenhang mit dem Abschluss des Zweiten Kontrollabkommens. Mit der Erweiterung der österreichischen Verantwortungsbereiche beschränkten sich die britischen Alliierten verstärkt auf eine passive Kontrolle der Einhaltung des österreichischen Verbots- und des Kriegsverbrechergesetzes. Die nächste Phase reichte von Februar 1947 bis Mai 1948.<sup>63</sup> Im Februar 1947 wurde das Verbotsgesetz novelliert und damit das sogenannte Nationalsozialistengesetz erlassen. Mit diesem Gesetz fiel die Hauptverantwortung der Entnazifizierung an die österreichische Regierung. Sühnemaßnahmen waren zum Beispiel der vorläufige Entzug politischer Rechte, Berufsverbote oder Geldstrafen.<sup>64</sup> Jetzt setzte auch eine Entlassungswelle aus den Besatzungslagern ein.<sup>65</sup> Die Internierten bekamen rasch abgewickelte Volksgerichtsverfahren. Um die Jahreswende 1947 auf 1948 waren die Entlassungen aus den Besatzungslagern weitgehend vollzogen und die Lager wurden aufgelöst. Auf juristischer Ebene setzten Amnestien im großen Stil ein.

<sup>63</sup> Siegfried Beer, „Die Besatzungsmacht Großbritannien in Österreich 1945–1949“, in *Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955*, hrsg. v. Alfred Ableitinger et al. (Wien–Köln–Graz: Böhlau, 1998), 41–70.

<sup>64</sup> Dieter Stiefel, *Entnazifizierung in Österreich* (Wien: Europaverl., 1981), 81–83.

<sup>65</sup> Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, Österreichisches Staatsarchiv, Wien.

## 5.2 Zweites Beispiel für Topoi: „Warum“

Für die gesellschaftspsychologische Entwicklung in Österreich ist ein interessanter Mosaikstein der Topos der als unmündig empfundenen Behandlung.<sup>66</sup> Dieses Erinnerungsmerkmal ist auf das Informationsdefizit zur Lagerhaft zurückzuführen. Die von den Soldaten der FSS aufgespürten Kriegsverbrecher sollten entweder rasch vor das internationale Kriegsverbrechertribunal gestellt werden oder wurden an Jugoslawien ausgeliefert. Die überwiegende Mehrheit der Internierten aber blieb unaufgeklärt in den Lagern zurück – von den Besatzungsbehörden vorläufig als möglicher „mittlerer“ Schweregrad kategorisiert. Mit dieser Methode verschafften sich die britischen Behörden Zeit, um eventuell noch weitere relevante Fälle herauszufiltern. Dieser Zustand nährte natürlich eine Atmosphäre der Unwissenheit und Unsicherheit. Der Mangel an Informationen förderte die Entstehung von Gerüchten und führte zur Festigung von Klischees und Spekulationen.<sup>67</sup> Die Internierten konstruierten in diesem Klima eine Opferrolle. In diese Rolle fühlten sie sich nicht nur hineingedrängt, sondern sie verstanden sich jetzt selbst als die Opfer des Krieges. Ein Frust unter den Insassen verbreitete sich, den einige Zeitzeugen bis in die Gegenwart als belastend empfinden. Zwar beurteilen sie die britische Besatzungsmacht als militärisch korrekt. Doch die tiefsitzende Enttäuschung über eine arrogant verstandene Behandlung wurde weiter überliefert. Bis heute herrscht ein negatives Gefühl darüber, dass keinem erklärt wurde, um was genau es sich bei diesem Arrest handelte. Nur die wenigsten wurden offiziell über den Grund ihrer Verhaftung aufgeklärt. Die meisten der Internierten wurden nach Ende ihrer Haft ohne Kommentar wieder entlassen. Hier lässt sich ein weiteres Mal der Einfluss des Generationenaspekts erkennen. Dass dieser Topos stark bei den Zeitzeugen heute durchscheint, liegt natürlich am jugendlichen Alter zur Zeit der Lagerhaft. Die Älteren unter ihnen waren sich aller Wahrscheinlichkeit nach ihrer Haftgründe bewusst.

Der rege akademische Betrieb führte zu einer Stimmung der intellektuellen Überlegenheit. Damit bestärkten die Internierten sich gegenseitig in ihrem Selbstbewusstsein. Um sich von außen, von Fremden, nicht minder bewerten zu lassen, forcierten die Insassen einen gesteigerten Selbstwert. Die indoktrinierte Zugehörigkeit zur übergeordneten „Klasse des NS-Regimes“, der „Volksgemeinschaft“, konnte selbstverständlich nicht so einfach wieder verworfen werden. Es ist eine bekannte Reaktion der Menschen, einen Privilegienverlust nur schwer zu

<sup>66</sup> Günter Bischof und Josef Leidenfrost, Hrsg., *Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949* (Innsbruck: Haymon-Verlag, 1988).

<sup>67</sup> Kastner, „Zu Gast bei Seiner britischen Majestät“.

akzeptieren, wenn vorher gesellschaftliche Vorteile genossen wurden. Und ganz besonders dann, wenn diese Vorrechte von Außen wieder entzogen werden.<sup>68</sup>

## 6. Zusammenfassung

Schon bald wurden auch den Siegermächten die Mängel im soziopsychologischen Vorgehen gegen die verbreitete nationalsozialistische Idee in der Gesellschaft bewusst. Deutliche Widersprüchlichkeit zu den alliierten Zielsetzungen wurde offensichtlich.<sup>69</sup> Die Bevölkerung hätte vom ausnahmslos verbrecherischen und ausbeuterischen Trug und Schein der NS-Ideologie überzeugt werden sollen. Das bloße Festhalten in Lagern, ohne Aufklärungsarbeit für die Insassen, unterstützte nicht gerade das Übernehmen von gesellschaftlicher Mitverantwortung oder gar eine wirtschaftliche Stabilisierung des Landes.

Innerhalb der Besatzungslager ermöglichte die freie Zeitgestaltung Nährboden für bestimmte einseitige Weltanschauungen. Mit der internen Eigenverwaltung im Lager konnte eine Art Mikrokosmos entstehen, in dem Freiraum für Diskussionen und Mythenbildung blieb. In dieser ideologischen Atmosphäre begann die Lagergemeinschaft, sich selbst als Opfergesellschaft wahrzunehmen. Im Laufe der Zeit kam es im Lager zu einer Umkehr in der Rollenverteilung. Die vormalige Tätergesellschaft fühlte sich nun als neue Opfergesellschaft. Die Internierung bestärkte die Insassen in diesem Empfinden. Der Zweck der Internierung – weder militärstrategisch noch gesellschaftlich – war den Internierten natürlich nicht klar. Sie fühlten sich von österreichischer Justiz und Regierung vernachlässigt und von den Alliierten unmündig behandelt.

Die geopolitischen Entwicklungen und die immer deutlichere Konkurrenz zwischen dem östlichen und dem westlichen Machtblock erforderten einen raschen Aufbau von soliden Staaten in Mitteleuropa. Priorität hatte dabei die Befriedigung der internationalen Interessen. Folglich wurde in der Gesellschaftspolitik eine Kurskorrektur vorgenommen. In der britischen Zone nahmen die Alliierten einen Beobachterstatus ein, von dem aus sie die österreichischen Behörden mit Zurückhaltung kontrollierten. Der anfänglich geplante radikale Elitentausch wurde entschärft und die Umsetzung reduzierte sich massiv. Die Gesellschaftspolitik wurde den ökonomischen und politischen Bedürfnissen angepasst.

1957, zwei Jahre nach Ende der Besatzungszeit in Österreich, wurden mit dem Amnestiegesetz schließlich auch die übrigen Betroffenen endgültig formal „aus

---

<sup>68</sup> Ibid.

<sup>69</sup> Sebastian Meissl, Klaus-Dieter Mulley und Oliver Rathkolb, Hrsg., *Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955* (Bad Vöslau: Verl. für Geschichte und Politik, 1986), 97–99.

der Entnazifizierung entlassen“. Das Thema war damit im engeren Sinne aus dem öffentlichen Diskurs entfernt.

Abschließend stellt sich noch die Frage, warum die Lager in der britischen Zone in Österreichs Nachkriegsgeschichte weniger bekannt sind. Weitgehend erforscht ist das Lager in der amerikanischen Besatzungszone, Camp Marcus W. Orr bei Salzburg oder auch „Internierungslager Glaserbach“ genannt. Mitverantwortlich für dessen hohen Bekanntheitsgrad ist zum Beispiel eine in sich geschlossene Lagergemeinschaft. Daher zeigt sich bei diesem Lager auch eine gesellschaftliche Kontinuität. Die ehemaligen Internierten pflegten über die Lagerhaft hinaus eine intensive und identitätsstiftende Erinnerungskultur, darunter beispielsweise die Gründung der „Wohlfahrtsvereinigung der Glaserbacher“.

Der vergleichsweise geringe Bekanntheitsgrad der drei größeren Besatzungslager in der britischen Zone ergibt sich aus der geografischen Lage. Zwischen den Lagern 1 Camp Wetzelsdorf, 203 Camp Weissenstein und 373 Camp Wolfsberg fanden immer wieder Transfers der Internierten statt. Anders als bei den Internierten im Camp Marcus W. Orr erschwerte das natürlich die Bildung eines geschlossenen Vereins von ehemaligen „Leidensgenossen“. In Kärnten gab es unter den „Ehemaligen“ eher ein inoffiziell gehaltenes soziales und ideologisches Netzwerk innerhalb privater Bekanntenkreise. Dazu kommt, dass die Verlegungen der Insassen das Ermitteln genauer Personenanzahlen erschwerten und daher für die heutige Forschung nur Richtwerte zulassen.

Dennoch ermöglicht der Blick auf diese Facette in der Geschichte der Zweiten Republik weitere Erkenntnisse in den gesellschaftspolitischen Entwicklungen im Laufe ihrer ersten drei Jahrzehnte. Die Ergebnisse aus den Interviews sind zeithistorische Dokumente, die einen Beitrag für die Untersuchungen der Ursachen für die mentalitätsgeschichtliche Tabuisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit leisten.

## DIE TSCHECHOSLOWAKISCHEN HOCHSCHULEN IN DEN JAHREN 1938–1945

---

OTA KONRÁD

### Abstract

Czechoslovak universities 1938–1945

This article deals with the Czechoslovak higher education system from 1938 to 1945. The Munich Agreement on September 30, 1938, and the establishment of the Protectorate of Bohemia and Moravia on March 15, 1939, following the establishment of the independent Slovak Republic led to the disintegration of the higher education system and its decomposition into individual national components. However, the author pays attention to the importance of separatist tendencies at the time of the First Czechoslovak Republic and undertakes a comparison of the development of Czech, Slovak and German higher education in the former Czechoslovak Republic after 1938 and generally emphasizes the importance of the so-called Second Czechoslovak Republic.

**Keywords:** Higher Education, Czechoslovakia, 1938–1945, Second Czechoslovak Republic, Sudeten German, Czech, Slovak

### I.

Die Universitäten und das Hochschulwesen im Allgemeinen stellen nicht nur eine Stätte für Bildung und Forschung dar. Sie waren darüber hinaus immer auch ein Platz, an dem sich verschiedene politische und ideologische Strömungen begegneten. Dies kann nicht verwundern – ist doch die Universität eine Gemeinschaft von Professoren und Studenten (*universitatis professorum et scholarum*), ein öffentlicher Raum, in welchem verschiedene Menschen aus oftmals unterschiedlichen sozialen, kulturellen oder regionalen Milieus gemeinsam oder auch gegeneinander agieren.

Ein solcher politischer oder kulturpolitischer Wesenszug prägte auch stark das Hochschulwesen in Mitteleuropa, wo verschiedene nationale Kulturen

oftmals in einem Staat aufeinanderprallten. Ein voll entwickeltes Schulwesen mit den Universitäten und Hochschulen an der Spitze zu haben, die das Studium aller oder zumindest der wichtigsten etablierten wissenschaftlichen und technischen Fächer ermöglichten, gehörte zu den wichtigen Zielen einer nationalen Gesellschaft, wenn sie eine vollständige soziale Struktur erreichen wollte. In den modernen Gesellschaften, die standardisiertes Wissen, Kenntnisse oder auch Fähigkeiten und Vorgänge erfordern, stellte darüber hinaus das „eigene“ Hochschulwesen auch pragmatisch und ökonomisch gesehen eine Notwendigkeit dar.<sup>1</sup>

In den böhmischen Ländern „nationalisierte“ sich das Hochschulwesen schon am Ende des 19. Jahrhunderts. Zuerst wurde die Prager Technische Hochschule nach längeren Verhandlungen in eine deutsche und eine tschechische aufgeteilt. Daraufhin kam es 1882 selbst zur Teilung der Prager Universität (Karl-Ferdinands-Universität), die auf eine bis zum Jahr 1348 reichende Geschichte zurückblicken konnte. Ähnlich endete 1890 auch die Existenz der letzten bedeutenden „utraquistischen“, d. h. zweisprachigen, wissenschaftlichen Institution – die Akademie der Wissenschaften. Es entstanden die Tschechische Akademie der Wissenschaften und Künste und die Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Künste und Literatur in Böhmen.<sup>2</sup>

Die Bildung und Erhaltung des voll entwickelten nationalen Hochschul- und Wissenschaftswesens war jedoch nicht nur pragmatisch motiviert. Sie besaß auch einen starken symbolischen und prestigehaften Wert. Eigene Universitäten, eigene technische Hochschulen stellten ein Zeichen der eigenen nationalen Reife und des Erfolgs sowie ein „nationales Besitztum“ dar, welches es unbedingt zu verteidigen galt.

In den böhmischen Ländern bzw. nach 1918 auf dem Gebiet der Tschechoslowakischen Republik begegnet man Emanzipationsbestrebungen und dem Verlangen nach der Erhaltung des historisch erreichten Standes bei den drei nationalen Gesellschaften – bei der tschechischen, der deutschen und der slowakischen, die sich immer klarer vom Konstrukt einer „tschechoslowakischen“ Nation emanzipierte.

Ausgehend von diesen allgemeinen Erwägungen befasst sich dieser Text mit der Entwicklung der auf dem Gebiet der einstigen Tschechoslowakischen Republik

<sup>1</sup> Vgl. Ernest Gellner, *Nations and nationalism* (Oxford: Blackwell, 1983).

<sup>2</sup> Zum Thema vgl. Ferdinand Seibt, Hrsg., *Die Teilung der Prager Universität 1882 und die intellektuelle Desintegration in den böhmischen Ländern* (München: Oldenbourg, 1984). Zur Geschichte der Akademie der Wissenschaften vgl. jetzt: Alena Mišková, Martin Franc und Antonín Kostlán, Hrsg., *Bohemia docta. K historickým kořenům vědy v českých zemích* [Bohemia docta. Zu den historischen Wurzeln der Wissenschaft in den Böhmisches Ländern] (Praha: Academia, 2010).

existierenden Hochschulen nach dem Münchner Abkommen 1938 bzw. nach dem Zerfall der Tschecho-Slowakei und nach der Besetzung der „Rest-Tschechei“ im März 1939. Die Erforschung der Geschichte der tschechoslowakischen Hochschulen vor 1945 lieferte schon einige bedeutende Beiträge. Das gilt vor allem für die beiden zentralen Hochschulinstitutionen – für die Prager tschechische und die deutsche Universität.<sup>3</sup> Eine schlechtere Situation herrscht jedoch im Falle der weiteren Hochschulen – der tschechischen und der deutschen technischen Hochschulen in Prag und Brünn bzw. der Brüner und Bratislaver Universität,<sup>4</sup> von kleineren Hochschuleinrichtungen ganz zu schweigen.<sup>5</sup> Es fehlen jedoch auch auf die

<sup>3</sup> Vgl. vor allem: Jan Havránek und Zdeněk Poustka, Hrsg., *Dějiny Univerzity Karlovy, sv. IV. [Geschichte der Karls-Universität, Bd. IV.]: 1918–1990* (Praha: Karolinum, 1998); Alena Míšková, *Die Deutsche (Karls-) Universität vom Münchener Abkommen bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs: Universitätsleitung und Wandel des Professorenkollegiums* (Prag: Karolinum, 2007); Ota Konrád, *Dějepisectví, germanistika a slavistika na Německé univerzitě v Praze 1918–1945* [Geschichtswissenschaft, Germanistik und Slawistik an der Deutschen Universität in Prag 1918–1945] (Praha: Karolinum, 2011). Hier auch die weiterführende Literatur.

<sup>4</sup> Es handelt sich zumeist um zusammenfassende Jubiläumsschriften, die oftmals Repräsentativzwecken dienen sollten. Vgl.: Lukáš Fasora, *Masarykova univerzita v Brně: Příběh vzdělání a vědy ve střední Evropě* [Masaryk-Universität in Brünn. Die Geschichte der Bildung und Wissenschaft in Mitteleuropa] (Brno: Masarykova univerzita, 2009); *Dějiny univerzity v Brně* [Geschichte der Universität in Brünn] (Brno: Univerzita J. E. Purkyně, 1969). In diesem Fall handelt es sich trotz des älteren Datums um eine immer noch brauchbare, quellengestützte Publikation. Ähnlich ist es mit der aktuellen repräsentativen Darstellung der Bratislaver Universität: *Univerzita Komenského. 90 rokov vysokoškolského vzdelávania a vedy na Slovensku* [Komenský-Universität: 90 Jahre der Hochschulbildung und Wissenschaft in der Slowakei] (Bratislava: Univerzita Komenského, 2009). Eine eher ältere Publikation: *50 rokov Univerzity Komenského. Vydané pri príležitosti 50. výročia založenia Univerzity Komenského* [50 Jahre Komenský-Universität. Herausgegeben aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums der Gründung der Komenský-Universität] (Bratislava, 1969). Zum technischen Hochschulwesen vgl. die zweisprachige (englisch-tschechische) Publikation Magdalena Tayerlová, Marcela Efmertová, Ivan Jakubec und Milena Josefovičová, *Česká technika* [Tschechische technische Hochschule] (Praha: České vysoké učení technické v Praze, 2004). Hier auch die Kapitel zur Deutschen Technischen Hochschule in Prag. Weiter vgl. Pavel Šišma, *Učitelé na Německé technice v Brně 1849–1945* [Die Lehrer an der Deutschen Technischen Hochschule in Brünn] (Praha: Společnost pro dějiny věd a techniky, 2004). Faktographisch als auch für die unmittelbare Nachkriegsreflexion interessant: *České vysoké učení technické v Praze 1938–1945* [Tschechische Technische Hochschule in Prag 1938–1945] (Praha: České vysoké učení technické v Praze, 1948). Weiter vgl.: Otakar Franěk, *Dějiny české Vysoké školy technické v Brně* [Geschichte der Tschechischen Technischen Hochschule in Brünn] (Brno: Vysoké učení technické v Brně, 1969).

<sup>5</sup> Einführende Informationen bieten folgende Beiträge: Milada Sekyrková, „Z dějin zemědělské školy v Děčíně-Libverdě“ [Aus der Geschichte der Landwirtschaftlichen Hochschule in Děčín-Libverda], *Dějiny vědy a techniky* 30 (1997): 129–146; Jindra Biolková, „Vysoká škola báňská v Příbrami v období nacistické okupace“ [Die Montanhochschule in Příbram in der Zeit der NS-Okkupation], in *II. setkání archivářů vysokých škol ČR. Sborník referátů* [Zweites Treffen der Archivare der Hochschulen in der Tschechischen Republik. Vortragssammelband] (Brno: Veterinární a farmaceutická univerzita Brno, 2000), 5–11. Zu einer der ukrainischen Hochschuleinrichtungen in der Tschechoslowakei, die nicht unter das offizielle staatliche Hochschulwesen

staatliche Schulverwaltung bzw. auf die tschechoslowakische Hochschulpolitik in der Zwischenkriegszeit fokussierte Studien.<sup>6</sup> Dieser Befund einer unausgewogenen Forschung gilt auch für die Jahre nach 1938. Vor allem dank der Studien von Alena Míšková und anderen sind wir ziemlich gut über die (sudeten)deutsche Wissenschaft mit dem Schwerpunkt auf der Prager deutschen Universität informiert.<sup>7</sup> Die Situation im Falle der anderen Hochschulen ist dagegen ziemlich unausgewogen. Dies gilt erstaunlicherweise auch für das tschechische Hochschulwesen – in diesem Fall konzentrierte sich die Forschung vorwiegend auf die Ereignisse um den 17. November 1939, d. h. auf die Schließung der tschechischen Hochschulen und die Verschleppung der tschechischen Studenten in das Konzentrationslager Sachsenhausen.<sup>8</sup>

Dazu kommt noch, dass sich die Forschung bisher auf einzelne Ereignisse bzw. auf einzelne Hochschulen konzentrierte, ohne einen übergreifenden Blick zu wagen. Gerade dies hat der vorliegende Beitrag zum Ziel, der aufgrund der bisherigen Forschung eine Gesamtübersicht über die Entwicklung der (ehemaligen) tschechoslowakischen Hochschulen nach 1938 liefern will. Dabei soll betont werden, dass hier nicht das Schlusswort beansprucht wird. Es geht eher darum, durch eine Bestandsaufnahme die weitere Forschung zu beleben.

---

gehörten, vgl. Bohdan Zilynskyj, „Ukrajinský technicko-hospodársky inštitút v Poděbradech za druhú svetovú válku“ [Das ukrainische technisch-wirtschaftliche Institut in Poděbrady im Zweiten Weltkrieg], in *ibid.*, 38–51. Im Unterschied dazu gibt es schon quellengestützte Studien zu den sudetendeutschen nichtuniversitären und nichtstaatlichen wissenschaftlichen Einrichtungen, vgl.: Ota Konrád, „Die Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Volksforschung 1940–1945: ‚Wissenschaftliche Gründlichkeit und völkische Verpflichtung‘“, in *„Sudetendeutsche Geschichtsschreibung“ 1918–1960. Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer. Vorträge der Tagung der Historischen Kommission für die böhmischen Länder in Brünn vom 1. bis 2. Oktober 2004*, hrsg. v. Stefan Albrecht, Jiří Malír und Ralph Melville (München: Oldenbourg, 2008), 71–95; Nina Lohmann, „Eingedenk der Väter, unerschütterlich treu unserem Volke! Der Verein für Geschichte der Deutschen in den Sudetenländern im Protektorat Böhmen und Mähren“, in *Die Deutschen und das östliche Europa. Aspekte einer vielfältigen Beziehungsgeschichte. Festschrift für Detlef Brandes zum 65. Geburtstag*, hrsg. v. Dietmar Neutatz und Volker Zimmermann (Essen: Klartext Verlag, 2006), 25–46.

<sup>6</sup> Die Studie von Pavel Mates, Petr Průcha und Jan Svatoň, *Vývoj organizace a řízení československých vysokých škol v letech 1918–1983* [Die Entwicklung der Organisation der tschechoslowakischen Hochschulen 1918–1983] (Praha: Ústav školských informací při ministerstvu školství ČSR, 1984) liefert zwar eine wichtige Faktographie, kann dieses Desiderat jedoch nicht beseitigen.

<sup>7</sup> Neben dem schon erwähnten Buch (Míšková, *Die Deutsche (Karls-) Universität*, 2007) vgl. auch den Sammelband: Monika Glettler und Alena Míšková, Hrsg., *Prager Professoren 1938–1948. Zwischen Wissenschaft und Politik* (Essen: Klartext, 2001) und Andreas Wiedemann, *Die Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag (1942–1945)* (Dresden: Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, 2000).

<sup>8</sup> Zum Thema vgl. v. a.: Tomáš Pasák, *17. listopad 1939 a Univerzita Karlova* [Der 17. November und die Karls-Universität] (Praha: Karolinum, 1997).

## II.

Es gab in der neueren Geschichte des Hochschulwesens auf diesem Gebiet kaum einen dramatischeren und auch tragischeren Zeitraum als die Zeit zwischen dem Münchner Abkommen im September 1938 und dem Ende des Krieges im Mai 1945. Die tschechoslowakischen Hochschulen, die im Sommer 1938 noch den gemeinsamen Gesetzen und der gemeinsamen Hochschulverwaltung unterstanden hatten, wurden in den Monaten nach dem September 1938 von einem Desintegrationsprozess ergriffen, der den Zerfallsprozess der liberal-demokratischen Ersten Tschechoslowakischen Republik getreu kopierte. Aus diesen Gründen ist dieser Beitrag chronologisch nach den entscheidenden politischen Ereignissen gestaltet, d. h. nach dem Münchner Abkommen, der Bildung der slowakischen Autonomie im Oktober 1938, der Entstehung des selbständigen slowakischen Staates im März 1939, der Besetzung der „Rest-Tschechei“ und der Bildung des Protektorats Böhmen und Mähren im gleichen Monat sowie der Schließung der tschechischen Hochschulen im November 1939.

Wie sah das tschechoslowakische Hochschulwesen vor diesen Ereignissen aus? Geographisch gesehen war seine Struktur ausgeprägt unausgewogen und zwar zum Nachteil des östlichen Teiles der Republik. Die böhmischen Länder verfügten über ein breit entwickeltes Hochschulsystem, welches tschechische als auch deutsche Universitäten sowie technische Hochschulen umfasste. Wie schon erwähnt, gab es in Prag seit 1882 zwei Universitäten – die tschechische Universität, seit 1920 Karlsuniversität genannt, und die deutsche Universität, die 1920 den Namen Deutsche Universität in Prag (DUP) erhielt. Zugleich befanden sich in Prag auch zwei technische Hochschulen. Eine tschechische und eine deutsche technische Hochschule gab es auch in Brünn, wo darüber hinaus 1919 die Masaryk-Universität als zweite tschechische Universität gegründet wurde. In Brünn wurden nach dem Krieg auch die Tierärztliche Hochschule (Vysoká škola zvěrolékařská, 1918) und die Landwirtschaftliche Hochschule (Vysoká škola zemědělská, 1919) gegründet.

Darüber hinaus waren in den böhmischen Ländern auch die Montanhochschule (Vysoká škola báňská) in Příbram und die Landwirtschaftliche Hochschule in Děčín-Libverda, seit 1921 ein Bestandteil der Deutschen Technischen Hochschule in Prag, tätig. In Prag verselbständigte sich die Handelshochschule (Vysoká škola obchodní), wurde jedoch 1929 wieder mit der Tschechischen Technischen Hochschule (České vysoké učení technické – ČVUT) vereinigt. Der Vollständigkeit halber sind auch die selbständigen theologischen Fakultäten zu erwähnen: 1919 wurde die Tschechoslowakische Evangelische Theologische Fakultät von Hus

(Husova československá evangelická fakulta bohoslovecká) in Prag gegründet. Die Römisch-Katholische Theologische Fakultät (Římskokatolická bohoslovecká fakulta) in Bratislava konnte ihre Tätigkeit erst 1936 aufnehmen, die Tschechoslowakische Staatliche Evangelische Theologische Fakultät (Československá státní teologická fakulta) war in Bratislava seit 1934 tätig. Als einen letzten Überrest der alten Universität in Olomouc, die schon zur Hälfte des 19. Jahrhunderts untergegangen war, gab es in dieser zweiten mährischen Metropole die selbständige Katholische Theologische Fakultät.

Die Situation im östlichen Teil der neuen Republik sah dagegen deutlich weniger positiv aus. Außer der Ungarischen Königlichen Elisabeth-Universität, die 1919 aufgelöst wurde,<sup>9</sup> gab es in der Slowakei unmittelbar nach 1918 keine Hochschulen. Daher bedeutete die Gründung der „Tschechoslowakischen“ Komenský-Universität in Bratislava im Jahre 1919, mit einer Juridischen, Medizinischen und Philosophischen Fakultät, einen höchst bedeutenden Schritt.<sup>10</sup> Die Universität wurde wegen des Mangels an qualifizierten slowakischen Kandidaten überwiegend von tschechischen Gelehrten ausgefüllt. In die Länge zog sich jedoch die Gründung einer zweiten Hochschule in der Slowakei. Die technische Hochschule in Košice wurde erst im Sommer 1938 eröffnet.<sup>11</sup>

Wie schon erwähnt, stellt eine moderne kritische Darstellung der tschechoslowakischen Hochschulpolitik nach 1918 immer noch ein Desiderat der Forschung dar. Trotzdem kann man zu einigen zusammenfassenden Schlüssen kommen. Zuerst ist zu betonen, dass die neue Republik nach 1918 keinen revolutionären Neuanfang in der Hochschulpolitik wagte. Es wurden im Großen und Ganzen die alten österreichischen Hochschulnormen und -gewohnheiten übernommen und durch die Gründung der Bratislaver Universität auch für den slowakischen Teil der Republik in Geltung gebracht.

Auf diese Weise wurde die humboldtsche Universitätsform bzw. ihre Übernahme durch die Thunsche Universitätsreform auch für das tschechoslowakische Hochschulsystem angewendet. Der neue Staat vereinheitlichte nur dieses System.<sup>12</sup>

<sup>9</sup> Mates, Průcha und Svatoň, *Vývoj organizace*, 12.

<sup>10</sup> Die vorgesehene Naturwissenschaftliche Fakultät wurde jedoch erst 1940 eröffnet, vgl. *50 rokov*, 379.

<sup>11</sup> Mates, Průcha und Svatoň, *Vývoj organizace*, 14.

<sup>12</sup> Für das Hochschulwesen stellten vor allem folgende Gesetze wichtige Normen dar: Zákon ze dne 13. února 1919, o platech profesorů vysokých škol [Gesetz vom 13. Februar 1919 über die Gehälter der Hochschulprofessoren], Sb. z. a n. č. 78, in *Věstník Ministerstva školství a národní osvěty* [Anzeiger des Ministeriums für das Schulwesen und die Volksbildung] II (1919–1920), 33–35; Zákon ze dne 13. února 1919, o služebním poměru učitelů vysokoškolských [Gesetz vom 13. Februar 1919 über den Dienst der Hochschullehrer], Sb. z. a n. č. 79, in *ibid.*, 36–40; Zákon ze dne 24. června 1926, o úpravě platových a některých služebních poměrů státních zaměstnanců (Platový zákon.)

Es ist erwähnenswert, dass, ähnlich wie im „alten Österreich“, die tschechischen (tschechoslowakischen) als auch die deutschen Universitäten und technischen Hochschulen der staatlichen Hochschulverwaltung bzw. dem staatlichen Hochschulsystem unterstanden, dass also zumindest formal die beiden wichtigsten Nationalitäten in den historischen Ländern des neuen Staates, Tschechen und Deutsche, über ein gleichberechtigtes und vom Staat getragenes Hochschulsystem verfügten. In der Tradition der Thunschen Reform hatten darüber hinaus vor allem die Universitäten eine ziemlich weitreichende Selbstverwaltung (vor allem in personellen Fragen, in der Lehre, Forschung usw.)

Trotz dieser formellen Gleichberechtigung waren die national motivierten Konflikte nach 1918 aus dem Hochschulbereich nicht verschwunden. Ganz im Gegenteil: Das ambivalente deutsch-tschechische Verhältnis stellte für das tschechoslowakische Hochschulwesen und die Hochschulpolitik der Zwischenkriegszeit einen prägenden Zug dar. Die ursprüngliche Ablehnung des tschechoslowakischen Staates, welche die deutschen Hochschulen in Prag und Brünn mit der Prager Deutschen Universität an der Spitze praktiziert hatten, änderte sich – auch in Folge der damals erfolgreichen „aktivistischen“ sudetendeutschen Politik – seit der Mitte der 1920er Jahre zu einem, wenn auch nicht ausgesprochen bejahenden, zumindest doch loyalen Verhältnis.

Einen Bruch, nicht nur im deutsch-tschechischen Verhältnis im Allgemeinen, sondern auch für die Haltung der deutschen Hochschulen der Republik gegenüber, stellten jedoch die Wirtschaftskrise der 1930er Jahre und ihre Folgen dar. Das gestörte Verhältnis zwischen den beiden Nationalitäten und die wachsenden nationalen Ressentiments gipfelten 1934 im sog. Insignienstreit. Seit der Mitte der 1930er Jahre nahm darüber hinaus das Dritte Reich durch seine gezielte Politik gegenüber den „Auslandsdeutschen“ Einfluss auf die politischen und ideologischen Einstellungen der sudetendeutschen Wissenschaftler.<sup>13</sup> Alle diese Faktoren

---

[Gesetz vom 24. Juni 1926 über die Regelung der Gehälter und die Dienstpflichten der Staatsbeamte] Sb. z. a. n. č. 103, in *Věstník Ministerstva školství a národní osvěty* [Anzeiger des Ministeriums für das Schulwesen und die Volksbildung] VIII (1926), 127–152. Einen symbolischen Wert besaß auch das sog. Lex Mareš 1920, welches zur alleinigen Nachfolgerin der alten Prager Universität nur die tschechische Karls-Universität erklärte. Die Prager deutsche Universität wurde in Deutsche Universität in Prag (DUP) umbenannt, vgl. Zákon ze dne 19. února 1920 o poměru pražských univerzit [Das Gesetz vom 19. Februar 1920 über dem Verhältnis der Prager Universitäten], Sb. z. a. n. č. 135, in *Věstník Ministerstva školství a národní osvěty* [Anzeiger des Ministeriums für das Schulwesen und die Volksbildung] II (1919–1920), 351–353. Den gesetzlichen und organisatorischen Rahmen des tschechoslowakischen Hochschulwesens 1918–1938 habe ich in dem Buch *Dějepisectví, germanistika a slavistika*, zusammengefasst.

<sup>13</sup> Dazu vgl.: Ota Konrád, „Ex Germaniae lux? Die Zusammenarbeit zwischen der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft und der Deutschen Universität Prag 1935–1938“, *Bohemia* 50, Nr. 2 (2010): 273–300.

fürten dazu, dass Ende der 1930er Jahre der negativistische, nationalistische und oftmals auch antisemitische Flügel an der Prager Deutschen Universität immer stärker wurde und eine Gruppe demokratischer Professoren auch im universitären Alltagsleben immer mehr in die Defensive gedrängt wurde.

Es wäre jedoch zu vereinfachend, die Spaltung entlang der nationalen Linien für die einzige im tschechoslowakischen Hochschulwesen der Zwischenkriegszeit zu halten. Die Protokolle der Rektorenkonferenzen, an denen seit 1926 auch die Vertreter der deutschen Hochschulen regelmäßig teilnahmen, zeigen, dass man auch mit den Konfliktlinien Zentrum–Peripherie, die aus der unausgewogenen Struktur des tschechoslowakischen Hochschulwesens resultierten, bzw. mit den Konflikten zwischen den Hochschulen einerseits und der Staatsbürokratie andererseits, die vor allem seit den 1930er Jahren um die knappen Finanzressourcen entbrannten, rechnen muss.<sup>14</sup>

In jedem Fall zeigten sich doch die nationalen Konflikte als ausschlaggebend. Sie wurden vom Dritten Reich für seine expansionistische Außenpolitik instrumentalisiert. Mit dem Münchner Abkommen begann zwar die kurze, jedoch nicht unwichtige Ära der sog. Zweiten Republik: Zugleich begann jedoch auch der Zerfall des tschechoslowakischen Hochschulwesens in seine nationalen Bestandteile.

### III.

Das Münchner Abkommen und die darauf folgende Abtretung umfangreicher Grenzgebiete an die Nachbarn – an Deutschland, an Ungarn und an Polen – änderte an der Zahl und am Standort der tschechoslowakischen Hochschulen nur wenig. In den besetzten Gebieten befand sich nur die landwirtschaftliche Hochschule in Děčín-Libverda, bisher ein Bestandteil der Deutschen Technischen Hochschule in Prag, die in das Hochschulsystem des Dritten Reiches als selbständige Landwirtschaftliche Hochschule in Tetschen-Liebwerd einverleibt wurde.<sup>15</sup> Da Košice nach dem ersten Wiener Schiedsspruch an Ungarn abgetreten wurde, musste auch die unlängst eröffnete Technische Hochschule (Vysoká technická škola) nach Bratislava umziehen.

Diese Verlegung war jedoch nicht die einzige und bei weitem auch nicht bedeutendste Veränderung im slowakischen Hochschulwesen nach dem

<sup>14</sup> Zu dieser Argumentation vgl.: Konrád, *Dějepisectví, germanistika a slavistika*, 64–66.

<sup>15</sup> Milada Sekyrková, Německá „Vysoká škola zemědělská v Děčíně-Libverdě za 2. světové války a její písemná pozůstalost v Archivu ČVUT v Praze“ [Deutsche „Landwirtschaftliche Hochschule in Děčín-Libverda“], in *II. setkání archivářů vysokých škol ČR. Sborník referátů* [Zweites Treffen der Archivare der Hochschulen in der Tschechischen Republik. Vortragssammelband] (Brno: Veterinární a farmaceutická univerzita Brno, 2000), 12–19, 14.

Münchener Abkommen. Nach der Erklärung der slowakischen Autonomie durch das sog. Abkommen von Žilina (Žilinská dohoda) vom 6. Oktober 1938, die durch das Autonomie-Verfassungsgesetz vom 23. 11. 1938 bestätigt worden war, führte die neu entstandene slowakische autonomistische Regierung eine gezielte Slowakisierung der Bratislaver Universität durch.<sup>16</sup> Im Dezember 1938 stellte die slowakische Regierung insgesamt 35 der tschechischen Professoren zu „Verfügung“, die in die tschechischen Teile der Tschecho-Slowakei zurückkehren mussten.<sup>17</sup> Bereits vorher, im November 1938, hatte der Schulminister der slowakischen autonomen Regierung Matúš Černák die Versetzung der 26 tschechischen Hochschullehrer aus der Slowakei verlangt.<sup>18</sup>

Diese personellen Veränderungen eröffneten den slowakischen Universitätslehrern Karrierechancen – im Sinne einer schnelleren Erlangung der ordentlichen Professur ihrer einstigen tschechischen Vorgesetzten und in vielen Fällen auch Lehrer.<sup>19</sup>

<sup>16</sup> Sie war jedoch nur Teil einer gezielten Slowakisierung des ganzen Bereiches der staatlichen Bürokratie. Nach einer Regierungsverordnung vom 25. 12. 1938, die nach einer Forderung seitens der slowakischen Politik entstanden war, wurden die „Staatsbeamten tschechischer Nationalität, deren Dienort sich zum 7. 10. 1938 auf dem Gebiet des slowakischen Landes befand... höchstens in einer Zahl von 9 Tausend in den Dienst auf dem Gebiet des böhmischen oder mährisch-schlesischen Landes übernommen [Státní zaměstnanci české národnosti, jejichž úřední (služební) působitiště bylo dne 7. 10. 1938 v obvodu země Slovenské... v počtu nejvýše 9 tisíc osob převzati do obvodu země České nebo země Moravskoslezské]“. *Sbírka z. a n. Republiky Česko-Slovenské* 1938, č. 382/1938 [Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Tschecho-Slowakischen Republik 1938, Nr. 382/1]. Zum Thema vgl.: Zlatica Zudová-Lešková, *Cesty k sebe: Česi v československom demokratickom a komunistickom odboji na Slovensku v rokoch 1939–1943* [Wege zueinander. Tschechen im tschechoslowakischen demokratischen und kommunistischen Widerstand in der Slowakei in den Jahren 1939–1943] (Praha: Historický ústav, 2009), 23–40; Valerián Bystrický, „Vystahovanie českých státnych zamestnancov zo Slovenska v rokoch 1938–1939“ [Aussiedlung der tschechischen Staatsbeamten aus der Slowakei in den Jahren 1938–1939], *Historický časopis* 45, Nr. 4 (1997): 596–611; Jan Rychlík, „K otázce postavenia českého obyvetel'stva na Slovensku v rokoch 1938–1945“ [Zur Stellung der tschechischen Bevölkerung in der Slowakei in den Jahren 1938–1945], *Historický časopis* 37, Nr. 3 (1989): 403–424.

<sup>17</sup> Vgl. Pavel Mates, „K situaci na vysokých školách v období tzv. II. republiky“ [Zur Situation der Hochschulen in der Zeit der sog. Zweiten Republik], *Acta universitatis carolinae – Historia universitatis carolinae pragensis* 29 (1989): 101–112; Josef Petráň, „Univerzita Karlova ve dnech mnichovské krize 1938“ [Die Karls-Universität in den Tagen der Münchener Krise], *Acta universitatis carolinae – Historia universitatis carolinae pragensis* 41 (AUC – HUCP) (2001): 59–99.

<sup>18</sup> Zudová-Lešková, *Cesty k sebe*, 27. Der Rektor und die Dekane der Karls-Universität wurden am 2. November über diese Forderung informiert, vgl. Petráň, *Univerzita Karlova*, 87. Hier auch die Namen der Professoren, welche die Bratislaver Universität verlassen sollten. Petráň erwähnt jedoch insgesamt 28 Professoren – zehn aus der Juridischen Fakultät und 18 aus der Philosophischen Fakultät.

<sup>19</sup> So änderte sich z. B. die nationale Zusammensetzung der Medizinischen Fakultät der Bratislaver Universität folgendermaßen: Im akademischen Jahr 1937/38 zählte die Fakultät insgesamt 21 ordentliche Professoren und acht außerordentliche Professoren. Von den ordentlichen Professoren waren

Nach der Gründung des Slowakischen Staates am 14. März 1939 wurde die autoritäre Hochschulpolitik noch verstärkt. Nach dem Gesetz vom Juli 1940 wurde die ehemalige tschechoslowakische Komenský-Universität in „Slowakische Universität“ umbenannt und es wurden zugleich – was noch wichtiger war – die Dekan- und Rektorwahlen aufgehoben. Die Universitätsfunktionäre wurden direkt durch den Präsidenten ernannt.<sup>20</sup> Ähnlich kam es zur Stärkung der Staatskompetenzen im Bereich der Studien-, Prüfungs- und Habilitationsordnungen sowie vor allem in der Personalpolitik (Ernennung der Universitätsprofessoren). Nach dem Gesetz vom Januar 1945 konnte sogar der Präsident die Universitätsprofessoren ganz ohne Rücksichtnahme auf den Vorschlag des Professorenkollegiums ernennen.<sup>21</sup> Seit 1940 wurde endgültig Juden das Studium verboten.<sup>22</sup>

Nach der Entstehung des Slowakischen Staates wurde die Struktur des slowakischen nationalen Hochschulwesens weiter ausgebaut. 1940 wurde die Naturwissenschaftliche Fakultät der Bratislaver (Slowakischen) Universität<sup>23</sup> eröffnet und zugleich die neue Hochschule, die Handelshochschule (Vysoká škola obchodní), gegründet.<sup>24</sup>

Die Monate vom Herbst 1938 bis zum Frühling 1939 waren auch im tschechischen Teil, in den sog. historischen Ländern der Tschecho-Slowakei, höchst unruhig. Vorstellungen über eine künftige Gestaltung des Hochschulwesens, die jedoch die Regierung der Zweiten Republik nicht mehr realisieren konnte, mischten sich mit durchgeführten Maßnahmen, von denen einige eher nur als Reaktion auf die

---

17 Tschechen, drei Slowaken und einer serbokroatischer Nationalität. Auch unter den außerordentlichen Professoren überwogen die insgesamt fünf Tschechen. Im WS 1939/40 lehrten an der Fakultät nur 15 ordentliche und drei außerordentliche Professoren. Unter diesen befanden sich jedoch nur vier tschechische ordentliche Professoren. Alle anderen waren Slowaken, vgl. *50 rokov*, 37 (eine ähnliche Analyse im Falle der Philosophischen Fakultät, vgl. *ibidem*, 315–317).

<sup>20</sup> Zákon č. 168/1940 Sb. z. o Slovenskej univerzite v Bratislave [Gesetz Nr. 168/1940 der Gesetzsammlung über die Slowakische Universität].

<sup>21</sup> *Univerzita Komenského. 90 rokov vysokoškolského vzdelávania*, 45.

<sup>22</sup> Mates, Průcha und Svatoň, *Vývoj organizace*, 42; *Univerzita Komenského*, 46. Zu den Juden in der Slowakei nach 1939 vgl. Ivan Kamenec, *Po stopách tragedie* [Auf den Spuren der Tragödie] (Bratislava: Archa, 1991); Ladislav Lipscher, *Židia v slovenskom štáte 1939–1945* [Juden im slowakischen Staat] (Bratislava: Print-Servis 1992). Es fehlen jedoch Studien zur „Arisierung“ an der Bratislaver Universität nach dem September 1938 bzw. nach dem März 1939. In jedem Fall stellen die jüdischen Studenten einen nicht unbedeutenden Anteil unter den Bratislaver Studenten: Im akademischen Jahr 1935/36 studierten an der Medizinischen Fakultät 34,4 % Juden – fast so viele wie Slowaken (35,1 %). Dann folgten Magyaren (8,6 %) und Tschechen (6,8 %). Im letzten akademischen Jahr der Ersten Republik sank zwar der Anteil der jüdischen Studenten, immerhin bildeten sie aber mit 26,2 % die stärkste Gruppe nach den Slowaken (33,1 %). Vgl. *50 rokov Univerzity Komenského*, 31.

<sup>23</sup> *Univerzita Komenského*, 82; *50 rokov Univerzity Komenského*, 379–381.

<sup>24</sup> Mates, Průcha und Svatoň, *Vývoj organizace*, 43.

überstürzten Entwicklungen nach dem September 1938 entstanden, andere jedoch eine bewusste und selbständige Politik der Regierung darstellten.

Zu den ersten durch die außerordentliche Situation unmittelbar nach dem Münchner Abkommen hervorgerufenen Maßnahmen gehörte die Verschiebung der Einschreibung auf den 19. Oktober 1938. Das Wintersemester 1938 begann erst am 1. November 1938.<sup>25</sup> Mit der Flüchtlingswelle aus den besetzten Grenzgebieten bzw. aus der Slowakei und aus der Karpathoukraine, in der sich viele Staatsbeamten befanden, wurden auch die personellen Sparmaßnahmen an den Hochschulen bzw. in der Staatsbürokratie begründet.<sup>26</sup> Nach einer Regierungsverordnung vom 21. Dezember 1938 resp. nach dem Erlass des Schulministeriums vom 9. Januar 1939 sollten alle Angestellten, die älter als 65 Jahren waren, bis Ende Februar 1939 pensioniert werden.<sup>27</sup>

Trotzdem entwickelte die politische Elite der Zweiten Republik auch ihre eigenen Vorstellungen zum Hochschulwesen. Nach der Regierungserklärung, die am 13. Dezember 1938 von Rudolf Beran im Parlament vorgetragen wurde, sollte die Bildung „aus den Quellen der nationalen Kultur schöpfen und durch christlichen Geist getragen werden [musí čerpati z pramenů národní kultury a býti nesen[o]

<sup>25</sup> Mates, *K situaci na vysokých školách*, 101. Nach Petráň wurde die Einschreibung auf den 24. Oktober verschoben. Petráň, *Univerzita Karlova*, 86.

<sup>26</sup> Zu diesem Thema vgl.: Zdeněk Radvanovský, „K otázce uprchlíků z pohraničí českých zemí po Mnichově 1938“ [Zur Frage der Flüchtlinge aus den Grenzgebieten der böhmischen Ländern nach dem Münchner Abkommen 1938], in *Historie okupovaného pohraničí 1938–1945* [Geschichte der besetzten Grenzgebiete 1938–1945], Bd. 2, hrsg. v. Zdeněk Radvanovský (Ústí nad Labem: Univerzita J. E. Purkyně, 1998), 5–32; Jan Gebhart, „Migrationsbewegungen der tschechischen Bevölkerung in den Jahren 1938–1939: Forschungsstand und offene Fragen“, in *Erzwungene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien*, hrsg. v. Detlef Brandes, Edita Ivaničková und Jiří Pešek (Essen: Klartext, 1999), 13–24. Die mit dieser Flüchtlingswelle verknüpften Probleme (Organisation der materiellen, medizinischen, epidemiologischen Hilfe, Bildung von Flüchtlingslagern) schildert detailliert Francis Dostál Raška, „Uprchlícké tábory v Čechách a na Moravě po mnichovském diktátu“ [Die Flüchtlingslager in Böhmen und Mähren nach dem Münchner Diktat], *Soudobé dějiny* 7, Nr. 4 (2001): 732–745.

<sup>27</sup> Mates, *K situaci na vysokých školách*, 1989, 103. Man rechnete dabei, das Pensionsalter bis auf 63 Jahre stufenweise herabzusetzen, vgl. Vládní nařízení ze dne 21. prosince 1938 o úpravě některých personálních poměrů ve veřejné správě č. 379/1938 Sb. z. a. n. [Die Regierungsverordnung vom 21. Dezember über die Regelung der Personalverhältnisse im Staatsdienst Nr. 379/1938 der Sammlung der Gesetze und Verordnungen]. Die Reaktion der tschechischen Hochschulen auf diese personellen Maßnahmen und ihre Auswirkungen an der Medizinischen Fakultät der Karls-Universität schildert Michal Šimůnek, „Mládí vpřed‘ a Lékařská fakulta Univerzity Karlovy v Praze 1938–1939“ [„Jugend nach vorn“ und die Medizinische Fakultät der Karls-Universität in Prag 1938–1939], *Acta universitatis Carolinae – Historia universitatis carolinae Pragensis* XLII (2002), 105–122. Šimůnek belegt, dass diese personelle Politik des Staates an den Hochschulen eher negativ, als ein Eingreifen in die Hochschulautonomie gedeutet wurde und zeigt zugleich die weitreichenden Folgen, welche die frühzeitige Pensionierung vieler Professoren für die Medizinische Fakultät als auch für die Universitätskliniken hatte.

duchem křesťanským]“.<sup>28</sup> Im Bereich der Hochschulen versprach Beran, die „Regelung der Dienstpflichten der Hochschullehrer dadurch durchzuführen, dass der Schulverwaltung der benötigte Einfluss auf Disziplinarverfahren von Hochschulprofessoren zugesichert wird [úpravu služebních poměrů vysokoškolských profesorů tím, že se školské správě zajistí nutný vliv na disciplinární řízení s vysokoškolskými profesory].“<sup>28</sup> Ein solches Bemühen, die staatlichen Kompetenzen im Hochschulwesen zu stärken, sind jedoch nicht nur als Ausdruck autoritärer Tendenzen in der tschechischen Politik nach dem September 1938 zu werten.<sup>29</sup> Die Idee, die als zu liberal wahrgenommene Universitätsautonomie zu reglementieren, war bereits in den 1930er Jahren von der Staatsbürokratie entwickelt worden. Auf diese Weise konnte die Regierung Beran an die einschlägigen Vorschläge aus der Zeit der Ersten Republik, die damals wegen des Widerstandes der Universitäten als auch der Öffentlichkeit nicht realisiert worden waren, anknüpfen.<sup>30</sup>

Im Januar 1939 wurden antisemitische Maßnahmen in der Staatsverwaltung verkündet.<sup>31</sup> In ihrer Sitzung am 27. Januar 1939 entschied die Regierung, dass

<sup>28</sup> „NS RČS 1935–1938. Poslanecká sněmovna stenoprotokoly. 156. schůze. úterý 13. prosince 1938 [Abgeordnetenhaus – Stenoprotokolle. 156. Sitzung. Dienstag, 13. Dezember 1938]“, Společná Česko-Slovenská parlamentní digitální knihovna [Gemeinsame Tschecho-Slowakische Parlamentarische Digitale Bibliothek], <http://www.psp.cz/eknih/1935ns/ps/stenprot/156schuz/s156002.htm> (letzter Zugriff: 28. 11. 2011).

<sup>29</sup> Gebhart und Kuklík bewerten die Regierungserklärung als ein Zeichen dafür, dass „unter den neuen Bedingungen die Regierung auf die liberalen Traditionen verzichtet, die ganze Veränderung des politischen Systems in die Hände nimmt und auf die Installierung eines Regimes der autoritären Demokratie hinzielt [že se vláda vzdává v nových podmínkách tradic liberální demokracie, celou proměnu politického systému bere vědomě do svých rukou a cílí k zavedení režimu autoritativní demokracie]“. Jan Gebhart und Jan Kuklík, *Druhá republika 1938–1939: Svár demokracie a totality v politickém, společenském a kulturním životě* [Zweite Republik 1938–1939. Der Streit zwischen Demokratie und Totalitarismus im politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben] (Praha, Litomyšl: Paseka, 2004), 103. Die Politik der regierenden SNJ (Strana národní jednoty – Partei der nationalen Einheit) charakterisieren die Autoren als das Bemühen, „autoritäre Tendenzen nicht nur als eine Reaktion auf den immer stärkeren Druck von Berlin durchzusetzen; das Regime der autoritären Demokratie mit den totalitären Elementen wurde auch um seiner selbst willen angestrebt [proszazovat autoritativní tendence nejen v reakci na silící tlak Berlína, ale i z vlastního úsilí upevňovat režim autoritativní demokracie s totalitními prvky]“. Ibid., 209. Die Entstehung der „autoritären Demokratie“ (Ermächtigungsgesetz vom 15. 12. 1938, Regierungskompetenz, politische Parteien aufzulösen, Beschränkung der Gemeindeselbstverwaltung usw.) beschreiben Gebhart und Kuklík auf den Seiten 106–113. Zum Thema des autoritären Regimes der Zweiten Republik grundlegend: Jan Rataj, *O autoritativní národní stát. Ideologické proměny české politiky v Druhé republice 1938–1939* [Für den autoritären nationalen Staat. Ideologische Wandlungen der tschechischen Politik in der Zweiten Republik 1938–1939] (Praha: Karolinum, 1997).

<sup>30</sup> Zur Diskussion über eine Begrenzung der Hochschulautonomie, die in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre der staatlichen Bürokratie schon „veraltet“ und zu „benevolent“ erschien, vgl. Mates, Průcha und Svatoň, *Vývoj organizace*, 25–30.

<sup>31</sup> Die „jüdische Frage“ wurde auch in der Regierungserklärung erwähnt. Beran äußerte sich dazu im Dezember 1938 zwar umsichtig, trotzdem deuten seine Worte an, dass die Juden als etwas Fremdes

Beamte jüdischer Herkunft aus dem Staatsdienst zu entlassen seien. Diese Entscheidung betraf auch die Hochschulen – Professoren jüdischer Herkunft sollten pensioniert werden, anderen Angestellten wurde gekündigt.<sup>32</sup> Um den Prozess zu beschleunigen, forderte das Schulministerium einige Monate später die Universitäten auf, Druck auf die betroffenen Professoren auszuüben, damit diese selbst „freiwillig“ den Pensionsantrag stellen.<sup>33</sup>

Einen Höhepunkt im Prozess der Beseitigung der Hochschulautonomie bzw. der Personalpolitik als ihres wichtigsten Bestandteiles stellte die Regierungsverordnung vom 2. März 1939 dar. Sie ermöglichte der Regierung, Hochschulprofessoren fast nach eigenem Ermessen – eines der Kriterien bildeten z. B. die nicht näher dargestellten „staatlichen Interessen“ – zu versetzen oder frühzeitig zu pensionieren.<sup>34</sup> Die konkrete Zahl der Hochschullehrer, die von diesen Maßnahmen betroffen waren, wie auch die einzelnen Schicksale sind immer noch nicht bekannt. Es gibt nur einige Fallstudien. So war z. B. von der Senkung des

---

wahrgenommen wurden: „Wir werden auch die jüdische Frage lösen. Das Verhältnis des Staates zu den Juden, die schon lange auf dem Gebiet der Republik ansässig sind und welche eine positive Einstellung zu den Erfordernissen des Staates und seiner Nationen haben, wird nicht negativ sein [Budeme také řešit otázku židovskou. Poměr státu k těm židům, kteří jsou již dlouho usazeni na území republiky a kteří mají pozitivní vztah k potřebám státu a jeho národů, nebude nepřátelský].“ Bemerkenswert ist auch, dass der Ministerpräsident sich zur „jüdischen Frage“ im Zusammenhang mit dem Problem der Flüchtlinge im „verkleinerten“ Staat äußerte: „Unsere soziale Politik wird... auch die Frage der fremden Einwanderer lösen müssen. Dies muss unter dem Gesichtspunkt des Rechtes des tschecho-slowakischen Staatsbürgers auf ein anständiges Leben in diesem Staat geschehen. Wir sind genötigt, offen zu sagen, dass diese Elemente nicht erwarten können, in unserem Leben dauerhaft Fuß zu fassen. Die Verengung unseres Lebensraumes zwingt uns, sie offen darauf hinzuweisen, dass sie einen ständigen Aufenthalt in Staaten mit einer größeren wirtschaftlichen Kapazität suchen sollen [Naše sociální politika bude ... postavena také před úkoly vyřešiti, a to pod zorným úhlem práva česko-slovenského občana na slušné živobytí v našem státě, otázku cizích přistěhovalců. Jsme nuceni otevřeně prohlásiti, že tyto živly v zásadě nemohou očekávati, že by mohly trvale zakotviti v našem životě. Zúžení životního prostoru nás nutí, abychom je otevřeně upozornili, že musí hledati trvalý svůj pobyt ve státech s větší hospodářskou kapacitou].“ „NS RČS 1935–1938. Poslanecká sněmovna stenoprotokoly. 156. schůze. úterý 13. prosince 1938 [Abgeordnetenhaus – Stenoprotokolle. 156. Sitzung. Dienstag, 13. Dezember 1938]“, Společná Česko-Slovenská parlamentní digitální knihovna [Gemeinsame Tschecho-Slowakische Parlamentarische Digitale Bibliothek], <http://www.psp.cz/eknih/1935ns/ps/stenprot/156schuz/s156003.htm> (letzter Zugriff: 28. 11. 2011). Zum tschechischen Nationalismus und Antisemitismus in der Zweiten Republik vgl. das Kapitel „Rasový národ“ [Rassenation] in Rataj, *O autoritativní národní stát*, 93–119.

<sup>32</sup> Mates, Průcha und Svatoň, *Vývoj organizace*, 43.

<sup>33</sup> Oběžník ministerstva školství [Rundschreiben des Schulministeriums], 27. 2. 1939, Archiv University Karlovy, Filozofická fakulta Německé univerzity [Archiv der Karls-Universität], Kart. 47.

<sup>34</sup> Vládní nařízení ze dne 2. března 1939 o mimořádných opatřeních personálních na vysokých školách [Regierungsverordnung vom 2. März 1939 über außerordentliche Maßnahmen an den Hochschulen], in *Věstník Ministerstva školství a národní osvěty* [Anzeiger des Ministeriums für das Schulwesen und die Volksbildung] 21, Nr. 60 (1939), 156–157.

Pensionsalters an der Medizinischen Fakultät fast ein Drittel der ordentlichen Professoren betroffen.<sup>35</sup>

Wegen seiner jüdischen Abstammung musste der Historiker Bedřich Mendl die Philosophische Fakultät der Karls-Universität verlassen. Mendl beging im September 1940 Selbstmord.<sup>36</sup> Von den antisemitischen Maßnahmen der Beran-Regierung war auch der bekannte Linguist Roman Jakobson, Professor der Masaryk-Universität, betroffen. Aus den gleichen Gründen mussten auch der Historiker Julius Glücklich<sup>37</sup> und der Soziologe Bruno Zwicker, welcher 1944 in Auschwitz ermordet wurde, die Brüner Universität verlassen. Nach dem 15. März wurden in Brünn weitere vier Professoren entlassen.<sup>38</sup>

Trotz dieser personellen Veränderungen sowie der immer angespannteren Atmosphäre konnten die Lehre und der alltägliche Betrieb an den tschechischen Hochschulen auch im Sommersemester 1939 weiterlaufen. Am Ende dieses Semesters, d. h. schon nach der Bildung des Protektorats Böhmen und Mähren, fanden an den tschechischen Hochschulen noch Rektorwahlen statt. An der Karls-Universität wurde der bekannte Orientalist Bedřich Hrozný, an der Masaryk-Universität der Bohemist Arne Novák gewählt.<sup>39</sup> Der Hauptschlag gegen die tschechischen Hochschulen sollte erst noch kommen.

Da die Ereignisse um den 17. November 1939 bekannt sind, fasse ich sie nur kurz zusammen: Bei der Unterdrückung einer tschechischen Demonstration am 28. Oktober 1939 wurde der Arbeiter Václav Sedláček erschossen und (zusammen mit weiteren zehn Personen) der Student der Medizin Jan Opletal schwer verletzt. Opletal starb am 11. November. Sein Begräbnis am 15. November wurde zu einer mächtigen studentischen Demonstration gegen die Besatzungsmacht. Am nächsten Tag beschloss Adolf Hitler bisher in ihrer Härte im Protektorat nicht gekannte Repressivmaßnahmen. In der Nacht und am Morgen des 17. November wurden die Studentenheime in Prag, Brünn und Pířbram durch deutsche Einheiten besetzt, die Studenten wurden verhaftet und neun der sog. studentischen Führer wurden hingerichtet. Ungefähr 1 100 tschechische

<sup>35</sup> Šimůnek, „Mládí vpřed“, 115, 117. Insgesamt sank z. B. an der Karls-Universität die Zahl der Professoren von 194 im akademischen Jahr 1937/1938 auf 138 im November 1939. Pasák, 17. listopad, 29.

<sup>36</sup> Alena Miřková und Jan Pařourek, „Bedřich Mendl 29. srpna 1892 – 28. září 1940“ [Bedřich Mendl 29. August – 28. September 1940], *Acta universitatis carolinae – Philosophica et historica* 4 (1994): 9–29.

<sup>37</sup> Zu ihm vgl.: Tomáš Borovský, „Julius Glücklich a František Hrubý. Dvě tváře pozitivistické vědy v Brně“ [Julius Glücklich und František Hrubý. Zwei Gesichter der positivistischen Wissenschaft in Brünn], in *Historici na brněnské univerzitě: Devět portrétů* (Brno: Archiv města Brna, 2008), 61–82.

<sup>38</sup> Jiří Pulec und Jiřina Kalendovská, „Druhá rektorská volba Arna Nováka“ [Die zweite Rektorwahl von Arne Novák], *Universitatis* 4 (1998): 28–34.

<sup>39</sup> Zu dieser Wahl vgl. *ibid.*

Studenten<sup>40</sup> wurden danach ins Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt. Am 7. Dezember 1939 fand noch eine zweite Welle von Verhaftungen statt, in deren Rahmen weitere 65 Brüner Studenten nach Sachsenhausen abtransportiert wurden.<sup>41</sup>

Die tschechischen Hochschulen wurden – offiziell für drei Jahre – geschlossen. Sie blieben jedoch bis auf wenige Ausnahmen im Falle medizinischer Anstalten bis zum Kriegsende geschlossen.<sup>42</sup> Die tschechischen Hochschulen, Gebäude, Sammlungen, Bibliotheken, Laboratorien usw. wurden durch deutsche Kommissare übernommen, die zumeist aus den Reihen der Vertreter der örtlichen deutschen Hochschulen ernannt wurden.

Aus den eher spärlichen Forschungen geht hervor, dass insgesamt 33 Professoren und Dozenten der Karls-Universität die Besatzungszeit wegen ihrer jüdischen Herkunft, aus politischen Gründen oder als Widerständler mit dem Leben bezahlten.<sup>43</sup> Auch im Falle der Masaryk-Universität rechnet man mit mehr als zwanzig Universitätsangehörigen, die zu Opfern des Holocaust wurden oder die hingerichtet wurden bzw. welche die Haft im Konzentrationslager nicht überlebten – viele von diesen gehörten zu den Brüner Hochschullehrern, die im Herbst 1941 und im Februar 1942 verhaftet und in das Konzentrationslager Mauthausen abtransportiert wurden.<sup>44</sup>

Antidemokratische, chauvinistische und integralnationalistische Ideen kamen im Herbst 1938 zweifellos auch in den tschechischen Hochschulen selbst zum Ausdruck.<sup>45</sup> Autoritative Maßnahmen, die tschechische und slowakische Hochschulen nach dem Münchner Abkommen ergriffen, gingen jedoch vor allem von der Regierung aus. In einem höheren Ausmaß gilt eine solche These auch für die Zeit

<sup>40</sup> Pasák erwähnt die Zahl 1095. Pasák, *17. listopad*, 139.

<sup>41</sup> *Dějiny University v Brně*, 220.

<sup>42</sup> Diese begrenzte Wiederaufnahme der Tätigkeit bedeutet jedoch nicht den Beginn der Lehrtätigkeit. Dazu vgl.: Petr Svobodný, „Němečtí komisaři pro českou lékařskou fakultu po 17. listopadu 1939“ [Deutsche Kommissare der tschechischen Medizinischen Fakultät nach dem 17. November 1939], in *II. setkání archivářů vysokých škol ČR* (Brno: Veterinární a farmaceutická univerzita Brno, 2000), 52–64.

<sup>43</sup> Miluše Havránková, „Vzpomínka na oběti nacistické perzekuce z řad profesorů a docentů Univerzity Karlovy“ [Erinnerung an die Opfer der NS-Verfolgung aus den Reihen der Professoren und Dozenten der Karls-Universität], *Zprávy Archivu UK* [Nachrichten des Archivs der Karls-Universität] 7 (1985): 5–17; Rudolf M. Wlaschek, „Die Opfer des Nationalsozialismus unter den Professoren der Prager Universitäten“, in *Univerzitáty in nationaler Konkurrenz*, hrsg. v. Hans Lemberg (München: Oldenbourg, 2003), 195–206.

<sup>44</sup> *Dějiny University v Brně*, 228–230.

<sup>45</sup> Am 8. November wurde z. B. die Büste T. G. Masaryks im Gebäude der Philosophischen Fakultät zu Fall gebracht. Petráň, *Univerzita Karlova*, 96. Im Herbst 1938 gab es auch erste Überlegungen unter Studenten und Professoren der Medizinischen Fakultät, den „nichtslawischen Hörern, vor allem den Juden“ das Studium zu begrenzen. Vgl. *ibidem*, 92–94.

nach dem März 1939, als die Besatzungsbehörden zur maßgebenden Machtzentrale wurden.

In diesem Zusammenhang verlief die Entwicklung des dritten „nationalen“ Hochschulwesens auf dem Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei ganz anders. Die Gleichschaltung der deutschen Hochschulen, die bereits im Frühherbst 1938 begonnen hatte, ging von diesen Hochschulen selbst aus. Die Universitätsleitung bzw. die Leitung der beiden technischen Hochschulen fand für diese Politik die Rückendeckung des nationalsozialistischen Deutschlands. Mit anderen Worten: Die deutschen Hochschulen in der Tschechoslowakei wurden schon unmittelbar nach dem September 1938 – zwar nicht *de iure*, doch *de facto* – unter die Macht des Dritten Reiches gestellt.

Von der schon seit dem September 1938 beginnenden realen Verschiebung der Hochschulkompetenzen von Prag nach Berlin zeugt auch die Tatsache, dass das Wintersemester an den deutschen Hochschulen erst am 11. Januar 1939 begann. Eines der Hindernisse stellten Unklarheiten in Bezug auf die Stellung der deutschen Studenten aus den an das Deutsche Reich abgetretenen Gebieten dar. Die Regierung der Zweiten Republik hielt diese Studenten für Ausländer, welche daher auch höhere Studienabgaben zahlen sollten. Als fremde Staatsbürger konnten sie auch keine Staatsprüfungen ablegen.<sup>46</sup> Das Schulministerium verbot sogar zuerst den Hochschulen, die Studenten aus dem besetzten Gebiet einzuschreiben.<sup>47</sup> Ende November 1938 versuchte es zumindest, diese Einschreibungen wesentlich zu begrenzen. Studenten aus den von Polen und Ungarn besetzten Gebieten sollten sich sogar überhaupt nicht einschreiben dürfen.<sup>48</sup> Die Regierung musste jedoch schnell vor dem starken deutschen Druck kapitulieren, und die sudetendeutschen Studenten konnten, obwohl sie zumeist bereits reichsdeutsche Staatsbürger waren, mit den gleichen Rechten wie tschechische oder slowakische Studenten an den Hochschulen in der Tschecho-Slowakei studieren.

Der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs an den deutschen Hochschulen im Herbst 1938 standen jedoch weit bedeutendere Hindernisse entgegen. Noch vor dem Münchner Abkommen flüchtete ein großer Teil des Lehrkörpers der Deutschen Universität in Prag nach Deutschland. Die geflüchteten Professoren und Dozenten versuchten auf diese Weise, der Forderung des tschechoslowakischen Schulministeriums auszuweichen, das Mitte September die Professoren

<sup>46</sup> Vgl. Věra Vomáčková, „Německá universita v Praze mezi Mnichovem a 15. březnem 1939“ [Deutsche Universität in Prag zwischen dem Münchner Abkommen und dem 15. März 1939], *AUC – HUCP* 4 (1963): 3–19, 11–12.

<sup>47</sup> Mates, *K situaci na vysokých školách*, 102. Dadurch waren jedoch auch die Studenten betroffen, welche die abgetretenen Gebiete aus politischen oder rassischen Gründen verlassen mussten.

<sup>48</sup> Vgl. Vomáčková, „Německá universita“, 12.

aufgefordert hatte, sich zum tschechoslowakischen Staat, zu seiner Verfassung und zu seinen Gesetzen zu bekennen.<sup>49</sup> Die meisten der geflüchteten Professoren kehrten in die schon verkleinerte Tschechoslowakei erst Anfang November zurück, nachdem ihre Rückkehr von der NSDAP bewilligt worden war.<sup>50</sup>

Ähnlich bedeutungsvoll war die Frage nach dem künftigen Standort der deutschen Hochschulen in Prag und Brünn. Mit der Verlegung in die annektierten Gebiete rechneten im Herbst 1938 nicht nur die deutschen Hochschullehrer selbst, sondern auch die tschechische Öffentlichkeit und Politik – diese sahen die Verlegung aus dem tschechischen Kernland in die deutschen Gebiete als eine logische Ergänzung der „Heimkehr ins Reich“ der Sudetendeutschen.<sup>51</sup> Diese Pläne wurden jedoch Mitte November durch die Entscheidung Hitlers, dass die „älteste deutsche Universität Prag, die älteste deutsche technische Hochschule Prag und die Technische Hochschule Brünn“ erhalten bleiben, obsolet.<sup>52</sup>

Das Wintersemester 1938/39 konnte an der DUP erst am 11. Januar 1939 beginnen. Dies bedeutete jedoch nicht, dass an der Universität selbst im Herbst und Winter 1938 nichts geschah. Ganz im Gegenteil. In diesen Monaten begannen die von der Universitätsleitung und vom schon mehrheitlich nationalsozialistischen Lehrkörper initiierten personellen rassistisch motivierten Säuberungen. Auf diese Weise stellten die antisemitischen Maßnahmen der Beran-Regierung vom Januar 1939 im Falle der DUP „nur“ eine rückwirkende Sanktionierung eines schon länger laufenden Prozesses dar.<sup>53</sup> Im Falle der Philosophischen Fakultät mussten noch Anfang Januar 1939, d. h. noch vor dem Beginn des Wintersemesters 1939, neun von insgesamt 33 Professoren und 15 Dozenten ihre Universitätstätigkeit wegen ihrer jüdischen Herkunft beenden.<sup>54</sup> Die politisch und vor allem rassistisch motivierten personellen Säuberungen betrafen an der Universität insgesamt 34 % der Hochschullehrer.<sup>55</sup>

<sup>49</sup> Alena Mišková, „Deutsche Professoren aus den böhmischen Ländern. ‚Flüchtlinge‘ in der Zeit vor und nach den Münchener Verhandlungen“, in *Prager Professoren*, 27–44, 27.

<sup>50</sup> *Ibid.*, 42.

<sup>51</sup> Petráň, *Univerzita Karlova*, 70–80.

<sup>52</sup> Telegramm von Wacker (Reichserziehungsministerium) an Knoll (Rektor der Wiener Universität), 17. 11. 1938, Universitätsarchiv Wien, Rektoratsakten, Sg. 1310, Jahr 1938/37, zit. nach: Mišková, *Deutsche Professoren*, 43.

<sup>53</sup> Der damalige Rektor Ernst Otto äußerte sich darüber in seinem Rektoratsbericht folgendermaßen: „Faktisch waren diese Fragen, ebenso wie die Entfernung nichtarischer Studenten vom Studium, an unserer Universität mit Hilfe der Dekane, des Dozenten- und Studentenbundes schon vorher gelöst worden, also schon lange bevor der politische Umschwung im März zur Bildung des Protektorats führte.“ Bericht über das Studienjahr 1938/39 der Deutschen Karls-Universität in Prag erstattet von Ernst Otto, 91.

<sup>54</sup> Konrád, *Dějepisectví, germanistika a slavistika*, 2011, 199.

<sup>55</sup> Zu den personellen Säuberungen an der Universität vgl. detailliert Mišková, *Deutsche (Karls-) Universität*, 58–76.

Am 1. September 1939 fand die offizielle Übernahme der Deutschen Universität in Prag, die in Deutsche Karls-Universität umbenannt wurde und die Universitätsinsignien „zurückbekam“, in die Reichsverwaltung statt.<sup>56</sup> Die DUP wurde zusammen mit den beiden deutschen technischen Hochschulen in Prag und Brünn ein Bestandteil des reichsdeutschen Hochschulsystems und, ähnlich wie die Wiener Universität ein Jahr zuvor, direkt dem Berliner zentralen Schulministerium (Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung) unterstellt. Verwaltungsrechtlich brachte diese Unterstellung unter eine bisher fremde bürokratische Tradition die Bildung des Amtes des staatlichen Kurators (Kurator der deutschen wissenschaftlichen Hochschulen in Prag) mit sich, welcher in finanziellen und verwaltungsmäßigen Angelegenheiten über die Hochschulen entscheiden sollte. Die deutschen Hochschulen in den böhmischen Ländern wurden jedoch nicht nur einer „normalen“ staatlichen Verwaltung und Kontrolle bzw. den einschlägigen Abteilungen des Amtes des Reichsprotektors unterstellt.<sup>57</sup> Auch die Parteiorganisationen wie der NS-Studentenbund bzw. der NS-Dozentenbund und vor allem der Sicherheitsdienst machten ihren Einfluss in der Hochschulpolitik geltend. Der Einfluss des Sicherheitsdienstes steigerte sich noch nach der Gründung der mit ihm eng verknüpften, 1942 gegründeten „Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag“, welche die ideologische Instrumentalisierung von Lehre und Forschung an der Universität forcierte.<sup>58</sup>

Die gezielte Instrumentalisierung der Forschung stellte jedoch ein Merkmal auch der anderen deutschen wissenschaftlichen Institutionen in den böhmischen Ländern nach 1939 dar. Sie spiegelte sich darüber hinaus nicht nur in den Rassenstudien, der „Sozial- und Völkerpsychologie“ oder der „Sozialanthropologie und Volksbiologie“,<sup>59</sup> die nach 1939 an der DUP neu gegründet worden waren, wider;

<sup>56</sup> Vgl. Verordnung zur Überführung der deutschen Hochschulen im Protektorat Böhmen und Mähren in die Verwaltung des Reichs. Vom 2. August 1939, Reichsgesetzblatt 1939, Teil I, 1371–1372. Bis zum Ende des Jahres 1939 wurden jedoch die Hochschullehrer und -angestellten vom damaligen Schulministerium der tschechischen Protektoratsregierung bezahlt. Mišková, *Deutsch (Karls-) Universität*, 84.

<sup>57</sup> Zum Verhältnis zwischen dem Amt des Reichsprotektors und den einzelnen Reichsministerien vgl. Detlef Brandes, *Die Tschechen unter deutschem Protektorat. Teil I, Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod (1939–1942)* (München: Oldenbourg, 1969).

<sup>58</sup> Wiedemann, *Die Reinhard-Heydrich-Stiftung*; Andreas Wiedemann, „Die Reinhard-Heydrich-Stiftung als Beispiel nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik im Protektorat“, in *Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert. Wissenschaftstraditionen–Institutionen–Diskurse*, hrsg. v. Christiane Brenner, K. Erik Franzen, Peter Haslinger und Robert Luft (München: Oldenbourg, 2006), 158–176.

<sup>59</sup> Alena Mišková, „Rassenforschung und Oststudien an der Deutschen (Karls-) Universität in Prag“, in *Erzwungene Trennung: Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei*

auch die schon existierenden Universitätsfächer wie Volkskunde oder Geschichtswissenschaft lieferten willig „Beweise“, welche nicht nur die Hegemonie der Deutschen in den böhmischen Ländern bzw. in Mittel- und Osteuropa oder die staatsrechtliche Unterordnung des böhmischen Staates unter das Deutsche Reich legitimieren, sondern auch zur Desintegration der tschechischen kulturellen und historischen nationalen Identität beitragen sollten.<sup>60</sup>

Obwohl die Deutsche Universität in Prag, im Unterschiede zu den vielen Universitäten im „Altreich“, von den unmittelbaren Nachwirkungen des totalen Krieges, wie etwa Bombardierungen, verschont blieb, gerieten auch sie und ihr Lehrkörper Ende des Krieges in die Wirrungen der Zeit. Am 5. Mai 1945 sollten noch die letzten Abschlussfeiern stattfinden. In diesen Tagen brach jedoch der Prager Aufstand aus. Viele der Professoren flüchteten noch vor dem Kriegsende, nicht wenige von ihnen blieben jedoch in Prag. Sie wurden später mit dem überwiegenden Teil der Sudetendeutschen vertrieben. Nach Alena Míšková sind darüber hinaus in den Mai-Tagen oder in den Vertreibungslagern insgesamt fünfzehn Hochschullehrer gestorben. Der Historiker Josef Pfitzner wurde im Zusammenhang mit seiner politischen Karriere als stellv. Prager Primator ebenso wie für seine Beteiligung am 17. November 1939 zum Tode verurteilt.<sup>61</sup> Am 18. Oktober 1945 wurde die DUP als eine „der tschechischen Nation feindliche Institution [ústav nepřátelský českému národu]“ durch das Dekret des Präsidenten der Republik symbolisch rückwirkend zum 17. November 1939 aufgelöst.<sup>62</sup>

#### IV.

Versucht man die Entwicklung der ehemaligen tschechoslowakischen Hochschulen nach 1938 kurz zusammenzufassen, so stellt das Wort „Desintegration“ eine passende Antwort dar. Das ehemals multinationale Hochschulwesen wurde

---

1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien, hrsg. v. Detlef Brandes (Essen: Klartext Verlag, 1999), 37–52; Michal Šimůnek, „Ein neues Fach: Die Erb- und Rassenhygiene an der Medizinischen Fakultät der Deutschen Karls-Universität Prag 1939–1945“, in *Wissenschaft in den böhmischen Ländern 1939–1945*, hrsg. v. Antonín Kostlán (Praha: KLP, 2004), 190–316.

<sup>60</sup> Vgl. Konrád, *Dějepisectví, germanistika a slavistika*, 257–273. Zur Volkskunde vgl. Petr Lozoviuk, *Interethnik im Wissenschaftsprozess: Deutschsprachige Volkskunde in Böhmen und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen* (Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2008).

<sup>61</sup> Míšková, *Deutsche (Karls-) Universität*, 235–237. Míšková fasst auch weitere Schicksale der ehemaligen Prager Professoren nach 1945 zusammen, vgl. *ibid.*, 238–246.

<sup>62</sup> Dekret presidenta republiky ze dne 18. října 1945 o zrušení německé university v Praze [Dekret des Präsidenten der Republik vom 18. Oktober 1945 über die Auflösung der deutschen Universität in Prag]. Archiv Kanceláře prezidenta republiky, Kancelář prezidenta republiky [Archiv der Kanzlei des Präsidenten der Republik], Sign. D 15334, Kart. 304.

nach 1938 in seine nationalen Bestandteile zerlegt. Es ist unbestreitbar, dass die expansionistische Außenpolitik NS-Deutschlands die „Hauptschuld“ an dieser Entwicklung trug. Trotzdem sollte man auch den Vergleich der Entwicklung aller drei hier dargestellten nationalen Hochschulwesen der ehemaligen Tschechoslowakei wagen. Es sind die Zeit der Zweiten Republik bzw. die Monate bis zum November 1939, die einen solchen Vergleich ermöglichen.

Unmittelbar nach dem September 1938 setzte sich im Hochschulwesen ein autoritärer Kurs durch. Er war vor allem durch das Bemühen gekennzeichnet, die interne demokratische Selbstverwaltung zu beseitigen. Diese wurde durch direkte Eingriffe des Staates bzw. im Falle des deutschen Hochschulwesens durch die Einflussnahme der NSDAP in Hochschulangelegenheiten ersetzt.

Zweitens ist die interne „Nationalisierung“ der Hochschulen, vor allem im Sinne der antisemitischen personellen Maßnahmen, die im Falle der Bratislaver Universität auch durch die Entfernung der tschechischen Professoren begleitet wurde, zu erwähnen.

Drittens sind die oftmals tiefgreifenden personellen Veränderungen zu nennen. Sie resultierten teilweise aus den bürokratischen und organisatorischen Maßnahmen unmittelbar nach der Entstehung der Zweiten Republik, zugleich wurden sie jedoch auch durch oben erwähnte antidemokratische und antisemitische Maßnahmen verursacht. Die in jedem „nationalen“ Hochschulwesen sehr unterschiedlichen personellen „Säuberungen“ des Hochschulkörpers von politisch und national oder rassistisch unerwünschten Professoren, Dozenten, Assistenten oder auch Studenten bedeuteten zugleich eine „Karrierechance“ für jüngere Wissenschaftler. Dass der wissenschaftliche Nachwuchs in einigen Universitätsfächern von dieser Entwicklung stark profitieren konnte und dass die sich bietenden Karrierechancen für viele Vertreter der jüngeren wissenschaftlichen Generation einen starken Motivationsgrund darstellten, wurde für die deutschen Hochschulen schon gründlich dargelegt. Die „Slowakisierung“ der Bratislaver Universität deutet an, dass der Generationenkonflikt auch in diesem Fall eine schlüssige Herangehensweise darstellen kann. Eine ähnliche Frage sollte man auch im Falle der tschechischen Hochschulen nach dem September 1938 im Zusammenhang mit der Herabsetzung der Altersgrenze stellen.

Die oben erwähnten Ähnlichkeiten und Parallelen, die eine noch eingehendere Forschung erfordern, sollten jedoch nicht den Eindruck erwecken, dass sich im Endeffekt deutsche, tschechische sowie auch slowakische Hochschulen und ihre Professoren nach 1938 gleich entwickelten bzw. verhielten. Die Unterschiede in der Intensität als auch in der Radikalität, mit welcher z. B. autoritäre Züge, personelle Maßnahmen usw. in die Praxis eingeführt wurden, waren so gravierend,

dass ein solcher vereinfachender Schluss eine unzulässige Verzerrung darstellen würde. Wollte man diese Unterschiede auf einen gemeinsamen Nenner bringen, so scheint es mir, dass der Unterschied darin lag, dass die autoritären und vor allem die nationalsozialistischen Maßnahmen im Falle der deutschen Hochschulen aus dem Lehrkörper selbst hervorgingen – d. h. diese Hochschulen wurden im Großen und Ganzen „selbstgleichgeschaltet“. Im Unterschiede dazu stellten die tschechischen Hochschulen und die Bratislaver Universität von Anfang an eher ein Objekt der autoritären Politik der Staatsbürokratie dar.

Da die deutschen Hochschulen teilweise schon gut erforscht sind, entsteht die Forderung nach einer noch detaillierteren Erforschung der Geschichte der tschechischen Hochschulen vom September 1938 bis zum November 1939 bzw. des slowakischen Hochschulwesens in den Jahren 1938–1945. Dabei sollte vor allem die Frage nach der Motivation der staatlichen antiliberalen, autoritären Politik im Hochschulbereich gestellt werden, d. h. auch die Frage, inwieweit die Hochschulpolitik der Regierung der Zweiten Republik selbständige autoritäre Konzepte zu verwirklichen suchte oder auf den Druck von außen (Deutschland) – sei er objektiv gewesen oder nur subjektiv wahrgenommen – bzw. auf die Lage, in der sich die Republik nach dem September 1938 befand (territoriale Veränderungen, Flüchtlinge...), reagierte. Zugleich ist auch zu fragen, auf welches Echo diese autoritäre Politik bei Professoren und Studenten stieß. Und letztlich sollte man auch der Frage nachgehen, inwieweit diese Hochschulpolitik nach dem September 1938 ganz neue Pläne und Ideen entwickelte oder ob sie (und in welchem Ausmaß) an die schon vor 1938 existierenden Pläne zur Begrenzung der Hochschulautonomie bzw. zur stärkeren Reglementierung dieses ganzen Bereichs anknüpfen konnte.

Diese Fragen zum Charakter des politischen Regimes sowie zu den antidemokratischen, autoritären Zügen in Politik, Kulturpolitik und Wirtschaftspolitik der Zweiten Republik wurden zwar in der Forschung bereits gestellt und auch kritisch beantwortet. Im Falle der Geschichte des Schulwesens bzw. des Hochschulwesens bilden sie jedoch eher eine Ausnahme: Die unbestreitbare Bedeutung der Ereignisse des 17. November 1939 und die mit ihr verknüpfte heroisierende Betrachtungsweise des tschechischen Hochschulwesens 1938–1939 überdeckte, so scheint es mir, bislang die oben erwähnten Fragen.



## **INTERVIEW**

---



## Das Deutsche Historische Institut in Rom im Gespräch I: Direktor Prof. Dr. Michael Matheus<sup>1</sup>

Jiří Pešek – Nina Lohmann

Das Deutsche Historische Institut in Rom (weiter DHIR) ist das älteste aller Deutschen Historischen Institute im Ausland. Es wurde im Jahre 1888 als eines in einer ganzen Reihe von historischen Forschungsinstituten europäischer Staaten gegründet, nachdem Papst Leo XIII. im Jahre 1881 die Archive des Vatikans für die Forschung geöffnet hatte. Sein Tätigkeitsprofil hat sich jedoch seit seiner Gründung stark erweitert:

„Das 1888 gegründete Deutsche Historische Institut in Rom [...] dient der Erforschung der italienischen und deutschen Geschichte, insbesondere der deutsch-italienischen Beziehungen in europäischen Zusammenhängen, vom frühen Mittelalter bis zur jüngsten Vergangenheit.“<sup>2</sup>

Im September 2010 sind wir nach Rom gefahren, um aus erster Hand mehr über das Institut, seine Geschichte und seine derzeitige Tätigkeit zu erfahren – und nicht zuletzt, um die hervorragende Institutsbibliothek zu nutzen. Anlass zu der Reise boten zwei Projekte, die derzeit am Prager Institut für internationale Studien der Karls-Universität laufen: Zum einen die Kartographierung der Geschichte und Gegenwart der deutschen geisteswissenschaftlichen Institute im Ausland im Kontext der bundesdeutschen auswärtigen Kulturpolitik. Das zweite, größer angelegte Projekt beschäftigt sich mit der europäischen Zeitgeschichtsforschung nach 1989 in komparativer Perspektive.

Wir wollten also mit den profilprägenden Historikern des Instituts über die Position des DHIR in der italienischen und in der deutschen Geschichtswissenschaft sowie in der bundesdeutschen auswärtigen Kulturpolitik sprechen. Uns interessierten dabei vor allem ihre persönlichen wissenschaftlichen Erfahrungen in Italien bzw. ihre eigene Forschung im Rahmen ihrer Tätigkeit am Institut. Die Motivation war umso stärker, als dass sowohl der seit 2002 amtierende Direktor des DHIR und Sprecher der Direktionsversammlung der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (weiter DGIA),<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Das Gespräch entstand im Rahmen des Projektes GA ČR P410/19/1302.

<sup>2</sup> Vgl. „Über uns“, offizielle Webseite des DHI Rom, [http://www.dhi-roma.it/ueber\\_uns.html](http://www.dhi-roma.it/ueber_uns.html) (letzter Zugriff: 11. 4. 2011). Zur Geschichte des Instituts vgl. Reinhard Elze, „Das Deutsche Historische Institut in Rom 1888–1988“, in *Das Deutsche Historische Institut in Rom 1888–1988*, hrsg. v. Reinhard Elze und Arnold Esch (Tübingen: Niemeyer, 1990), 1–31; ders., „Hundert Jahre Deutsches Historisches Institut in Rom“, in *Deutsches Historisches Institut in Rom 1888–1988 Istituto Storico Germanico* (Rom: Deutsches Historisches Institut, 1988), 9–49; Michael Matheus, Hrsg., *Deutsche Forschungs- und Kulturinstitute in Rom in der Nachkriegszeit* (Tübingen: Niemeyer, 2007).

<sup>3</sup> Diese im Jahre 2002 durch das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland, Bonn (DGIAG) vom 20. Juni 2002 (BGBl I, S. 2003) errichtete Institution sollte das Netz deutscher historischer und anderer geisteswissenschaftlicher Institute im Ausland auf Empfehlung des Wissenschaftsrates führen und zentral koordinieren. Nach Jahren von Streitigkeiten und Reformen wurde durch das Gesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl I, S. 2622) eine

Prof. Dr. Michael Matheus, als auch Dr. Lutz Klinkhammer, Referent für den Forschungsbereich der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts im DHIR, zu den anerkanntesten Spezialisten für italienische Geschichte gehören und sich seit Jahrzehnten im römischen wissenschaftlichen und kulturpolitischen Milieu bestens auskennen: Beide sind in Italien wie in Deutschland etabliert, ihre Arbeiten stoßen regelmäßig auf ein großes Echo bei der Historikergemeinden. Darüber hinaus haben sich beide immer wieder auch mit der Geschichte des eigenen Instituts auseinandergesetzt.<sup>4</sup> Unsere Bitte um ein Interview wurde sehr freundlich angenommen, unsere Fragen mit großer Offenheit und Kenntnisreichtum beantwortet.

An dieser Stelle werden wir zunächst das Gespräch mit Herrn Prof. Matheus dokumentieren, das wir mit ihm in seinem Institutsbüro geführt haben. In der nächsten deutschsprachigen Nummer dieser Zeitschrift wird dann das Interview mit Dr. Klinkhammer folgen. Beide Interviews erscheinen nahezu ungekürzt, sie wurden lediglich für die Druckfassung adaptiert und redigiert sowie mit einem Fußnotenapparat ausgestattet. Bei der Edition haben wir uns darum bemüht, für den Leser eventuell unverständliche Abkürzungen und Namen zu entschlüsseln, Sachverhalte zu erklären und weiterführende Literaturhinweise zu geben.

### **Prof. Dr. Michael Matheus – ein Forscher mit vielen Interessen**

Der im Jahre 1953 in Graach an der Mosel geborene Michael Matheus ist ein Forscher mit einem breiten Horizont. So nennt er als seine Forschungsschwerpunkte auf der Instituts-Homepage die folgenden: „Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands und Italiens im hohen und späten Mittelalter, Stadtgeschichte, Weingeschichte, Technikgeschichte, Universitätsgeschichte, Straßen- und Pilgerforschung, Historiographie.“<sup>5</sup>

---

die traditionelle Autonomie der Institute respektierende Form der Koordination gefunden. Heute vereint die Stiftung unter ihrem Dach insgesamt zehn Auslandsforschungsinstitute und „fördert die Forschung mit Schwerpunkten auf den Gebieten der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften“. Sie ist eine der größten öffentlich-rechtlichen Stiftungen Deutschlands. Vgl. die offizielle Webseite der Stiftung DGIA, „Über uns“, [http://www.stiftung-dgia.de/ueber\\_uns.html](http://www.stiftung-dgia.de/ueber_uns.html) (letzter Zugriff: 14. 4. 2011).

<sup>4</sup> Lutz Klinkhammer, *Hundert Jahre Deutsches Historisches Institut in Rom 1888–1988. Führer zur Ausstellung* (Rom: DHI, 1988); Michael Matheus, „Gestione autonoma. Zur Wiedereröffnung und Konsolidierung des Deutschen Historischen Instituts in Rom 1953–1961“, in *Deutsche Forschungs- und Kulturinstitute in Rom in der Nachkriegszeit*, hrsg. v. dems. (Tübingen: Niemeyer, 2007), 99–126; ders., „Die Wiedereröffnung des Deutschen Historischen Instituts 1953 in Rom. Transalpine Akteure zwischen Union und Nation“, in *Die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die ‚Ökumene der Historiker‘. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Ansatz*, hrsg. v. Ulrich Pfeil (München: Oldenbourg, 2008), 91–113; ders., „Disziplinenvielfalt unter einem Dach. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte aus der Perspektive des Deutschen Historischen Instituts in Rom“, in *Von der Geheimhaltung zur internationalen und interdisziplinären Forschung*, hrsg. v. Sabine Ehrmann-Herfort und Michael Matheus (Berlin–New York: De Gruyter, 2010), 1–82.

<sup>5</sup> Vgl. die offizielle Homepage von Michael Matheus auf den Seiten des DHIR, <http://www.dhi-roma.it/matheus.html> (letzter Zugriff: 14. 4. 2011).

Man könnte dieser überraschenden Themenbreite mit Blick auf die Bibliographie vielleicht noch die Geschichte der Juden hinzufügen. Das eingehende Studium der Matheus'schen Publikationsliste beweist dann, dass es sich in keinem Fall nur um eine platonische Liebe handelt, sondern dass er alle diese Themenfelder tatsächlich mit viel Fleiß und Ideenreichtum beackert. Werfen wir dann noch einen Blick auf seinen wissenschaftlichen Lebenslauf, sehen wir, dass Michael Matheus sich persönlich wie wissenschaftlich im Grunde dauerhaft in einem Dreieck zwischen Trier, Rom und Mainz bewegt – und immer in einer breiten, international vergleichenden Perspektive.

Nach einer sehr erfolgreichen Promotion in Trier über die Wirtschafts-, Sozial- und Verfassungsgeschichte der Stadt Trier im Spätmittelalter<sup>6</sup> ging der damals dreiunddreißigjährige Wissenschaftler, der sich in dieser Zeit vor allem mit der Gründungsphase der Trierer Universität, mit der Weinbaugeschichte und der Geschichte der Kran- und Fluss-hafentechnik beschäftigte, als DFG-Habilitationsstipendiat erstmals für eine längere Zeit (1986–1988) nach Rom ans DHIR. Als Ergebnis seiner dortigen Forschungen legte er im Jahre 1989 die Studie „Adelige als Zinser von Heiligen. Studien zu Zinsverhältnissen geistlicher Institutionen im hohen Mittelalter“ an der Trierer Universität als Habilitationsschrift vor, mit der er sich als sozialgeschichtlich orientierter Kirchenhistoriker des Mittelalters profilierte. Seine erste Professur trat Michael Matheus 1993 in Essen an, bereits ein Jahr später, 1994, wurde er dann Ordinarius für Mittlere und Neuere Geschichte und Vergleichende Landesgeschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Mit der Professur in der Hauptstadt von Rheinland-Pfalz konnte Matheus einige seiner Forschungsbereiche vertiefen (etwa die Weingeschichtsforschung),<sup>7</sup> andere neu „verorten“: Das gilt vor allem für die Geschichte der Stadt Mainz bzw. der mittelhheinischen Städte allgemein sowie für die Geschichte der alten Mainzer Universität.<sup>8</sup> Hinzu kam eine Reihe

<sup>6</sup> Michael Matheus, *Trier am Ende des Mittelalters. Studien zur Wirtschafts-, Sozial- und Verfassungsgeschichte der Stadt Trier vom 14. bis 16. Jahrhundert* (Trier: Verlag Trierer Historische Forschungen, 1984) (Trierer Historische Forschungen 5), 475.

<sup>7</sup> Michael Matheus, „Der Weinbau zwischen Maas und Rhein in der Antike und im Mittelalter“, in *Weinbau zwischen Maas und Rhein in der Antike und im Mittelalter. Grundlagen, Konstanten und Wandlungen*, hrsg. v. dems. (Mainz: von Zabern Verlag, 1997) (Trierer Historische Forschungen 23), 503–532; ders., „Historische Dimensionen des Weinbaus“, in *Vom Wein zum Wörterbuch – Ein Fachwörterbuch in Arbeit. Beiträge des Internationalen Kolloquiums im Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde in Kaiserslautern*, 8./9. März 2002, hrsg. v. Maria Besse, Wolfgang Haubrichs und Roland Puhl (Stuttgart: Steiner 2004) (Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Abhandlungen der Geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse, Einzelveröffentlichungen Nr. 10), 237–273; ders., Hrsg., *Weinproduktion und Weinkonsum im Mittelalter* (Stuttgart: Steiner, 2004) (Geschichtliche Landeskunde 51).

<sup>8</sup> Michael Matheus und Walter Gerd Rödel, Hrsg., *Bausteine zur Mainzer Stadtgeschichte. Mainzer Kolloquium 2000* (Stuttgart: Steiner Verlag, 2002) (Geschichtliche Landeskunde 55); Michael Matheus, Hrsg., *Stadt und Wehrbau im Mittelrheingebiet* (Stuttgart: Steiner, 2003); ders., „Mainz zur Zeit Gutenbergs“, in *Lebenswelten Johannes Gutenbergs*, hrsg. v. Michael Matheus (Stuttgart: Steiner, 2005) (Mainzer Vorträge 10), 9–37; ders., „Roma e Magonza. Università italiane e tedesche nel XV e all' inizio del XVI secolo“, *Bullettino dell'Istituto Storico Italiano per il Medio Evo* 108 (2006): 123–163 (auf Deutsch erschienen u. d. T.: „Rom und Mainz. Italienische und deutsche Universitäten im 15. und beginnenden 16. Jahrhundert“, *Römische Quartalschrift für Christliche Altertumskunde*

neuer Themen: An dieser Stelle seien zumindest das Pilgertum und die Wallfahrten im Mittelalter und in der Neuzeit bzw. die Problematik der spätmittelalterlichen Hospitäler genannt.<sup>9</sup>

Es war sicher nicht nur das Interesse für kirchengeschichtliche Themen im weiteren Sinne, das Prof. Matheus dazu brachte, sich um den Posten des Direktors des DHI Rom in einer für das Institut und für die Deutschen Historischen Institute im Ausland allgemein sehr schwierigen Zeit zu bewerben.<sup>10</sup> Für zunächst fünf Jahre, schließlich noch für eine weitere Amtsperiode tauschte er also Mainz mit Rom und warf sich mit aller Energie in die Verhandlungen über das Schicksal der deutschen auswärtigen geisteswissenschaftlichen Institute. Es ist also auch sein Verdienst, dass der Versuch der rot-grünen Bundesregierung, die auswärtigen Forschungsinstitute einer zentralistischen staatlichen Behörde zu unterstellen, in ein flexibles, die notwendige wissenschaftliche Autonomie respektierendes Modell umgestaltet wurde. Im Jahre 2007 wurde Prof. Matheus dann zum Sprecher der Direktorinnen und Direktoren bzw. der Direktionsversammlung der Stiftung DGIA gewählt.

Die Verankerung in Rom brachte Matheus eine Menge von organisatorischen und wissenschaftspolitischen bzw. wissenschaftsdiplomatischen Pflichten. Im Institut, das über ein breit angelegtes Netz von Kooperationen mit italienischen Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen verfügt, steht er im Zentrum einer reichen Vortrags-, Seminar- und Öffentlichkeitsarbeit. Als Direktor des DHI Rom vertritt er zudem nicht nur die deutsche Mediävistik, sondern die gesamte deutsche Geschichtswissenschaft in Italien. Dies spiegelt sich in einer Reihe von deutsch-italienischen Veranstaltungen zu allgemeinen mediävistischen oder historiographischen, forschungsaktuellen Themen wider, welche er initiiert und (oft in Kooperation mit italienischen Kollegen) organisiert, und deren wissenschaftliche Erträge er herausgegeben hat.<sup>11</sup>

---

und *Kirchengeschichte* 102, Nr. 1–2 (2007): 47–75); ders., „Rom und die Frühgeschichte der Mainzer Universität“, in *Mainz im Mittelalter*, hrsg. v. Mechthild Dreyer und Jörg Rogge (Mainz: von Zabern, 2009), 214–232.

<sup>9</sup> Michael Matheus, Hrsg., *Pilger und Wallfahrtsstätten in Mittelalter und Neuzeit* (Stuttgart: Steiner, 2000); Thomas Frank, Michael Matheus und Sabine Reichert, Hrsg., *Wege zum Heil. Pilger und heilige Orte an Mosel und Rhein* (Stuttgart: Steiner, 2009); Michael Matheus, Hrsg., *Funktions- und Strukturwandel spätmittelalterlicher Hospitäler im europäischen Vergleich* (Stuttgart: Steiner, 2005) (Geschichtliche Landeskunde 56).

<sup>10</sup> Zu den Konflikten zwischen dem DHIR bzw. allen DHIs und dem durch Winfried Schulze vertretenen Wissenschaftsrat bzw. dem Bundesministerium für Bildung und Forschung seit dem Jahr 2000 vgl.: Johannes Fried, „Wissen ist gut, Kontrolle schlecht. Wie das Deutsche Historische Institut in Rom seine Tradition zu verlieren droht“, *Die Zeit*, 22. März 2001; Gustav Seibt, „Attentat der Bürokraten“, *Die Zeit*, 22. März 2001.

<sup>11</sup> Michael Matheus und Massimo Miglio, Hrsg., *Stato della ricerca e prospettive della medievistica tedesca. Atti della Giornata sulle storiografie (Roma 19–20 febbraio 2004)* (Roma: Istituto storico Italiano per il medio evo, 2007); Hans Cools, Manuel Espadas Burgos, Michel Gras, Michael Matheus und Massimo Miglio, Hrsg., *La storiografia tra passato e futuro. Il X Congresso Internazionale di Scienze Storiche (Roma 1955) cinquant'anni dopo. Atti del Convegno Internazionale Roma, 21–24 settembre 2005* (Roma: Unione Internazionale degli Istituti di Archeologia, Storia e Storia dell'Arte in Roma, 2008); Michael Matheus und Hubertus Wolf Hrsg., *Bleibt im Vatikanischen Geheimarchiv vieles zu geheim? Historische Grundlagenforschung in Mittelalter und Neuzeit*.

Im Zentrum seiner wissenschaftlichen Tätigkeit steht in Rom selbstverständlich auch die Geschichte des Papsttums,<sup>12</sup> ebenso wie die schon zuvor betriebene Erforschung mittelalterlicher und frühneuzeitlicher Universitäten – diesmal allerdings vor allem in Bezug auf die Ewige Stadt.<sup>13</sup> Einen weiteren Schwerpunkt bildet für den Direktor des DHIR nicht zuletzt die Institutsgeschichte, die er etwa anhand seiner großen Persönlichkeiten in Tagungen und Einzelpublikationen immer wieder thematisiert.<sup>14</sup>

Vor diesem Hintergrund wollten wir von Michael Matheus unter anderem wissen, wie sich das Institut in seiner Amtszeit entwickelt hat, wie es aktuell um die Einbindung in die italienische und deutsche Forschungslandschaft steht, welche Rolle die Zeitgeschichte spielt und wie viel Zeit ihm bei seinen ganzen Amtspflichten überhaupt noch für die eigene Forschung bleibt.

### **Interview mit Prof. Dr. Michael Matheus, Direktor des Deutschen Historischen Instituts Rom, DHI Rom, 21. September 2010**

**Pešek/Lohmann:** Herr Matheus, das von Ihnen geleitete DHI Rom ist das älteste der Deutschen Historischen Institute im Ausland. Man verbindet das römische Institut seit

---

*Beiträge zur Sektion des Deutschen Historischen Instituts (DHI) Rom, organisiert in Verbindung mit der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Seminar für Mittlere und Neue Kirchengeschichte. 47. Deutscher Historikertag, Dresden 30. September–3. Oktober 2008* (Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 2009), gleichzeitig erschienen als Online-Publikation des DHIs in Rom: [http://www.dhi-roma.it/Historikertag\\_Dresden.html](http://www.dhi-roma.it/Historikertag_Dresden.html) (letzter Zugriff: 13. 4. 2011); Michael Matheus, Gabriela Piccinni, Giuliano Pinto und Gian Maria Varanini, Hrsg., *Le calamità ambientali nel tardo medioevo europeo: realtà, percezioni, reazioni. Atti del XII convegno del Centro di Studi sulla civiltà del tardo medioevo, S. Miniato 31 maggio – 2 giugno 2008* (Florenz: Firenze University Press, 2010) (Collana di Studi e Ricerche 12).

<sup>12</sup> Michael Matheus und Lutz Klinkhammer, Hrsg., *Eigenbild im Konflikt. Krisensituationen des Papsttums zwischen Gregor VII. und Benedikt XV.* (Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2009).

<sup>13</sup> Michael Matheus, „Fonti vaticane e storia dell’università in Europa“, in *Europa e Italia. Studi in onore di Giorgio Chittolini / Europe and Italy. Studies in honour of Giorgio Chittolini*, hrsg. v. Paola Guglielmotti und Gian Maria Varanini (Florenz: Firenze University Press, 2011), 275–293 (erscheint Deutsch u. d. T.: „Vatikanische Quellen und europäische Universitätsgeschichte“, in *Friedensnobelpreis und historische Grundlagenforschung. Ludwig Quidde und die Erschließung der kurialen Registerüberlieferung*, hrsg. v. Michael Matheus (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom 124 (in Vorbereitung)); ders., „Roma docta. Rom als Studienort in der Renaissance“, in *Rom – Nabel der Welt. Macht, Glaube, Kultur von der Antike bis heute*, hrsg. v. Jochen Johrendt und Romedio Schmitz-Esser (Darmstadt: WBG, 2010), 118–133.

<sup>14</sup> Michael Matheus, „Das Deutsche Historische Institut (DHI) und Paul Fridolin Kehr’s Papsturkundenwerk“, in *Das Papsttum und das vielgestaltige Italien. Hundert Jahre Italia Pontificia*, hrsg. v. Klaus Herbers und Jochen Johrendt (Berlin–New York: de Gruyter, 2009) (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, NF, Bd. 5), 3–12; ders., „Die Wiedereröffnung des Deutschen Historischen Instituts 1953 in Rom“. Vgl. auch den Sammelband: Michael Matheus, Hrsg., *Friedensnobelpreis und historische Grundlagenforschung. Ludwig Quidde und die Erschließung der kurialen Registerüberlieferung* (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom 124), im Druck.

seiner Gründung insbesondere mit der Mittelalterforschung, in der es einen prominenten Platz einnimmt. Vor allem in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hat das Institut sein Tätigkeitsprofil aber – sehr erfolgreich – erweitert. Die meisten tschechischen Historiker wissen allerdings bis heute wahrscheinlich nicht, dass so ein Institut existiert und wie breit seine Tätigkeit ist. Könnten Sie uns deshalb vielleicht eingangs etwas zu der Entwicklung des Instituts sagen und seine derzeitigen Schwerpunkte charakterisieren?

**Matheus:** Vielleicht vorweg einige wenige Sätze zur Genese des Instituts. Dieses ist 1888 gegründet worden als das älteste geisteswissenschaftliche Auslandsinstitut, das die Bundesrepublik Deutschland hat.<sup>15</sup> Damals bestand es eben durch Preußen als historische Station – auf dem Kapitol, darauf spielen wir auch in unserem Logo an – also als Forschungseinrichtung, die zunächst einmal die Aufgabe hatte, sich speziell Themen der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Geschichte zuzuwenden. Und im Besonderen haben die Vorreformation und die reformatorische Zeit eine Rolle gespielt, denn die Gründung wird man sicher auch im Kontext des so genannten Kulturkampfes sehen müssen, das heißt das protestantische Preußen erwartete gerade in dem geheimnisumwitterten Archivio Segreto Vaticano<sup>16</sup> vieles zu finden – und sie sind ja dann auch fündig geworden. Es hat dann insbesondere in der Amtszeit von Paul Fridolin Kehr,<sup>17</sup> der über drei Jahrzehnte dieses Institut geleitet hat, eine sehr fruchtbare Entwicklung gegeben, und der Blick ist damals schon über die Bestände des Archivio Segreto Vaticano und der vatikanischen römischen Archive hinaus auch auf Italien insgesamt und auf die anderen Archive und Bibliotheken gegangen, was sich auch im Titel unserer damals gegründeten Zeitschrift<sup>18</sup> niederschlägt. Nichtsdestotrotz ist das Institut ganz klar bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs ein Institut vornehmlich der Mittelalter- und der Frühneuzeitforschung geblieben.

<sup>15</sup> Gründung als „Station“, dann „Königlich-Preussisches Historisches Institut“, in der Zwischenkriegszeit dann „Preussisches Historisches Institut Rom“.

<sup>16</sup> Das „Vatikanische Geheimarchiv“ wurde 1881 unter Leo XIII. für die Forschung zugänglich gemacht. Zu den Beständen vgl. die Homepage des Archivs: [http://asv.vatican.va/de/fond/1\\_fond.htm](http://asv.vatican.va/de/fond/1_fond.htm) (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>17</sup> Paul Fridolin Kehr (1860–1944) war seit 1895 Ordinarius in Göttingen und übernahm 1903 die Leitung des Preussischen Historischen Instituts in Rom, dem er zunächst bis 1915 vorstand. Nach der kriegsbedingten Übersiedlung nach Berlin wurde er zunächst zum Generaldirektor der Preussischen Staatsarchive berufen (in dieser Funktion blieb er bis 1929) und übernahm noch im Verlaufe des Krieges zusätzlich die Leitung des neu errichteten Kaiser-Wilhelm-Instituts (KWI) für Geschichte. Nach dem Krieg, 1919, wurde er Vorsitzender der Monumenta Germaniae Historica (MGH) und wirkte seit 1924 nebenamtlich als kommissarischer Direktor des wiedereröffneten Preussischen Historischen Instituts in Rom. Beide Institutionen leitete er bis 1936. Vgl. Schieffer, Theodor, „Kehr, Paul Fridolin“, *Neue Deutsche Biographie* 11 (1977): 396–398 (Onlinefassung), <http://www.deutsche-biographie.de/pnd118721461.htm> (letzter Zugriff: 7. 4. 2011). Vgl. zu Kehr auch: *Paul F. Kehr. Zugänge und Beiträge zu seinem Wirken und zu seiner Biographie. Veranstaltung zum 60. Geburtstag von Arnold Esch am 20. Mai 1996* (Rom: DHI Rom, 1996 und Tübingen: Niemeyer, 1997).

<sup>18</sup> *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* (QFIAB), hrsg. v. Deutschen Historischen Institut in Rom, 1 (1897/98)–33 (1944), 34 (1954).

Im 20. Jahrhundert wurde das Institut zweimal geschlossen und zweimal wieder gegründet.<sup>19</sup> In den Jahren vor der Wiedergründung 1953 hat es eine sehr interessante Diskussion darüber gegeben, ob es überhaupt zur Wiedereröffnung in deutscher Verantwortung kommen würde oder ob es nicht auch andere Lösungen gäbe. Es wurden damals drei Möglichkeiten diskutiert, die durchaus nicht ganz uninteressant sind auch für heutige Debatten. Die eine war die Rückgabe an Deutschland, was 1945/46 nicht möglich war, weil Deutschland damals nicht existierte. Die zweite Möglichkeit war eine Überantwortung dieses Instituts und der anderen wissenschaftlichen Institute der Deutschen, die es in Italien gegeben hat, an das Gastland. Dazu zählte das Deutsche Archäologische Institut in Rom,<sup>20</sup> die Bibliotheca Hertziana<sup>21</sup> (das kunsthistorische Institut hier in Rom) und dann das Kunsthistorische Institut in Florenz.<sup>22</sup> Mit Blick auf diese Institute gab es auf italienischer Seite intensive Überlegungen, diese zu italienischen Forschungseinrichtungen zu machen.

Und die dritte, eigentlich viel spannendere Diskussion war die Überlegung, unter dem Dach der UNESCO ein großes internationales, interdisziplinäres Institut zu errichten. Die Verhandlungen waren damals sehr weit gediehen und die Verträge schienen schon unterschriftsreif. Das Ganze ist dann allerdings gescheitert. Ich habe selbst mal versucht herauszufinden, weshalb, und auch mein Vorgänger Esch hat dazu publiziert.<sup>23</sup> Tatsächlich sind wir damals quasi noch einmal in nationale Gehäuse „eingezwängt“ worden. Aber seit 1946 existiert die *Unione degli Istituti*,<sup>24</sup> die im Moment 36 Institute der Archäologie, der Geschichte und der Kunstgeschichte unter ihrem Dach vereint. Damit ist Rom ein völlig einzigartiger Ort in der Welt, was die Dichte solcher Forschungseinrichtungen betrifft. Italienische, vatikanische, aber eben auch Einrichtungen aus sehr vielen anderen Ländern, übrigens durchaus nicht nur Europas, sind hier vertreten.

<sup>19</sup> Elze, „Das Deutsche Historische Institut in Rom“, 17 u. 24.

<sup>20</sup> Vorläufer des Deutschen Archäologischen Instituts (DAI) und seiner Abteilung Rom ist das 1829 privat gegründete *Istituto di corrispondenza archeologica*, das seit 1859 von Preußen finanziert und 1871 preußische Staatsanstalt, 1874 Reichsinstitut wurde. Die Abteilung Rom ist die älteste von mittlerweile sieben Abteilungen, die zum Teil über weitere Außenstellen verfügen. Vgl. „Geschichte des Deutschen Archäologischen Instituts“, offizielle Webseite des DAI, [http://www.dainst.org/index\\_8345647bbb1f14a136250017f0000011\\_de.html](http://www.dainst.org/index_8345647bbb1f14a136250017f0000011_de.html), (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>21</sup> Die Bibliotheca Hertziana wurde 1913 durch ein Vermächtnis von Henriette Hertz als Institut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (heute Max-Planck-Gesellschaft) gegründet. Vgl. Bibliotheca Hertziana. Max-Planck-Institut für Kunstgeschichte, Homepage, <http://www.biblhertz.it/default.htm> (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>22</sup> Das Kunsthistorische Institut in Florenz wurde 1897 privat gegründet und gehört seit 2002 zur Max-Planck-Gesellschaft. Vgl. Kunsthistorisches Institut in Florenz, offizielle Webseite, <http://www.khi.firenze.it/> (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>23</sup> Arnold Esch, „Die deutschen Institutsbibliotheken nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und die Rolle der *Unione degli Istituti*: Internationalisierung, Italienisierung – oder Rückgabe an Deutschland?“, in *Deutsche Forschungs- und Kulturinstitute in Rom in der Nachkriegszeit*, hrsg. v. Michael Matheus (Tübingen: Niemeyer 2007) (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom, 112), 67–98. Arnold Esch (\*1936), Ordinarius em. in Bern, leitete das DHI Rom von 1988 bis 2001.

<sup>24</sup> „L’Unione Internazionale degli Istituti di Archeologia, Storia e Storia dell’Arte in Roma“, offizielle Webseite, <http://www.unioneinternazionale.it/> (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

1953 hat es eine Übereinkunft zwischen Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi<sup>25</sup> gegeben, dass die Bundesrepublik dieses und die anderen drei genannten Häuser wieder weiterführen könne. In diesem knappen Notenwechsel, der damals vereinbart wurde, ist eine ganz zentrale Formulierung enthalten, nämlich diejenige der *gestione autonoma*.<sup>26</sup> Das heißt, die Wiedereröffnung wurde von deutscher wie von italienischer Seite an die Bedingung geknüpft, dass es um Wissenschaft und nicht um Politik gehen würde – was natürlich eine Scheidung ist, von der wir heute wissen, dass sie so sauber nicht zu treffen ist. Diese Auffassung entsprach aber dem objektivistischen Wissenschaftsverständnis der 1950er, 1960er Jahre. Das Institut wurde zunächst bei dem Innenministerium in Deutschland angesiedelt, dann bei dem in den 1960er Jahren entstandenen Bundesforschungsministerium. Und auch nachdem wir 2002 eine Stiftung öffentlichen Rechts wurden, werden wir immer noch vom Bundesforschungsministerium finanziert, was einen Unterschied darstellt etwa zu unseren französischen, italienischen und sonstigen Kollegen und auch eine gewisse Distanz gegenüber politischer Vereinnahmung ermöglicht.

**Pešek/Lohmann:** Sie beschreiben in einem interessanten Aufsatz, wie die Bürokratie das in den 1950er Jahren mit Zähneknirschen hingenommen hat und dass der Besuch von Theodor Heuss in Rom wirklich eine Wende war in der Betrachtung der DHI-Tätigkeit in Italien.<sup>27</sup>

**Matheus:** Das gilt allerdings nur für die musikgeschichtliche Abteilung. Für diese war der Besuch von Theodor Heuss wahrscheinlich eine Wende, aber nicht für das Institut insgesamt.

**Pešek/Lohmann:** Ihrem Text ist zu entnehmen, dass bis zu dieser Zeit unter den Ministerialbeamten die Meinung vorherrschte, die Förderung des Instituts sei eine Verschwendung von Steuergeldern...

**Matheus:** Nein, das kann man so nicht sagen. Vielmehr ist die Gründung oder Wiedergründung dieses Instituts 1953 von sehr einflussreichen Politikern wie auch Wissenschaftlern betrieben worden, und es ist eigentlich in der Rückschau erstaunlich, wie doch in dieser Zeit erhebliches Geld mobilisiert wurde. Nein, das DHI als Einrichtung galt nicht als Luxus. Die Frage war, und das war die Intention der Musikhistoriker, ob ein eigenes

<sup>25</sup> Alcide de Gasperi (1881–1954), 1939 Sekretär der Vatikanischen Bibliothek, 1944 Außenminister, 1945–1953 italienischer Ministerpräsident, 1954 Präsident der parlamentarischen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

<sup>26</sup> Vgl. dazu Matheus, „Gestione autonoma“.

<sup>27</sup> Michael Matheus, „Disziplinenvielfalt unter einem Dach. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte aus der Perspektive des Deutschen Historischen Instituts in Rom (DHI)“, in *Von der Geheimhaltung zur internationalen und interdisziplinären Forschung. Die Musikgeschichtliche Abteilung des Deutschen Historischen Instituts in Rom 1960–2010*, hrsg. v. Sabine Ehrmann-Herfort und Michael Matheus (Berlin–New York: De Gruyter, 2010) (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom 123), 1–82.

musikgeschichtliches Institut zusätzlich gegründet werden sollte. Und da hat man gesagt, das ist einfach nicht einsehbar, vielmehr haben wir bereits eine reiche Infrastruktur in Italien insgesamt, und gerade in Rom. Daraus erwuchs der Vorschlag, die Musikgeschichte irgendwo zu platzieren, und das ist dann hier am DHI geschehen. Übrigens gab es damals nicht nur Überlegungen, die Musikgeschichte in Rom zu etablieren, sondern beispielsweise auch die Byzantinistik. Mir ist bis heute nicht bekannt, weshalb dieses Vorhaben gescheitert ist. Ich habe dazu bisher nichts Einschlägiges in den Archiven finden können. Also, ich würde mal so formulieren: Die Bereitschaft damals, für die Wissenschaft auch im Ausland Gelder zu mobilisieren, war in der Bundesrepublik außerordentlich ausgeprägt. Und nicht zuletzt Theodor Heuss – das hab ich versucht, in meinem Aufsatz auch anzudeuten – ist jemand gewesen, der sich davon auch kulturpolitisch einiges versprochen hat.

**Pešek/Lohmann:** Inwieweit ist das Institut jetzt in diese römische Forschungslandschaft integriert?

**Matheus:** Also, diese Unione ist im Grunde heute noch eine sehr wichtige Plattform hier in Rom. Wir haben 2005 vom DHI aus den Vorschlag gemacht, stärker miteinander zu kooperieren. Es gibt einige Initiativen, die schon etwas älter sind, wie zum Beispiel URBS,<sup>28</sup> jener römische Bibliothekskatalog, der von der Unione initiiert wurde und auch betrieben wird. Die meisten großen wissenschaftlichen Bibliotheken Roms gehören ihm unterdessen an. Wir gehörten ursprünglich leider nicht dazu, das haben wir aber vor zwei Jahren ändern können. Auch das ist eine einzigartige Plattform, mit der man hervorragend arbeiten kann.

Es gibt eine Fülle von Kooperationen bei wissenschaftlichen Einzelprojekten, und wir haben damals eine Tagung organisiert, die ebenso Symbolcharakter hatte. Es ging um den Rückblick auf den zehnten internationalen historischen Kongress in Rom, der 1955 stattgefunden hat. Wir haben versucht, möglichst alle Institute innerhalb der Unione, die an diesem historiographischen Thema Interesse hatten, in dieses Projekt einzubeziehen. Daraus sind dann eine Tagung und ein Tagungsband entstanden.<sup>29</sup> Damals haben fünf Institute die konzeptionelle und organisatorische Arbeit geleistet, und insgesamt zwölf Institute der Unione waren bereit, sich aktiv mit Referenten zu beteiligen. Seitdem gibt es praktisch eine Tradition solcher Veranstaltungen. Die Ausrichtung der Tagungen ist natürlich immer unterschiedlich: Mal haben sie einen stärker archäologischen Schwerpunkt, mal einen stärker kunsthistorischen oder eben einen historischen Schwerpunkt, wobei es auch immer gemeinsame Schnittmengen gibt. Ich würde es mal so sagen: Die Unione ist sicher ein großer Trumpf, mit dem Rom und die römischen Institute eigentlich noch stärker wuchern sollten, als sie das im Moment tun.

**Pešek/Lohmann:** Denken Sie, dass die Zusammenarbeit innerhalb der Unione dazu beitragen könnte, auch die Forschungsleistungen der Kollegen aus anderen Ländern zu

<sup>28</sup> „Unione Romana Biblioteche Scientifiche“, offizielle Webseite, <http://www.reteurbs.org/screens/home.html> (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>29</sup> Cools et al., *La storiografia tra passato e futuro*.

rezipieren? Das ist ja trotz aller Beschwörungsformeln doch immer noch ein Manko auch in der Geschichtswissenschaft.

**Matheus:** Die Bereitschaft jedenfalls ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Wir sind auch in einer ganzen Reihe von anderen Bereichen dabei, uns auf eine europäische internationale Plattform hinzubewegen. Beispiele sind das Repertorium Germanicum<sup>30</sup> und das Repertorium der Poenitentiarie.<sup>31</sup> Vor zwei Jahren haben wir einen Kongress organisiert und versucht, mit Blick auf die Unternehmen, die in den verschiedensten europäischen Ländern, also auch in Ihrem Land laufen, Bilanz zu ziehen und zu überlegen, wie das in Zukunft weitergehen kann.

**Pešek/Lohmann:** Noch einmal zurück zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Instituts. Wann genau kam es am DHI Rom zur Erweiterung der Tätigkeit auch auf die Zeitgeschichte? Und welchen Stellenwert hat die Zeitgeschichtsforschung in der Außenwirkung Ihres Instituts im Kontext der deutschen Italienforschung bzw. der italienischen Historiographie?

**Matheus:** Es gab schon in den 1950er Jahren eine Diskussion, auch unter den begleitenden Wissenschaftlern, die Arbeit über das Mittelalter und die Frühneuzeit hinaus auszuweiten. Das ist damals unter Holtzmann<sup>32</sup> schon Ende der fünfziger Jahre grundsätzlich auch anvisiert worden, aber den eigentlichen Durchbruch hat dann Tellenbach<sup>33</sup> gebracht.

<sup>30</sup> Bisher sind in dieser Reihe neun Bände erschienen. Vgl. *Repertorium Germanicum. Verzeichnis der in den päpstlichen Registern und Kameralakten vorkommenden Personen, Kirchen und Orte des Deutschen Reiches, seiner Diözesen und Territorien vom Beginn des Schismas bis zur Reformation*, Homepage des DHI Rom, Print-Publikationen: Quellen, [http://www.dhi-roma.it/rep\\_germ.html?&L=11%2Ferrors.php%3Ferror%3D](http://www.dhi-roma.it/rep_germ.html?&L=11%2Ferrors.php%3Ferror%3D) (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>31</sup> Die 1992 begründete Reihe besteht aus mittlerweile sieben Bänden, ein achter ist in Vorbereitung. Vgl. *Repertorium Poenitentiarie Germanicum. Verzeichnis der in den Supplikenregistern der Pönitentiarie vorkommenden Personen, Kirchen und Orte des Deutschen Reiches*, Homepage des DHI Rom, Print-Publikationen: Quellen, [http://www.dhi-roma.it/rep\\_poen\\_germ.html](http://www.dhi-roma.it/rep_poen_germ.html) (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>32</sup> Walther Holtzmann (1891–1963), Schüler von P. F. Kehr und Ordinarius in Halle, später Bonn, war von 1953 bis 1961 Direktor des wiedereröffneten Deutschen Historischen Instituts in Rom. Vgl. zu ihm: Reinhard Elze, „Holtzmann, Walther“, *Neue Deutsche Biographie* 9 (1972): 562 f. (Onlinefassung), <http://www.deutsche-biographie.de/pnd118706756.html> (letzter Zugriff: 7. 4. 2011) und Theodor Schieffer, „Walther Holtzmann“, *Deutsches Archiv für die Erforschung des Mittelalters* 20 (1964): 301–324.

<sup>33</sup> Gerd Tellenbach (1903–1999), Ordinarius in Freiburg und seit 1948 (korr.) bzw. 1956 (ord.) Mitglied der Zentralkommission der MGH, war von 1962–1972 Direktor des DHI Rom. Zu Tellenbach vgl. u. a. Rudolf Schieffer, „Nachruf Gerd Tellenbach“, *Deutsches Archiv für die Erforschung des Mittelalters* 56 (2000): 409–411 und Anne Christine Nagel, „Gerd Tellenbach. Wissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert“, in *Das Deutsche Historische Institut Paris und seine Gründungsväter. Ein personengeschichtlicher Ansatz*, hrsg. v. Ulrich Pfeil (München: Oldenburg, 2007), 79–99. Zum Werk Tellenbachs vgl. Hagen Keller, „Das Werk Gerd Tellenbachs in der Geschichtswissenschaft unseres Jahrhunderts“, *Frühmittelalterliche Studien* 28 (1994): 374–397.

In den 1960er Jahren ist auch die Zeit des 19. und 20. Jahrhunderts hier am Institut verankert worden. Jens Petersen, der auch stellvertretender Direktor des Hauses war, hat diesen neuen Schwerpunkt mit vielfältigen Initiativen vorangetrieben.<sup>34</sup> Wichtig wurde, um nur ein Beispiel zu nennen, der Pressespiegel *Storia e Critica*.<sup>35</sup> Bedeutend war auch 1974 die Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Neueste Geschichte Italiens, die mittlerweile mehr als 200 Mitglieder hat.<sup>36</sup>

**Pešek/Lohmann:** Nach Ihren Jahresberichten 242 individuelle und 49 institutionelle.<sup>37</sup>

**Mathews:** Hierbei handelt es sich überwiegend um Deutsche und Italiener, die sich im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft alle zwei Jahre zu einer Tagung treffen, auf der laufende und Folgeprojekte beraten werden. Auch das ist ein ganz wichtiges Netzwerk, was im Übrigen mit dazu beigetragen hat, dass das Institut in der Bundesrepublik, natürlich aber auch darüber hinaus, auch als Zeithistorisches Institut wahrgenommen wird. Wenn also etwa Veröffentlichungen in den Medien, sowohl in italienischen als auch in den deutschen, über die Arbeit des Instituts erscheinen, was erfreulicherweise häufig der Fall ist, dann ist die Zeitgeschichte eigentlich unterdessen fast prominenter, weil in diesem Bereich die Nachfrage aufgrund der Aktualität größer ist als etwa bei den traditionellen mittelalterlichen Themen. Hier spielt auch die Wahrnehmung durch das – italienische wie deutsche – Fernsehen eine Rolle.

**Pešek/Lohmann:** Könnten Sie uns Beispiele dafür nennen, was von der Öffentlichkeit rezipiert bzw. als besonders interessant wahrgenommen wird?

**Mathews:** Wir betreiben jetzt zum Beispiel ein Projekt über Christen und Muslime in der Capitanata, also im nördlichen Apulien, im 13. Jahrhundert, wo wir als Historiker u. a.

---

<sup>34</sup> Jens Petersen (\*1934) war von 1971 bis 1999 Mitarbeiter am DHI Rom (Referent für Zeitgeschichte) und von 1988–1999 stellvertretender Direktor.

<sup>35</sup> *Storia e Critica. Die italienische Zeitgeschichte im Spiegel der Tages- und Wochenpresse. Von 1979 bis 1999 von Jens Petersen vierteljährlich herausgegebener Pressespiegel.* Vgl. „Storia e Critica“, Homepage des DHI Rom, Print-Publikationen: Zeitschriften, [http://www.dhi-roma.it/storia\\_critica.html](http://www.dhi-roma.it/storia_critica.html) (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>36</sup> Die Gründungsväter waren Wolfgang Schieder und Jens Petersen, seit 2009 hat Gabriele Clemens (Universität des Saarlandes) die Leitung inne. „Die Arbeitsgemeinschaft hat das Ziel, die für den einzelnen Wissenschaftler außerhalb Italiens meist ungünstigen Forschungsmöglichkeiten zur neuesten italienischen Geschichte zu verbessern. Zu diesem Zweck vermittelt sie zwischen den Mitgliedern Informationen über Fragen der internationalen historischen Italienforschung, fördert gegenseitige Kontakte und sucht die Verbindung zu italienischen Kollegen und Kolleginnen.“ Vgl. „Arbeitsgemeinschaft für die Neueste Geschichte Italiens“, offizielle Webseite, <http://www.ag-italien.de/index.cgi?index=6> (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>37</sup> Die Zahl der Mitglieder veränderte sich allerdings im Laufe der Zeit wesentlich. Im Jahre 1998 hatte die Arbeitsgemeinschaft noch 342 Mitglieder, davon 64 Institute und 278 Personen. Vergleiche Arnold Esch, „Deutsches Historische Institut in Rom. Jahresbericht 1998“, *QFIAB* 79 (1999): IX–XXXIV, hier XXIII.

mit Archäologen, Kunsthistorikern, Bauforschern, Geophysikern, also auch naturwissenschaftlichen Disziplinen zusammenarbeiten, um dieses Gebiet zu untersuchen.<sup>38</sup> Das ist ein Thema, das in Deutschland wie in Italien auf großes Interesse stößt. Wir waren letztes Jahr beispielsweise fast knapp drei Minuten in den Hauptnachrichten eines italienischen Fernsehsenders mit diesem Projekt präsent. In Hinsicht auf die Zeitgeschichte brauche ich an dieser Stelle nur die Stichworte Faschismus oder Nationalsozialismus zu nennen – oder dann die bedrängenden Jahre ab September 1943 bis 1945: Da sind unsere Zeitgeschichtsforschung und unsere zeitgeschichtlichen Kolleginnen und Kollegen in den Medien sehr präsent.

**Pešek/Lohmann:** Ja, diesen Eindruck haben wir auch. Lutz Klinkhammer ist ja schon fast ein Klassiker mit seinem mehrmals edierten Werk.<sup>39</sup>

**Matheus:** Ja, und insofern denke ich, dass die Schwerpunkte des Instituts durchaus sowohl in der wissenschaftlichen wie in der allgemeinen Öffentlichkeit präsent sind. Ich würde auch nicht sagen, dass das Mittelalter in Hinsicht auf die Öffentlichkeitswirksamkeit jetzt immer noch diese Dominanz hat wie früher.

**Pešek/Lohmann:** Ja, das ist sicher richtig. Aber sowohl Sie als auch ihre berühmten Vorfahren auf dem Direktorenstuhl sind oder waren Mediävisten. Und Persönlichkeiten wie Elze,<sup>40</sup> Esch, Gerd Tellenbach und Sie prägen in gewissem Sinne das Bild, das man vom DHI Rom auch im Ausland hat. Zum Beispiel Herr Esch ist ständig in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit hervorragenden kleineren Beiträgen präsent, die man auch liest, wenn man kein Mediävist ist. Und für die Frühe Neuzeit sind gerade die Arbeiten von Herrn Koller<sup>41</sup> sehr wichtig und werden rezipiert. Insofern könnte man vielleicht doch sagen, dass das Institut in der Öffentlichkeit gerade durch seine „großen Männer“ an der Spitze, die nun

---

<sup>38</sup> Vgl. zu dem Projekt: Lukas Clemens und Michael Matheus, „Christen und Muslime in der Capitanata im 13. Jahrhundert. Eine Projektskizze“, *QFIAB* 88 (2008): 82–118 sowie die Informationen auf der Homepage des DHI Rom: „Christen und Muslime in der Capitanata (Lucera) im 13. Jahrhundert“, [http://www.dhi-roma.it/projekt\\_capitanata.html](http://www.dhi-roma.it/projekt_capitanata.html) (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>39</sup> Lutz Klinkhammer, *Zwischen Bündnis und Besatzung. Das nationalsozialistische Italien und die Republik von Salò 1943–1945* (Tübingen: Niemeyer, 1993) (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom, Band 75). Auf Italienisch erschienen unter dem Titel: *L'occupazione tedesca in Italia 1943–1945* (Torino: Bollati Boringhieri, 1993), 2. Aufl. 1996, 3. unveränderte Aufl. 2007. Lutz Klinkhammer (\*1960) ist seit 1999 am DHI Rom Referent für den Forschungsbereich der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

<sup>40</sup> Reinhard Elze (1922–2000), Schüler u. a. von Walther Holtzmann und Ordinarius an der Freien Universität Berlin, leitete das Institut als Nachfolger von Gerd Tellenbach von 1972 bis 1988. Zu Elze vgl. u. a. Arnold Esch, „Reinhard Elze. 1922–2000“, *QFIAB* 80 (2000): XXXV–XXXIX und Bernhard Schimmelpfennig, „Nachruf Reinhard Elze“, *Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters* 57 (2001): 419–420.

<sup>41</sup> Alexander Koller (\*1960) ist seit 1993 am DHI Rom Referent für Geschichte der Frühen Neuzeit sowie Redakteur der Zeitschrift „Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken“. Seit 1999 ist er stellvertretender Direktor des Instituts.

einmal Mediävisten sind, wahrgenommen wird und das DHI Rom von daher immer noch hauptsächlich mit der Mediävistik assoziiert bleibt.

**Matheus:** Nun, ich würde mal so sagen: Als ich in den 1980er Jahren hier am Institut als Stipendiat war, noch zur Zeit von Herrn Elze, und mit Kollegen hier in Italien sprach, dann konnte es durchaus passieren, dass Herr Petersen für den Direktor gehalten wurde und man Herrn Elze gar nicht kannte. Das hing davon ab, wo die Interessen lagen. Wer an der Zeitgeschichte interessiert war, der hat das Institut über Herrn Petersen wahrgenommen, und wer sich für Mediävistik interessierte, für den war der Ansprechpartner eben Herr Elze.

**Pešek/Lohmann:** Herr Petersen hat ja auch eine große Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Existiert eigentlich eine Studie über ihn und seinen Beitrag zur Profilierung des Instituts im Bereich der Zeitgeschichte?

**Matheus:** Wir haben glücklicherweise seinen wissenschaftlichen Nachlass im Hause, der auch baldmöglichst aufgearbeitet werden wird. Es ist ganz zweifellos sehr beeindruckend, was Jens Petersen geleistet hat, und seine Arbeit ist sicher auch die Grundlage, auf der Lutz Klinkhammer aufbauen konnte. Dies hat dazu geführt, dass das Institut zunächst einmal hier in Italien als hoch wirksam auch im Bereich der Zeitgeschichte wahrgenommen wird. Ich will Ihnen nur ein Beispiel nennen: Lutz Klinkhammer war von 2004 bis 2006 als einziger Nichtitaliener Mitglied in einer parlamentsübergreifenden Kommission von Senat und Parlament, welche die Strafverfolgung deutscher Massaker zwischen 1943 und 1945 aufarbeiten sollte,<sup>42</sup> was natürlich unter anderem zeigt, dass man hier in Italien auch in politischen Kreisen die Arbeit des Instituts schätzt. Es hat sich ein enges Vertrauensverhältnis entwickelt, auf dem wir aufbauen können. Für uns sind die Bestände des Vatikanischen Archivs immer noch wichtig, das ist ein einzigartiges Weltarchiv. Aber das ist natürlich nur noch ein Teil dessen, was wir tun, sondern wir haben darüber hinaus Projekte in der Toskana, in Apulien, in Sizilien – und verstehen uns da eben auch immer als Wissenschaftler, die nicht als Deutsche forschen, sondern in den jeweiligen Projekten mit Italienern zusammenarbeiten.

**Pešek/Lohmann:** Sie sind seit 2002 Direktor dieses Instituts. Welche Ausrichtung haben Sie dem Institut gegeben? Welche sind die Schwerpunkte Ihrer Amtszeit?

---

<sup>42</sup> Vgl. „Commissione parlamentare bicamerale di Inchiesta sulle cause dell'occultamento di fascicoli relativi a crimini nazifascisti“, offizielle Webseite der Parlamentskommission, [http://www.camera.it/\\_bicamerali/nochiosco.asp?pagina=\\_bicamerali/leg14/crimini/home.htm](http://www.camera.it/_bicamerali/nochiosco.asp?pagina=_bicamerali/leg14/crimini/home.htm) (letzter Zugriff: 7. 4. 2011). Vgl. zur Arbeit der Kommission auch jüngst: Alessandro Borri, *Visioni contrapposte. L'istituzione e i lavori della Commissione parlamentare d'inchiesta sulle cause dell'occultamento di fascicoli relativi a crimini nazifascisti attraverso l'analisi dei suoi resoconti* (Pistoia: I.S.R.Pt., 2010) (Studi e ricerche – Istituto storico provinciale della Resistenza di Pistoia 18).

**Matheus:** Abgesehen davon, dass ich die ersten zwei Jahre meiner Amtszeit damit beschäftigt war, Projekte abzuschließen, die noch liefen, sind es sicher vier Punkte, die man nennen kann.

Der Erste ist im Bereich der Forschung die Stärkung dessen, was ich als Grundlagenforschung bezeichne. Das heißt also die Erschließung von großen Quellenkomplexen, die die Kraft eines Einzelnen oder gar einer Generation übersteigen. Diese Erschließung mündet aber nicht in eine traditionelle Printausgabe, sondern erfolgt in Form von zum Teil sehr komplexen elektronischen Datenbanken. Wir haben im Moment über ein halbes Dutzend solcher Projekte laufen, die am Ende meiner Amtszeit auch alle online gehen werden.

Das fängt an beim Repertorium Germanicum und dem Repertorium der Poenitentiarie. Da haben wir 2004 den Pontifikat Eugens IV. mit sechs Bänden endlich abschließen können. Damit liegen hundert Jahre der kurialen Registerüberlieferungen vor und wir sind dabei, zusammen mit Informatikern dieses in eine komplexe, XML-gestützte Datenbank einzugeben, die völlig andere Recherchemöglichkeiten zulassen wird, als das bisher möglich war. Ich denke da immer auch an meine Lehrerfahrungen an der Universität, wo ich sehr viel mit diesen vatikanischen Materialien gearbeitet habe und dann immer die Augen meiner Studentinnen und Studenten vor mir sah, die fast verzweifelt sind am Latein, an den Hunderten von Abkürzungen und, und, und... Was der Computer jetzt daraus macht, das ist schon sehr beeindruckend. Wir haben dieses Projekt zusammen mit anderen vor zwei Jahren auf dem Deutschen Historikertag vorgestellt.<sup>43</sup> Einige der Projekte, die jetzt in Arbeit sind, betreffen einmal das Mittelalter, aber auch genauso die Zeitgeschichte, wie etwa die Berichte des Nuntius Orsenigo,<sup>44</sup> die zu meiner großen Überraschung plötzlich 2003 zugänglich wurden. Das ist wichtiges Material auch aus Sicht der deutschen Zeitgeschichte. Aber das ist alles so umfangreich, dass man das in der Form der Printedition überhaupt nicht mehr bewerkstelligen kann. Daraus ist dann die Idee erwachsen, sich elektronischer Lösungen zu bedienen. Bei einem Treffen mit meinen Londoner Kollegen habe ich dann festgestellt, dass das dortige DHI ganz ähnliche Probleme hatte, denn dort werden britische Gesandtschaftsberichte des 19. Jahrhunderts ediert.<sup>45</sup>

<sup>43</sup> Vgl. dazu den Aufsatz von Hubert Wolf, „Digitale Edition neuzeitlicher Quellen (DENQ). Pius XII. als Nuntius in Deutschland oder Vom Recht auf eine eigene Biographie anhand der Quellen“, in *Bleibt im Vatikanischen Geheimarchiv vieles zu geheim?*, hrsg. v. Michael Matheus und Hubert Wolf, 61–65, [http://www.dhi-roma.it/fileadmin/user\\_upload/pdf-dateien/Online-Publikationen/Dresden\\_Histtag/Hist\\_Grundlagenforschung\\_Mittelalter\\_Neuzeit.pdf](http://www.dhi-roma.it/fileadmin/user_upload/pdf-dateien/Online-Publikationen/Dresden_Histtag/Hist_Grundlagenforschung_Mittelalter_Neuzeit.pdf) (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>44</sup> Cesare Orsenigo (1873–1946) war von 1930 bis 1945 Apostolischer Nuntius in Deutschland. Vgl. die Datenbank des DHI Rom: *Berichte des Apostolischen Nuntius Cesare Orsenigo aus Deutschland 1930 bis 1939. Teil I: Das Jahr 1933*, hrsg. v. Thomas Brechenmacher. Editionsprojekt des Deutschen Historischen Instituts in Rom in Kooperation mit der Kommission für Zeitgeschichte Bonn und dem Archivio Segreto Vaticano, <http://194.242.233.156/denqOrsenigo/index.php> (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>45</sup> Vgl. dazu den nicht mehr ganz aktuellen Aufsatz von Markus Mößlang, „British Envoys to Germany – Britische Gesandtenberichte aus den Staaten des Deutschen Bundes (1816–1866). Ein Editionsprojekt des Deutschen Historischen Instituts London“, in *Jahrbuch 2002*, hrsg. v. d. Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in Deutschland, <http://www.ahf-muenchen.de/Forschungsberichte/Jahrbuch2002/Moesslang.pdf> (letzter Zugriff: 19. 4. 2011). Inzwischen sind

Wir haben also versucht, das Problem gemeinsam zu lösen. Daraus ist dann ein Arbeitskreis entstanden, der die Software DENQ<sup>46</sup> entwickelt hat, die speziell für die Edition solcher Quelle geeignet ist. Wir sind mittlerweile darüber weit hinaus gegangen, weil wir inzwischen in Kooperation mit der Universität Münster, konkret mit Hubert Wolf,<sup>47</sup> der unserem wissenschaftlichen Beirat angehört, an einem weiteren großen Datenbankprojekt arbeiten, das die gesamte Überlieferung, die Pacelli als Nuntius in Deutschland betrifft, erschließt. Diese Datenbank ist übrigens mit einem Jahrgang schon im Netz.<sup>48</sup> Auch von Orsenigo steht der erste Jahrgang 1933 schon im Netz. Pacelli ist jetzt eine neue Herausforderung, weil es da nicht nur um die einzelnen Berichte geht, sondern auch um all das, was Vorstufen zu diesen Berichten sind.

Wir sind dabei, in einer sehr komplexen, aber sehr einfach zu nutzenden Online-Version zu zeigen, was elektronische Lösungen uns heute alles anbieten können. Das ist auch ein so genanntes Langzeitprojekt, das wir mit einem Antrag bei der DFG<sup>49</sup> für zwölf Jahre eingeworben haben. Ich denke, das hat auch Pilotcharakter, weil diese Software nicht kommerziell ist. Das war eine Grundsatzentscheidung, die ich damals 2004 nach langen Überlegungen für dieses Haus gefällt habe, nachdem ich auch in anderen Projekten als Evaluator, wie das heute so schön heißt, tätig war. Wir konzipieren so grundsätzlich Lösungen, die nicht kommerziell sind. Das heißt, wir nutzen Open-Access-Software und entwickeln diese mit Informatikern sozusagen auf eigene Faust weiter, was bedeutet, dass wir sie auch anderen Mitgliedern der Stiftung, aber auch darüber hinaus zur Verfügung stellen können.

Wir haben auf dieser Basis mittlerweile eine ganze Reihe von Kooperationen, so zum Beispiel mit der Berlin-Brandenburgischen Akademie,<sup>50</sup> mit der Mainzer Akademie<sup>51</sup> ist

---

alle vier Bände der Edition erschienen und es existiert ein „digitaler Index“. Vgl. „British Envoys to Germany“, Homepage des DHI London, [http://www.ghil.ac.uk/publications/british\\_envoys\\_to\\_germany.html](http://www.ghil.ac.uk/publications/british_envoys_to_germany.html) (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>46</sup> Vgl. „Digitale Editionen neuzeitlicher Quellen (DENQ)“, Homepage des DHI Rom, <http://www.dhi-roma.it/denq.html> (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>47</sup> Hubert Wolf (\*1959), 1992–2000 Ordinarius für Kirchengeschichte am Fachbereich Katholische Theologie der Universität Frankfurt/M., seit 2000 Ordinarius für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, seit 2003 Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des DHI Rom (seit 2008 dessen stellvertretender Vorsitzender), seit 2007 Leiter des DFG-Langzeitprojektes „Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917–1929)“.

<sup>48</sup> Vgl. Eugenio Pacelli. Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte von 1917 bis 1929, <http://www.pacelli-edition.de/> (letzter Zugriff: 7. 4. 2011). Eugenio Pacelli (1876–1958), der spätere Papst Pius XII. (1939–58), war von 1917–1929 Apostolischer Nuntius in Deutschland.

<sup>49</sup> Deutsche Forschungsgemeinschaft. Die DFG ist die Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft in Deutschland, die hauptsächlich aus öffentlichen Mitteln von Bund und Ländern finanziert wird. Sie ist „die zentrale Organisation zur Förderung der Forschung an Hochschulen und öffentlich finanzierten Forschungsinstituten in Deutschland“. Vgl. auch „DFG im Profil“, offizielle Homepage der DFG, [http://www.dfg.de/dfg\\_profil/index.jsp](http://www.dfg.de/dfg_profil/index.jsp) (letzter Zugriff: 19. 4. 2011).

<sup>50</sup> Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. Die Kooperation erfolgt im Bereich des MUSICI-Projekts (Erstellung der Datenbank).

<sup>51</sup> Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz.

eine Kooperation in Vorbereitung, und mit der Göttinger Akademie<sup>52</sup> werden wir uns im Oktober treffen und in Hinsicht auf deren Projekte wie etwa die *Germania Sacra*<sup>53</sup> diesbezügliche Überlegungen anstellen.

Das gilt übrigens auch für ein großes Projekt, das seitens der DFG auf deutscher und durch CNRS<sup>54</sup> auf französischer Seite finanziert wird: das MUSICI-Projekt.<sup>55</sup> Im Rahmen dieses Projektes untersuchen etwa zwölf junge Leute für das 17. und 18. Jahrhundert europäische Musiker in Italien – hauptsächlich in Venedig, Rom und Neapel. Die Quellen, die in diesem Projekt zu Tage treten, überführen sie daneben in eine solche Datenbank, die in diesem Fall von uns unterstützt, aber in der Berliner Akademie erarbeitet wird. Das ist sicher ein ganz wichtiger Schwerpunkt, der sich hier im Hause in meiner Amtszeit entwickelt hat: die historische Grundlagenforschung in Kombination mit den modernen Möglichkeiten der Informatik, die sich heute bieten.

Das heißt nicht, dass wir die Einzelprojekte in irgendeiner Weise vernachlässigten. Diese laufen vielmehr parallel weiter, und häufig prägen solche Einzelprojekte diejenigen jungen Leute, die bei uns als Doktorandinnen/Doktoranden oder auf Drei-Jahres-Stellen gefördert werden und natürlich ihre Themen mitbringen. Nichtsdestotrotz hab ich für meine zweite Amtszeit ab 2007 dann den Vorschlag gemacht, und das ist der zweite Punkt, der übrigens lange im Haus diskutiert worden ist, ob man nicht ein allgemein formuliertes thematisches Dach „Akkulturation, Kulturtransfer, Kulturvergleich“ entwickelt, das dazu führt, dass die einzelnen Mitarbeiter im Hause sich stärker mit Methodendiskussionen und theoretischen Diskussionen der Kulturgeschichte auseinandersetzen. Das haben wir mit diesen Paradigmen dann ausgelotet. Wir machen das so, dass wir uns unregelmäßig in einer Art Seminar treffen, wichtige Lektüre diskutieren und einmal im Jahr gehen wir dann in Klausur für zwei Tage, nicht in Rom selbst, sondern irgendwo im Umland. Dann werden solche Ansätze sehr intensiv diskutiert, auch konkret am Beispiel von laufenden Projekten. Dazu werden auswärtige Gäste geladen, wie etwa Ute Daniel<sup>56</sup> und andere, die offenbar auch sehr gerne kommen. Ute Daniel war jetzt schon zum zweiten Male im Hause.

---

<sup>52</sup> Akademie der Wissenschaften zu Göttingen.

<sup>53</sup> Bei der *Germania Sacra* handelt es sich um ein von P. F. Kehr 1917 am KWI begründetes Projekt zur Erschließung der Quellen der Kirche des Alten Reichs. 1956 wurde die *Germania Sacra* an das neu gegründete Max-Planck-Institut für Geschichte übertragen, nach dessen Schließung Ende des Jahres 2007 wurde eine Arbeitsstelle an der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen eingerichtet. Vgl. *Germania Sacra*, offizielle Homepage, <http://www.uni-goettingen.de/de/77052.html> (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>54</sup> Centre national de la recherche scientifique. Das CNRS ist eine öffentlich finanzierte, dem französischen Forschungsministerium unterstellte Forschungsorganisation, die zehn Institute umfasst. Vgl. „Présentation“, offizielle Homepage des CNRS, <http://www.cnrs.fr/fr/organisme/presentation.htm> (letzter Zugriff: 19. 4. 2011).

<sup>55</sup> DFG-ANR-Projekt „MUSICI“ des DHI Rom und der École Française de Rome: „Europäische Musiker in Venedig, Rom und Neapel (1650–1750). Musik, nationale Identität und kultureller Austausch“, <http://dhi-roma.it/musici.html> (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>56</sup> Ute Daniel (\*1953) ist seit 1996 Universitätsprofessorin für Neuere Geschichte an der Technischen Universität Braunschweig und war von 2001 bis 2009 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats

Das führt uns zu dem dritten Punkt, den wir in meiner Amtszeit doch stärker zu realisieren versuchen: die Arbeit insgesamt interdisziplinärer zu gestalten. Für mich war es ein beglückendes Erlebnis, als ich hier Ende 2002 anfang, eben nicht nur Historiker und Historikerinnen vorzufinden, sondern auch die Musikgeschichte unter demselben Dach zu haben. Ich war das von meiner alten Universität in Mainz schon gewohnt und habe ja dort auch sehr viel Landesgeschichtliches gemacht, was heutzutage eigentlich nur noch interdisziplinär geht. Das war hier nicht so ganz einfach, da es sich doch um zwei Abteilungen handelte, die eher nebeneinander standen. Wir haben dann zunächst einmal überlegt, welche gemeinsamen Themen wir finden könnten und dann bot sich zum Beispiel so ein Kongress wie 2007 „Händel in Rom“ an. Dazu ist jetzt auch gerade der Band erschienen.<sup>57</sup> Es ist klar, dass das zunächst ein musikgeschichtliches Thema ist, bei dem aber eben auch die Theologen, Historiker und Kunsthistoriker zu Wort kommen.

Das halte ich für sehr wichtig, und so betreiben wir das jetzt grundsätzlich auch bei anderen Projekten, wie in dem schon genannten Beispiel in der Capitanata, wo wir auch mit Naturwissenschaftlern, konkret Geophysikern, zusammenarbeiten. Hierbei handelt es sich um eine gigantische Kastellanlage in Lucera im nördlichen Apulien, aus dem 13. Jahrhundert, also aus staufischer, anjouinischer Zeit. Es gibt durchaus eine Tradition von Italienforschung im Hause, was mich dann 2005 dazu bewogen hat, zu sagen: Wir steigen da ein. Der Ausgangspunkt war, dass Friedrich II. Tausende von Muslimen aus Sizilien dorthin deportieren ließ. Das heißt, wir haben hier eine Landschaft, in der Sie zunächst einmal die Einwohner selbst haben, dann kommen Stauer dazu, also „Deutsche“, anschließend kommen die Anjou, dann haben Sie fast hundert Jahre lang Tausende von Muslimen, die eine eigene muslimische Stadt in dieser Region haben, aber, wie wir jetzt unterdessen wissen, eben auch zahlreiche weitere Siedlungen bewohnt haben. Wir sind jetzt dabei, solche muslimischen Siedlungen zu rekonstruieren. Und das geht nicht zuletzt eben mit Hilfe der Geophysik. Diese Interdisziplinarität ist uns hier im Hause sehr wichtig.

Der vierte und letzte Punkt ist, dass wir in den letzten Jahren internationaler geworden sind. Wir haben unter Tellenbach erfreulicherweise zum ersten Mal im Hause überhaupt – nach ja fast 80 Jahren Existenz des Institutes! – auch einen Italiener als wissenschaftliches Mitglied gehabt. Das war Fumagalli,<sup>58</sup> der ja nicht nur ein bekannter Wissenschaftler war,

---

des DHI Paris. Von ihren Publikationen vgl. v. a. *Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2001, 5. durchges. u. aktualis. Aufl. 2006).

<sup>57</sup> Sabine Ehrmann-Herfort und Matthias Schnettger, Hrg., *Georg Friedrich Händel in Rom. Beiträge der Internationalen Tagung am Deutschen Historischen Institut in Rom, 17.–20. Oktober 2007* (Kassel u. a.: Bärenreiter-Verlag, 2010) (Analecta Musicologica 44). Inhaltsverzeichnis abrufbar unter: [http://www.dhi-roma.it/fileadmin/user\\_upload/pdf-dateien/Print-Publikationen/Analecta\\_musicologica/Inhalt\\_Analecta\\_44.pdf](http://www.dhi-roma.it/fileadmin/user_upload/pdf-dateien/Print-Publikationen/Analecta_musicologica/Inhalt_Analecta_44.pdf) (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>58</sup> Vito Fumagalli (1938–1997) war von 1966 bis 1969 Mitarbeiter am DHI Rom unter Gerd Tellenbach und seit 1976 außerord., seit 1979 ord. Professor für Mediävistik an der Universität Bologna. In den Jahren 1994–1996 war er zudem Abgeordneter des italienischen Parlaments. Vgl. „Fumagalli Vito“, in Roberto Lasagni, *Dizionario biografico dei parmigiani. Bd. 2* (Parma: PPS, 1999), auch online abrufbar unter: <http://biblioteca2.comune.parma.it/lasagni/> (letzter Zugriff: 8. 4. 2011) und Luigi Rosso, „Vito Fumagalli (1938–1997)“, *Reti Medievali 2002*, Memoria, <http://fermi.univr.it/rm/Memoria>

sondern dann auch Parlamentsabgeordneter wurde. Ansonsten war die italienische Präsenz hier im Hause immer sehr bescheiden. Unter Elze und Esch wurden dann zwei Stipendien an italienische Nachwuchswissenschaftler vergeben, das machen wir immer noch so. Zwar wurde daran bisweilen von Seiten der Geldgeber Kritik geübt, aber das spielt heute keine Rolle mehr. Wir haben das im Gegenteil erheblich ausgedehnt. Es gibt praktisch kein großes Projekt, an dem nicht auch Italiener beteiligt sind, im MUSICI-Projekt darüber hinaus auch Franzosen. Auch bei dem Capitanata-Projekt sind italienische und französische Kollegen mit dabei, ebenso wie ein Luxemburger. Je nachdem, wie das Thema sich stellt, versuchen wir also die Besten dazu zu bekommen, mitzumachen, und die Nationalität spielt dabei keine Rolle.

Das wären also die vier Punkte, die meiner Meinung nach die Arbeit des Instituts in den letzten Jahren geprägt haben.

**Pešek/Lohmann:** Wie wird Ihre Arbeit durch die Vertreter der deutschen Politik rezipiert? Die derzeitige Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Schavan, ist ja sehr aufgeschlossen auch gerade für die Geisteswissenschaften.<sup>59</sup>

**Matheus:** Frau Schavan hat uns vor über einem Jahr besucht, und wir konnten ihr unsere Projekte vorführen. Zu der Tagung aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums der musikgeschichtlichen Abteilung kommt nun ihre Staatssekretärin<sup>60</sup> und für uns ist es natürlich wichtig, dem Geldgeber gegenüber zu zeigen, was hier geleistet wird. Frau Schavan ist Geisteswissenschaftlerin und hat schon von daher eine hohe Sensibilität für unsere Arbeit. Das hat man auch bei ihrem Besuch gemerkt. Die Botschaft wollte übrigens diesen Besuch hier bei uns auf eine Viertelstunde reduzieren und sie hat dann darauf bestanden, einen halben Tag bei uns zu sein, und das haben wir auch natürlich versucht zu nutzen. Der Bundestagspräsident<sup>61</sup> wird im November 2010 am 50-jährigen Jubiläum der Musikgeschichtlichen Abteilung teilnehmen. Also, das sind für uns wichtige Anlässe, auch weil dadurch die Medien wieder aufmerksam werden und über die Arbeit des Instituts berichten.

**Pešek/Lohmann:** Aus dem, was Sie gesagt haben, geht hervor, dass das DHIR eine sehr intensive Zusammenarbeit mit italienischen Forschern und Institutionen pflegt. Welche

---

/Mem-prof-fumagalli2.htm (letzter Zugriff: 8. 4. 2011). Zu Fumagalli und dem Deutschen Historischen Institut vgl. den Aufsatz von Michael Matheus, „Un italiano tra storici tedeschi. Vito Fumagalli e l'Istituto Storico Germanico di Roma“, in *Il Medioevo di Vito Fumagalli. Atti del Convegno di studio Bologna, 21–23 giugno 2007*, hrsg. v. Bruno Andreolli et al. (Spoleto: Fondazione Centro Italiano di Studi sull'Alto Medioevo, 2010) (Centro Italiano di Studi sull'Alto Medioevo, Miscellanea 16), 15–31.

<sup>59</sup> Prof. Dr. Annette Schavan ist promovierte Philosophin und Honorarprofessorin für katholische Theologie an der Freien Universität Berlin. Seit November 2005 ist sie Bundesministerin für Bildung und Forschung.

<sup>60</sup> Cornelia Quennet-Thielen, 2006–2008 stellvertretende Chefin des Bundespräsidialamtes, seit 2008 Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung.

<sup>61</sup> Norbert Lammert, MdB, ist promovierter Sozialwissenschaftler und seit 2005 Präsident des Deutschen Bundestages.

Position nimmt das DHIR in der italienischen Historiographie ein? Werden Ihre Forschungsergebnisse bzw. Veröffentlichungen rezipiert? Sie publizieren ja inzwischen einige Veröffentlichungen ausschließlich auf Italienisch – das Buch von Barbara Bombi war 2007 das erste Buch in dieser Reihe.<sup>62</sup>

**Matheus:** Wir haben diese neue Reihe *Ricerche*<sup>63</sup> gegründet, weil wir das Problem hatten, dass wir mit Niemeyer zwar einen renommierten Verlag hatten, jedoch nie die Möglichkeit, in italienischer Sprache zu publizieren. Das ist zwar mit Einzelbänden – übrigens überwiegend in der Zeitgeschichte – passiert. Eine ganze Reihe von Bänden, die bei uns in der so genannten blauen Reihe,<sup>64</sup> der Bibliotheksreihe, erschienen sind, sind dann als Einzelpublikationen auch in italienischer Sprache erschienen, etwa bei Il Mulino, stets bei angesehenen Verlagen. Das wird auch weiterhin geschehen. Das letzte Beispiel ist die Monographie von Petra Terhoeven.<sup>65</sup>

Mir ist aber schnell klar geworden, dass, wenn wir hier in Italien noch deutlicher präsent sein wollen, es ohne Publikationen in italienischer Sprache nicht geht. Wenn Sie einen der bei Mulino publizierten Bände aufschlagen, dann kommt das DHI nicht vor. Auch deswegen haben wir schließlich 2007 die *Ricerche*-Reihe gegründet, in der jetzt die ersten fünf Bände vorliegen und die nächsten zwei in diesem und Anfang des nächsten Jahres erscheinen können. Wir denken derzeit auch sehr intensiv über Publikationen in englischer Sprache nach. Vermutlich werden wir im nächsten Jahr beginnen, auch Volumina komplett in englischer Sprache vorzubereiten. Wir sind im Moment außerdem dabei, unsere Homepage, die im Moment deutsch-italienisch ist, in englischer Sprache zu präsentieren – vielleicht nicht bis in den letzten Winkel der Homepage hinein, aber doch die Grundinformationen, die zentralen Bestandteile der einzelnen Rubriken sollen auch in englischer Sprache abrufbar sein. Das ist allerdings auch eine Kostenfrage.

**Pešek/Lohmann:** Das bringt uns zu einem weiteren Thema. Eine wichtige Aufgabe der DHIs ist ja nicht zuletzt auch die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die in der Regel über Stipendien erfolgt. Welche Möglichkeiten und Formen der Nachwuchspflege gibt es an Ihrem Institut?

<sup>62</sup> Barbara Bombi, *Il Registro di Andrea Sapiti, procuratore alla curia avignonese* (Roma: Viella, 2007) (*Ricerche dell'Istituto Storico Germanico di Roma*1).

<sup>63</sup> *Ricerche dell'Istituto Storico Germanico di Roma*. Eine Übersicht über die bisher erschienenen Bände findet sich auf der Homepage des Instituts: [http://www.dhi-roma.it/ricerche\\_isg.html](http://www.dhi-roma.it/ricerche_isg.html) (letzter Zugriff: 7. 4. 2011)

<sup>64</sup> „In der 1905 begründeten Reihe der ‚Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom‘ erscheinen wissenschaftliche Monographien und Aufsatzbände zur italienischen und deutschen Geschichte vom frühen Mittelalter bis zur jüngsten Vergangenheit.“ Bisher sind 123 Bände erschienen, zwei weitere sind in Vorbereitung. Vgl. „Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom“, offizielle Webseite des DHIR, [http://www.dhi-roma.it/bibl\\_dhi.html?&L=awjctkpbdeb](http://www.dhi-roma.it/bibl_dhi.html?&L=awjctkpbdeb) (letzter Zugriff: 7. 4. 2011).

<sup>65</sup> Petra Terhoeven, *Oro alla Patria: Donne, guerra e propaganda nella giornata della Fede fascista* (Bologna: Il Mulino, 2006).

**Matheus:** Das ist ein anderer Punkt, der mir sehr wichtig ist. Wir haben einen sehr starken Akzent auf die Nachwuchsförderung gesetzt und 2003 auch mit einem Praktikantenprogramm begonnen. Über den Deutschen Stifterverband,<sup>66</sup> in dem Hunderte von Stiftungen im Bereich der Wissenschaft zusammengeschlossen sind, sind wir damals auf eine kleine Stiftung zweier älterer Damen gestoßen, die bereit war, für zwei Jahre dieses Praktikantenprogramm zu finanzieren. Mit den Mitteln der Peters-Beer-Stiftung konnten wir dann eine kostenlose Unterkunft anbieten, weil ich persönlich auf dem Standpunkt stehe, eine Stadt wie Rom ist so teuer, dass man einem Studierenden nicht zumuten kann, neben dem Zimmer in Deutschland auch noch für sechs Wochen eine Unterkunft in Rom zu bezahlen. Die Realisierung eines Praktikums sollte nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Und dann hat die Stiftung von sich aus angeboten, das Programm zu verlängern, auf fünf Jahre.

In der Zwischenzeit hat es allerdings noch eine neue Entwicklung gegeben. Ich habe während meiner Berufungsverhandlungen schon darauf hinweisen müssen, dass unsere beiden Bibliotheken damals in einem schwierigen Zustand waren, sowohl die historische wie die musikgeschichtliche, weil die Magazine erschöpft waren, die Bücher zum Teil auf den Fluren standen und der italienische Brandschutz drohte, das Institut zu schließen. Gleichzeitig stand in der Nachbarschaft das große so genannte Haus D, in dem jetzt auch die Evangelisch-Lutherische Kirche Italiens (ELKI) und das Melanchthon Zentrum<sup>67</sup> untergebracht sind – und das sollte abgerissen werden. Es ist gelungen, die Bundesrepublik, also sprich die Ministerien: das BMBF, das Finanzministerium und das Auswärtige Amt zu überzeugen, das Haus nicht abzureißen, sondern zu entkernen und komplett neu auszubauen, so dass wir jetzt unterdessen dort die Magazine gewonnen haben, die wir brauchten, ebenso wie die Foresteria mit den neuen Gästeappartements, in denen jetzt die Stipendiatinnen und Stipendiaten, Praktikanten oder auch Gastwissenschaftler wohnen.

Es kommt noch etwas Weiteres dazu, dass auch im Bereich der Nachwuchsförderung eine gewisse Rolle spielt. Im Jahre 2002 ist das Melanchthon-Zentrum gegründet worden von der ELKI, aber mit finanzieller Unterstützung aus Deutschland, die EKD<sup>68</sup> steht auch dahinter. ELKI und Melanchthon-Zentrum sind 2007 in Haus D eingezogen. Diese Partnerschaft fand und finde ich ungemein interessant. Man muss sich nämlich vor Augen halten,

<sup>66</sup> Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Der Stifterverband ist ein Zusammenschluss von ca. 3.000 Unternehmen, Unternehmensverbänden, Stiftungen und Privatpersonen mit dem Ziel, „Wissenschaft, Forschung und Bildung voranzubringen“. Ausgangspunkt für die heutige Stiftung war die 1920 gegründete „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ bzw. der „Stifterverband der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“. Vgl. „Über den Stifterverband“, offizielle Webseite des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft, [http://www.stifterverband.info/ueber\\_den\\_stifterverband/index.html](http://www.stifterverband.info/ueber_den_stifterverband/index.html) (letzter Zugriff: 8. 4. 2011).

<sup>67</sup> Im Jahre 2002 von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Italien und der Waldenser Fakultät für Theologie gegründetes ökumenisches Studienzentrum in Rom. Vgl. die offizielle Webseite des Melanchthon Zentrums: <http://www.centromelantone.org/index.php> (letzter Zugriff: 8. 4. 2011).

<sup>68</sup> Evangelische Kirche in Deutschland.

dass, was damals 1888 gegründet worden ist, nicht nur eine preußische, sondern eine protestantisch geprägte Einrichtung gewesen ist. Was Sie, wenn Sie die Filiatura der Direktoren mal durchgehen, sehr schnell merken, denn bis auf die wenigen Monate, die Aloys Schulte<sup>69</sup> das Amt innehatte, waren diese immer Protestanten.

**Pešek/Lohmann:** War bzw. ist die Konfession der Direktoren eigentlich ein Auswahlkriterium bei der Stellenbesetzung?

**Matheus:** Ich habe dazu im Bundesarchiv Quellen gefunden – noch nach 1945 wurde im Wissenschaftlichen Beirat die Tatsache, dass der Direktor ein Protestant sein sollte, diskutiert. Anfang der 1960er Jahre stellte sich die Frage: Wird Gerd Tellenbach oder wird Hubert Jedin,<sup>70</sup> der berühmte Kirchenhistoriker, Direktor des DHI? Aber unterdessen spielen konfessionelle Kriterien keinerlei Rolle mehr. Sieht man von dem kurzen Zwischenspiel Aloys Schultes einmal ab, so bin ich der erste Katholik im Direktorenamt.

Wir nutzen die Nachbarschaft mit dem Melanchthon-Zentrum für eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit, haben im letzten Jahr den ersten großen Kongress gemeinsam veranstaltet: Das Rom-Bild im Protestantismus im langen 19. Jahrhundert. Wir haben außerdem in diesem Jahr in Venedig in Kooperation mit der dortigen evangelischen Gemeinde und dem Centro Tedesco di Studi Veneziani<sup>71</sup> eine sehr spannende Tagung gehabt über Protestanten zwischen Venedig und Rom in der Frühen Neuzeit.<sup>72</sup> Im nächsten Jahr organisieren wir eine Tagung mit dem Melanchthon-Zentrum: Martin Luther in Rom – Kosmopolitisches Zentrum und seine Wahrnehmung.<sup>73</sup> Also, auch das sind sehr interessante Kooperationsvorhaben, die sich ergeben. Das Erfreuliche ist, dass wir durch die Etablierung des Melanchthon-Zentrums hier auch Studierende einbeziehen können,

<sup>69</sup> Aloys Schulte (1857–1941), Ordinarius in Freiburg (1892), Breslau (1895) und Bonn (1903), war von 1901 bis 1903 Direktor des Preußischen Historischen Instituts in Rom. Vgl. Stefan Jordan und Konrad Reppen, „Schulte, Aloys“, *Neue Deutsche Biographie* 23 (2007): 687–689 (Onlinefassung), <http://www.deutsche-biographie.de/pnd119127180.html> (letzter Zugriff: 8. 4. 2011). Reinhard Elze charakterisiert Schulte als einen „ernsthaften Katholik“. Vgl. Elze, *Das Deutsche Historische Institut in Rom*, 10f.

<sup>70</sup> Hubert Jedin (1900–1980), Kirchenhistoriker und Ordinarius in Bonn. Vgl. „Jedin, Hubert“, in Franz Heiduk, *Oberschlesisches Literaturlexikon. Biographisch-bibliographisches Handbuch. Teil 2* (Berlin: Mann, 1993) und Roland Böhm, „Jedin, Hubert“, in *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Bd. 3* (Hamm: Bautz, 1992), Sp. 1–5, <http://www.bbkl.de/j/Jedin.shtml> (letzter Zugriff: 8. 4. 2011).

<sup>71</sup> Deutsches Studienzentrum in Venedig, gegründet 1972 „als Ort der Begegnung zwischen italienischer und deutscher Kultur und Wissenschaft“. Vgl. die Homepage des Zentrums: [http://www.dszy.it/de/?page\\_id=84](http://www.dszy.it/de/?page_id=84) (letzter Zugriff: 8. 4. 2011).

<sup>72</sup> Vgl. Nicolas Gillen, „Tagungsbericht Protestanten zwischen Venedig und Rom in der Frühen Neuzeit. 2. 6. 2010 – 4. 6. 2010, Venedig“, *H-Soz-u-Kult*, 29. 6. 2010, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3169> (letzter Zugriff: 8. 4. 2011).

<sup>73</sup> Vgl. Christina Mayer, „Tagungsbericht Martin Luther in Rom. Kosmopolitisches Zentrum und seine Wahrnehmung / Martino Lutero a Roma. La città cosmopolita e la sua percezione. 16. 2. 2011–19. 2. 2011, Rom“, *H-Soz-u-Kult*, 30. 3. 2011, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3589> (letzter Zugriff: 19. 4. 2011).

die für ein Studienjahr nach Rom kommen, um an der Waldenser-Fakultät<sup>74</sup> zu studieren und dann auch an den päpstlichen Universitäten, also durchaus mit einem ökumenischen Blickwinkel.

**Pešek/Lohmann:** In der Regel kommen zu Ihnen ja sicher vor allem Studierende der Geschichtswissenschaften. In welcher Weise betreuen Sie diese bzw. welche Möglichkeiten bietet das Institut den Studenten? Interessiert man sich überhaupt noch für das Nachbarland?

**Matheus:** Nachwuchsförderung ist uns sehr wichtig. Wir bieten jedes Jahr den Studienkurs Rom an. Andere Institute haben das unterdessen nach dem römischen Vorbild kopiert, machen das zum Teil aber thematisch gebundener. Wir sind der Meinung, dass Rom so viel zu bieten hat für die europäische und Weltgeschichte, dass wir das immer an rombezogenen Themen machen in einer Art Oberseminar und dann natürlich auch die Möglichkeiten nutzen, die jungen Leute hier in Archive, in die Bibliotheken oder sonstige Einrichtungen zu führen, in die sie normalerweise nie reinkämen. Das führt schon dazu, dass der Rombazillus dann immer mal wieder wirkt.

So erleben wir jetzt zu unserer Freude, dass Studierende, die vor ein paar Jahren als Praktikanten bei uns im Hause waren oder als Teilnehmer des Studienkurses, unterdessen als Doktorandinnen und Doktoranden wiederkommen. Da sieht man dann, dass die Saat doch aufgeht. Denn das Ziel bei dem Praktikum ist eben auch, dass die Studierenden, die schon Vordiplom, Zwischenprüfung oder ein Äquivalent haben, als Praktikanten versuchen, ein italienbezogenes Thema der Abschlussarbeit zu finden, und in den meisten Fällen gelingt das. Das muss kein deutsch-italienisches Thema sein – auch diese ausschließlich binationale Perspektive haben wir längst überwunden. Es sollte etwas mit Italien zu tun haben, es darf aber auch sehr gerne ein komparatistisches Thema sein. Das ist auch eine Entwicklung, die man in den letzten Jahren immer deutlicher sieht, dass man eben dann zum Beispiel drei Nationen miteinander vergleicht.

**Pešek/Lohmann:** Wir haben mal versucht, die verschiedenen Typen von Mitarbeitern bzw. Wissenschaftlern hier am Institut zu entschlüsseln. Etwas unklar ist für uns auf Grundlage der Jahresberichte der Status des Mitarbeiters. Da gibt es zum einen die Mitarbeiter hier aus dem Haus, die etwa ab 1997 auch namentlich in den Jahresberichten genannt werden. Dann gibt es eben die Stipendiaten, die entweder ein halbjähriges Stipendium oder vielleicht auch ein jährliches Stipendium, manchmal auch nur ein Kurzstipendium bekommen. Und dann gibt es immer eine Reihe von Leuten, welche zum Hause gehören, allerdings vom Land Niedersachsen, von der DFG, von italienischen Instituten oder anderen bezahlt werden und die auch nicht immer in Rom arbeiten, sondern, sagen wir, in Neapel die königliche Kapelle untersuchen. Wie schafft man also ein konzeptionelles Gleichgewicht zwischen

---

<sup>74</sup> Facoltà Valdese di Teologia di Roma, <http://www.facoltavaldese.org/index.html> (letzter Zugriff: 8. 4. 2011).

den eigenen Mitarbeitern, den „normalen Stipendiaten“ und den sonstigen „Mitgliedern und Gästen“ des DHI?

**Matheus:** Also, wir haben zunächst einmal ein paar Dauerstellen im Institut, das sind aber wenige. Das ist für die Zeitgeschichte Herr Klinkhammer, für die Frühe Neuzeit Herr Koller, für das Spätmittelalter Herr Rehberg und für das Früh- und Hochmittelalter Frau Wolf. Das sind die Dauerstellen in der historischen Abteilung. In der Musikhistorischen Abteilung haben wir Herrn Engelhardt als Leiter und Frau Ehrmann-Herfort als seine Stellvertreterin. Alle anderen Stellen sind zeitlich befristet. Dies sind zunächst einmal die so genannten Dreijahresstellen, die es auch an den anderen DHIs gibt, wobei Letztere in der Regel eine etwas andere Politik betreiben. Die anderen Institute haben keine Dauerstellen, oder fast gar keine Dauerstellen, und schreiben diese befristeten Stellen aus, aber dafür dann für fünf Jahre. Das führt dazu, dass diejenigen Mitarbeiter, die diese Fünfjahresstellen innehaben, auch Serviceaufgaben wahrnehmen müssen.

Ich habe bisher über Forschung gesprochen und über Nachwuchsförderung, aber ich habe noch nicht über den dritten Sektor gesprochen: Service. Wir haben darum intensive Diskussionen gehabt in der Stiftung. Wir sind schließlich so verblieben, dass jedes dieser zehn Institute, die es ja unterdessen sind, seine eigene Geschichte hat, seine eigenen Aufgaben im jeweiligen Gastland. Und aus den jeweiligen Kontexten des Umfeldes wie aber auch aus den jeweiligen wissenschaftlichen Profilen soll auch eine Eigenständigkeit erwachsen können. Insofern ist die Diskussion, ob es überhaupt noch Dauerstellen geben soll oder nicht, damals salomonisch dahin entschieden worden, dass jedes Institut sein eigenes Profil jeweils für fünf Jahre entwickelt. Das haben wir im letzten Jahr als erstes Institut getan, und demzufolge haben wir diese wenigen Dauerstellen und zeitlich befristete Stellen auf drei Jahre.

Das hat bei uns den Vorteil, im Unterschied zu den anderen DHIs, dass die „Dreijahresmitarbeiter“ sich in diesen drei Jahren voll auf ihr wissenschaftliches Vorhaben konzentrieren können und von Serviceaufgaben fast zur Gänze verschont bleiben, weil das die Aufgabe der Dauerstelleninhaber ist. Und ich fühle mich im Nachhinein auch bestätigt, denn die meisten, die drei Jahre hier konzentriert arbeiten können, kommen auch zu einem Ergebnis, wohingegen ich in anderen Instituten bisweilen den Eindruck habe, dass auch die fünf Jahre dann nicht dazu reichen, damit das Buch am Ende wirklich abgeschlossen ist. Aber wie gesagt, das ist die Entscheidungsbefugnis jeder Direktorin bzw. jedes Direktors.

Jenseits dieser Dreijahresstellen haben wir unterdessen eine Fülle von so genannten Drittmittelprojekten, und innerhalb dieser Drittmittelprojekte sind die Laufzeiten unterschiedlich – nie unter zwei, meist drei Jahre, und manchmal eben bis zu fünf Jahren verlängert. Das sind häufig dann diejenigen, die bei uns auf der Homepage als Projektmitarbeiter erscheinen. Das hat zum Teil ganz komplizierte Gründe, auf die ich jetzt gar nicht eingehen kann und will.

Wir haben das jetzt gemerkt, als wir zusammen mit französischen und italienischen Partnern ein europäisches Projekt eingeworben haben. Bei der Antragstellung hatten wir Probleme, weil wir eine ganze Reihe bürokratischer Vorgaben nur unzureichend erfüllen konnten. Es ist dann gut gegangen, aber wir müssen jetzt bei der Geschäftsstelle in Bonn

die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir noch mehr europäische Mittel einwerben können. Auch aus diesen Gründen unterscheiden wir zwischen dem Institutspersonal in strictu sensu und solchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in Projekten beschäftigt sind. Was die wissenschaftliche Arbeit betrifft, so spielt diese Differenzierung überhaupt keine Rolle. Wir haben dann noch eine Reihe von „Werkverträgler“, die ganz konkrete Aufgaben wahrnehmen. Das fängt bei der redaktionellen Betreuung eines Bandes an, geht hin bis zu einer Übersetzung und so weiter.

Unsere Personalstruktur sieht weiterhin die Funktion des so genannten Gastdozenten vor, eine Position, die andere Stiftungsanstalten in abgewandelter Form kopiert haben. Die Gastdozentur ist nicht unbedingt mit einer Lehrtätigkeit verbunden, wie der Name suggerieren könnte, sondern bedeutet einfach, dass jemand, der habilitiert ist oder der jetzt am zweiten Buch sitzt – wir haben das Programm vor drei Jahren auch für die Juniorprofessoren geöffnet – die Möglichkeit bekommt, sich für ein Jahr noch mal konzentriert der Forschung zu widmen, bevor dann eine hoffentlich erfolgreiche Universitätskarriere ja bekannterweise nicht mehr so viel Zeit zur Forschung gestattet.

Was die Inhaber der zeitlich befristeten DHI-Stellen betrifft, haben wir jetzt in den letzten drei, vier Jahren erlebt, dass doch sehr viele auch aufgrund der Tatsache, dass sie sich hier auf die Forschung konzentrieren konnten, dann in der deutschen, aber auch in der italienischen universitären Landschaft untergekommen sind. Ich nenne hier nur zum Beispiel Herrn Brechenmacher, der jetzt einen Lehrstuhl in Potsdam hat,<sup>75</sup> Thomas Frank, der eine Professur in Pavia hat,<sup>76</sup> Uwe Israel, der gerade einen Ruf nach Dresden bekommen hat,<sup>77</sup> Herrn Dendorfer, der bis vor drei Wochen hier im Hause war und jetzt den Ruf nach Eichstätt und möglicherweise demnächst nach Freiburg hat,<sup>78</sup> Frau Meine, die jetzt Direktorin in Venedig wird,<sup>79</sup> und, und, und... Also, wir können da unterdessen eine ganze Reihe erfolgreicher Karrieren benennen und ich denke schon, das hat sehr viel damit zu tun, dass es hier die Möglichkeit gibt, sich wirklich auf Forschung zu konzentrieren.

Die Kombination von Dauerstellen mit zeitlich befristeten Stellen, die forschungsorientiert angelegt sind – das ist die Philosophie, die hier in Rom vertreten wird. Bei den Dauerstellen kommt noch dazu, dass man meines Erachtens London und Washington eben nicht mit Rom vergleichen kann. Diese romanische Kultur lebt, und das gilt für Spanien und andere

<sup>75</sup> Thomas Brechenmacher (\*1964) war von 2003 bis 2004 Gastdozent am DHI Rom und ist seit 2007 Professor für Neuere Geschichte (Deutsch-jüdische Geschichte) an der Universität Potsdam.

<sup>76</sup> Thomas Frank (\*1958) war 2002/2003 Gastdozent am DHI Rom und ist seit 2010 außerplanmäßiger Professor für Mittelaltergeschichte an der FU Berlin, seit dem Wintersemester 2009/10 Gastprofessor (professore a contratto) an der Universität Pavia.

<sup>77</sup> Uwe Israel (\*1963), 2004/5 Gastdozent am DHI Rom, 2005–2010 Direktor des Deutschen Studienzentrums in Venedig, ist seit dem Wintersemester 2010/11 Professor für mittelalterliche Geschichte an der TU Dresden.

<sup>78</sup> Jürgen Dendorfer (\*1971), 2009/10 Gastdozent am DHI Rom, ist seit 2010 Professor für mittelalterliche Geschichte an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.

<sup>79</sup> Sabine Meine, Musikwissenschaftlerin und Romanistin, war von 2004 bis 2008 wissenschaftliche Mitarbeiterin am DHI Rom (Musikgeschichtliche Abteilung) und ist seit dem Wintersemester 2010/11 Direktorin des Deutschen Studienzentrums in Venedig.

mediterran geprägte Kulturen genauso, noch sehr von persönlichen Netzwerken. Und zwar stärker, als das in der angelsächsischen Welt oder auch in Deutschland der Fall ist. Und je weiter Sie in diesem wunderschönen Land nach Süden gehen, desto massiver werden Sie mit dieser Tatsache konfrontiert. Also wenn Sie in Süditalien Archivpforten aufzuschließen haben und Sie haben solche Netzwerke nicht, dann kommen Sie eben nicht rein. Und diese Netzwerke kann niemand stricken, der nur für drei Jahre oder fünf Jahre hier ist, sondern da brauchen Sie wirklich Leute, die im Land bekannt sind, die hier so etwas auch pflegen können.

**Pešek/Lohmann:** Gut, aber das Institut in Moskau wird vermutlich sehr ähnliche Strukturbedingungen vorfinden.

**Matheus:** Ja, das stimmt. Als Sprecher meiner Kolleginnen und Kollegen habe ich in den letzten Jahren immer wieder versucht deutlich zu machen, dass es jenseits von Phänomenen, die einheitlich geregelt werden müssen, auch notwendig ist zu schauen, wie die Besonderheiten des jeweiligen Gastlandes sind, und dann auch besondere Strukturen zu entwickeln. Letztendlich zählt, dass die Lösung möglichst effektiv sein muss, und zwar aus meiner Sicht vor allem für die Betroffenen. Diese müssen ihren Aufenthalt möglichst gut nutzen und die nächste Stufe in ihrer akademischen Karriere erfolgreich absolvieren können.

**Pešek/Lohmann:** Sie erwähnen immer wieder, dass Sie die wichtigeren Fragen sehr breit konsultieren und in den verschiedensten Gremien dann auch gären und wachsen lassen. Das heißt, Sie unternehmen immer sehr gut vorbereitete Schritte. In den Jahresberichten ist uns aufgefallen, dass spätestens seit Ende der 1980er Jahre an den Sitzungen des wissenschaftlichen Beirates ihres Instituts immer auch andere DHI-Direktoren teilnehmen. Wie funktioniert diese Vernetzung der DHIs konkret? Es wurde die zentralisierte Leitung der DHIs in der DGIA kritisiert, es seien keine Synergieeffekte entstanden. Inwiefern hat die Stiftung die Kooperation der Institute verändert? Inwieweit koordinieren heutzutage die DHI-Direktoren ihre Tätigkeit und Konzeptionen?

**Matheus:** Der Besuch von DHI-Direktoren untereinander ist eine Tradition, die ich vorgefunden habe und die auch schon partiell gepflegt wurde, bevor die Stiftung 2002 errichtet wurde. Das galt aber immer nur für die „traditionellen“ europäischen Institute. Wer sich gegenseitig besucht hat, das waren hauptsächlich die Direktoren der Institute in Rom, Paris, London, und lange Zeit auch in Warschau. Wir haben das dann im Kreis dieser genannten Institute auch weiter betrieben, und ich persönlich bin heute noch der Meinung: mit guten Ergebnissen. Ein Beispiel: Ich habe erst durch die Besuche des Londoner Instituts begriffen, dass die Londoner mit den Gesandtenberichten ein ähnliches Problem hatten wie wir mit Orsenigo. Und aus diesem, aber auch aus einer Fülle von weiteren Austauschen sind dann gemeinsame Projekte erwachsen. Man kann diese Sachen natürlich im Prinzip auch jetzt in der neuen Direktionsversammlung diskutieren, aber das hat einen qualitativen Unterschied. Denn nur, wenn Sie etwa im Umfeld von Beiratssitzungen, in denen die

Projekte vorgestellt und diskutiert werden, konkret die wissenschaftliche Arbeit erleben, kann man ein Gefühl dafür entwickeln, wo es Verbindungsmöglichkeiten gibt und wo man gemeinsam miteinander arbeiten kann.

Unterdessen haben wir folgende Situation: Die Stiftung ist 2005 in schweres Fahrwasser geraten, weil es einen sehr kritischen Bericht des Bundesrechnungshofs<sup>80</sup> gegeben hat. Dann kam die Evaluierung durch den Wissenschaftsrat.<sup>81</sup> Unterdessen konnte das Gesetz novelliert werden.<sup>82</sup> Die Institutsdirektoren haben erreicht, was sie erreichen wollten, nämlich eine Direktionsversammlung als Organ der Stiftung, die stärker die Vernetzung zwischen den Instituten und zwischen den Direktorinnen und Direktoren ermöglicht.<sup>83</sup> Wir sind zum Beispiel jetzt dazu übergegangen, dass auf jeder Sitzung ein, zwei Institute ihre laufende Arbeit vorstellen und wir dann überlegen können, wo es stiftungsintern Möglichkeiten gibt, das miteinander zu kombinieren. Ich versuche es beizubehalten, nach Paris und London zu fahren. Die Direktoren der Institute in London, Paris und Rom pflegen weiterhin die gegenseitigen Besuche anlässlich der Beiratssitzungen. Man muss jetzt mal sehen, wie sich das mit Moskau entwickelt, grundsätzlich ist auch da unser Wunsch, dass die Vernetzung sich positiv entwickelt. Sie ist in keiner Satzung vorgesehen, sondern etwas Informelles. Also, letztendlich wird es von den Personen abhängen, ob man das fortführt oder nicht.

Grundsätzlich gibt es wie gesagt jetzt mit der Direktionsversammlung auch dieses Organ innerhalb der Stiftung, bei deren zwei Treffen im Jahr man sich durchaus auch so etwas vorstellen kann. Denn man muss auf der anderen Seite auch sehen: Auch ich als Sprecher bin nicht in der Lage, die Beiratssitzungen aller Institute im Jahr zu besuchen. Dann wäre ich ja nur noch unterwegs, insofern muss man da auch Maß halten. Und ich würde prognostizieren, dass sich dieser Austausch in der Zukunft doch etwas stärker in die Direktionsversammlung verlagern wird, deswegen haben wir sie unter anderem ja auch gewollt. Denn sie soll ja genau solche Synergien, Koordinationen leisten und sie soll natürlich, das ist das zweite Element, auch zur strategischen Weiterentwicklung der Stiftung einen Beitrag leisten. Zum Dritten, das war auch ein nicht ganz unwichtiges Motiv, ist der Sprecher der Direktoren jetzt auch bei den Haushaltsverhandlungen dabei, was vorher eben nicht der Fall war. Insofern haben wir nach den Turbulenzen, die der Bericht des Bundesrechnungshofs ausgelöst hat, und dann nach der Evaluierung durch den Wissenschaftsrat, die ein Stück

<sup>80</sup> Bundesrechnungshof, Mitteilung an das Bundesministerium für Bildung und Forschung über die Prüfung der Ausgaben des Bundes für die Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (DGIA), Bonn 27. Juli 2005.

<sup>81</sup> Wissenschaftsrat, *Stellungnahme zur weiteren Entwicklung der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (DGIA) sowie zur künftigen Finanzierung des Deutschen Historischen Instituts Moskau*, Drs. 8183-07 (Frankfurt/M.: Wissenschaftsrat, 2007), <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/8183-07.pdf> (letzter Zugriff: 8. 4. 2011).

<sup>82</sup> Gesetz zur Errichtung einer Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland, Bonn (DGIAG) vom 20. Juni 2002 (BGBl I, S. 2003), geändert durch Gesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl I, S. 2622), [http://www.stiftung-dgia.de/fileadmin/user\\_upload/upload/DGIA-Gesetz\\_nach\\_Reform\\_2009.pdf](http://www.stiftung-dgia.de/fileadmin/user_upload/upload/DGIA-Gesetz_nach_Reform_2009.pdf) (letzter Zugriff: 11. 4. 2011).

<sup>83</sup> Zur heutigen Situation vgl. Michael Matheus, „Deutsches Historisches Institut in Rom. Jahresbericht 2008“, *QFIAB* 89 (2009): XXf.

weit ja auch darauf reagiert hat, jetzt eine Lösung gefunden, mit der wir Direktoren – und ich glaube, da spreche ich für alle Kolleginnen und Kollegen – zufrieden sind. Im Moment läuft die Stiftung reibungslos.

**Pešek/Lohmann:** Anfangs gab es ja viel Unmut...

**Matheus:** Also, es ist so: Die Direktoren der DHIs in Paris und Rom, aber auch in London, waren allesamt gegen die Stiftung, das ist damals auch durch die Presse gegangen.<sup>84</sup> Mir hat sich die Frage überhaupt nicht mehr gestellt, weil 2002 das Stiftungsgesetz erlassen worden ist. Ich war mir über zwei Dinge völlig im Klaren. Punkt eins: Es war einfach notwendig, die ja in völlig verschiedenen Rechtsformen existierenden Institute in irgendeiner Weise gleichzustellen, und es sprach in diesem Kontext viel dafür, sie in eine gemeinsame Stiftung zu überführen. Paris und Rom waren die einzigen, die noch ministeriale Behörden waren – wir waren ja quasi nachgeordnete Behörden des Bundesforschungsministeriums. Alle anderen Institute, die es schon gegeben hat, waren Stiftungen, haben aber natürlich auch vom Geld aus dem Bundesforschungsministerium gelebt. Das war sicher keine sehr glückliche Konstruktion. Insofern empfand ich diese Stiftung zunächst einmal vom Grundgedanken her als außerordentlich positiv.

Die ursprüngliche Intention des Ministeriums war es allerdings, eine Megabehörde in Bonn mit einem mächtigen Präsidenten zu schaffen und die Institute nur noch zu abhängigen Befehlsempfängern werden zu lassen. Das haben wir verhindern können bzw. es ist dann auch ein Stück weit schon aufgrund der parlamentarischen Beratungen im Gesetzestext verhindert worden. Wesentliches ist dann im Anschluss erfolgt: Wir haben das Gesetz interpretiert, und zwar über die Satzung<sup>85</sup> und über die Haushalts- und Verfahrensordnung. Die wissenschaftliche Autonomie stand zwar im Gesetz, aber was das konkret bedeutet, haben wir über die genannten Texte mit Inhalt füllen können. Und dann kam zu unserer großen Überraschung dieser Bericht des Bundesrechnungshofs. Der Bericht kam zu dem Ergebnis, dass die Stiftung umgebaut werden muss. Die Geschäftsstelle sollte entweder zu einer zentralen Einrichtung ausgebaut werden, das war das ursprüngliche Modell, oder aber sie sollte aufgelöst werden.

Gegen den erneuten Versuch einer Zentralisierung der Stiftungsstruktur haben sich die Institute vehement gewehrt, eine dezentrale Struktur gefordert und zugleich Möglichkeiten der Mitwirkung der Direktoren innerhalb der Stiftung. Eins der Ergebnisse war dann die Direktionsversammlung und im letzten Jahr ist das novellierte Gesetz vom Bundestag

<sup>84</sup> Vgl. dazu Fried, „Wissen ist gut, Kontrolle ist schlecht“ und Gustav Seibt, „Kronjuwelen unter Aufsicht. Die deutschen Auslandsinstitute werden zentralisiert“, *Die Zeit*, 17. Mai 2001.

<sup>85</sup> Satzung der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland auf der Grundlage des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland, Bonn (DGIA-Gesetz) vom 20. Juni 2002, geändert durch Gesetz vom 31. Juli 2009, vom Stiftungsrat beschlossen am 24. April 2009 und geändert am 27. November 2009, [http://www.stiftung-dgia.de/fileadmin/user\\_upload/upload/DGIA-Satzung\\_Stand\\_27.11.2009.pdf](http://www.stiftung-dgia.de/fileadmin/user_upload/upload/DGIA-Satzung_Stand_27.11.2009.pdf) (letzter Zugriff: 11. 4. 2011).

verabschiedet worden. Wir haben unterdessen eine neue Satzung und eine neue Haushaltsverfahrensordnung bekommen und alles läuft im Moment, glaube ich, sehr, sehr gut.

**Pešek/Lohmann:** Wie viel Zeit bleibt Ihnen bei all diesen Stiftungsaktivitäten überhaupt noch für die Kooperation mit anderen Instituten – sowohl innerhalb der Stiftung, etwa mit den weiteren Auslandsinstituten, die nicht in dem DHI-Netzwerk sind, als auch und insbesondere außerhalb der Stiftung?

**Matheus:** Das sollte alles mit Augenmaß für das Sinnvolle und Machbare angegangen werden. So wird etwa mit Blick auf das genannte Projekt „Christen und Muslime“ die Zusammenarbeit mit dem Orientinstitut in Beirut wichtig sein, möglicherweise auch die mit dem neu gegründeten Institut in Istanbul.<sup>86</sup> Aber man muss natürlich im Auge behalten, dass unsere zentralen Aufgaben im Gastland liegen. Schon jetzt muss ich wiederholt Einladungen zu Vorträgen und Veranstaltungen in Italien absagen, weil ich in Stiftungsangelegenheiten unterwegs bin. Bei unseren italienischen Partnern darf nicht der Eindruck entstehen, dass die Stiftung wichtiger wird als unsere Präsenz im Gastland. Es ist oft nicht so ganz einfach, hier zu einer vernünftigen Balance zu kommen. Mal ganz abgesehen davon, dass in Italien mit großem Staunen wahrgenommen wird, was Deutschland sich an Forschung im geisteswissenschaftlichen Bereich nicht zuletzt im Ausland leistet.

**Pešek/Lohmann:** Ja, dies ist auch die neidvolle Sicht aus der Tschechischen Republik...

**Matheus:** In Italien stellt sich die Entwicklung doch in dramatisch anderer Weise dar. Wir waren schon 2005/6 mit dem Problem konfrontiert, dass damals die Berlusconi-Regierung, kurz bevor sie abgewählt wurde und Romano Prodi Regierungschef wurde,<sup>87</sup> versucht hat, die Präsidenten der vier großen nationalen historischen Institute Italiens, wichtige Kooperationspartner im Gastland, abzusetzen. Das hat damals auch aufgrund internationaler Proteste mit dem Verweis auf die Freiheit der Wissenschaft das höchste italienische Verwaltungsgericht gestoppt.<sup>88</sup> Jetzt versucht die Regierung, diese Institute und viele Kultureinrichtungen finanziell auszutrocknen. Zu hoffen ist, dass die erneuten zahlreichen Proteste dagegen Wirkung zeigen.<sup>89</sup>

<sup>86</sup> Das Orient-Institut wurde 1961 durch die deutsche Morgenländische Gesellschaft (DMG) in Beirut gegründet, 1987 nach Istanbul evakuiert und 1994 in Beirut wiedereröffnet. Im Jahre 2003 erfolgte die Überführung des Beirut- und des weiter bestehenden Istanbul-Instituts in die Stiftung DGIA. Seit 2009 ist das Istanbul-Institut selbstständig im Rahmen der Stiftung. Vgl. die offiziellen Homepages des Orient-Instituts Beirut, <http://www.orient-institut.org/>, und des Orient-Instituts Istanbul, <http://www.oiiist.org/> (beide letzter Zugriff: 11. 4. 2011).

<sup>87</sup> Romano Prodi (\*1939), Ministerpräsident Italiens 1996–1998 und 2006–2008, in den Jahren 1999–2004 Vorsitzender der Europäischen Kommission.

<sup>88</sup> Dirk Schümer, „Geschichte von oben. Italiens Institute verlieren ihre Unabhängigkeit“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26. November 2005, 33. Dirk Schümer, „Unabhängigkeit. Italiens Forschungsinstitute atmen auf“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. Februar 2006, 39.

<sup>89</sup> Jörg Bremer, „Geist und Tourismus. Italien unter Sparszwang lässt die Forschung bluten“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. März 2011, 5.

Persönlich konnte ich kurz mit dem Präsidenten Fini,<sup>90</sup> der unser Partnerinstitut, das Istituto Storico Italiano per il Medioevo,<sup>91</sup> besucht hat, korrespondieren. Meine Kollegen und ich versuchen, ihm und anderen italienischen Politikern deutlich zu machen, dass sich Italien diese Maßnahmen nicht leisten kann. Denn Rom ist ein so wichtiger internationaler Standort geisteswissenschaftlicher Forschung, und dass ausgerechnet das Gastland jetzt ganze Einrichtungen faktisch zur Schließung zwingt, das ist auch mit Blick auf die kulturpolitische Außenwirkung verheerend. Zumindest scheint die Chance zu bestehen, die großen historischen Forschungsinstitute vor der Schließung zu bewahren. Völlig offen ist aber zugleich, wie es mit der Giunta Nazionale,<sup>92</sup> deren Vorsitz Paolo Prodi<sup>93</sup> immer noch innehat, weitergehen wird.

**Pešek/Lohmann:** Sie haben jetzt eine unglaubliche Arbeit als Direktor, als Wissenschaftspolitiker in Deutschland und in Italien geschildert. Wie viel Zeit bleibt Ihnen bei allen Amtspflichten für die eigene Forschung? Sie haben so viel publiziert, dass Sie das offenbar nebenbei ja auch noch schaffen. Welche sind jetzt Ihre aktuellen Vorhaben oder Themen?

**Matheus:** Nun, ich dachte natürlich damals, als ich 2002 nach Rom ging, mehr Zeit für Forschung zur Verfügung zu haben als an der Universität. Das ist so nicht eingetroffen. Das hat auch etwas mit den Turbulenzen innerhalb der Stiftung DGIA in den letzten Jahren zu tun. Seit einem Jahr ist es deutlich ruhiger – ich bin seltener in Bonn oder in Berlin. Immerhin war in den letzten Jahren zweimal hintereinander praktisch die gesamte Stiftungsstruktur neu zu gestalten, mit entsprechenden Diskussionen und Auseinandersetzungen. Und dann waren ja parallel, und das ist, denke ich, ein großer Erfolg dieser Stiftung, die Gründung und Integration von drei neuen Instituten zu bewerkstelligen: das Deutsche Forum für Kunstgeschichte in Paris,<sup>94</sup> das Herr Gaetgens<sup>95</sup> damals mit Projektmitteln auf den Weg gebracht hat; das DHI in Moskau, zunächst auch privat finanziert von Stiftungen,<sup>96</sup> und zuletzt das Orientinstitut in Istanbul.

<sup>90</sup> Gianfranco Fini, 1995–2008 Vorsitzender der Partei Alleanza Nazionale, 2004–2006 italienischer Außenminister, seit 2008 Präsident der italienischen Abgeordnetenkammer.

<sup>91</sup> Vgl. die offizielle Homepage des Instituts: <http://www.isime.it/> (letzter Zugriff: 11. 4. 2011).

<sup>92</sup> Giunta Storica Nazionale (früher Giunta Centrale per gli Studi Storici), nationale Vereinigung, in der die oben genannten Institute zusammengeschlossen sind. Vgl. die offizielle Homepage: <http://www.giunta-storica-nazionale.it/> (letzter Zugriff: 11. 4. 2011).

<sup>93</sup> Paolo Prodi (\*1932), Professor für moderne Geschichte an der Universität Bologna, Präsident der Giunta Storica Nazionale, Mitbegründer (mit Hubert Jedin) des Istituto storico italo-germanico di Trento (1973; heute Centro per gli studi storici italo-germanici in der Fondazione Bruno Kessler).

<sup>94</sup> Deutsches Forum für Kunstgeschichte / Centre Allemand d'Histoire de l'Art, gegründet 1997 mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Vgl. die offizielle Homepage: <http://www.dtforum.org/> (letzter Zugriff: 11. 4. 2011).

<sup>95</sup> Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas W. Gaetgens leitete das Institut als Gründungsdirektor von 1997 bis Oktober 2007.

<sup>96</sup> Das DHI Moskau wurde 2005 als gemeinsame Initiative der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius gegründet. Bis 2008 privat finanziert, wurde es 2009 in die Stiftung DGIA überführt.

Konkret zu Ihrer Frage: Ich versuche meine wenige Freizeit und meinen Urlaub zu nutzen, um im Jahr im Schnitt drei größere Aufsätze zu schreiben. Das ist mir, wenn Sie sich meine Publikationsliste anschauen, bisher gelungen. Ich bin guten Mutes, dass dies auch weiterhin gelingt. Nicht gelingen wird es, die für die römischen Jahre geplante Monographie zur europäischen Weingeschichte zu schreiben.<sup>97</sup> Stattdessen will ich versuchen, meine Forschungen in jenen vier Themenbereichen zu einem vorläufigen Abschluss zu bringen, die mich in den letzten Jahren in besonderer Weise beschäftigt haben. In einem Band sollen die historiographischen Arbeiten der letzten Jahre gebündelt werden, welche sich ausgehend von der Institutsgeschichte mit wissenschaftsgeschichtlichen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland im internationalen Kontext beschäftigen.

Zum Zweiten habe ich an ältere Arbeiten zur Universitätsgeschichte angeknüpft und mich besonders mit Ultramontani am Studienort Rom beschäftigt, auch mit Blick auf die römischen Universitäten.<sup>98</sup> Selbst unter Universitätshistorikern ist wenig bekannt, dass in Rom im Mittelalter und der Renaissance zwei Universitäten bestanden. Einmal die Sapienza,<sup>99</sup> die mit zurzeit etwa 150 000 Studierenden als die größte europäische Universität gilt. Daneben existierte die Kurienuniversität, jedenfalls wenn Papst und Kurie sich in Rom aufhielten.<sup>100</sup> Und über beide Universitäten weiß man für die Zeit der Renaissance erstaunlich wenig, was vor allem mit der Quellenlage zu tun hat. Der Sacco di Roma<sup>101</sup> hat da bereits zu erheblichen Verlusten geführt. Ich versuche derzeit, gemeinsam mit italienischen, polnischen und deutschen Kollegen diese Überlieferungslücke partiell zu schließen,

<sup>97</sup> Vgl. zu diesem Thema neben den in Fußnote 7 genannten Publikationen auch: Michael Matheus, „La viticoltura dell’Europa continentale nell’alto medioevo. Continuità e cambiamento in una prospettiva comparativa“, in *Olio e vino nell’alto medioevo* (Spoleto: Presso la Sede della Fondazione, 2007) (Settimane di studio della Fondazione Centro italiano di studi sull’alto medioevo LIV), 256–316; ders., „La viticoltura medievale nelle regioni transalpine dell’Impero“, in *La civiltà del vino. Fonti, temi e produzioni vitivinicole dal Medioevo al Novecento (Atti delle Biennali di Franciacorta 7)*, hrsg. v. Gabriele Archetti (Brescia: Centro Culturale Artistico di Franciacorta e del Sebino, 2003), 91–121.

<sup>98</sup> Vgl. dazu außer den in den Fußnoten 8 und 13 genannten Publikationen: Michael Matheus und Anna Esposito, „Maestri e studenti presso gli studia a Roma nel Rinascimento, con particolare riferimento agli studenti ultramontani“, in *Über Mobilität von Studenten und Gelehrten zwischen dem Reich und Italien (1400–1600) – Della mobilità degli studiosi e eruditi fra il regno e l’Italia (1400–1600), Repertorium Academicum Germanicum (RAG) – Forschungen. Bd. 1*, hrsg. v. Suse Andresen und Rainer C. Schwinges (Zürich: vdf-Verlag (ebook), in Vorbereitung).

<sup>99</sup> Die Sapienza – Università di Roma wurde als älteste Universität Roms im Jahre 1303 von Bonifatius VIII. gegründet. Vgl. „Chi siamo“, offizielle Homepage der Sapienza, <http://www.uniroma1.it/about/default.php> (letzter Zugriff: 12. 4. 2011).

<sup>100</sup> Die Kurienuniversität wurde im Jahre 1245 gegründet als ursprünglich juristische Universität und später erweitert um eine Theologische Fakultät. Obwohl es hier schon seit dem Jahre 1312 Lehrstühle für Griechisch, Arabisch und Hebräisch gab, wurden erst im 15. Jahrhundert die artistische und die medizinische Fakultät gegründet. Vgl. Hastings Rashdall und Frederick M. Powicke, *The Universities of Europe in the Middle Ages. Vol. II* (Oxford: OUP, 1936), 28–31.

<sup>101</sup> Plünderung Roms durch unbezahlte deutsche Landsknechte und spanische Söldner im Dienst Karls V. am und nach dem 6. Mai 1527. Vgl. dazu: Volker Reinhardt, *Blutiger Karneval. Der Sacco di Roma 1527 – eine politische Katastrophe* (Darmstadt: WBG, 2009).

um zu einer Einschätzung der römischen Universitäten sowie des Studienorts im europäischen Kontext zu gelangen. Dabei soll der Blick bewusst über die Institution der Universitäten hinaus auf die Studien- und Bildungsmöglichkeiten in der Ewigen Stadt insgesamt gerichtet werden. Im 15. Jahrhundert lehren in Rom in ganz Europa berühmte Humanisten: Ein Pomponius Laetus<sup>102</sup> genauso wie ein Flavio Biondo<sup>103</sup> und viele andere. Diese werden nördlich der Alpen in humanistischen Kreisen natürlich auch rezipiert. Umgekehrt kommt man auch nach Rom, um bei diesen Humanisten zu studieren. Und trotzdem: Schlagen Sie irgendeine europäische Universitätsgeschichte auf, gelten die römischen Universitäten als medioker, als weitgehend bedeutungslos. Mein Ziel ist zu zeigen, hauptsächlich an Beispielen aus dem Reich, aber auch aus Polen – dort gibt es Kollegen, mit denen ich eng zusammenarbeite –, wie wichtig Rom als Studienort insbesondere in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts und im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts war.

Das dritte Vorhaben hat mit dem genannten Projekt Christen und Muslime in Apulien im 13. Jahrhundert zu tun. Da haben wir jetzt die ersten Publikationen vorgelegt.<sup>104</sup> Die nächste umfangreichere Publikation in italienischer Sprache ist gerade abgeschlossen und wird wohl im nächsten Jahr erscheinen.<sup>105</sup> Gemeinsam mit meinem Schüler Lukas Clemens von der Universität Trier bereite ich zudem einen Band vor, in dem es um die Gemengelage verschiedener Religionen, Ethnien, Sprachen und Kulturen im nördlichen Apulien im 13. Jahrhundert geht (Einheimische Bevölkerung, kleine jüdische Gemeinden, „Deutsche“ im Gefolge der Staufer, südfranzösische Siedler im Gefolge der Anjou und schließlich tausende von Muslimen). Eine solche Konstellation erinnert zwar an aktuelle moderne Entwicklungen, bei genauem Hinsehen stellt man aber fest, dass etwa ein Begriff wie jener der Toleranz nicht angemessen ist; aber eine Untersuchung erscheint gerade auch vor dem Hintergrund aktueller Probleme hoch interessant.

---

<sup>102</sup> Julius Pomponius Laetus (1428–1497), italienischer Humanist und Gründer der Accademia Romana. Vgl. zu ihm: Michael Matheus, „Pomponius Letus e gli Ultramontani“, in *Pomponio Leto e la prima Accademia Romana, Giornata di Studi (Roma, 2 dicembre 2005)*, hrsg. v. Chiara Cassiani und Myriam Chiabò (Roma: Roma nel Rinascimento, 2007), 47–60.

<sup>103</sup> Flavio Biondo [Flavius Blondus] (1392–1463), ital. humanist. Historiker, Autor von *Italia illustrata* (1473) und *Historiarum ab inclinatione Romanorum imperii decades* (1483), gilt als einer der Begründer der modernen Archäologie. Vgl. zu ihm Tobias Daniels, „Flavio, Biondo“, *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Band XXXII* (2011): 449–464, [http://www.bbkl.de/f/flavio\\_b.shtml](http://www.bbkl.de/f/flavio_b.shtml) (letzter Zugriff: 13. 4. 2011).

<sup>104</sup> Vgl. Pasquale Favia, Michael Matheus und Saverio Russo, Hrsg., *Arthur Haseloff e Martin Wackernagel alla ricerca della Capitanata medievale. Fotografie dall'Archivio dell'Università di Kiel* (Foggia: Grenzi, 2010).

<sup>105</sup> Vgl. Lukas Clemens und Michael Matheus, „Musulmani e provenzali in Capitanata nel XIII secolo. I primi risultati di un progetto internazionale e interdisciplinare“, in *Federico II e i cavalieri teutonici in Capitanata: recenti ricerche storiche. Convegno internazionale organizzato dall'Università degli studi di Foggia in collaborazione con l'Istituto Storico Germanico, il Centro di studi normanni-svevi dell'Università di Bari e il Centro interdepartimentale di ricerca sull'Ordine teutonico nel Mediterraneo (CIROTM) dell'Università del Salento (Lecce), Foggia-Lucera, 10–13 giugno 2009*, hrsg. v. Hubert Houben und Kristjan Toomaspoeg (im Druck).

Was uns besonders interessiert, ist eine wüst gefallene Siedlung (Tertiveri) in der Nähe von Lucera, die ich vor einigen Jahren entdeckte, und die mich deshalb interessierte, weil sie den schriftlichen Dokumenten zufolge im ausgehenden 13. Jahrhundert an einen muslimischen Adeligen als Lehen vergeben wurde. Unterdessen wissen wir, dass es sich dabei um eine kleine Bischofsstadt handelt, die wahrscheinlich von den christlichen Bewohnern vor der Übergabe an den muslimischen Miles verlassen worden war. Dank geophysikalischer Untersuchungen konnten wichtige Gebäude dieser Stadt wie die Bischofskirche aufgedeckt werden. Zusammen mit der systematischen Analyse der Schriftquellen ergibt sich als Arbeitshypothese, dass der muslimische Lehensträger begann, diese Bischofsstadt zu seinen Zwecken umzubauen. Dieser vermutete Befund soll im Rahmen einer Grabung im Jahre 2011 verifiziert werden. Die Ergebnisse werden in einem Band publiziert werden, an dem auch mein Beirut-Kollege Leder<sup>106</sup> mitwirken wird, der sich mit den arabischen Quellen auseinandersetzt, die von den Muslimen in Apulien handeln.

Das vierte Vorhaben, an dem ich arbeite, erwächst aus einem abgeschlossenen Aufsatz über Rom als europäischer Erinnerungsort.<sup>107</sup> Daraus soll in den nächsten Jahren eine größere Publikation entstehen.

Zwei Projekte werde ich über meine römische Amtszeit hinaus an der Johannes Gutenberg-Universität, an die ich zurückkehren werde, weiter bearbeiten. Das eine ist das universitätsgeschichtliche Projekt. Wir sind im Moment dabei, eine Kooperation anzubahnen mit dem Repertorium Academicum,<sup>108</sup> das Rainer Christoph Schwinges leitet.<sup>109</sup>

Das Zweite ist ein Projekt, das wir gerade neu aus der Taufe heben: Ninfa, eine untergegangene mittelalterliche Stadt im Süden von Rom. Die Stadt entsteht im 11. Jahrhundert und fällt ab dem 14. Jahrhundert wüst, man weiß bisher nicht weshalb. Gregorovius<sup>110</sup> bezeichnete sie als das mittelalterliche Pompeii. Und sie steht auch noch – in großen Teilen ist die Mauer erhalten, es gibt die Überreste von mehreren Kirchen, zum Teil mit

<sup>106</sup> Stefan Leder, Professor für Arabistik und Islamwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und seit 2007 Direktor des Orient-Instituts Beirut.

<sup>107</sup> Michael Matheus, „Erinnerungsort Rom“, in *Europäische Erinnerungsorte*, hrsg. v. Piem den Boer, Heinz Duchhardt, Georg Kreis und Wolfgang Schmale (im Druck).

<sup>108</sup> Vgl. Repertorium Academicum Germanicum. Die graduierten Gelehrten des Alten Reiches zwischen 1250 und 1550, offizielle Webseite, <http://www.rag-online.org/> (letzter Zugriff: 13. 4. 2011).

<sup>109</sup> Rainer Christoph Schwinges (\*1943), Emeritus der Universität Bern, ist einer der wichtigsten europäischen Experten für die Universitätsgeschichte des Mittelalters.

<sup>110</sup> Ferdinand Adolf Gregorovius (1821–1891), Historiker. Von seinen Werken vgl. v. a.: *Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter. 8 Bände* (EA 1859–1872) und *Wanderjahre in Italien. 5 Bände* (EA 1856–1877). 1876 erhielt er für seine Forschungen als erster Deutscher und als erster Protestant die Ehrenbürgerwürde der Stadt Rom, im gleichen Jahr wurde er zum Mitglied der Accademia dei Lincei gewählt. Vgl. zu ihm: Waldemar Kampf, „Gregorovius, Ferdinand Adolf“, *Neue Deutsche Biographie* 7 (1966): 25–27 (Onlinefassung), <http://www.deutsche-biographie.de/pnd118541951.html> und Henry Simonsfeld, „Gregorovius, Ferdinand“, *Allgemeine Deutsche Biographie* 49 (1904): 524–532 (Onlinefassung), <http://www.deutsche-biographie.de/pnd118541951.htm> (beide letzter Zugriff: 19. 4. 2011).

Freskenresten. Die Ruinenlandschaft wurde im beginnenden 20. Jahrhundert in einen englischen Landschaftsgarten umgewandelt.<sup>111</sup> Es handelt sich um ein weltweit völlig einzigartiges Ensemble, das immer in den Händen einer römischen Adelsfamilie gewesen ist, nämlich der Caetani, die auch mit Bonifaz VIII. einen Papst gestellt haben.<sup>112</sup> Die Familie ist ausgestorben und es gibt jetzt zwei Stiftungen, die davon überzeugt werden konnten, dass es sich lohnt, Ninfa als wissenschaftliches Projekt zu betreiben. Bei diesem Projekt ist auch die Universität Mainz mit im Boot. Derzeit ist eine Publikation in Arbeit, an der mit dem Künstler Christoph Brech einer der ehemaligen Stipendiaten der Villa Massimo<sup>113</sup> beteiligt ist, mit dem wir in den letzten Jahren mehrfach zusammengearbeitet haben. Die Untersuchungen zu Ninfa (Genese und Niedergang einer Stadt am Rande der Sümpfe) wird eingebettet sein in epochenübergreifende, umweltgeschichtlich ausgerichtete Analysen, bei denen sich u. a. die Zusammenarbeit mit Christof Mauch anbietet,<sup>114</sup> der lange das DHI in Washington geleitet hat, und nun seit einigen Jahren in München an der Leitung eines großen umweltgeschichtlichen Zentrums beteiligt ist, das im Moment den Schwerpunkt im 19./20. Jahrhundert hat.

Ninfa liegt am Rande der Pontinischen Sümpfe, die seit der Spätantike entstanden sind und erst in der faschistischen Zeit trockengelegt wurden. Im Grunde hat diese gigantische Maßnahme, die für das faschistische System eine der Prestigemaßnahmen schlechthin war, alles das, was in den zwei Jahrtausenden vorher geschehen ist, aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt. Zum Beispiel: Dass es zu Beginn des 16. Jahrhunderts ein Projekt unter Leo X. gibt,<sup>115</sup> an dem Leonardo da Vinci beteiligt ist, ist nahezu unbekannt. Dass es Jahrhunderte lang immer wieder deutschsprachige, vor allen Dingen flämische, niederländische, aber auch preußische Spezialisten gegeben hat, die in Bonifizierungsprojekten versucht haben, diese Sümpfe trockenulegen, ist weitgehend unerforscht. Mich fasziniert das Thema auch deswegen, weil man hier wieder geradezu paradigmatisch interdisziplinär arbeiten kann. Die Erforschung Ninfas ist ein wichtiger Bestandteil des Gesamtprojekts, weil man vermutlich zeigen kann, dass diesen Sümpfen auch diese Stadt seit dem 14. Jahrhundert zum Opfer fällt. Das ist die Arbeitshypothese: Dass es eben nicht allein Eroberungen waren, wie man in der wenigen Literatur, die es bisher dazu gibt, lesen kann, sondern dass letztendlich Malaria, demographische Entwicklungen, Entstehung von Transhumanz und so weiter die entscheidenden Faktoren für den Niedergang der Stadt waren. Aber die Untersuchungen zu Ninfa sollen eingebunden werden in epochenübergreifende Perspektiven – Goethe fährt zum Beispiel auf seiner Reise durch Italien von Rom aus dorthin und

<sup>111</sup> Vgl. die Homepage der Fondazione caetani, <http://www.fondazionecaetani.org/giardini.php> (letzter Zugriff: 13. 4. 2011).

<sup>112</sup> Bonifatius VIII., eigentlich Benedetto Caetani (1235–1303), war Papst von 1294 bis 1303.

<sup>113</sup> Die Deutsche Akademie Rom Villa Massimo dient der Spitzenförderung deutscher Künstler. Vgl. die offizielle Homepage: <http://www.villamassimo.de/de/index.html> (letzter Zugriff: 12. 4. 2011).

<sup>114</sup> Christof Mauch (\*1960), 1999–2007 Direktor des DHI Washington, 2007–2010 Professor für Amerikanische Kulturgeschichte, seit 2009 Direktor des Rachel Carson Center for Environment and Society an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU), seit 2010 Direktor des Lasky Center for Transatlantic Studies und Forschungsprofessor an der LMU.

<sup>115</sup> Leo X., eigentlich Giovanni di Lorenzo de' Medici (1475–1521), war Papst von 1513 bis 1521.

registriert voller Bewunderung die Trockenlegungsmaßnahmen, die Papst Pius VI. initiiert hat.<sup>116</sup> In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts plante der preußische Major von Donat,<sup>117</sup> zusammen mit deutschen und italienischen Finanziers, ein großes Projekt, um das Gebiet großflächig trockenulegen. Ich habe den Verdacht, dass die Faschisten zum Teil auf solche alten Konzepte zurückgegriffen haben, natürlich dann zum Teil neuere technische Lösungsmöglichkeiten hatten, aber dass das alles in einer sehr viel längeren Tradition steht. Weitere Disziplinen sollen beteiligt werden, wie die Medizingeschichte und die Kunstgeschichte („Die Entdeckung der Sümpfe als Bildthema“). Desgleichen wird die Musikgeschichte eingebunden werden, etwa mit Blick auf die komische Oper „Fra Diavolo“,<sup>118</sup> eines der erfolgreichsten Bühnenstücke des 19. Jahrhunderts, dessen Sujet auch im amerikanischen Stummfilm des 20. Jahrhunderts verarbeitet wurde.<sup>119</sup> Also, es ist faszinierend, was man mit einem solchen Thema interdisziplinär und epochenübergreifend unter kulturgeschichtlichen Fragestellungen erarbeiten kann.

---

<sup>116</sup> Vgl. dazu: Johann Wolfgang von Goethe, „Neapel. Via Appia, Terracina, Fondi (23. Februar 1787)“, in *Italienische Reise* (München: dtv, 1997; EA 1816/17), Kapitel 30, Projekt Gutenberg-DE, <http://gutenberg.spiegel.de/buch/3682/30> (letzter Zugriff: 12. 4. 2011). Pius VI., eigentlich Giovanni Angelo Braschi (1717–1799), war Papst von 1775 bis 1799.

<sup>117</sup> Fedor Maria von Donat (1847–1919), preußischer Major und Offizier. Vgl. auch: Fedor Maria von Donat, „Über die Pontinischen Sümpfe“, *Gesellschaft für Erdkunde: Verhandlungen* 19 (1892): 186–202 sowie Otto Julius Bierbaum, *Eine empfindsame Reise im Automobil* (1903), Kapitel 15: „Von Fregcati bis Neapel (Terracina, den 14. Juni 1902)“, <http://gutenberg.spiegel.de/buch/5018/15> (letzter Zugriff: 14. 4. 2011).

<sup>118</sup> Die Komische Oper „Fra Diavolo“ oder „Das Gasthaus zu Terracina“, von Daniel-François-Esprit Auber auf das Libretto von Eugène Scribe, stammt aus dem Jahre 1830.

<sup>119</sup> (Stan) Laurel and (Oliver) Hardy. Bei dem Film handelt es sich um *The Devil's Brother* (Fra Diavolo) (dt.: Die Sittenstrolche) aus dem Jahre 1933.

## **BUCHBESPRECHUNGEN UND BERICHTE**

---



## **„Die Husák- und die Kreisky-Jahre“**

### **4. Österreichisch-Tschechische Historikertage, 18. und 19. November 2010, Schloss Waidhofen an der Thaya, veranstaltet von der Waldviertel Akademie**

Im Herbst des vergangenen Jahres, am 18. und 19. November 2010, fanden in Waidhofen an der Thaya in Niederösterreich bereits zum vierten Mal die Österreichisch-Tschechischen Historikertage statt. Der Hauptorganisator dieser Veranstaltung war – unter der wissenschaftlichen Leitung von Niklas Perzi – die Waldviertel Akademie, die sich seit dem Jahre 1989 bemüht, die Zusammenarbeit zwischen Österreich und Tschechien mit Hilfe von Projekten, Ausstellungen und Publikationen zu vertiefen. Die Konferenz, die seit 2004 alle zwei Jahre veranstaltet wird, hat in ihrer kurzen Geschichte bereits einen festen Platz im Dialog der österreichischen und tschechischen Historiker eingenommen.

Die Themen der vorherigen Treffen zeigen die Breite der Diskussionsgrundlage zwischen beiden Ländern: Im ersten Jahr wurde die unterschiedliche Entwicklung der Grenzregion Südböhmen/Waldviertel 1945–1989 behandelt, zwei Jahre später präsentierten die Teilnehmer neue Forschungen zur Geschichte der böhmischen Länder vom 16. bis zum 20. Jahrhundert und schließlich 2008 wurde das magische Jahr „8“ in der österreichischen und tschechischen Geschichte des 20. Jahrhunderts diskutiert.

Für die Tagung im Jahre 2010 wurden die 1970er Jahre zum Thema. Wissenschaftler aus verschiedenen Institutionen versuchten, im Rahmen der Veranstaltung mit dem Titel „Die Husák- und die Kreisky-Jahre“ die Ära in beiden Ländern darzustellen sowie nach gesellschaftspolitischen und kulturellen Parallelen und Unterschieden in den beiden Ländern, die in den Zeiten des Eisernen Vorhangs voneinander getrennt waren, zu suchen. Neben der Waldviertel Akademie wirkten bei der Veranstaltung die Universität Salzburg, die Initiative „Kulturen an der Grenze“ und auch die Philosophische Fakultät der Karlsuniversität Prag mit. Unterstützt wurde die Konferenz zudem durch das österreichische Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung bzw. durch das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten sowie von der Aktion Österreich-Tschechische Republik.

Am ersten Tag widmeten sich die Referenten der Politik in den beiden Ländern. Zu den interessantesten Vorträgen gehörten sicherlich der von Oliver Rathkolb, der die Innenpolitik Kreiskys vorstellte, sowie der von Zdeněk Doskočil, der die Normalisierung in der Tschechoslowakei und Gustav Husák als Symbol dieser Zeit thematisierte. Oliver Rathkolb ist Professor am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien und beschäftigt sich hauptsächlich mit der Geschichte Österreichs. Zdeněk Doskočil wirkt zurzeit am Institut für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik (Ústav pro soudobé dějiny AV ČR) und widmet sich der tschechischen und der tschechoslowakischen Geschichte in den Jahren 1945–1989.

Der Nachmittag des ersten Tages gehörte der „linken Opposition“ (Siegfried Mattl, Jaroslav Pažout) in den beiden Ländern. Mit dem Begriff „Linke Opposition“ meint man in Österreich vor allem junge Leute, zumeist Studenten, die Modernisierung und Reformen wollten. Obwohl die SPÖ damals wie eine progressive Partei wirkte, sei Kreisky nicht

imstande gewesen, dieses neue Denken zu fassen, so Mattl. Ganz unterschiedliche Meinung hätten etwa „die linke Opposition“ und Kreisky zur Atomenergie bzw. zum Atomkraftwerk Zwentendorf gehabt. Man dürfe auch nicht vergessen, so Mattl, dass dieses am Anfang nicht so stark organisierte Milieu zur späteren Grundlage für die Anti-AKW-Bewegung oder die Grün-Alternative Partei geworden sei. Siegfried Mattl ist tätig als Dozent am Institut für Geschichte und Gesellschaft in Wien, seine Schwerpunkte in der Forschung sind vor allem Zeitgeschichte, Stadt-Kultur und Mediengeschichte. Jaroslav Pažout unterrichtet als Oberassistent am Institut für Geschichte der Technischen Universität in Liberec, beschäftigt sich mit tschechoslowakischer Geschichte von den 1960er bis zu den 1980er Jahren. Der erste Tag wurde mit einer Debatte und einem bedeutenden Gast beschlossen, dem ehemaligen ÖVP-Obmann Josef Taus, der 1975 und 1979 den Wahlkampf gegen Kreisky geführt hatte.

Am nächsten Tag wurden Beiträge zum Thema Kultur vorgetragen. Zu den eindrucksvollsten Vortragenden gehörte sicher Michael Huber, der an der Wiener Universität für Musik und darstellende Kunst lehrt und sich mit der gesellschaftlichen Rolle des Musikhörens im Internet-Zeitalter beschäftigt. Dr. Huber stellte den Austropop vor. Diese musikalische Strömung entwickelte sich seit den 1960er Jahren in Österreich als Gegenentwurf zu den damals beliebten romantischen Schlagern. Beim Austropop, so Huber, gehe es nicht um Liebe und Romantik, sondern um aktuelle Themen des Alltags, die diskutiert werden sollten, wie zum Beispiel das Thema der Gastarbeiter. Dieser Stil sei bei jungen Menschen sehr populär gewesen, was auch zu Generationskonflikten geführt habe.

Der Architekt, Kunstkritiker und Mitbegründer des Forums für experimentelle Architektur „KulturAXE“, Jan Tabor, der ursprünglich aus Tschechien stammt und sich mit Kunst und Diktatur befasst, sprach über die Architektur dieser Zeit und präsentierte anhand von Fotos funktionalistische Bauten in Tschechien und in der Slowakei, wie etwa die Slowakische Nationalgalerie des Architekten Dědeček in Bratislava. Andere Vorträge von Veronika Seidlová bzw. Helena Srubar beschäftigten sich zum Beispiel mit dem Phänomen Karel Gott oder mit Fernsehserien wie „Märchenbraut“ und „Pan Tau“, die sowohl in der Tschechoslowakei als auch im Westen beliebt gewesen seien. Frau Seidlová wirkte unter anderem als Kuratorin der früheren Ausstellung *Beatlemánie!* im Tschechischen Museum der Musik. Helena Srubar ist eine Autorin, die sich schon in ihrer Dissertation mit dem Thema „Pan Tau“ befasste.

Niklas Perzi, der die ganze Konferenz durchführte und auch an beiden Tagen moderierte, stellte in seinem Beitrag das Projekt „Stories“ vor, in dem ausgewählte Städte und Dörfer in beiden Ländern mit dem Ziel untersucht werden, den österreichischen und den tschechoslowakischen Weg zur Moderne zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem Jahre 1989 nachzuvollziehen. Die lebhaften Diskussionen während der Veranstaltung haben unterstrichen, dass die Historikertage ihre Rolle als Plattform für Gespräche über gemeinsame Themen erfüllen. Als Ergebnis dieser Konferenz konnten die Teilnehmer die genannte Ära mit sehr unterschiedlichen Schwerpunkten in beiden Ländern vergleichen.

*Eva Hudzieczková, Jiřina Kynclová*

Peter Demetz, **Mein Prag. Erinnerungen 1939 bis 1945**. Aus dem Englischen von Barbara Schaden. Wien: Paul Zsolnay Verlag, 2007, 399 S. ISBN 978-3-552-05407-3

Der Literaturwissenschaftler und gebürtige Prager Peter Demetz hat nach seinem 1998 erstmals auch auf Deutsch erschienenen *Prag in Schwarz und Gold*<sup>1</sup> ein weiteres Buch zur Geschichte der Stadt Prag vorgelegt, diesmal jedoch in seiner Eigenschaft als Zeitzeuge. Dass die deutsche Ausgabe des Textes gar früher als die amerikanische Originalausgabe erschien, ist insofern bemerkenswert, als dass das Buch explizit für eine amerikanische Leserschaft (S. 15) geschrieben ist. Offensichtlich hat es nach Meinung des Verlags jedoch das Potential, im deutschsprachigen Raum eine mindestens ebenso große Leserschaft anzusprechen. Der Vorabdruck eines Kapitels in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 1. 9. 2007 sowie zahlreiche weitere Besprechungen in der Tages- und Fachpresse gaben dem Verlag Recht.

Noch etwas anderes aber ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert: Trägt das Buch in seiner deutschen Variante den schlichten Titel *Mein Prag. Erinnerungen 1939 bis 1945* (auf dem Umschlag gar nur *Erinnerungen*) und zeigt das Titelbild eine etwas unscharfe Aufnahme des Autors aus seiner Prager Zeit, so lautet die amerikanische Originalausgabe ungleich dramatischer: *Prague in Danger. The Years of German Occupation, 1939-1945: Memories and History, Terror and Resistance, Theater and Jazz, Film and Poetry, Politics and War*.<sup>2</sup> Dieser Titel wurde auch im Tschechischen im Wesentlichen beibehalten.<sup>3</sup> Auf dem Titelbild prangt statt des Autors eine bekannte Aufnahme Adolf Hitlers, der von der Prager Burg auf die besetzte Stadt schaut, bzw. marschiert die SS in einer Parade über den Burghof. Diese Nuancenverschiebung ist bezeichnend und deutet auf die verschiedenen Befindlichkeiten hin, wenn es um die Stadt Prag und die Geschichte Böhmens in dieser Zeit geht, was aus deutscher Sicht insbesondere für das Ende dieses Zeitraums gilt.

Demetz, Jahrgang 1922 und Spross einer für die Prager Gesellschaft dieser Zeit schon fast prototypischen liberalen, deutsch-tschechischen, jüdisch-katholischen Familie (mit dem Vater, Dramaturg am Prager Neuen Deutschen Theater und später, bis 1933, Leiter der Vereinigten deutschen Bühnen in Brünn, sprach er Deutsch, mit der Mutter Tschechisch), möchte mit diesem Buch „einen öffentlichen Bericht über die Prager Gesellschaften während der Okkupation“ und zugleich seine „private Geschichte“ vorlegen. (S. 10) Hierbei bediene er sich der „Vorgehensweise des Historikers“, ohne jedoch persönliche Erlebnisse auszuklammern. Umgesetzt wird dieses Konzept durch einen Perspektivwechsel, der mithilfe gesonderter Kapitel gekennzeichnet wird, die sich auch typographisch vom Haupttext abheben. Schon an dieser Stelle darf bedauernd angemerkt werden, dass Demetz insofern seinen Historikerkollegen folgt, auf deren Werken seine Darstellung basiert (eine

<sup>1</sup> Peter Demetz, *Prag in Schwarz und Gold. Sieben Momente im Leben einer europäischen Stadt*. Aus dem Amerikan. von Joachim Kalka (München-Zürich: Piper, 1998).

<sup>2</sup> Peter Demetz, *Prague in Danger. The Years of German Occupation, 1939-1945: Memories and History, Terror and Resistance, Theater and Jazz, Film and Poetry, Politics and War* (New York: Farrar, Straus and Giroux, 2008).

<sup>3</sup> Peter Demetz, *Praha ohrožená 1939-1945. Politika, kultura, vzpomínky* (Praha: Mladá Fronta, 2010).

vollständige, teils knapp kommentierte Bibliographie findet sich am Ende des Buches), als dass der faktographische Teil sich weniger, wie angekündigt, mit der Prager Gesellschaft in ihrer Vielfalt als vielmehr vor allem mit der politischen Geschichte des Protektorats beschäftigt, die er jedoch immerhin um Aspekte des kulturellen und alltäglichen Lebens erweitert. Erwähnenswert sind hier vor allem die Schilderungen der Prager Theaterszene sowie die Einblicke in den praktischen Alltag der segregierten Stadt. Mit seiner hervorragend ironisch-distanzierten Erzählung bietet er eine für die allgemeine Leserschaft gut verdauliche Zusammenfassung der wichtigsten Momente. Neue Erkenntnisse gewinnt der etwas mit der Materie vertraute Leser allerdings kaum. Dies ist umso bedauerlicher, als dass der viel aufschlussreichere und interessantere Memoirenteil des Buches lediglich ein gutes Viertel der Gesamtdarstellung ausmacht.

Demetz gliedert seine Darstellung in – mehr oder weniger chronologische – vier Teile, die den Schwerpunkten der bisherigen Protektoratsforschung folgen: Einmarsch, Beginn des Protektorats 1939–1941, Terror und Widerstand, Ende des Protektorats. Er schildert zunächst die Zerschlagung der „Rest-Tschechei“, die zugleich auch das Ende der deutschen liberalen Institutionen bedeutete, die Anpassungsstrategien, die auf verschiedenen Seiten nun einsetzten, und verdeutlicht anschaulich anhand eigener Erinnerungen, wie die deutsche Okkupation bzw. das neue Regime die bisher zwar vorhandenen, aber mehr oder weniger durchlässigen Trennlinien zwischen den verschiedenen Prager Gesellschaften – der tschechischen, deutschen und der traditionell in der Rolle des Mittlers stehenden jüdischen – „zu fatalen Grenzen“ verhärtete. (S. 80) In der Tat besiegelte diese nunmehr erzwungene, zunehmend auch durch Äußerlichkeiten (u. a. Uniformen, Judenstern) kenntlich gemachte Segregation das Ende des alten Prag, das durch die Geschehnisse am Ende des Krieges nurmehr zementiert wurde.

Das Bild, das Demetz auf Grundlage der bisherigen Forschung für die ersten Jahre des Protektorats zeichnet, ist dasjenige einer Gesellschaft in einer Extremsituation, die spätestens mit dem Münchener Abkommen und der ihm nachfolgenden sog. Zweiten Republik einsetzte. Zwar kam es in den ersten Monaten der Okkupation noch zu nationalen Massenveranstaltungen oder Demonstrationen; trotz einzelner Akte der Auflehnung gegen die neuen Vorschriften (S. 108) führte die allmähliche, erzwungene Übernahme und gewaltsame Durchsetzung reichsdeutscher Gesetze jedoch bald zur radikalen Exklusion vor allem der Juden, die sich damals mehrheitlich tschechisch bzw. tschechoslowakisch definierten, aus dem öffentlichen Leben (antisemitische Maßnahmen vor allem im öffentlichen Sektor hatte es, wie Demetz richtig anmerkt, in vorausweisendem Gehorsam auch schon in den Monaten zwischen „München“ und der deutschen Okkupation gegeben, S. 103).

Der immer gegenwärtige Terror und die damit verbundene Angst jedoch führten dazu, dass nur wenige tatsächlich den Schritt in den Widerstand wagten. Dies wird auch an einer kleinen Episode deutlich, die Demetz aus seiner Erinnerung schildert und die ihn offensichtlich bis heute beschäftigt (S. 162f.): So wurde er von seiner Tante gebeten, eine Browning aus einer Wohnung zu entfernen, die sie einem Sekretär der polnischen Botschaft vermietet hatte. Der damals Siebzehnjährige gerät in den Zwiespalt, ob er die Waffe an eine

Bekannte im Widerstand weiterleiten oder, ob der Gefahren, die dieses Unternehmen birgt („Tatsächlich wurden Menschen schon für geringere Verbrechen hingerichtet“), sie lieber in der Moldau verschwinden lassen soll. Er entscheidet sich schließlich mit schlechtem Gewissen für Letzteres. Erst einige Jahre später, so Demetz, sei seine Selbstachtung wiederhergestellt worden, als er wegen „illegaler Tätigkeit“ festgenommen wurde.

In seiner Darstellung beschäftigt sich der Autor auch mit den Protagonisten der Protektoratspolitik, wobei Konstantin von Neurath, der fast als ein Reichsprotektor wider Willen geschildert wird (S. 94–101), erstaunlich gut wegkommt. Der Autor verschweigt allerdings nicht, dass auch Neurath ebenso wie der spätere Staatsminister Karl Hermann Frank Befürworter einer Nachkriegs-„Germanisierung“ der „rassisch akzeptablen Tschechen“ war. (S. 169) Die milde Beurteilung Neuraths erklärt sich wohl nicht zuletzt aus der Konzentration der bisherigen Forschung auf die mit der Person seines, durch Hitler 1941 ernannten „Stellvertreters“ und damit Quasi-Nachfolgers Reinhard Heydrich verbundene „Schreckenszeit“ des Protektorats: „Als Heydrich Ende September 1941 in Prag ankam, rief er innerhalb weniger Stunden das Kriegsrecht aus, und eine Welle von Exekutionen, die wochenlang anhielt, setzte ein – die Liste der Opfer hatte er schon in Berlin vorbereitet.“ (S. 181)

Die Heydrich'sche Politik und vor allem die nun einsetzende Terrorwelle schildert Demetz in einem weiteren Kapitel (S. 225–232): Verhaftungen, Todesurteile und die kurz nach Heydrichs Ankunft einsetzenden Deportationen der jüdischen Bevölkerung des Protektorats (Prag war die mit Abstand größte Gemeinde, etwa die Hälfte aller Juden lebten hier) prägten diese Zeitspanne. Zugleich versuchte Heydrich durch eine Reihe von Maßnahmen, Obstruktion und Widerstand zu minimalisieren und die Produktivität der kriegswichtigen Industrien zu steigern. Das gelang ihm jedoch höchstens zum Teil. Schon in der kurzen Schilderung des Heydrich'schen Werdegangs (S. 176ff.) wird dem Leser vor Augen geführt, dass der Chef des Reichssicherheitshauptamtes vor allem ein knallharter Karrierist und Meister der Selbstinszenierung war. Dass er das öffentliche Leben des Protektorats keineswegs so im Griff hatte, wie er es die Zentrale in Berlin durch das harte Durchgreifen glauben machen wollte, bestätigen auch die in diesen Zeitraum eingebundenen Erinnerungen des Autors über seinen Arbeitseinsatz im Reich bzw. seine daran anschließende Arbeit in einer Buchhandlung sowie die Ausführungen zum „Protektoratsjazz“, dem auch schon Josef Škvorecký u. a. mit seinem *Baßsaxophon* ein Denkmal gesetzt hat.<sup>4</sup>

Dennoch, die Lage für die Juden in Böhmen und Mähren wurde immer verzweifelter, und auch für einen „Halbjuden“ wie Demetz wurden die (Über-)Lebensbedingungen schwieriger, der Bewegungsspielraum sprichwörtlich enger. Die wenigen Freiräume, die es zuvor noch gegeben hatte, verschwanden. Zu den einprägsamsten Kapiteln des Buches gehört „Abschiede“ (S. 232ff.), in dem Demetz unter anderem schildert, wie er und seine

<sup>4</sup> Auf Deutsch erschien die Erzählung vor einigen Jahren zusammen mit weiteren in der Tschechischen Bibliothek der Deutschen Verlags-Anstalt unter dem Titel: *Das Baßsaxophon. Jazz-Geschichten* (München: DVA, 2005). Zum Thema Jazz im Protektorat vgl. auch die Dissertation von Petr Koura, *Swingová mládež a okupační moc v protektorátu Čechy a Morava* [Die Swing-Jugend und die Besatzungsmacht im Protektorat Böhmen und Mähren] (Diss. Karls-Universität Prag, 2010).

jüdische Mutter, die zum Tragen des Judensterns verpflichtet war, sich gerade diese Freiräume hin und wieder herausnahmen – indem die Mutter etwa den Stern mit der Handtasche verdeckte, um doch in einem der für Juden verbotenen Prager Parks zu spazieren oder heimlich ins Kino zu gehen. Dies war jedoch mit enormen Risiken verbunden, denn die Denunzierungen waren allgegenwärtig und hatten in der Regel den sofortigen Transport zur Folge, wie Demetz am Beispiel seines Freundes Hans W. Kolben und dessen Familie verdeutlicht. (S. 219ff.)

Die Abschiedsszene mit der Bekannten Eva L., die sich vor ihrem Transport nach Theresienstadt drei junge Männer einlädt, um mit ihnen zu schlafen (S. 234), demonstriert das Extreme und die tragische Absurdität der Situation ebenso wie die Verabschiedung des später in Auschwitz ermordeten Bruders von Egon Erwin Kisch: Der deutsch-jüdische Nationalliberale Paul Kisch empfängt den Autor im Herbst 1943 als alter Mann, „auf dem Sofa, reglos, doch im Kostüm seiner deutschen schlagenden Studentenverbindung von 1910, mit Handschuhen, Federbusch und Säbel, ein steinerner Gast aus einer anderen Zeit, vielleicht von einem anderen Planeten“. (S. 235) Sein kommunistischer Bruder Egon überlebte im Exil, kehrte erst nach dem Krieg nach Prag zurück und starb kurz nach der kommunistischen Machtübernahme 1948 – „gerade rechtzeitig, um nicht zusammen mit anderen Juden, die hochrangige Positionen in der kommunistischen Hierarchie besetzten, und Helden des spanischen Bürgerkriegs von den eigenen Genossen in die Prager Schauprozesse gezerrt und der zionistischen und imperialistischen Verschwörung gegen die sozialistische Gesellschaft angeklagt zu werden“. (S. 236)

Demetz' eigene Mutter und Großmutter werden zunächst in das alte Prager Judenviertel Josefov umgesiedelt, bevor auch sie schließlich den Transportbefehl erhalten. (S. 276ff.) Die Schilderung des Autors, wie er die Mutter im Juli 1942 zur Sammelstelle auf dem Prager Messegelände begleitet (in eine große Halle, „die fast die Ausmaße eines Fußballplatzes hatte“, S. 280), ist besonders erschütternd. Nicht nur, weil man ahnt, wie die Geschichte endet (die Mutter verstarb ein knappes Jahr später in Theresienstadt, ebenso wie ihre Mutter und Schwester), sondern weil sie die grausame Parallelität der Welten veranschaulicht: Auf der einen Seite die für jedermann wahrnehmbare Katastrophe der jüdischen Bevölkerung (selbst die Fahrt zum Sammelplatz erfolgte öffentlich in der Straßenbahn), auf der anderen Seite die alltägliche, scheinbare Normalität derjenigen, die nicht persönlich betroffen sind – die Chefin, die erlost ist über den Sonderurlaub ihres Angestellten, die Fahrgäste in der Straßenbahn, die sich beschwerten oder wegschauen, oder die Straße direkt an der Messehalle, „wo Autos und Trambahnen fahren, die Leute vom Büro nach Hause gingen“. (ebenda)

Diese Parallelität kommt in gewisser Weise auch zum Ausdruck in der Schilderung der fast zweijährigen, verbotenen Liebe des Autors zu einer Sudetendeutschen – sie führen eine „Beziehung“, kommen sich aber (zumindest körperlich) doch nicht näher und treffen sich zu Spaziergängen, zum Kaffee oder anderem außerhalb bzw. am Rande ihrer eigentlichen Alltagswelt, um nicht erkannt und denunziert zu werden. (S. 299) Die Beziehung endet tragisch: Während Demetz als „Halbjuden“ seit 1944 eine Odyssee durch verschiedene Lager absolviert, kommt seine Freundin bei einem der verirrten Luftangriffe der Alliierten auf Prag im Februar 1945 ums Leben.

Wie sehr sich die Lager und der Hass unüberwindbar verfestigt hatten, zeigen die Wirren am Kriegsende. Auf Basis der jüngsten Forschungen<sup>5</sup> führt Demetz dem Leser die Gewalt auf beiden Seiten vor Augen: „Patriotische Bilder von der Befreiung [...] ignorieren [...] oft, was in Prag, Paris und anderswo auf den Straßen und Plätzen geschah, als zerlumpete Kollaborateure, ob echt oder nicht, und Deutsche, Soldaten wie Zivilisten, unterschiedslos getötet wurden. Die letzten Schlachten des Krieges waren keine Schule der Menschlichkeit, sondern der blutigen Rache, und die deutschen Soldaten, vor allem die SS-Truppen, [...] kämpften mit mittelalterlicher Brutalität.“ (S. 372)

Insgesamt bietet das Buch dem interessierten Leser einen gut lesbaren Überblick über wichtige Aspekte der Protektoratspolitik und darüber hinaus Einblicke in das Leben unter der Besatzung. Dass dieses aus der sehr persönlichen Perspektive eines quasi zwischen allen Stühlen Stehenden geschildert wird, macht die Darstellung besonders wertvoll. Es ist daher schade, dass der Autor seinen Erinnerungen nicht mehr Raum gegeben hat. Dabei muss er sie nicht einmal sonderlich reflektieren, wie an anderer Stelle gefordert wurde<sup>6</sup> – das ist nicht in erster Linie die Aufgabe eines Zeitzeugen oder Memoirenschreibers. Aber für die Nachgeborenen, denen sonst nur mehr oder weniger offizielle Quellen zur Verfügung stehen, um sich ein Bild dieser Zeit zu machen, sind Erinnerungen, und seien sie noch so vermeintlich banal, ein wichtiges Hilfsmittel, um eine andere Sichtweise, um andere Bereiche „der Geschichte“ kennenzulernen.

Für die noch immer eher karge Forschung gerade zum Alltag im Protektorat, vor allem in der Hauptstadt Prag, wären Demetz' Erinnerungen auch zu anderen Aspekten des Alltagslebens (etwa der Wohnsituation, der Versorgungslage etc.) sicher eine höchst wertvolle Quelle. Sie sind es aber auch so, und es ist das gute Recht eines jeden Zeitzeugen, diejenigen Erinnerungen auszuwählen, die er der Öffentlichkeit präsentieren möchte. Manche drängen sich offenbar von alleine in den Vordergrund, wie etwa stark emotionale Erlebnisse, von denen es im Buch einige gibt – wenn sie auch, vielleicht gerade aufgrund der Bedeutung für den Autor, eher nüchtern geschildert werden; andere müssen zusätzlich recherchiert werden (wie etwa die Kapitel zur Familiengeschichte). Dazu gehört auch, dass diese Erinnerungen bisweilen wie unzusammenhängende Fetzen erscheinen und die Struktur des gesamten Buches, obwohl prinzipiell chronologisch aufgebaut, dadurch manchmal etwas verwirrend ist. Aber so funktioniert das Gedächtnis – auch das Leben ist bekanntlich keine einheitliche „Meistererzählung“, sondern besteht aus vielen einzelnen Episoden, die scheinbar nicht zusammenhängen, es irgendwie aber doch tun und das konstituieren, was wir „Erfahrungshorizont“ oder „Identität“ nennen. Der faktographische Teil hat, wie Alena Wagnerová in ihrer Rezension treffend bemerkte, in diesem Kontext offensichtlich eine

<sup>5</sup> Vgl. zum Kriegsende in Prag v. a. Stanislav Kokoška, *Praha v květnu 1945. Historie jednoho povstání* (Praha: Lidové noviny, 2005). Auf Deutsch erschienen unter dem Titel: *Prag im Mai 1945. Die Geschichte eines Aufstandes* (Dresden: V&R, 2009).

<sup>6</sup> Melissa Feinberg, Rezension des Buches *Prague in Danger: The Years of German Occupation, 1939–1945: Memory and History, Terror and Resistance, Theater and Jazz, Film and Poetry, Politics and War*, von Peter Demetz, *H-German, H-Net Reviews*, Mai 2008, <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=14542> (letzter Zugriff: 31. 3. 2011).

Entlastungsfunktion für den Autor: „Der emotionale Überdruck im Eigenen schafft sich ein Ventil im Allgemeinen.“<sup>7</sup>

Das umfangreiche Echo auf das Buch im deutschen, englischen und tschechischen Sprachraum<sup>8</sup> zeigt zum einen, dass auch über die Fachwelt hinaus an diesem Thema großes Interesse besteht; zum anderen aber auch, wie gering das Wissen über das Alltagsleben im Protektorat bzw. über die Geschichte Prags in dieser Zeit eigentlich ist. Diese Lücke systematisch zu schließen, ist jedoch Aufgabe des Historikers, nicht des Zeitzeugen.

Nina Lohmann

Michal Dimitrov, **Integrace imigrantů v Rakousku po roce 1990 na příkladu integrační politiky spolkového hlavního města Vídně** [Die Integration von Zuwanderern in Österreich nach 1990 am Beispiel der Integrationspolitik der Bundeshauptstadt Wien]. Praha: Matfyzpress, 2010, 169 S. ISBN 978-80-87404-00-3

Das neu erschienene Buch von Michal Dimitrov liefert einen Beitrag zum höchst aktuellen europäischen Integrationsdiskurs. Die Erfahrung mit Migration stellt Europa in seiner Gänze vor die neue, primär praktische Frage, wie mit Einwanderung umgegangen werden soll und welche Lösungskonzepte am effektivsten wären. Eine andere Frageebene betrifft die Werte- und Glaubensdebatte, insbesondere im Zusammenhang mit der Integration von aus außereuropäischen Ländern stammenden Migranten. Das Ganze ist ein Problemkomplex, dessen Lösung heutzutage in mehreren Teilen Europas teilweise zu scheitern droht, wie die Debatten der letzten Monate etwa in der Bundesrepublik Deutschland oder in Großbritannien erneut gezeigt haben (vgl. etwa integrationspolitische Aussagen von David Cameron und Angela Merkel über das Scheitern des Multikulturalismus oder von Christian Wulff über die Zusammengehörigkeit von Deutschland und dem Islam).<sup>1</sup>

<sup>7</sup> Alena Wagnerová, „Herzblut und Distanz – Peter Demetz erinnert sich an das Leben im Protektorat Böhmen und Mähren“, *Neue Zürcher Zeitung*, 14. November 2007.

<sup>8</sup> Vgl. u. a. die zahlreichen Rezensionen in der Presse: Christoph Bartmann, „Wie man den Röntgenblick lernt: Peter Demetz erinnert sich an sein Leben in Prag in den Jahren 1939 bis 1945“, *Süddeutsche Zeitung*, 8. Dezember 2007; Ingeborg Harms, „In der Not drängen sich die Geschichten“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. Oktober 2007; Jiří Gruša, „Sein Prag“, *Die Welt*, 6. Oktober 2007; Bradley Abrams, „Under Siege: A Czech-born historian's personal chronicle of a great city under the yoke of occupation“, *The Washington Post*, 13. Juli 2008; Martin Rubin, „Prague in Danger“, *The Washington Times*, 20. April 2008; John Banville, „The Invader Wore Slippers“, *The New York Review of Books*, 28. Mai 2009; Katie Trumpener, „Drowning Out the Newsreel“, *London Review of Books*, 12. März 2009; Jindřich Pokorný, „Dvojhlasá válečná fuga“, *Lidové noviny*, 21. Juni 2008; Petr Fischer, „Protektorát v Demetzově hologramu“, *Hospodářské noviny*, 30. Juli 2008.

<sup>1</sup> Zusammenfassend vgl. „Wie Großbritannien Multikulti begraben will“, *WeltOnline*, 6. 2. 2011, <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article12465008/Wie-Grossbritannien-Multikulti-begraben-will.html>; „Vielfalt schätzen – Zusammenhalt fördern“. Siehe auch „Die Rede von Bundespräsi-

Die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung um Migration und Integration zeigt, dass sich Europa auf der Suche nach neuen Konzepten zur Bewältigung und Organisation von Zuwanderung und Integration befindet.

Auch die Tschechische Republik wird langsam zu einem Einwanderungsland: Während der letzten zehn Jahre hat sich die Zahl der Ausländer im Lande verdoppelt und die tschechische Politik steht vor der Aufgabe, von den früheren Fehlern vieler westeuropäischer Staaten zu lernen und eine rechtzeitige Integrationspolitik auf der nationalen sowie auf der kommunalen Ebene festzuschreiben. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich Dimitrov in seinem Buch mit der Integrationsproblematik von Zuwanderern im Nachbarland Österreich im Zeitraum 1990–2008. Seine Fallstudie ist dabei auf die Integrationspolitik der Bundeshauptstadt Wien, und zwar in der Perspektive der parteipolitischen Auseinandersetzung der im Wiener Landtag bzw. im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien (SPÖ, ÖVP, Die Grünen und FPÖ), fokussiert.

Die Zuwanderung nach Österreich und vor allem nach Wien wurde schon in der Habsburger Zeit zu einer der wichtigsten politischen Kernfragen. Vor dem Ersten Weltkrieg war die Hauptstadt der Donaumonarchie mit mehr als zwei Millionen Einwohnern als Schmelztiegel der Nationalitäten bekannt, dies mit allen Vorteilen und Nachteilen der de facto multiethnischen Gesellschaft, die einem hohen politischen und gesellschaftlichen Germanisierungs- bzw. Assimilationsdruck ausgesetzt war. Nach dem Ende des Weltkrieges, dem Zerfall der Monarchie und der Gründung vieler Nachfolgestaaten wurde Österreich zum Auswanderungsland und in Folge der Entwicklungen in den 1930ern und 1940ern zu einem ethnisch weitgehend homogenen Nationalstaat. Das österreichische Wirtschaftswunder in den 1960er Jahren verwandelte die Zweite Republik in ein Einwanderungsland – die Wirtschaft brauchte Arbeitskräfte, die im Lande nicht mehr zu finden waren. Bis zum Jahre 1973 strömten nach Österreich und gerade nach Wien zehntausende Gastarbeiter und viele von ihnen – ähnlich wie in anderen westeuropäischen Staaten – kehrten nie wieder in ihre Heimatländer zurück. Die Einwanderung veränderte die ethnische sowie demographische Bevölkerungsstruktur Österreichs und insbesondere Wiens, wo sich fast die Hälfte aller Ausländer konzentrierte. Nach den politischen Veränderungen der Jahre 1989 und 1990 und der darauf folgenden Instabilität im Südosten Europas gehörte Wien (wie Österreich insgesamt) zu den Zentren der Immigration, die vorübergehend massiver und auch illegaler war als je zuvor. Die Themen Migration und Integration sind seit dieser Zeit ganz oben auf der politischen Agenda.

Das hier besprochene Buch beschäftigt sich aus politikwissenschaftlicher Perspektive systematisch mit diesem vielschichtigen und komplexen Thema der Integration. Im theoretischen Teil werden die Begriffe Integration und Integrationspolitik definiert sowie die Hauptakteure und ihre Kompetenzen im allgemeinen Sinne erläutert (S. 15–27). Weiter analysiert Dimitrov das eigentliche Thema auf drei Ebenen – auf der Ebene der österreichischen Bundespolitik (S. 32–46); auf der Ebene des Wiener Magistrats (S. 47–65) sowie auf

---

dent Christian Wulff zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010“, <http://www.bundespraesident.de/-,2.667040/Rede-von-Bundespraesident-Chri.htm> (letzter Zugriff: 6. 2. 2011).

der Ebene der Debatten im Wiener Gemeinderat und im Wiener Landtag zu den wichtigsten Themen der lokalen Integrationspolitik (S. 66–89).

Vor der eigentlichen Analyse des Wiener Beispiels beschreibt Dimitrov für die Bundesebene die Entwicklung der Integrationspolitik seit der Anwerbung der ersten Gastarbeiter zu Beginn der 1960er Jahre. In Österreich wurde für die Gastarbeiter ein ähnliches Modell wie in Deutschland angewandt, das auf der Idee einer Rotation von Arbeitskräften und de facto auf einer Nicht-Integration basierte. Wie die Entwicklung bereits in den 1970er und 1980er Jahren zeigte, scheiterte diese Politik insbesondere bei den größten Zuwanderergruppen: bei den Bürgern aus dem damaligen Jugoslawien und bei den Türken sowie auch bei den als Asylanten eingewanderten Polen. Nach 1990 veränderten sich zudem die Herkunftsregionen der Zuwanderer: Nunmehr kamen viele Personen aus Krisenregionen in der ganzen Welt – nicht nur aus dem zerfallenden Jugoslawien, sondern auch aus arabischen Ländern, aus Osteuropa oder aus Zentralasien (Afghanistan, Pakistan). Ein deutlicher Anstieg der Migrantenzahlen erfolgte vor allem zu Beginn der 1990er Jahre. Die Folge dieser raschen und für die konservativen österreichischen Kreise unerwünschten Entwicklung war bereits seit dem Ende der 1980er Jahre eine steigende Unterstützung für die FPÖ, die sich unter der Führung von Jörg Haider zu einer rechtsextremistischen Partei wandelte. Die österreichische Integrationsdebatte, schließt Dimitrov, stehe bis heute unter dem Einfluss dieser Entwicklung, und migrationspolitische Regelungen gehörten in vielen Bereichen nach wie vor zu den strengsten in der ganzen EU.

Die folgenden Kapitel, die sich der Integrationspolitik des Bundeslandes bzw. der Gemeinde Wien widmen, zeigen, dass die Zuwanderungsfrage eine riesige Herausforderung vor allem für die österreichische Hauptstadt darstellt, wo sich die meisten Zuwanderer in Österreich konzentrieren. Hiermit sind viele partielle Probleme verbunden – vor allem geht es um eine Lösung der Wohnungsfrage, um Probleme im Bereich des Schulwesens, um Sozialleistungen und natürlich auch um den Arbeitsmarkt. Seit 1990 leben in Österreich zehntausende Zuwanderer, die sich im Lande auf Dauer niederließen und in ihre Heimatländer faktisch nicht mehr zurückkehren werden. In diesem Falle ist die einzige Lösung, sowohl für die Zuwanderer – mittlerweile in zweiter und auch dritter Generation – als auch für die österreichische Gesellschaft, eine erfolgreiche, dauerhafte Integration: Zehntausende von Migranten in Wien entschieden sich in den 1990er Jahren für die österreichische Staatsbürgerschaft. Als Reaktion verschärfte jedoch die Bundesregierung seit 1998 in mehreren Schritten die staatsbürgerschaftsrechtlichen Regelungen und zentralisierte den Prozess der Erteilung der Staatsbürgerschaft, was bei den Bundesländern zu einem Verlust ihrer relativen Autonomie in dieser Sache führte.

Im Kontext der parteipolitischen Auseinandersetzung um das Thema Integration geht Dimitrov der Frage nach, inwieweit die Wiener SPÖ, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der Bundeshauptstadt zumeist über eine absolute Mehrheit verfügte (mit Ausnahme der Wahlperiode 1997–2002), ihre Rhetorik in Bezug auf Chancengleichheit für die zugewanderte Bevölkerung tatsächlich politisch umsetzte. Dabei wird die Politik der Partei in sieben Schlüsselbereichen für die lokale und kommunale Integrationspolitik (mit Rücksicht auf die Kompetenzen von Wien als Bundesland und zugleich

als größter Gemeinde Österreichs) analysiert: Einbürgerungspolitik, politische Partizipation auf der lokalen Ebene (insbesondere kommunales Wahlrecht), Zugang zu Sozialleistungen (Gemeindewohnbau und Sozialhilfe), Schulpolitik, Sprachförderung und Diversitätsmanagement.

Die SPÖ regiert in Wien ununterbrochen seit 1945 und propagiert ihre auf Chancengleichheit und Diversität orientierte Politik als eine „Erfolgsgeschichte“. Eine detaillierte Sicht auf die Schritte der SPÖ zeige, so Dimitrov, dass, obwohl die Partei mittels zahlreicher Projekte im Sozialbereich relativ aktiv sei, ihrer Aktivität relativ klare Grenzen gesetzt seien. Die Stadt stehe heute vor ähnlichen Problemen wie viele andere westeuropäische Großstädte. Soziale und ethnische Konflikte gebe es in vergleichsweise niedrigerem Maße, was für einen Erfolg der integrationspolitischen Maßnahmen sprechen könne. Auf vielen integrationspolitischen Feldern, so Dimitrov, stelle jedoch die Angst um den Verlust der absoluten Mehrheit eine Grenze für die quasi liberale Politik der SPÖ dar – zu dem es letztendlich bei der Gemeinderatswahl 2010 kommen sollte. Vor allem die langjährige Verweigerung einer flächendeckenden Öffnung des kommunalen Wohnungsbaus für Ausländer zeige die Grenze sozialdemokratischer Politik. Dieses Thema sei gerade in Wien sehr wichtig, da mehr als ein Viertel des gesamten Wohnungsangebots in städtischer Hand sei und die Wiener Sozialdemokratie dank ihrer Wohnungspolitik über Jahrzehnte ihre Stammwählerschaft rekrutiert habe. Diese Tatsache habe in der Folge zu einer Anspannung der Lage in einigen Bezirken mit vorwiegend privaten Wohnungen geführt, da sich hier de facto die Zuwanderer hätten konzentrieren müssen.

Erst unter dem Druck der Europäischen Union, zeigt Dimitrov, würden in den letzten Jahren viele Veränderungen unternommen – vor allem auf dem Feld der Kommunalwohnungszuteilung und bei einigen sozialen Leistungen. Auch wenn es bisher keine gemeinsame EU-Integrationspolitik gebe (und es diese wohl nie geben werde), forcieren die EU eine möglichst große Gleichstellung von Drittstaatsangehörigen mit EU-Bürgern. Das Ziel der EU sei die gleiche Partizipationsmöglichkeit am sozialen Leben und allgemein die Chancengleichheit. Das Hauptproblem der österreichischen Politik, fasst Dimitrov zusammen, sei der fehlende Konsens der politischen Parteien, was u. a. dazu führe, dass den betroffenen Maßnahmen eine Langzeitsystematik fehle.

Der Leser findet in dem Buch nicht nur eine Problemanalyse, sondern im Anhang auch transkribierte Interviews mit den integrationspolitischen Experten der vier im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien, und zwar mit Norbert Bacher-Lagler (SPÖ), Sirvan Ekiçi (ÖVP), Alev Korun (Die Grünen) und Veronika Matiassek (FPÖ). Die Publikation gehört zu den systematischen und übersichtlichen Analysen des Problems. Sie ist nicht nur ein nützlicher Beitrag zur Migrations- und Integrationsdebatte in der Tschechischen Republik, sondern auch und vor allem für die Österreicher eine interessante Sichtweise auf eine der größten heutigen Fragen in Österreich.

*Tomáš Nigrin*

Petr Drulák, Vít Střítecký et al., **Hledání českých zájmů. Mezinárodní bezpečnost** [Die Suche nach den tschechischen Interessen. Die internationale Sicherheit]. Praha: Ústav mezinárodních vztahů, 2010, 202 S. ISBN 978-80-86506-86-9

Der vorliegende Band *Hledání českých zájmů. Mezinárodní bezpečnost* liefert in sieben Kapiteln eine umfassende Analyse der sicherheitspolitischen Themenfelder der tschechischen Außenpolitik. Die einzelnen Kapitel unterziehen die unterschiedlichen Aspekte der tschechischen Außenpolitik einer Analyse und weisen dabei auf die größten Mängel der Prager Diplomatie hin. Dazu gehört – wie auch der Titel selbst andeutet – vor allem die problematische Suche nach einem politischen Konsens in vielen außenpolitischen und sicherheitspolitischen Fragen. Zu dadurch entstandenen Problemen kann beispielsweise das faktische Nichtvorhandensein einer Sicherheitsstrategie gezählt werden.

Der Band gehört zu einer Reihe von insgesamt drei Publikationen, die sich als Teil eines analytischen Ganzen dem Thema der tschechischen Interessen widmen. Einzelne Werke unterscheiden sich dabei durch ihre thematische Ausrichtung. Die anderen zwei Bände untersuchen die Themenfelder Handel, Menschenrechte und Entwicklungspolitik bzw. die Gestaltung der tschechischen Außenpolitik.<sup>1</sup> Die ganze Serie wurde vom Institute of International Relations of Prague (Ústav mezinárodních vztahů v Praze) im Rahmen des Forschungsvorhabens *Die Tschechische Republik in der internationalen Politik* herausgegeben, das durch das Außenministerium der Tschechischen Republik finanziert wurde.<sup>2</sup>

Im Band *Hledání českých zájmů. Mezinárodní bezpečnost*, der auf die Stellung der Tschechischen Republik innerhalb der internationalen Sicherheitsarchitektur ausgerichtet ist, sollte ein klar definiertes Konzept für ein nationales Interesse vorgelegt werden, das weiterhin auf die tschechische Außenpolitik im Bereich der Sicherheit angewendet werden sollte. Mit dieser Vorgabe sollten dabei die tschechischen nationalen Interessen identifiziert werden. Ein Grund hierfür ist, dass in tschechischen politischen Debatten zu oft der Begriff „nationales Interesse“ benutzt wird, wobei dieses als eine einfache Verdeutlichung vieler unterschiedlicher Interessen der politischen Parteien in der Tschechischen Republik dient. Von daher ist nicht klar, welcher Aspekt tatsächlich als ein tschechisches „nationales Interesse“ betrachtet werden kann.

Im ersten Kapitel liefert zunächst Petr Kratochvíl in seinem Beitrag *Národní zájem a jeho legitimita* ein Konzept, anhand dessen weiterhin alle Autoren des Werkes beurteilen, ob eine spezifische außen- oder sicherheitspolitische Frage als tschechisches nationales

<sup>1</sup> Petr Drulák, Ondřej Horký et al., *Hledání českých zájmů. Obchod, lidská práva a mezinárodní rozvoj* [Die Suche nach den tschechischen Interessen. Handel, Menschenrechte und die internationale Entwicklung] (Praha: Ústav mezinárodních vztahů, 2010); Petr Drulák, Vladimír Handl et al., *Hledání českých zájmů. Vnitřní rozmanitost a vnější akceschopnost* [Die Suche nach den tschechischen Interessen. Innere Diversität und äußere Handlungsfähigkeit] (Praha: Ústav mezinárodních vztahů, 2010).

<sup>2</sup> Das Institute of International Relations of Prague versteht sich als eine unabhängige öffentliche Forschungseinrichtung, die sich auf eine wissenschaftliche Forschung im Bereich der Internationalen Beziehungen konzentriert. Begründet wurde das Institut von dem Außenministerium der Tschechischen Republik.

Interesse bezeichnet werden kann. Hierzu legt er drei Kriterien fest: das Relevanzkriterium, das Konsenskriterium und das Kriterium der äußeren Annehmbarkeit. Mittels dieser Kriterien, die von den Debatten über eine Demokratietheorie (Habermas, Schumpeter) inspiriert wurden, kann weiter abgeleitet werden, ob eine bestimmte Frage für die tschechische Außenpolitik ausreichend relevant ist, ob ein entsprechender Konsens auf der politischen Ebene besteht und ob sie zugleich für die anderen Partner bzw. Staaten akzeptabel ist. (S. 29) Erst wenn alle diese drei Kriterien erfüllt sind, ist es möglich, in diesem Sinne über ein tschechisches Interesse zu sprechen.

Das ausschließlich aus dem Institute of International Relations of Prague stammende Autorenkollektiv geht in sechs weiteren Kapiteln konkret den wichtigsten Themenbereichen der Sicherheit der Tschechischen Republik hinsichtlich der nationalen Interessen nach. Es handelt sich um den tschechischen Diskurs zur europäischen Außenpolitik, um die sicherheitspolitischen Fragen des Konfliktes in Afghanistan, die energetische Sicherheit, die strategische Sicherheitskultur, die tschechisch-deutsche Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen und militärischen Bereichen und nicht zuletzt um die organisierte Kriminalität der vietnamesischen Diaspora in der Tschechischen Republik.

Mit Blick auf die Stellungnahmen der tschechischen politischen Parteien und Akteure analysiert Vít Beneš im Kapitel *Český diskurs o mezinárodní roli Evropské unie* die Bedeutung der internationalen Rolle der Europäischen Union für die Tschechische Republik. Anhand einer kritischen Diskursanalyse beschreibt er die Isolation des tschechischen Diskurses vom europäischen. Die tschechischen Politiker vernachlässigten in der Regel die innere Entwicklung der Europäischen Union und die Debatten um die einzelnen Bereiche der europäischen Agenda. Damit verliere die Tschechische Republik den Einfluss auf die weitere Entwicklung und auf die Entscheidungen in vielen europäischen Fragen. Zu spät versuchten daraufhin die Politiker, in den bereits entschiedenen Themenfeldern der europäischen Agenda nationale Interessen durchzusetzen. Daher sei es im Rahmen des Entscheidungsprozesses der Europäischen Union nötig, Partner zu suchen, mit denen man die gemeinsamen Interessen durchsetzen kann; Alleingänge brächten auf der europäischen Ebene kaum Erfolg. Diese Tatsache werde in der Tschechischen Republik, so Beneš, jedoch nur zögerlich angenommen. Darüber hinaus kommt der Autor zum Schluss, dass auf der tschechischen politischen Ebene ein „Grundkonsens für ein starkes und konkurrenzfähiges Europa“, mit der Ausnahme des Standpunktes des tschechischen Staatspräsidenten Václav Klaus, bestehe. (S. 46) Dennoch sei es für die tschechischen Politiker in der Regel schwierig, eine gemeinsame Stellung zu institutionellen Fragen und zur aktuellen Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzunehmen.

Das dritte Kapitel *Mezi jestřábem a holubicí: Česko hledá demokratický mír* von Jan Eichler wendet sich der Rolle der Sicherheitskultur und den sicherheitspolitischen Konzepten der Tschechischen Republik, der Europäischen Union und der USA zu. Aufgrund einer komparativen Fallstudie konfrontiert Eichler die Sicherheitsstrategien der USA (2002) und der EU (2003) mit strategischen Dokumenten der Tschechischen Republik aus den Jahren 2003–2008. Der Hauptgedanke seiner Forschung sei eine Identifikation

der gemeinsamen Interessen im Rahmen der internationalen Sicherheit. Dies geschieht in zwei Teilen, wobei im ersten Teil die historischen und politischen Faktoren vorgestellt werden. Im zweiten Teil werden die Grundzüge der strategischen und sicherheitspolitischen Kultur dargestellt. Dazu gehört die Präferenz uni- oder multilateraler Lösungen oder militärischer bzw. politischer Instrumente, die zur Durchsetzung strategischer Ziele gewählt werden. Zum Schluss fasst Eichler seine Ergebnisse zusammen und argumentiert, dass die strategischen Interessen der Tschechischen Republik in beiden erwähnten Bereichen der Europäischen Sicherheitsstrategie näher als der amerikanischen National Security Strategy stünden. Dennoch lehne er die Tatsache ab, dass eine Präferenz der EU und eine Absage an die USA in dieser Hinsicht dem nationalen Interesse der Tschechischen Republik entspreche. (S. 76)

Der nachfolgende Beitrag von Vít Strítěcký *Energetická bezpečnost podle českých atlantistů* analysiert den tschechischen Diskurs über das Thema der energetischen Sicherheit im Kontext des tschechischen nationalen Interesses. Dieses Kapitel liefert die wichtige Aufteilung der tschechischen politischen Akteure in zwei Gruppen: Europäisten und Atlantiker. Die Europäisten hätten ein Interesse an der Stärkung der Europäischen Union aufgrund der guten Beziehungen mit den großen europäischen Staaten, vor allem mit Frankreich und Deutschland, auch wenn deren Stellung zu unterschiedlichen Fragen in Opposition zu den Interessen der USA stehe. Zugleich hielten sie pragmatisch Russland für einen wichtigen Handelspartner. Zu dieser Gruppe gehörten die tschechischen Sozialdemokraten. Für die Atlantiker seien insbesondere die transatlantischen Beziehungen von großer Bedeutung. Dabei ist das Hauptziel die Stärkung der Rolle und das Verbleiben der USA in Europa. Deshalb würden sie eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eher misstrauisch angehen. Der Grund hierfür sei die Befürchtung, dass die Amerikaner im Falle eines starken Europas ihre Truppen von diesem Kontinent zurückziehen würden. Der Hauptgrund für ein Verharren der Amerikaner in Europa sei Russland, das von den Atlantikern als größte Bedrohung wahrgenommen werde. Insgesamt liefert Strítěcký in seinem Kapitel viele Belege dafür, dass das Thema der energetischen Sicherheit alle drei oben genannten Kriterien erfüllt und als tschechisches nationales Interesse zu bezeichnen ist.

Jan Eichler und Nik Hynek beschäftigen sich im fünften Kapitel (*Obnova Afghánistánu: bezpečnostní kontext české účasti*) mit der Motivation und dem Charakter der Teilnahme der Tschechischen Republik am Wiederaufbau Afghanistans, insbesondere hinsichtlich der Tätigkeit des tschechischen Provincial Reconstruction Teams (PRT) in der Provinz Logar. Das Team ist ausgerichtet auf Projekte im Bereich des Schulwesens, des Gesundheitswesens, der Landwirtschaft, der Verkehrsinfrastruktur, der unabhängigen Medien und der Menschenrechte. Aufgrund einer Analyse von Regierungs- und Parlamentsdokumenten sowie anhand persönlicher Gespräche beobachten die Autoren die Tatsache, dass die politische Debatte über eine Teilnahme am Wiederaufbau Afghanistans, einschließlich des Sinnes und Zieles der Wirkung des PRT, nicht grundlegend genug geführt werde. (S. 125) Zugleich lägen einige Belege dafür vor, dass jenes Engagement der Tschechischen Republik

in Afghanistan nicht primär mit diesem Land zusammenhänge. Hauptmotive für die tschechischen Politiker seien nach Auffassung der beiden Autoren die Erwartungen der Verbündeten aus der NATO und die Bemühung gewesen, sich als fortgeschrittenes Land zu präsentieren, das die Rolle der reinen Sicherheitsgeber akzeptiert. (S. 119–121)

Vladimír Handl verfolgt in dem von ihm bearbeiteten Kapitel *Česko-německá vojenská spolupráce* die Entwicklung der deutsch-tschechischen militärischen Zusammenarbeit. Es geht ihm um eine Bewertung (interpretative Fallstudie) der Qualität der Beziehungen auf Basis einiger Schlüsselemente in der Sicherheitskultur der beiden Länder. Dabei konzentriert sich Handl auf das strategische Verhältnis der Tschechischen Republik und Deutschlands zu den USA und zur Europäischen Union sowie zum Charakter der Sicherheitskräfte, einschließlich der Art und Weise militärischer Einsätze. Als problematisch hätten sich in diesem Rahmen insbesondere die Pläne für den Bau der Radarabwehranlagen in der Tschechischen Republik erwiesen. In Deutschland sei es nicht positiv aufgenommen worden, dass Tschechien zusammen mit Polen bilaterale Verträge mit den USA ausgehandelt hat, wodurch die Unteilbarkeit der europäischen Sicherheit hätte geschwächt werden können. Demgegenüber hätten die tschechischen Atlantiker die deutsche „bremsende“ Position zur Politik der amerikanischen Administration für unzuverlässig gehalten. (S. 139) Am Ende formuliert Handl die These, dass im Falle eines Konsenses über das grundlegende strategische Interesse beider Länder (Mitgliedschaft in der NATO, ein Bündnis mit den USA und eine Fortsetzung der europäischen Integration auf Grundlage des Lissabonvertrages) die militärische Zusammenarbeit durch die Bündnisverpflichtungen und die Vorteilhaftigkeit einer Kooperation geprägt sein würden. Insgesamt ließe sich sagen, dass die in mancherlei Hinsicht unterschiedlichen Sicherheitskulturen keine Hürde für eine gemeinsame Tätigkeit der Armeen beider Länder darstellen. (S. 149–150)

Im siebten Kapitel *Potírání kriminality ve vietnamské diaspoře* greift Miroslav Nožina das Thema der vietnamesischen Diaspora in der Tschechischen Republik auf, das auch für Leser aus der Bundesrepublik unter einigen Vergleichsaspekten höchst interessant sein kann. Hierzu wird die Struktur und die Wirkungsweise der vietnamesischen kriminellen Netzwerke in der Tschechischen Republik im Kontext der nationalen Sicherheit dargestellt. Dabei geht der Autor auf viele nicht so bekannte Details ein und zieht den Schluss, dass eine Gefahr für die Tschechische Republik als Transitland für die asiatische Kriminalität weiter bestehe. Zugleich stelle der Import der vietnamesischen Kriminalität aus Asien und anderen Ländern Europas für die Tschechische Republik ein großes Sicherheitsrisiko dar. Darüber hinaus bestätigt Nožina, dass die Vietnamesen in der tschechischen Gesellschaft stets mit Vorurteilen verbunden würden und sich mit Kommunikations- und Kulturbarrieren sowie anderen Problemen auseinandersetzen müssten. (S. 167–168)

In einem Schlussbeitrag werden die Ergebnisse der von den Autoren herausgearbeiteten Forschungsstudien noch einmal zusammengefasst und in zwei Übersichtstabellen präsentiert. Das gesamte Werk analysiert detailliert und zeigt an vielen Beispielen, dass „viele Fragen im Bereich der tschechischen Sicherheitspolitik unter der Politik des Desinteresses leiden“. (S. 176) Als problematisch gelte vor allem die Suche nach dem Konsens. Aus dem tschechischen politischen Diskurs könne man beispielsweise die Vorstellung eines starken

und konkurrenzfähigen Europas ableiten, wobei sich die Stellungnahmen der politischen Akteure dadurch unterschieden, inwieweit und auf welche Art und Weise dies realisiert werden sollte.

Insgesamt handelt es sich bei diesem Buch um eine nützliche und wichtige Veröffentlichung, welche die sicherheitspolitischen Aspekte der tschechischen Außenpolitik im Kontext der nationalen Interessen grundlegend analysiert, unter Hinweis auf die grundsätzlichen Probleme und Gefahren. Dabei ist hervorzuheben, dass beim Verfassen des Bandes ein breites Spektrum von methodologischen Verfahren angewandt wurde und dass die Autoren im Rahmen der Datenerhebung viele persönliche Gespräche mit relevanten Insidern durchgeführt haben. Die von Petr Kratochvíl im ersten Kapitel festgelegte Definition der nationalen Interessen der Tschechischen Republik hat sich als Grundrahmen für das Forschungsverfahren des Bandes grundsätzlich bewährt und ist hierbei als empfehlenswert für andere Untersuchungen im Bereich der nationalen Interessen zu bezeichnen. Sowohl Spezialisten für die tschechische Außen- und Sicherheitspolitik als auch an diesem Thema interessierte Leser werden an diesem Werk nicht vorbeikommen. Es ist zu hoffen, dass dieses Buch nicht nur aufgrund seiner inhaltlichen Bedeutung für außen- und sicherheitspolitische Experten bzw. für interessierte Studierende eine wichtige Rolle spielen wird, sondern dass es auch als Ausgangslage für einen Diskurs über die tschechische Außen- und Sicherheitspolitik auf der politischen Ebene dienen wird.

Pavel Dvořák

Martin Jeřábek et al., **Srovnání politických systémů Německa a Rakouska. Institucionální a systémové ukotvení** [Vergleich der politischen Systeme Deutschlands und Österreichs. Institutionelle und systemische Verankerung]. Plzeň: Filozofická fakulta Západočeské univerzity, 2010, 216 S. ISBN 978-80-87094-15-0

Das verhältnismäßig überschaubare tschechische Schrifttum über das politische System der Nachbarstaaten nimmt in der letzten Zeit leicht zu: Die territoriale Skala konzentriert sich in erster Linie auf die deutschsprachigen Länder bzw. auf Polen.<sup>1</sup> Die Entwicklungen

<sup>1</sup> Eher didaktische Ziele verfolgte das schon vor mehreren Jahren publizierte – und mit seinem Thema lange auch vereinsamte – Buch von Petr Fiala, Petr Rožňák, Klaus Schubert und Vojtěch Šimíček, *Politický systém Spolkové republiky Německo* [Politisches System der Bundesrepublik Deutschland] (Brno: Masarykova univerzita, 1994). Abgesehen von zahlreichen Beiträgen in verschiedenen Projekt- und Konferenzbänden und von breiten, d. h. „europäisch“ angelegten, vergleichenden Übersichtswerken (z. B. aus der Feder von Blanka Říhová und Vladimíra Dvořáková) nimmt nun das auf Österreich fokussierte Buch von Vít Hloušek, *Konflikt versus Konsensus. Konfliktní linie, stranické systémy a politické strany v Rakousku 1860–2006* [Konflikt versus Konsens. Konfliktlinien, Parteiensysteme und politische Parteien in Österreich 1860–2006] (Brno: Masarykova univerzita, 2008) einen besonderen Platz ein. Mit den politischen Systemen der mittelosteuropäischen Nachbarstaaten Tschechiens befasst sich in vergleichender Perspektive (mit Schwerpunkt Polen) der Prager Politikwissenschaftler Michal Kubát, vgl. z. B. ders., *Demokracie v Polsku. Politický systém*

in der Slowakei dagegen werden eher den slowakischen Wissenschaftlern „überlassen“, was in erster Linie durch die nahe Verwandtschaft der tschechischen und slowakischen Sprache zu erklären ist. Ein ausführlicher, politikwissenschaftlich fundierter Systemvergleich – nach nahezu 20 Jahren der selbständigen Existenz der Nachfolgestaaten der ehemaligen Tschechoslowakei – blieb jedoch bis heute aus.

Der vorliegende Band versucht hingegen, die politischen Systeme der beiden deutschsprachigen Nachbarstaaten, d. h. Deutschlands und Österreichs, darzustellen und zu vergleichen – an und für sich bestimmt ein ambitioniertes Vorhaben, das in dieser Form übrigens von Prag bzw. Pilsen aus noch nie unternommen wurde. Das Buch entstand als Gemeinschaftswerk eines jungen, von Martin Jeřábek (Politikwissenschaftler von der Westböhmisches Universität Pilsen) geleiteten Forschungsteams (Jakub Joza, Marie Škočová, Sandra Marešová, Miroslava Pitrová und Markéta Borovcová), das bei der Abfassung der Texte vor allem an den tschechischen Leser dachte, insbesondere an die Studierenden der sozialwissenschaftlichen Fächer. Im Unterschied zu den üblichen deutschen und österreichischen Standardwerken wird den historischen Hintergründen und den wichtigsten Entwicklungslinien des politischen Systems viel mehr Platz und Aufmerksamkeit gewidmet, da diese nicht unbedingt zum Grundwissen des interessierten tschechischen Publikums gehören. Zu nennen seien hier vor allem die verfassungsgeschichtlich fokussierten, parallel geführten Darstellungen der Weimarer Republik bzw. der NS-Zeit in Deutschland sowie der Republik Österreich/„Bundesstaat Österreich“ in der Zwischenkriegszeit. Der starke Akzent auf die konkrete Funktionsweise der jeweiligen Verfassungsorgane (hier vor allem Staatsoberhaupt, Regierung und Gesetzgebungsorgane) beschränkt sich nicht nur auf den „geschichtslosen“ Vergleich der festgeschriebenen Kompetenzen (was besonders bei verfassungsrechtlichen Kommentaren und Übersichtswerken häufig der Fall ist), sondern verrät in Person Martin Jeřábeks den hierzulande nicht üblichen Duktus eines Politikwissenschaftlers, der sich in seinen früheren Arbeiten auch als anerkannter Historiker bewähren konnte.<sup>2</sup>

Auf eine komplexe Analyse der dynamischen Aspekte politischer Systeme, d. h. der politischen Willensbildung (Wahlssystem, direkte Demokratie, organisierte Interessen, Neokorporatismus), der politischen Kultur bzw. auch der zunehmenden Europäisierung wurde, wie bereits im Untertitel des Buches angedeutet, im Vorhinein verzichtet. Doch außer den wichtigsten Verfassungsorganen wird dem deutschen/österreichischen Föderalismus eine große und systematische Aufmerksamkeit gewidmet, bei dessen Vergleich auch die aktuelle Föderalismusreform in Deutschland bzw. auch die Empfehlungen des abgeschlossenen Österreich-Konvents berücksichtigt werden konnten (M. Jeřábek, S. Marešová).<sup>3</sup> Ein

*Polské republiky 1989–2005* [Demokratie in Polen. Politisches System der Republik Polen 1989–2005] (Praha: Slon, 2005).

<sup>2</sup> Vgl. u. a. Martin Jeřábek, *Konec demokracie v Rakousku 1932–1938. Politické, hospodářské a ideologické příčiny pádu demokracie* [Ende der Demokratie in Österreich 1932–1938. Politische, wirtschaftliche und ideologische Ursachen des Sturzes der Demokratie] (Praha: Dokořán, 2004).

<sup>3</sup> Im Zusammenhang mit der deutschen Föderalismusreform entstanden auch die meisten Beiträge des neuen tschechischen Sammelbandes Petr Mlsna et al.: *Německá centra, německé periferie. Föderalismus – regionalismus – subsidiarita* [Deutsche Zentren, deutsche Peripherien. Föderalismus – Regionalismus – Subsidiarität] (Praha: Kairos, 2010).

selbständiges Kapitel bildet die komparative Darstellung der deutschen/österreichischen öffentlichen Verwaltung (M. Pitrová). Das eher bescheiden proklamierte Ziel dieses Buches (reflektierter Wissenstransfer mit dem tschechischen Referenzrahmen, der mittelbar auch die hier laufenden Reformdebatten berücksichtigt), das vor allem Studierende der relevanten Fächer an den tschechischen Hochschulen ansprechen sollte, erfüllt der vorliegende Band ausreichend. Die spürbare Absenz eines Registers bzw. kleinere Tipp- und Schönheitsfehler (so z. B. auf S. 178 eine sehr problematische Beurteilung des Godesberger Grundsatzens der SPD von 1959, das ziemlich vereinfacht als „Absage an den Sozialismus“ charakterisiert wird) können den durchaus positiven Eindruck nicht beeinträchtigen. Dass dabei noch etwaige aufgeworfene Fragen und Thesen diskussionswürdig bleiben, versteht sich von selbst.

Miroslav Kunštát

Ivan Klíma, **Moje šílené století I** [Mein wahnsinniges Jahrhundert I]. Praha: Academia, 2009, 536 S. ISBN 978-80-200-1697-3; Ivan Klíma, **Moje šílené století II** [Mein wahnsinniges Jahrhundert II]. Praha: Academia, 2010. 388 S. ISBN 978-80-200-1854-0

Ähnlich wie die anderen Bände aus der Editionsreihe *Paměť*, die regelmäßig im Verlag *Academia* herausgegeben werden, stellt dieser autobiographische Doppelband eine eigenwillige Sicht auf eine bedeutsame Periode der tschechischen bzw. mitteleuropäischen Geschichte dar. Die überwiegende Mehrheit dieser Bände wird aus rein memoirischen Werken gebildet. Es bleibt ein wenig umstritten, in welchem Maß ein Sozialwissenschaftler überhaupt autobiographische Literatur in seiner Forschung benutzen sollte. Es gibt natürlich immer die Frage einer subjektiven Beschreibung und einer bestimmten Verzerrung, auf der anderen Seite können gerade persönliche Erinnerungen zur Rekonstruktion einer ehemaligen Denkweise beitragen. Ein mit Abstand beobachtender Verfasser hat außerdem die Fähigkeit, zahlreiche Fragen zu formulieren, die ein richtiger Wissenschaftler nicht besonders oft stellt.

Manche Bücher aus dieser Reihe beschreiben entweder die dramatischen Zeiten der beiden Weltkriege – in diesem Sinne sind besonders die Bücher *Jan Slavík: Válečný deník historika* (2010) oder *Josef Píkl: Paměti jihočeského odbojáře* (2009) zu erwähnen – oder eine komplexe Sicht auf das gesamte Leben eines Helden im Verlauf des 20. Jahrhunderts (hier kann man *Maria Czapska: Evropa v rodině* nennen). Beide Gruppen kommen mit wahrhaftig spannenden Geschichten, die manchmal ohne Übertreibung an Krimis oder Thriller grenzen. In diesem Sinne wirkt Klímas Buch wie eine Ausnahme. Außer dem ersten Drittel des ersten Bandes, das sich im Konzentrationslager abspielt, erscheinen alle diese Erlebnisse nicht besonders dramatisch, obwohl sie in der Regel dramatisch gewesen sein mussten. Der erste Band hat im Jahre 2010 den Literaturpreis *Magnesia Litera* in der Kategorie Sachliteratur gewonnen. Es ist bemerkenswert und im Prinzip auch überraschend, dass ein so

fähiger Schriftsteller wie Klíma die spannendsten Momente seines Lebens wie alltägliche Geschichten erzählt. Das bedeutet aber gar nicht, dass diese Episoden nicht eindrucksvoll sind. Es kann auch sein, dass gerade von dieser Leichtigkeit der Erzählung die einmalige Atmosphäre dieses Buchs ausgeht.

Ivan Klíma gehörte zu den in Europa bekanntesten tschechischen Schriftstellern der siebziger und achtziger Jahre, denen es in der Folge des Prager Frühlings unmöglich gemacht wurde, innerhalb der Tschechoslowakei zu publizieren. Zu seinen Werken, die im Ausland herausgegeben wurden, gehören unter anderem der Roman *Richter in eigener Sache* oder das Theaterstück *Die Geschworenen*, in denen er Parallelen zur kommunistischen Totalität präsentiert.

Die Lebensgeschichte dieses berühmten Schriftstellers jüdischer Herkunft beginnt mit den ersten Erinnerungen in der Mitte der dreißiger Jahre. Typisch ist die Kleinigkeit, dass sein Vater, ein späterer Kommunist, ein Leser bürgerlicher Zeitungen war. Dann kommt Klíma plötzlich zum Tod Masaryks, zum Ende der Ersten Republik und zum Anfang des Krieges. Für ein kleines Kind sind diese Tage natürlich von einer ganz anderen Bedeutung. Ein großer Teil des Buchs ist der Zeit im KZ Terezín (Theresienstadt) gewidmet. Ziemlich originell werden hier die alltäglichen Sorgen eines zehnjährigen Jungen beschrieben. Die Erlebnisse unterscheiden sich nicht viel von den in der schöngestigen Literatur wiederholt beschriebenen Schicksalen armer Kinder im KZ. Trotzdem sieht Klímas Version anders aus. Während in den meisten Erzählungen unmittelbar das Leiden beschrieben wird, konzentriert sich Klíma auf die Wirkung dieses Leidens auf seine spätere Charakterentwicklung.

Wichtig zu erwähnen ist, dass jedes Kapitel mit einer Überlegung zu einem verwandten Thema beendet wird. Besonders im ersten Buch, finde ich, wirken diese Intermezzos auf der einen Seite nicht störend, auf der anderen sind sie aber voll von vielmals wiederholten Redewendungen. Ziemlich häufig werden allgemeine Fragen des menschlichen Lebens beantwortet (Schattenseiten jeder Diktatur, Begrenzung der Meinungsfreiheit, Holocaust, Revolution, Emigration). Ganz oft zieht Klíma Folgerungen, die ein Historiker wohl nie formulieren würde. Seiner Meinung nach braucht jede Diktatur einen halbgebildeten Führer an der Spitze, was aus wissenschaftlicher Sicht natürlich fraglich ist. „Unter kommunistischen Gebildeten gibt es keinen großen Geist.“ (Band I, S. 315); „Dogmatiker sind meistens unschöpferische Personen.“ (Band I, S. 433); „Es ist typisch für jede Revolution, dass sie die Dienste der untersten Schichten der Gesellschaft benutzt.“ (Band I, S. 178). Alle diese Thesen wirken zu absolut und vereinfachend, aber natürlich geht es um Beobachtungen eines Künstlers. Zum Schluss des ersten Teils werden aber die Intermezzos immer interessanter. Im zweiten Teil, bei einer Überlegung zu Gewalt, verweist der Autor auf Gandhi und kommt zu manchen ganz eigenartigen Schlüssen. Beispielsweise stimmt er Gandhi zu, dass die Gewaltlosigkeit im Prinzip nur dann sinnvoll ist, wenn man genug Kraft hat, die Gewalt zu benutzen, und ihr wissentlich entsagt. Anderenfalls sei Passivität nur eine Schwäche.

Das Ende der vierziger Jahre bedeutete für Klíma eine tiefe persönliche Erfahrung mit kommunistischen Ideen, denen er am Anfang, wie Dutzende anderer junger Menschen, anhing. So tritt er begeistert der kommunistischen Partei bei und beginnt zu studieren. Der Prozess seiner Ernüchterung dauerte relativ lange und ist besonders interessant zu

beobachten. Die politischen Prozesse am Anfang der fünfziger Jahre, bei denen auch sein eigener Vater fast ums Leben kam und die am meisten eine Skepsis unter den jungen Mitgliedern ausgelöst haben, bedeuteten für Klíma, dass er nicht an der Macht der Partei zweifelte, sondern nur an den einzelnen Taten der verantwortlichen Parteimitglieder. In diesem Sinne stellt Klíma das typische Beispiel eines persönlich überzeugten und sozialistisch denkenden Künstlers dar, der erst in der Mitte der sechziger Jahre die volle Problematik der kommunistischen Herrschaft entdeckt. Obwohl seine Diplomarbeit Karel Čapek behandelte und dadurch auch die Traditionen der Ersten Republik hervorhob, verzichtete Klíma in den schwierigen fünfziger Jahren nicht auf Bemühungen um eine Verbesserung der sozialistischen Gesellschaft.

Der Autor selbst beschreibt diese Gefühle wirklich detailliert und mit einem humorvollen Abstand. Sein sehr guter Sinn für Humor wird besonders im zehnten Kapitel des ersten Bandes deutlich. Hier beschreibt der Autor die Erlebnisse aus der Jugendbrigade, wo er mit anderen Wasser aus Bewässerungsgraben pumpen musste: „Die ganze Zeit über, die wir an diesem Ort verbrachten, haben wir über die Umgebung der Grube als vom Ufer gesprochen.“ (Band I, S. 255) Mit einer Menge von Ironie wurden auch die Entstehungsgeschichten seiner Werke skizziert. Häufig werden zudem seine Romane oder Theaterspiele zitiert.

Ein großer Teil wird darüber hinaus dem typischen Dilemma dieser Generation – bleiben oder emigrieren – gewidmet. Klíma begründet seine Entscheidung, in der Heimat zu bleiben, mit der Beziehung zu seinen Freunden, die damals – gleich wie alle anderen „ehrbaren Leute“ – die Anwesenheit jeder kulturtätigen Person als Stütze gebraucht hätten. Im Jahre 1969 war er davon überzeugt, dass er nach der Rückkehr von einem Aufenthalt in den Vereinigten Staaten nie mehr werde publizieren dürfen. Trotzdem hat er diese Entscheidung getroffen.

Die letzten Kapitel des zweiten Teils beschäftigen sich mit den alltäglichen Vorgängen in der Zeit der sog. Normalisierung. Dem tschechischen Leser sind diese Details der damaligen Realität schon gut bekannt. Man kann auch Lebensdetails der verbotenen Autoren (Ludvík Vaculík, Alexandr Kliment, Milan Uhde) entdecken und mit den Memoiren dieser Schriftsteller leicht vergleichen. Die häufigsten Probleme wie die Schmuggelei verbotener Bücher, die Beschaffung einer fiktiven „Invalidität“ oder plötzliche Wohnungsdurchsuchungen werden hier allerdings wieder ohne dramatische Mittel beschrieben. Nichtsdestoweniger ist es gerade diese Gelassenheit, die das Buch besonders interessant macht. Erst am Ende des Buchs stellt man fest, dass der große Abstand des Autors von den Ereignissen auf keinen Fall eine Schwäche des Schriftstellers ist, sondern vielleicht ein absichtlich benutztes Mittel, um die Lage am besten und originell zu beschreiben. Es bleibt hinzuzufügen, dass die beiden Bücher zusammen außer 900 Textseiten auch rund 50 Abbildungen enthalten.

*Lukáš Janura*

Jakub Končelík, Pavel Večeřa und Petr Orság, **Dějiny českých médií 20. století** [Die Geschichte der tschechischen Medien im 20. Jahrhundert]. Praha: Portál, 2010, 344 S., ISBN 978-80-7367-698-8

Mindestens seit der Wende wartet die tschechische Geschichtswissenschaft auf eine qualifizierte, gut lesbare und unbefangene Gesamtdarstellung der tschechischen Mediengeschichte im 20. Jahrhundert. Die während der letzten 20 Jahre herausgegebenen Bücher haben entweder einen Übersichtscharakter<sup>1</sup> oder schließen nur thematisch begrenzte Wissenslücken – darunter beispielsweise die Geschichte einzelner Medienorganisationen oder das Zusammenspiel von Medien, Politik und Gesellschaft in bestimmten ereignisreichen Zeitabschnitten (Zweite Republik, Protektorat Böhmen und Mähren, Stalinismus-Ära, Prager Frühling, die Wende 1989).

Der Band *Die Geschichte der tschechischen Medien im 20. Jahrhundert*, der von drei tschechischen Medienhistorikern als ein Lehrbuch für Studierende und andere Interessenten verfasst wurde, setzt sich kein kleines Ziel: auf ungefähr 350 Seiten eine knappe Übersicht zur Geschichte der tschechischen Medien im 20. Jahrhundert zusammenzufassen. Der vieldeutige Begriff „tschechische Medien“ wird von den Autoren streng nach Sprachkriterien definiert: Tschechische Medien (Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen, Presseagenturen) sind alle in tschechischer Sprache publizierten Medieninhalte, und zwar nicht nur auf tschechischem Territorium, sondern auch im Exil (Großbritannien oder die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, Westdeutschland oder die USA im Kalten Krieg). Medien anderer nationaler Gruppen in Böhmen, Mähren und im tschechischen Schlesien werden auf diese Weise bewusst außer Acht gelassen. Darüber hinaus wird das 20. Jahrhundert nicht in Gänze übernommen, sondern es wird auf die „tschechoslowakischen“ Jahre 1918–1992 reduziert. (S. 11)

Die Mediengeschichte wird in diesem Buch eng an die politische Geschichte gekoppelt. Dem entspricht die chronologische Gliederung der einzelnen Kapitel (Prolog /1848–1918/, 1918–1938, 1939–1945, 1945–1948, 1948–1967, 1967–1969, 1969–1989, Epilog /1989–1992/), die jeweils mit einem politisch-historischen Exkurs eingeführt werden. Im Falle der tschechischen Geschichte des letzten Jahrhunderts ist dies sehr wohl notwendig, da sie durch viele Brüche geprägt wurde, die sich auch auf die Medien und ihre Arbeit fatal auswirkten. Die Mediengeschichte als eine spezialisierte Geschichtsgattung verlangt zweifellos eine Einrahmung in den Gesamtkontext. Dabei droht aber – insbesondere in einem Buch mit begrenztem Umfang – die Gefahr einer zu groben Vereinfachung der auf den historischen Kontext orientierten Einführungen, die in mehreren Fällen einer inhaltlichen Wahrhaftigkeit entbehren können. Im Vorwort zum Kapitel über Medien im Protektorat Böhmen und Mähren wird beispielsweise behauptet: „Zwischen 1939 und 1945 kamen bis

<sup>1</sup> Z. B. Barbara Köpplová u. a., *Dějiny českých médií v datech: rozhlas, televize, mediální právo* [Geschichte der tschechischen Medien in Daten: Rundfunk, Fernsehen, Medienrecht] (Praha: Karolinum, 2003); Martin Sekera Hrsg., *K našemu století médií: příspěvky k poznání role masových médií ve 20. století* [Zu unserem Medienjahrhundert: Beiträge zur Erkenntnis der Rolle der Massenmedien im 20. Jahrhundert] (Praha: Národní muzeum, 2008).

zu 360 000 tschechoslowakische Bürger ums Leben, davon etwa 270 000 jüdischer Herkunft.“ (S. 89) Zum Ersten ist schon der Begriff „tschechoslowakische Bürger“ im Zusammenhang mit der Periode 1939–1945 fraglich, da es de facto keine Tschechoslowakei gab und dementsprechend auch keine Staatsbürger. Zum Zweiten wird nicht geklärt, ob in diese Zahl auch die ehemaligen tschechoslowakischen Bürger aus den nach dem Münchner Abkommen und dem Ersten und Zweiten Wiener Schiedsspruch abgetretenen Gebieten (Sudetendeutsche, Ungarn, Polen u. a.) einbezogen wurden. Wegen fehlender Fußnoten bleibt der Umgang mit statistischen Daten unklar. In diesem Falle wäre es besser gewesen, wenn der Lektor den Satz völlig hätte streichen lassen. Derartige oberflächliche und verzerrte Formulierungen entwerten leider die Bemühungen der Autoren.

Das Leitmotiv des Buchs – nach Hayden White *emplotment* des Narrativen – folgt der Konstruktion eines ständigen Kampfes der Demokratie gegen die totalitäre Diktatur (zuerst die nationalsozialistische, später die kommunistische). Dabei nimmt im Rahmen dieses Leitmotivs die Frage der Zensur eine besondere Stellung ein. Dies zeigt sich schon darin, dass das Wort „Zensur“ gleich in zwei Untertiteln erwähnt wird: Kapitel 1948–1967 /Im Zeichen der Zensur – geheim und vorläufig/, Kapitel 1967–1969 /Zensur ist unzulässig – aber nur vorübergehend/. Die Zensur wird in diesem Buch mehr oder weniger als physikalischer Massenpunkt begriffen – es gibt sie oder es gibt sie nicht. Sie bekommt bedauerlicherweise aber fast keine innere Differenzierung und wird als gewaltig dargestellt. Es wird leider wenig unterstrichen, dass es neben der eigentlichen Zensur als Organisation auch andere Möglichkeiten der Beeinflussung von Medieninhalten gab (etwa durch Parteiorgane oder durch eine zielbewusste Kaderpolitik). Auf ein anderes wichtiges Motiv der Mediengeschichte – auf die technische Entwicklung der Medienindustrie – wird eher verzichtet. Es entsteht so eine streng politische Mediengeschichte; die anderen Aspekte der medialen Vergangenheit (z. B. Medienästhetik, -nutzung, -theorie, -ethik, -recht) werden vernachlässigt.

Auch in Verbindung mit Anspielungen auf das Totalitarismus-Paradigma (S. 109, S. 132 u. a.) ist auffällig, dass die Autoren nicht mehr mit den Teilen der Theorie arbeiten, welche die Medienlandschaft betreffen. Bei C. J. Friedrich und Z. Brzeziński heißt es beispielsweise, dass Totalitarismus ein *near-complete monopoly* über die Medien ausübte. Die Möglichkeiten der kritischen Rolle der Medien, insbesondere im tschechoslowakischen Staatssozialismus, hätten näher untersucht werden können. So sieht es aus, als ob es keine Handlungsspielräume für Journalisten und Publizisten gegeben hätte. Die Autoren beschäftigen sich kaum mit der Frage, wo die „Grenzen der Diktatur“ (Ralph Jessen) im Bereich des Journalismus lagen.

Die Geschichte, die in diesem Buch erzählt wird, scheint ein bisschen „verflacht“ zu sein. Die Linearität der Erzählung und das ständige Aufgreifen derselben Hauptmotive funktioniert als Absicherung gegen eine thematische Entgleisung. Dies kann aber nicht verschleiern, dass jede Etappe der Mediengeschichte ihre spezifischen Themenbereiche hervorbringt. Eigentumsfragen sind wichtiger im System der Marktwirtschaft; Zensur und Überwachung sind es in der Diktatur. Die „Verflachung“ kann an folgendem Beispiel illustriert werden: Im Rahmen des Kapitels 1948–1967 wird ein kritisches Zitat des Zeitgenossen Stanislav Budín

über den stalinistischen Journalismus angeführt, in dem er die damaligen Arbeitsroutinen der Journalisten kritisiert (S. 168). Das Zitat stammt aus seinem Buch, das in der Tschechoslowakei 1966 erschien. Die Autoren verwenden das Zitat aber so, als ob es die ganze Etappe 1948–1967 charakterisiere. Die fast 20 Jahre, die den zeitlichen Rahmen des Kapitels festlegen, waren jedoch keineswegs eine homogene Periode. Die Mediengeschichte im tschechoslowakischen Staatssozialismus war nämlich reich an Wendungen und Überraschungen, aber dies wird in diesem Buch nicht berücksichtigt. Es wird dadurch nochmals bestätigt, dass es günstiger gewesen wäre, einen Methodenmix für die Konzeption des Buches zu entwickeln, der eine bessere Aufarbeitung etappenspezifischer Themen ermöglicht hätte.

Das gilt auch für den Fall der fremdsprachigen Medien auf dem Gebiet der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit, gegen die sich die Autoren abgrenzen. Dabei wäre es spannend, die gegenseitige Beeinflussung, Kulturtransfers und *croisements* (Michael Werner und Bénédicte Zimmermann) zwischen den deutsch-, ungarisch-, polnisch-, jüdisch-, ruthenisch- und nicht zuletzt slowakischsprachigen Medien innerhalb eines Staates zu verfolgen. Diese Aufgabe ginge allerdings weit über die Grenzen dieses Buches hinaus und kommt wohl als nächstes Forschungsvorhaben an die Reihe.

Das Buch spiegelt letzten Endes die Lage der tschechischen mediengeschichtlichen Forschung wider, die nicht als befriedigend bezeichnet werden kann. Es gibt immer noch zu viele weiße Flecken, die vorübergehend mit einer mehr oder weniger ungenauen Generalisierung überbrückt werden müssen. Es fehlen uns zuverlässige statistische Informationen und wir wissen sehr wenig über die reale Mediennutzung, die vor allem in undemokratischen politischen Rahmenbedingungen mehr über die Wirkungen und möglichen Versuche zur Überwindung des Staatsmonopols sagen könnten. Dieses Buch basiert auf den bereits herausgegebenen Arbeiten und auf den individuellen Forschungsergebnissen der Autoren. Die Fehler und Ungenauigkeiten entsprechen dem momentanen Stand des Wissens; noch viele Forschungsprojekte müssen erfolgreich abgeschlossen werden, bis es an der Zeit sein wird, eine komplette Darstellung der tschechischen Mediengeschichte aufarbeiten zu können. Den Autoren gilt jedenfalls das Verdienst, dass so ein Buch überhaupt entstand, weil es insbesondere bei Studierenden eine entsprechende, dringende Nachfrage gibt. Es ist eine Art Notlösung in einer Situation, in der bislang nicht einmal eine grundlegende politische Geschichte der Tschechoslowakei nach 1945 verfasst wurde.

Václav Šmidrkal

Pavel Kosatík, **Čeští demokraté: 50 nejvýznamnějších osobností veřejného života** [Tschechische Demokraten: die 50 bedeutendsten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens]. Praha: Mladá fronta, 2010, 343 S., ISBN 978-80-204-2373-3

„Wir brauchen fünfzig Jahre ungestörter Entwicklung und wir werden dort sein, wo wir schon heute sein möchten,“ sagte der erste tschechoslowakische Präsident Tomáš Garrigue

Masaryk seinem Freund und berühmtem Schriftsteller Karel Čapek in einem der zahlreichen Gespräche dieser beiden Männer, die im Jahre 1936 im Buch *Hovory s TGM* publiziert wurden.<sup>1</sup> Nicht einmal die Hälfte der gewünschten Zeit wurde der jungen tschechoslowakischen Demokratie gegönnt; nach zwei Jahrzehnten scheiterte der Vielvölkerstaat an der Nationalitätenfrage und der Aggression des nationalsozialistischen Deutschlands unter der Führung Adolf Hitlers.

Nach mehr als zwanzig Jahren „ungestörter Entwicklung“ seit der Wende im Jahre 1989 scheint die tschechische Gesellschaft nach den Umwälzungen der vorhergehenden Jahrzehnte – auch dank einer günstigeren internationalen politischen Lage – auf einem besseren Weg zu einer zivilen Gesellschaft und zu einer stabilen, funktionierenden Demokratie zu sein. Dabei gilt stets ein anderes Zitat von T. G. Masaryk: „Demokratie machen Demokraten und eine bessere Demokratie machen bessere Demokraten.“<sup>2</sup> In anderen Worten: Es gibt keine Demokratie ohne Demokraten.

Wie ist dieses System auf dem heutigen tschechischen Gebiet entstanden und wer trug hierzu mehr bei als andere? Dieser Leitfrage stellte sich einer der bekanntesten zeitgeschichtlichen tschechischen Historiker Pavel Kosatík.<sup>3</sup> In seinem Buch „Čeští demokraté“ versucht er, „den Entwicklungsbogen“ der tschechischen Demokratie in den letzten mehr als 150 Jahren aufzuzeigen, und zwar anhand von biographischen Profilen „ihrer Schöpfer, Männer und Frauen, die in ihrer Zeit für bedeutende Demokraten gehalten wurden. Von František Palacký bis Václav Klaus“. (S. 7)

Den Kern der Publikation bilden essayistische Porträts, die Kosatík in der Wochenzeitschrift *Týden* von Januar bis Dezember 2004 publizierte. Der Autor hat diese Porträts für die Buchpublikation sechs Jahre später überarbeitet und um biografische Boxen, eine Literaturliste „zum Nachlesen“, Abbildungen und Fotografien ergänzt. Kosatík stand vor einer schwierigen und gleichzeitig undankbaren Aufgabe: aus dem „Pantheon“ tschechischer Demokraten fünfzig Personen auszuwählen und ihre Lebensgeschichten darzustellen. Dabei versucht er weder eine Rangliste der Verdienste um die Demokratie aufzustellen noch lediglich die „positiven Beispiele“ zu erörtern. Im Vorwort verspricht er, „keine Denkmäler“ zu bauen und „tschechische Helden in ihren Widersprüchen“ aufzuzeigen. (S. 7) Es geht ihm also darum, nicht nur die Wege, sondern auch die Um- und Irrwege der prägenden Persönlichkeiten der tschechischen Gesellschaft (meistens Politiker, aber auch Ökonomen, Philosophen oder Schriftsteller) aufzuzeigen. Die Entwicklung zur Demokratie, wie es sie heute in der Tschechischen Republik gibt, war weder in der Realität noch in den Ideen der

<sup>1</sup> Karel Čapek, *Hovory s T. G. Masarykem* (Praha: Československý spisovatel, 1990), 254. Für die deutsche Fassung des Buchs siehe Karel Čapek, *Gespräche mit Masaryk* (München: DVA, 2001).

<sup>2</sup> *Ibid.*, 247.

<sup>3</sup> Pavel Kosatík ist der Autor von zahlreichen biographischen Sachbüchern, u. a. verfasste er Biographien von Pavel Kohout (2001), Ferdinand Peroutka (2003) oder Jan Masaryk (1998, mit Michal Kolář). Viel Erfolg erzielten auch seine Bücher über die Ehegattinnen der tschechischen bzw. tschechoslowakischen Präsidenten (*Manželky prezidentů – deset žen z Hradu* (Praha: Mladá fronta, 2009) oder über die kommunistischen Machthaber, die die Tschechoslowakei nach Februar 1948 führten, *Gottwaldovi muži*, mit Karel Kaplan (Praha–Litomyšl: Paseka, 2004).

gesellschaftspolitischen Eliten linear, wie es auch kein gemeinsames Idealbild von einem Demokratie-Ziel gab.

Dabei bietet Kosatík neben den Profilen der bekannten Persönlichkeiten wie F. Palačků, T. G. Masaryk, E. Beneš oder V. Havel auch Porträts von in der breiten Öffentlichkeit weitgehend vergessenen Männern – wie beispielsweise des „Mannes der Rechtstugenden“ Albín Bráf, des „Arbeiteragitators“ Josef Hybeš oder des „Genossenschaftlers mit Leib und Seele“ František Modráček –, die auch eine wichtige (wenn auch heute schon kaum mehr sichtbare) Spur auf dem Weg zur Demokratie hinterlassen haben. Viele andere prägende Persönlichkeiten, wie beispielsweise Emil Hácha oder Jan Masaryk, fehlen dagegen in Kosatíks Auswahl.

Die Vielfalt demokratiepolitischer Ideenkonzepte wird deutlich nicht nur beim Vergleich einzelner Zeitgenossen und oft erbitterter Gegner (Alttschechen und Jungtschechen, Liberale und Sozialisten oder Emigranten und kommunistische Reformisten), sondern auch bei der Verfolgung von Lebenswegen der einzelnen Persönlichkeiten, die nicht selten ihre Grundpositionen sogar mehrmals im Leben tiefgreifend veränderten und deren Entwicklung in manchen Fällen auch in eine demokratische Sackgasse führte, wie die Beispiele des Mitbegründers der tschechoslowakischen kommunistischen Partei Bohumír Šmeral oder des „gefallenen Engels der Demokratie“ Zdeněk Nejedlý, einer der größten kommunistischen Propagandisten der 1950er Jahre, zeigen.

Bei Leuten wie Nejedlý, Šmeral oder auch František Kriegel kann man die Frage stellen, inwieweit es berechtigt ist, sie in den „Elite-Club“ der tschechischen Demokraten einzuordnen, insbesondere im Gegensatz zu Persönlichkeiten wie der nach einem kommunistischen Schauprozess 1950 hingerichteten Milada Horáková, die übrigens bedauerlicherweise die einzige Frau in Kosatíks Auswahl ist. Schließlich schreibt der Autor selbst, dass es in der Biographie des führenden KSČ-Kaders Kriegel nur wenig „Demokratisches“ gebe. (S. 291) Sein Schicksal bestätige aber, erklärt Kosatík, dass manchmal nur eine Tat ausreicht, damit das Leben eines Menschen allgemeinen Respekt verdient: Im Zentralkomitee der KSČ setzte Kriegel den Textwortlaut durch, der die Invasion der Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei im August 1968 verurteilte. Anschließend lehnte er als einziger von der damaligen KSČ-Führung ab, das Kapitulationsdokument in Moskau zu unterzeichnen. Aus der „demokratischen“ Perspektive fällt jedoch auf, dass sich der Autor im Kontext der Entwicklung von Kriegels Leben nur oberflächlich mit seiner Tätigkeit in der Zeit der sogenannten Normalisierung beschäftigt und seine Unterschrift unter die Charta 77 im Text gar nicht erwähnt.

Es ist keine einfache Aufgabe, Leben und Ideen führender tschechischer Persönlichkeiten auf drei oder vier Druckseiten zusammenzufassen und dabei nicht das tausendmal Wiederholte noch einmal zu wiederholen. Kosatík bietet jedoch keine erweiterten enzyklopädischen Schlagworte, eher subjektive, allerdings wissenschaftlich gut fundierte und kritische Essays mit literarischer Qualität. In vielen Fällen scheint aber das „Literarische“ vor dem „Wissenschaftlichen“ den Vorrang zu haben. So schreibt Kosatík beispielsweise im Porträt von Václav Havel, in dem er sich lediglich mit dessen Tätigkeit nach dem Jahre 1989 beschäftigt, dass sich der tschechische Staat während seiner Präsidentschaft „in die

internationalen Sicherheits-, Politik- und Wirtschaftsstrukturen eingliederte, womit er den Fluch seiner ewigen Wehrlosigkeit aufhob“. (S. 327)

Auch wenn die Hauptzielgruppe seines Buchs die breite Öffentlichkeit ist, wirkt es manchmal störend, dass manche Zitate ohne jeglichen Quellennachweis dargestellt werden und der Leser lediglich auf die Liste der Literatur zum Nachlesen verwiesen wird. Kosatik nutzt die Porträts häufig dafür, seine eigenen Meinungen und Beurteilungen offen zu äußern: „Es war ein großes Glück, dass dieser Mensch der Vergangenheit nicht zum Präsidenten der Republik wurde,“ schließt er sein Porträt von Alexander Dubček, dem Symbol des Prager Frühlings. (S. 317) Oft wählt er auch den Weg ins rein Spekulative. Beispielsweise behauptet er im Profil von František Palacký zu dessen Ablehnung einer Teilnahme an der Frankfurter Nationalversammlung im Jahre 1848: „Möglicherweise hätte Palacký damals zu Frankfurt einen aufgeschlosseneren Standpunkt eingenommen, hätte sich die Geschichte Österreichs und der Tschechen anders entwickelt. Zum Untergang des Reichs fehlte nur ein Schritt und der Brief eines einflussreichen Mannes, welcher Palacký zweifellos war, konnte darüber sehr wohl entscheiden.“ (S. 12) Zur Entscheidung des bedeutendsten (tschecho-) slowakischen Politikers der Zwischenkriegszeit Milan Hodža, die Präsidentschaftskandidatur seines politischen Konkurrenten Edvard Beneš zu unterstützen, schreibt er wiederum: „Hätte er 1935 den konservativen Kräften ermöglicht, jemanden von ihren Kandidaten für die Burg durchzusetzen, hätte es die Tschechoslowakei wohl geschafft, den Krieg mit Hitler zu vermeiden, und die Geschichte wäre anders verlaufen.“ (S. 180). Eine Behauptung also, die sich kaum belegen, aber zugleich auch kaum widerlegen lässt.

Die Einbeziehung der slowakischen Politiker Štefánik, Hodža oder Dubček in die Reihen der „tschechischen Demokraten“ erweckt wiederum die Frage nach den Auswahlkriterien des Autors. Es ist kaum der einführenden Erläuterung von Kosatik zu widerstehen, diese slowakischen Politiker seien „in die Geschichte des gemeinsamen Staates eingegangen“. (S. 7) Ausgehend von dieser Konzeptionalisierung sowie von der Tatsache, dass Kosatik mehrere kontroverse Persönlichkeiten vorstellt, wäre es vielleicht überlegenswert gewesen, einen oder zwei demokratische und staatstragende Politiker der deutschen Minderheit in der Zwischenkriegszeit (z. B. Ludwig Czech) ins Buch einzugliedern. Dies umso mehr, da selbst Kosatik in zahlreichen Porträts – beginnend mit František Palacký – die Auseinandersetzung der tschechisch-deutschen „Konfliktgemeinschaft“ (Jan Křen) thematisiert. Für das Streben der Tschechen nach Selbstbestimmung und Demokratisierung der Donaumonarchie sowie auch später für die Entwicklung der Idee eines tschechoslowakischen Volkes war der Konflikt mit den Deutschen von primärer Bedeutung. Gar keine Rede davon, dass die Nationalitätenfrage an sich eng an den Demokratiebegriff (Selbstbestimmungs- und Minderheitenrechte) gekoppelt ist. Der Autor kritisiert zwar reichlich das Versagen der tschechischen demokratischen Elite (Beneš, Drtina, Ripka oder Stránský), die in Reaktion auf das Münchner Abkommen und die folgende Entwicklung die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei aufgrund der These einer Kollektivschuld unterstützte und ermöglichte, beschäftigt sich aber gleichzeitig nur marginal mit der Frage, inwieweit die Deutschen selbst zur tschechoslowakischen Demokratie in der Zwischenkriegszeit beitragen bzw. beitragen wollten und

inwieweit das Konzept einer politischen Nation – auf das er im Beitrag zum Philosophen Emanuel Rádl eingeht – im damaligen gesellschaftspolitischen Kontext verwirklichtbar gewesen wäre.

Eine deutsche Spur im Buch über „Tschechische Demokraten“ hätte sicher in der Öffentlichkeit eine heiße Diskussion ausgelöst. Kosatík hat aber bereits in mehreren Fällen gezeigt, dass er keine Angst davor hat, provokante und polarisierende Thesen in Klartext aufzustellen. Schließlich lehnte die damalige Redaktionsleitung von *Týden* im Dezember 2004 ab, das Porträt von Václav Klaus mit dem Titel *Odstup nade vše* (Distanz über alles) zu publizieren. Der Text wurde erst im Januar 2005 in der literarischen Beilage der Tageszeitung *MF Dnes* veröffentlicht.

Das Buch von Kosatík hat zu Recht viel Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit geweckt. Dabei sind viele Fragen offen geblieben, die der Autor erst in zahlreichen Interviews nach der Buchvorstellung geklärt hat.<sup>4</sup> Aus diesem Grund wäre es für den eventuellen Nachdruck des Buchs überlegenswert, das Vorwort um eine ausführlichere Erläuterung zu den Auswahlkriterien des Autors zu erweitern. Auch ein Einführungstext zu Demokratietheorien wäre wünschenswert. Zweifellos ist es Pavel Kosatík aber gelungen, nicht nur anhand von fünfzig Porträten ausgewählter Persönlichkeiten eine Geschichte der tschechischen Demokratie zu erzählen, sondern auch den Lesern Denkstoff zu liefern für selbstbezogene Überlegungen, wer die Tschechen waren und wer sie heute sind.

Michal Dimitrov

Alena Příbáňová und Michal Příbáň, Hrsg., **Jak je ve větě člověk. Dopisy Josefa Škvoreckého a Jana Zábrany** [Wie ein Mensch in seinem Satz ist. Korrespondenz von Josef Škvorecký und Jan Zábrana] (Spisy Josefa Škvoreckého, Bd. 39., Korrespondence Bd. 3). Praha: Books and Cards, 2010. 288 S. ISBN 978-80-904186-8-4

Es passiert eher selten, dass ein – nicht gerade umfangreicher – Band der Korrespondenz von zwei literarisch tätigen Freunden zum Ereignis der Saison wird. Um zu begreifen, dass es in Tschechien doch dazu kam, muss man wissen, welche Position die zwei Protagonisten des Bandes in der tschechischen Literatur bzw. in der breiten Kultur der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten und – zumindest teilweise – bis heute haben.

<sup>4</sup> Siehe z. B. Interview von Ondřej Horák mit Pavel Kosatík: „Kosatík: Rozhlížíme se, co funguje venku, a snažíme se to okopírovat“ [„Wir schauen uns um, was in der Welt funktioniert, und versuchen es abzulichten“], *Hospodářské noviny*, 19. Februar 2011; Interview von Milena Štráfěldová mit Pavel Kosatík: „Pavel Kosatík vybral pro svou knihu padesátku českých demokratů“ [„Pavel Kosatík hat für sein Buch fünfzig tschechische Demokraten ausgewählt“], in *Český rozhlas 7*, 23. November 2010 (O-Ton und die Transkription des Interviews auf <http://www.radio.cz/cz/rubrika/udalosti/pavel-kosatik-vybral-pro-svou-knihu-padesatku-ceskych-demokratu>, letzter Zugriff: 8. 2. 2011).

Josef Škvorecký (\*1924) ist mindestens für eine, vielleicht für mehrere Generationen der tschechischen gebildeten Schichten einer der Kultautoren der 1960er Jahre, welche er mit seinen Romanen (bis zu seiner Emigration: *Die Feiglinge* 1958, 1964, *Junge Löwin* 1969, Vorabdrücke aus *Panzerbataillon*) und vor allem mit einer Flut von Novellen und Erzählungen, mit Drehbüchern und mit – höchst informativ eingeführten – Übersetzungen aus dem amerikanischen Englisch geprägt hat.<sup>1</sup> Nach seiner – eigentlich auch 1969 noch nicht geplanten – Emigration und seiner Etablierung an der Universität Toronto setzte er seine literarische Tätigkeit fleißig fort und schrieb einige Romane, welche – im Westen verkauft und in die Tschechoslowakei geschmuggelt – von seinen tschechischen, zusehends aber auch von anderen europäischen und amerikanischen Lesern als ein Interpretationsschlüssel der 1930er bis 1960er Jahre, besonders der ersten zwanzig Jahre des tschechoslowakischen Kommunismus, verstanden wurden. In politischer, bürgerlicher und literarischer Hinsicht genauso wichtig war der von ihm und seiner Frau, der Schriftstellerin Zdena Salivarová, im Jahre 1971 gegründete Verlag 68 Publishers, in dem dank einer unvorstellbaren Energie und Leistung dieses Ehepaars bis zur Wende mehr als 200 tschechische Bücher der in der Tschechoslowakei verbotenen oder emigrierten Schriftsteller publiziert und in die ganze Welt vermittelt wurden.

Jan Zábřana (1931–1984) war zeit seines Lebens vor allem ein genialer und enorm leistungsfähiger Übersetzer aus dem Russischen und aus dem amerikanischen Englisch. Er hat die tschechische Kultur mit sprachlich brillanten Übersetzungen einer langen Reihe der wichtigsten modernen Bücher der – überwiegend nicht dem Regime zugewandten – russischen Literatur und Poesie bereichert. So wurden von ihm die Gedichte von Jessenin, Zwetajewa oder Mandelstam, die Erzählungen und Romane von Babel, Aksjonow, Pasternak oder Solschenizyn in einzigartiger Qualität ins Tschechische übertragen sowie (allerdings nur teilweise im Samizdat oder erst nach der Wende) kommentiert und herausgegeben. Vor allem aber hat er für die Generation der 60er in einer durch die „Normalisierungsumstände“ möglichen Vorgehensweise auch weiterhin die wichtigsten Werke der amerikanischen Poesie der Beat Generation einfühlsam und sprachlich wunderbar übersetzt (Corso, Ginsberg, Ferlinghetti), dazu eine Reihe prosaischer Werke der amerikanischen Literatur (vor allem Joseph Conrad) und auch – immer öfter als die einzige ihm erlaubte, allerdings auch geliebte Erwerbstätigkeit – eine große Zahl von guten amerikanischen Krimis. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre und dann mit Nachdruck nach der Wende wurde seine eigene

---

<sup>1</sup> Eine analytische Biographie von Škvorecký gibt es bisher nicht. Es steht allerdings seine kurze, aber ergiebige Autobiographie zur Verfügung: *Příběh neúspěšného saxofonisty. Dichtung und Wahrheit. Vlastní životopis* [Die Geschichte eines erfolglosen Tenorsaxofonspielers. Dichtung und Wahrheit. Eine Autobiographie] (Praha: Blízká setkání Verlag, 1994). Dieser Band hat eine Reihe von autobiographischen Aufsätzen zusammengefasst und abgerundet, welche später in Škvoreckýs gesammelten Schriften als Bd. 21 *Mezi dvěma světy a jiné eseje* [Zwischen zwei Welten und andere Essays] (Praha: Ivo Železný Verlag, 2004) und als Bd. 22 *Ráda zpívám z not a jiné eseje* [Ich mag es, nach den Noten zu singen, und andere Essays] (Praha: Ivo Železný Verlag, 2004) erschienen sind. Für eine Bibliographie seiner in der ganzen Welt edierten Werke siehe Ilja Matouš, *Bibliografie Josefa Škvoreckého* (Praha: Společnost Josefa Škvoreckého, 1990–1994), 4 Bände.

Poesie herausgegeben, welche seine bedeutende Position in der tschechischen Literatur der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch verdeutlicht hat.<sup>2</sup>

Die zwei Literaten waren Freunde seit 1954. Die Literatur hatte sie zusammengeführt, ganz sicher aber auch ihre politische Einstellung: Škvorecký war ein parteiloser, ironischer Skeptiker, ein literarisch geprägter, politisch allerdings nicht engagierter Mensch, Zábřana ein überzeugter Antikommunist, dessen Schicksal durch die langjährige, politisch motivierte Einkerkerung seiner Eltern vorbestimmt und geprägt wurde. Beide Freunde lebten durch die Literatur, für die Literatur, allerdings – und das ist schon ein Wunder in einem Staat, in dem theoretisch nur die Mitgliedschaft in der durch den Staat und die Partei streng kontrollierten Literatenkammer eine Tätigkeit auf dem Felde der Literatur ermöglichte – auch von der literarischen Arbeit. Zábřana wurde 1954 freier Übersetzer, Škvorecký 1964 freier Schriftsteller. Es war ihre außerordentliche Fachkompetenz, allerdings auch eine bestimmte pragmatische Schlamperei des tschechoslowakischen Kommunismus, welche dies ermöglicht hat. Die Briefkommentare dieses exzellenten literarischen Duos zum Verlagsalltag ebenso wie zu den politischen Rahmenbedingungen ihrer Existenz bieten also eine spezifische Perspektive, welche keine Illusionen über die Reformierbarkeit des Kommunismus beinhaltet.

Die Edition, welche von Alena und Michal Přebáň vorzüglich bearbeitet wurde und mit einem knappen, allerdings hoch kompetenten, sachlichen Identifikationskommentar in den Fußnoten begleitet wird, beinhaltet 91 Briefe und Postkarten der beiden Freunde bzw. drei Briefe von Zábřanas Frau an Škvorecký, von ihren Reisen nach Polen oder Jugoslawien in den Jahren 1971 und 1973, als sie die Absenz der tschechoslowakischen Briefzensur ausnutzte, um den Familienfreund über die Zustände in Prag zu informieren. Die Herausgeber haben dazu – wie auch in der Liste der edierten Briefe steht – noch vier Briefe Škvoreckýs aus dem Jahre 1971 an die befreundete, in Mailand legal dozierende tschechische Slawistin Jitka Křesálková, welche als Vermittlungsstelle der Informationen diente, und zwei ähnlich wirkende Briefe von Škvoreckýs Stiefmutter Emilia an Zábřana aus den Jahren 1972 und 1981 beigefügt, da es eindeutig um eine „vermittelte Korrespondenz“ ging.

Die Briefe, welche im Privatarchiv von Marie Zábřanová aufbewahrt sind (S. 239 – über den Ort der Aufbewahrung der im Buch publizierten Briefe von Zábřana und Zábřanová an Škvorecký gibt es im Band keine Information; man kann sich nur vorstellen, dass seine ganze Korrespondenz bis 1969 nach seiner Emigration offensichtlich konfisziert oder vernichtet wurde), gliedern sich in zwei Gruppen: Nr. 1 bis Nr. 49 sind Briefe, welche Škvorecký an seinen Freund in den Jahren 1963 bis 1969, also bis zum Beginn seines, damals noch legalen, Aufenthaltes an der University of Toronto geschrieben hat. Diese Briefe sind relativ

<sup>2</sup> Zu Zábřana vergleiche die Texte von Josef Škvorecký, „Jak jsme s Honzou Zábřanou psali dějiny Československa“ [Wie ich mit Honza Zábřana die Geschichte der Tschechoslowakei geschrieben habe], in *Ráda zpívám z not*, 159–181; „In memoriam J. Z.“, *ibid.*, 225–228. Eine Möglichkeit, in das Leben und in die Ansichten von Zábřana mindestens in Ansätzen hineinzuschauen, bietet eine umfangreiche Edition der ausgewählten Passagen aus seinen Tagebüchern: Jan Zábřana, *Celý život. Výbor z deníků 1948–1984* [Das ganze Leben. Eine Auswahl aus den Tagebüchern 1948–1984] (Praha: Torst, 2001).

unverschlüsselt und – bis auf die Bezüge auf Ausland, Urlaub oder Krankenhaus – ersetzen die sonst üblichen, täglichen direkten oder telefonischen Gespräche für den Fall, dass einer der Freunde außerhalb Prags war oder dass es Probleme mit dem Telefon gab. Sie informieren über den vielseitigen literarischen Arbeitsalltag der beiden Workaholics.

Die zweite Serie, bei deren Edition die Herausgeber eine wirkliche Hochleistung bei der Identifikation der Pseudonyme, Chiffren und Andeutungen zu Personen, Institutionen und Tatsachen geleistet haben, hat ihren Schwerpunkt in den Jahren 1970–1978 (mit einem Nachklang bis 1984). Sie vermittelt sowohl Zábranas ausführliche Lageberichte (und die seiner Frau) über die drastische „Normalisierung“ der tschechischen Kultur nach der Unterdrückung des „Prager Frühlings“ durch die russischen Panzer und über seine eigenen Probleme im „gesäuberten“ Literaturltag der 1970er Jahre als auch Škvoreckýs Informationen zu den intellektuellen Umständen in Kanada, zu seinen Kontakten und zur literarischen Tätigkeit sowie zu den Anfängen der 68 Publishers. Ein – per Post offen geschickter – Teil der Korrespondenz wurde englisch geschrieben und mit falschen Namen und Adressen ausgestattet.

Man muss sich immer vergegenwärtigen, dass die edierten Briefe nur einen Bruchteil der realisierten Korrespondenz (und darüber hinaus der täglichen Kommunikation) darstellen. Trotzdem sind sie ein außerordentlich gut geschliffener Spiegel (allerdings trotzdem nur ein subjektiver Spiegel) der damaligen Realität. Zudem – geht es doch um die Korrespondenz von zwei echten Meistern der tschechischen Sprache – handelt es sich nicht selten um u. a. wunderbare Kleinjuwelen der auf Fakten bezogenen Literatur. Für einen Kulturhistoriker ist diese Edition allerdings vor allem eine wichtige Quelle für die Erforschung der „glorreichen 1960er“ wie auch der Normalisierungszeit und der Umstände in der tschechischen Emigration auf der anderen Seite des Atlantiks in den 1970er Jahren. Die sorgfältig bearbeitete Edition, welche mit einem Personenregister ausgestattet ist und welche durch eine interessante biographisch-literaturgeschichtliche Studie von Michal Přebáň als Nachwort (S. 257–276) abgerundet wird, eröffnet eine Vielfalt neuer Perspektiven, besonders was die 1960er Jahre betrifft.

Als erste bietet sich gleich die Frage nach dem Charakter des kommunistischen Regimes in den 1960er Jahren. Die Alltagsrealität deutet an, dass – trotz der formellen Beharrung auf alten Prinzipien – sich die durch eine Reihe von internen Niederlagen, von gescheiterten Sozialprojekten, von Gruppen- und Generationskämpfen geschwächte Diktatur de facto in ein polykratisches, autoritäres Regime verwandelte. Schon die Tatsache, dass Škvorecký nach dem Skandal mit der ersten Ausgabe seiner *Feiglinge* 1958 nicht verhaftet oder zumindest zur Umerziehung in eine Grube geschickt (so etwas wäre für die DDR, für Rumänien oder die UdSSR jener Zeit Standard gewesen), sondern nur mit einem Publikationsverbot belegt wurde, zeigt deutlich, wie weit die durch die Partei nicht gewollte „Liberalisierung“ (eigentlich ihr Machtverlust) fortgeschritten war.

Die Tatsache, dass Škvorecký fast gleich danach durch seinen Freund, einen echten „Klassenfeind“, in seiner weiteren Literatur- und Publikationstätigkeit gedeckt werden konnte bzw. dass seine Werke nach einer kurzen Pause seit 1963 in prestigevollen literarischen Zeitschriften und Verlagen publiziert und positiv besprochen wurden, ist ein weiterer

Beweis dafür, dass die Partei ihre Macht über die Kultur und damit auch ihre paradigmatische Hoheit im großen Maße schon um 1960 verloren hatte. Die sich wiederholenden Schläge und Schikanen gegenüber den Kulturschaffenden konnten an dieser Tatsache nichts ändern. Die absolute Macht der geschlossenen Partei wurde durch Machtkämpfe einzelner Interessengruppen und Cliquen in ihr ersetzt.

Die Umstände hatten sich so weit gelockert, dass ein parteiloser, politisch unerwünschter Schriftsteller 1964 die Laufbahn eines freischaffenden Künstlers wählen und dank seiner enormen und vielfältigen Leistungsfähigkeit (mit einer bewundernswerten Bravour beherrschte der vierzigjährige Škvorecký alle literarischen Gattungen und setzte sich mit einer klaren unternehmerischen Strategie und einer guten Vernetzung in der Prager – und immer mehr auch in der euroamerikanischen – Literatur-, Theater- und Filmwelt durch) mit eindeutigem Erfolg (allerdings ohne jede Sicherheit) realisieren konnte. Er war sicher kein Einzelfall, was als Tatsache für die Bewertung der damaligen Lage umso wichtiger ist.

Eine zweite Anmerkung betrifft die Vernetzung der tschechischen literarischen Welt der 1960er Jahre ins – brüderliche wie „feindliche“ – Ausland: Die fast absolute Isolation der tschechischen Kultur der Gottwald-Zeit war um 1956 verschwunden, spätestens seit der Expo 58 war die tschechische Künstler- und Intellektuellengemeinde wieder ein Bestandteil der intensiv kommunizierenden und ihre Geschäfte erledigenden internationalen Gemeinschaft. Es wird deutlich, dass die unendlichen Komplikationen mit der Vermittlung der Urheberrechte von und für die Tschechoslowakei, also das exemplarische Nicht-Können und die Trägheit der staatlichen Agentur Dilia mehr durch die Unfähigkeit, die Ängste oder die Eifersucht der Beteiligten verursacht wurden als durch die Verbote oder die ideologische Linie des Regimes. Der Staat brauchte dringend Geld und war bereit, dafür die Augen zu schließen.

Es ist faszinierend, wie besonders Škvorecký im Stande war, sich sehr schnell die besten und praktischen Kontakte (nicht nur, aber vor allem) zur amerikanischen Literaturwelt zu beschaffen und sich mit einer Reihe von Stars der damaligen amerikanischen Literatur persönlich anzufreunden, ohne dabei seinen ironischen Abstand zu verlieren. Wie war dies eigentlich möglich, da die Stacheldraht Hindernisse an der Grenze weiter standen (sie sind auch erst 1964 und zwar nur von der Grenze zur DDR verschwunden), Zensur und Geheimpolizei fleißig amtierten und an die „verantwortlichen Organe“ berichteten? Dieselbe Vernetzung in die russische – überwiegend halboffizielle oder gar dissidentische – Literaturwelt hat dabei Zábřana aufgebaut, um das Wichtigste aus der modernen russischen Literatur ins Tschechische – sprachlich ausgezeichnet – zu übertragen (über manche Urheberrechte der staatlich verdammtten russischen Autoren musste man aber in Amerika verhandeln).

In diesem Kontext rückt mit Nachdruck die Problematik der Übersetzungen der ausländischen Literatur ins Tschechische in den späten 1950er und in den 1960er Jahren in den Vordergrund der Aufmerksamkeit.<sup>3</sup> Die klassische Literaturgeschichte interessiert sich fast ausschließlich für das (neue) literarische Schaffen und seine Kontexte. Ebenso wichtig ist

<sup>3</sup> Eine allgemeine Übersicht über die tschechische Übersetzungstätigkeit jener Zeit bieten: Jaroslav Med und Michal Jareš, „Překladová literatura“ [Übersetzungsliteratur], in *Dějiny české literatury 1945–1989, III. 1958–1969*, hrsg. v. Pavel Janoušek (Praha: Akademia, 2008), 107–116.

aber das – manchmal komplizierte – Weiterleben der älteren Werke und vor allem die Verzahnung des einheimischen Literatur- und Kulturlebens mit dem aktuellen Ausland. Es geht dabei nicht nur (obwohl natürlich auch) um politisierte Themen, generationenspezifische Moden und intellektuelle Ikonen der Gegenwart. Es geht auch um die Modernisierung der Sprache als Instrument des gesellschaftlichen und politischen Diskurses und ihren Anschluss an die internationale Entwicklung der künstlerischen, also auch der gesellschaftlichen und politischen Kommunikation. Es geht um die Rezeption der aktuellen ausländischen politischen Aspekte von Kunst und Kultur als diskursiven Trägern oder Widersachern der „unpolitischen Politik“ (um einen der tschechischen Protagonisten der Kultur der 1960er Jahre zu zitieren). Gerade in dieser Hinsicht war die begeisterte hektische Übersetzungsarbeit und die kommentierte Einführung der wichtigen, modernen ausländischen Autoren in die Tschechoslowakei dieser Zeit so wichtig – über die Grenzen „des Literarischen“ hinaus. Es war kein Zufall, dass die mit Übersetzungen gefüllte Zeitschrift *Světová literatura* (Weltliteratur) eine zentrale Position in den kulturpolitischen Prozessen der 1960er Jahre einnahm.<sup>4</sup> Die beiden Protagonisten der edierten Korrespondenz standen im Zentrum dieser Tätigkeit, schon darum sind ihre Ansichten, Arbeitstechniken, Kommentare so wichtig.

Und als letzte Bemerkung: Das Buch bietet – trotz des Torsocharakters der edierten Korrespondenz – einen wertvollen Einblick in die geistige Welt der beiden Freunde. Sie vertrauten dem Papier nicht nur aktuelle Informationen an, sondern auch ihre Stimmungen, Hoffnungen, Zweifel oder gar Depressionen. Sie waren keine auf Erfolg programmierten Roboter, sondern einfühlsame Künstler, welche vieles zwar mit einem klaren Blick in Richtung Honorar geschrieben haben, vielleicht noch mehr aber für sich, in die Schublade, mit der Hoffnung, dass einmal die Gelegenheit kommt, die Texte zu publizieren. Sie schrieben viel zum eigenen Spaß – gerade ihre gemeinsamen (übrigens wunderbaren) Krimis aus dem tschechischen Milieu der 1930er Jahre und der Besatzungsjahre, ebenso wie die aktuell in die 1960er Jahre positionierten, hoch erfolgreichen Krimi-Erzählungen von Škvorecký beweisen dies am besten. Wer die 1960er Jahre in ihrer ganzen Komplexität verstehen möchte, sollte diesen kleinen Band in keinem Fall übergehen.

*Jiří Pešek*

Martin C. Putna, **Česká katolická literatura v kontextech, 1918–1945** [Tschechische katholische Literatur in Kontexten, 1918–1945]. Praha: Torst, 2010, 1390 S., ISBN 978-80-7215-391-6

Seit Ende letzten Jahres steht Experten und auch der breiten Öffentlichkeit, die sich für Literatur und Kulturgeschichte interessieren, ein neues interessantes und lang

<sup>4</sup> Zur Gründung und zu den Anfängen dieser Zeitschrift vergleiche Škvoreckýs Text aus dem Jahre 1967: „Každý začátek je těžký“ [Jeder Anfang ist schwer], in *Mezi dvěma světy*, 68–72. Eine übersichtliche Information über diese Zeitschrift bietet Kateřina Bláhová und Michal Jareš, „Literární časopisy“ [Literarische Zeitschriften], in *Dějiny české literatury*, 64–78, 72f.

erwartetes Buch zur Verfügung. Obwohl der Titel andeuten könnte, dass es sich vor allem um ein literaturwissenschaftliches oder ein literaturhistorisches Werk handelt, überschreitet das Buch *Tschechische katholische Literatur in Kontexten, 1918–1945* von Martin C. Putna (geb. 1968) diesen Rahmen weit und bringt eine Menge von wissenswerten Ansichten und Informationen für andere wissenschaftliche Disziplinen, einschließlich der Geschichte.

Das Werk knüpft an das Buch *Tschechische katholische Literatur in Kontexten, 1848–1918* an,<sup>1</sup> das schon vor elf Jahren als Habilitation Putnas herausgegeben wurde. Im Unterschied zum ersten Teil ist dieser Band viel umfangreicher: 1390 Seiten, gegenüber 800 Seiten im ersten Band. Die Fachöffentlichkeit hat auch die Rückkehr des Autors zum akademischeren Stil in diesem Band begrüßt. Trotzdem ist dieses Werk sehr gut lesbar und Putna bemüht sich originell zu sein, und zwar sowohl im Textbau und der Textstruktur als auch in Interpretationsfragen. Sein Motto lautet, wissenschaftliche Arbeiten so zu schreiben, dass diese nicht nur ein akademisches, sondern auch ein künstlerisches und ästhetisches Werk sein können. Und dies gelingt ihm im großen Maße.

Methodologisch bekennt sich Putna in dieser Arbeit zum Personalismus. Der größte und wichtigste Raum ist der Analyse und Charakterisierung einzelner Persönlichkeiten und ihrer künstlerischen und Meinungsentwicklung, unter Einbeziehung persönlicher Beziehungen und kultureller Anbindungen, gewidmet. Erst aufgrund dieses Mosaiks von einzelnen Schicksalen der Dichter fasst Putna seine allgemeinen Schlussfolgerungen über die Epoche, das literarische Leben und die literarische Reflexion. Der Autor erhebt diesen methodologischen Anspruch konsequent an alle Dichter – sowohl an die bekanntesten als auch an die, die heute schon fast in Vergessenheit geraten sind und dank dieser Arbeit manchmal wiedergefunden und neu entdeckt wurden. Es sind gerade diese, auf der Grundlage einer extensiven Quellenforschung und Archivarbeit zusammengestellten Medaillons einzelner Persönlichkeiten und Vertreter der katholischen Literatur, die ich für besonders wertvoll und nützlich erachte. Manchmal handelt es sich sogar um Erstveröffentlichungen zu diesen Autoren, zum Beispiel Porträts von Bedřich Fučík, Miloš Dvořák, Jan Čep oder Ladislav Jehlička. Außer dem personalistischen methodologischen Ausgangspunkt bedient sich Putna bei der Interpretation einzelner Quellen und Kunstwerke der Methodologie, die viel mehr in der Kulturgeschichtsschreibung als in der Literaturgeschichtsschreibung benutzt wird. Die Textquellen stellen für ihn keine ästhetischen Werke an und für sich dar, sondern sind der Schlüssel zum Verständnis der Epoche, des damaligen Denkens, der Ereignisse und ihres Einflusses auf den öffentlichen Diskurs.

Es muss auch erwähnt werden, dass Putna die Begriffe „katholisch“ und „Literatur“ sehr breit definiert. In seiner „Anmerkung zur Methode“ (S. 1335f.) distanziert er sich von der engeren Definition des Begriffes „katholische Literatur“, wie er ihn im vorigen Teil definiert hat. In diesen Band werden auch Persönlichkeiten einbezogen, die zwar nicht strikt ins katholische Milieu gehören, ihm aber „vorübergehend oder dauernd, ästhetisch, politisch, literarisch oder menschlich“ nahestehen (S. 1336). Diese weit gefasste Begriffsbestimmung

---

<sup>1</sup> Martin C. Putna, *Česká katolická literatura v evropském kontextu, 1848–1918* (Praha: Torst, 1998).

der „katholischen Literatur“ ermöglichte Putna, eine gewaltige Menge an Dichtern und Intellektuellen der damaligen Zeit in sein Buch einzugliedern. Zu den katholischen Autoren rechnet er auch die Dichter, die gewöhnlich nicht als „katholisch“ bezeichnet werden – zum Beispiel František Halas, Vladimír Holana oder František Hrubín. Genauso breit definiert er den Begriff „Literatur“. Unter diesem Begriff versteht er nicht nur die Belletristik, sondern das ganze Schrifttum einschließlich der Essayistik und Sach- und Fachliteratur. Ein großer Raum wird den verschiedensten Arten der kulturhistorischen, politischen und theologischen Publizistik gewidmet. Die Zeitabgrenzung der Arbeit entspricht den wichtigsten Meilensteinen der tschechoslowakischen Geschichte und wurde logisch ausgewählt. Bezüglich der Natur der Literatur und des festgelegten methodologischen Ausgangspunktes (Porträts der einzelnen Persönlichkeiten) war der Autor objektiv gezwungen, diesen Zeitrahmen oft zu überschreiten, was aber kein Vorbehalt ist, sondern eher einen komplexen Blick auf diese Periode und ihre Persönlichkeiten bietet.

Wie ich schon am Anfang erwähnte, ist das Werk formal als eine Fortsetzung des vorigen Bandes aufzufassen. Dies spiegelt sich auch in der formalen Gestaltung der Arbeit wider. Das Buch fängt nicht mit Kapitel 1 an, wie der Leser vermuten würde, sondern mit Kapitel 9. Ebenso muss der Leser auf eine Einführung oder einen methodologischen und Quellenaufsatz zu Beginn des Buches verzichten. Diese sind erst ganz am Ende des Buches zu finden, wo aber wiederum eine Zusammenfassung, ein Fazit oder ein Nachwort fehlen. Formal ist das Werk in zehn unterschiedlich lange Kapitel eingeteilt (Kapitel 9–18). Danach folgt das Schlusskapitel 19 „Statt Nachwort – Anmerkung zur Methode“ und das Namenregister.

Die ersten 170 Seiten beschäftigen sich mit einem Überblick zur katholischen Literatur im euroamerikanischen Raum (Europäische und amerikanische katholische Literatur 1918–1945). Der Autor widmet sich hier auch der religiösen und gesellschaftlichen Entwicklung in Europa und den USA und erforscht die unterschiedlichen Facetten des Katholizismus. Das größte Augenmerk richtet sich auf das französische, englische und deutsche Sprachgebiet. Am Ende dieses Kapitels weist Putna auf die Rolle und Stellung der tschechischen katholischen Literatur im internationalen Kontext hin und bietet einen Vergleich. Der Text ist sehr interessant sowie informationsreich und könnte als eine eigenständige Studie herausgegeben werden.

Das folgende Kapitel 10 (Die Religion in der tschechischen Gesellschaft und Politik 1918–1945) ist für Historiker besonders aufschlussreich und interessant, denn es beschäftigt sich mit der Rolle der Religion und der Kirche in der tschechischen Gesellschaft und Politik im angegebenen Zeitabschnitt. Hier werden die Rolle der Geistlichkeit in den einzelnen politischen Parteien zusammengefasst und analysiert sowie die Meilensteine in der Beziehung zwischen Staat und katholischer Kirche ausführlich betrachtet. Die Wahrnehmung dieser Ereignisse durch die Öffentlichkeit wird oft erwähnt. Der Leser findet hier einen umfassenden Blick auf die Nachkriegslage in der Tschechoslowakei, die einerseits durch den Verlust der traditionellen moralischen und geistigen Werte, andererseits auch durch die eigenständige Lage des Katholizismus gekennzeichnet war. Der Katholizismus stellte für die Mehrheit der Gesellschaft in der Tschechoslowakei eine Verkörperung alles

Untschechischen und Unfortschrittlichen dar. Putna zeigt uns am Beispiel der Entwicklung und Stellung der katholischen Literatur in der Tschechoslowakei einerseits auch die Entwicklung der politisch-kulturellen Beziehungen der Tschechoslowakei zum katholischen Glauben und zum Vatikan im Allgemeinen, andererseits auch die dramatische gesellschaftliche Umwandlung, welche die Tätigkeit und die Rezeption der Kirche durchlaufen hatte – vom Kulturkampf bis zu immer harmonischeren Beziehungen.

Die folgenden 106 Seiten – das ganze Kapitel 11 – widmen sich der Persönlichkeit und dem Werk von Jaroslav Durych. Es handelt sich faktisch um die leicht überarbeitete Monographie zu Durych, die Putna im Jahre 2003 herausgab.<sup>2</sup> Jaroslav Durych bietet das schöne Beispiel eines Intellektuellen, der sich zwischen Katholizismus und Liberalismus befand und so fast im Zentrum aller Konflikte stand. Dass Durych der einzige Schriftsteller im ganzen Buch ist, dem ein ganzes Kapitel geschenkt wurde, ist verständlich, da er in der tschechoslowakischen literarischen, kulturellen und politischen Landschaft nicht nur nicht zu übersehen ist, sondern auch eine ziemlich komplizierte Persönlichkeit besaß. Er war auch der Anstifter vieler Diskussionen sowie politischer und künstlerischer Veranstaltungen, hatte viele Themen, die bis dahin übersehen worden waren. An seinem Leben, seinen Ansichten und seinem Werk zeigt Putna praktisch, was er in den vorigen Kapiteln eher theoretisch nachgewiesen hat.

Es folgt ein Kapitel (Kapitel 12 Kultur im kirchlichen Milieu), welches das Thema der offiziellen katholischen Literatur behandelt, d. h. zum Beispiel die Literatur, die von katholischen Ordensleuten herausgegeben wurde. Probleme der Laizisierung und Konflikte zwischen Priestern und katholischen Künstlern, die Laien waren, werden hier betrachtet. Die nächsten zwei Kapitel sind der katholischen politischen Publizistik gewidmet. Kapitel 13 fokussiert sich auf die politische Rechte (Katholiken und die Rechte), Kapitel 14 auf die politische Linke (Katholiken und die Linke). Alle diese drei Kapitel gehören viel mehr zu einer Kulturgeschichte als zu einer reinen literaturgeschichtlichen Arbeit. Auch hier arbeitet Putna mit einem personalistischen methodologischen Standpunkt und man findet hier viele gelungene und aufschlussreiche Porträts bekanntester, aber auch unbekannter Persönlichkeiten des katholischen Umfelds der damaligen Zeit.

Erst jetzt, nach sechs Kapiteln, welche die katholische Literatur mehr aus dem Blickwinkel der Kulturgeschichte oder der Sozialgeschichte darstellen, werden die reinen literarischen Gattungen betrachtet. Als erstes kommen der Ruralismus und der Regionalismus, danach folgen die spirituelle Poesie und dann die erfolglosen Bemühungen um den originär tschechischen katholischen Roman. Diese drei Kapitel bilden aber nur 28 % des ganzen Buchumfangs.<sup>3</sup> Im letzten Kapitel – vor der methodologischen Anmerkung – werden Literaturkritik, Literaturgeschichte und Verlagswesen dargestellt.

Wie schon erwähnt wurde, ist das Buch nach einer extensiven Archiv- und Quellenforschung entstanden, meistens handelt es sich um Nachlässe der einzelnen Vertreter der katholischen Literatur, die oft vom Autor und seinem Team neu entdeckt oder neu erforscht

<sup>2</sup> Martin C. Putna, *Jaroslav Durych* (Praha: Torst, 2003).

<sup>3</sup> Zdeněk R. Nešpor, „Hledání celku katolické literatury“, *Česká literatura*, Nr. 6 (2010), 830–837, 834.

wurden. Vor allem die Nachlässe von Karel VI. Schwarzenberg oder Bohdan Chudoba sollen hervorgehoben werden, die bis jetzt ganz unbeachtet und unaufbearbeitet waren. Putna hat auch die kompletten Jahrgänge von Zeitschriften und Zeitungen aus diesem Zeitraum exzerpiert und hat auch andere komplementäre Methoden der Forschung benutzt wie z. B. Oral history (Gespräche mit Zeitzeugen – aufgrund des Zeitabstandes handelte es sich hier mehr um Gespräche mit Lebensgefährten und Verwandten der erwähnten Dichter als um die Dichter selbst).

Der Text beinhaltet einen Anmerkungsapparat, dem es aber an einer zusammenfassenden Literaturliste fehlt, was die Möglichkeit, das Buch als bibliografisches Nachschlagewerk oder Referenzwerk zu benutzen, erschwert. Putna hält es für zwecklos, eine Liste primärer und sekundärer Literatur beizufügen, denn es gebe bereits das Nachschlagewerk *Lexikon der tschechischen Literatur*, das die grundlegenden biographischen und bibliographischen Informationen über die in diesem Buch erwähnten Schriftsteller umfasse. In seinen Fußnoten verweist er immer nur auf das seiner Ansicht nach bedeutendste und/oder neueste Werk. Die Arbeit mit dem Buch erleichtert das Namenregister, das nur Vorname und Name erwähnt, aber keine weitere Angaben. Auch Bildmaterial ist im Buch leider nicht zu finden.

Putna ist es gelungen, eine Hülle und Fülle von Quellen und Originaltexten zu erarbeiten. Dank der breiten Begriffsbestimmung der Grundbegriffe – „Literatur“ und „Katholizismus“ – kann man in diesem Werk fast alle bekannten wie auch unbekannt mit dem Katholizismus verbundenen Autoren finden, die zur erwähnten Zeit in der Tschechoslowakei tätig waren. Der Nachteil dieses Zugangs wie auch der personalisierten Vorgehensweise ist ein gewisser Verlust der Hauptlinie der Erzählung und der Zerfall des Textes in einzelne, in großem Maße selbständige Texte oder Studien. Der Autor konnte sein Ziel also nicht ganz erreichen – dieses war eine Zusammenfassung, Sortierung und kritische Auswertung eines literarischen Gebiets. Den großen Beitrag dieses Werkes sehe ich vielmehr in der Eingliederung der einzelnen Persönlichkeiten in den gesellschaftlichen, politischen und religiösen Kontext. Dem Autor ist es sehr gut gelungen, auch die damalige Atmosphäre der Ersten Tschechoslowakischen Republik nachzuzeichnen, die er in Zusammenhang mit der Umwandlung des literarischen Diskurses bringt.

Die oben genannten Einwände sollen nicht die Qualität dieser Arbeit überschatten. Das Werk ist nicht nur außerordentlich faktenreich und informationsreich, sondern dank Putnas originellem Stil und seinen Bemühungen um die Interpretationsoriginalität zudem auch gut lesbar, und das trotz des entwaffnenden Volumens. Was auch hoch zu schätzen ist, ist der multidisziplinäre Zugang des Autors, der es geschafft hat, das Literarische mit dem Historischen, Kulturellen, Philosophischen, Theologischen und Politischen in Verbindung zu setzen.

Monika Březinová

Tomáš Vilímek, **Solidarita napříč hranicemi. Opozice v ČSSR a NDR po roce 1968** [Solidarität über Grenzen hinweg. Die Opposition in der ČSSR und in der DDR seit 1968]. Praha: Vyšehrad / Ústav pro soudobé dějiny AV ČR 2010, 383 S. ISBN 978-80-7429-030-5

Die Tschechoslowakei (ČSSR) und die DDR galten im Rahmen des ehemaligen Ostblocks als Staaten, welche die meisten gemeinsamen Merkmale aufwiesen, und zwar in machtpolitischer sowie sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht. In der komparativ angelegten Arbeit von Tomáš Vilímek ist zu erfahren, inwieweit es eine solche Affinität auch zwischen Oppositionellen in den beiden Ländern gab. Der Verfasser, der zu den jungen Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte der tschechischen Akademie der Wissenschaften gehört, ist deutschen Historikern, die zu den kommunistischen Regimes im Ostblock forschen, bekannt, da er bereits mehrere Beiträge zur Geschichte der tschechoslowakischen Opposition auf Deutsch publiziert hat.

Das hier zu besprechende Buch ist in sieben thematische Kapitel gegliedert, wobei der zeitliche Schwerpunkt in den Jahren 1968–1989 liegt. Hierfür ist eine breite Quellenbasis bearbeitet worden, die von klassischen Archivakten über Interviews mit ehemaligen ostdeutschen und tschechoslowakischen Dissidenten bis zu deren literarischen, teils erst nach der Wende herausgegebenen Werken reicht. Bei der Auswahl der Quellen ist evident, dass Vilímek sich darum bemühte, genügend repräsentative Materialien für jede Seite zu bearbeiten. Dies gelang ihm vorzüglich bei den Interviews, die entweder von ihm (die Mehrzahl) oder im Rahmen eines internationalen Projekts der Forschungsstelle Osteuropa Bremen durchgeführt wurden. Problematischer ist es allerdings bei den Archivunterlagen, die viel häufiger aus Deutschland (vor allem vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und aus dem Matthias-Domaschk-Archiv in der Robert-Havemann-Gesellschaft) als aus Tschechien (vorwiegend Archiv bezpečnostních složek und Libri prohibiti) stammen. Die Robert-Havemann-Gesellschaft diente zugleich als wichtigste Quelle für zahlreiche Abbildungen, die den Text in Form von Fotografien und Dokumentenkopien begleiten.

Die komparative Herangehensweise schlägt sich in der Struktur des ganzen Buches nieder. Mit Ausnahme des ersten Kapitels, das einen kurzen Überblick über die Geschichte der ostdeutschen Opposition seit 1945 bietet, wird jedes Thema parallel für beide Staaten behandelt. Im zweiten Kapitel setzt sich Vilímek mit der Typologie des gegen das Regime orientierten Handelns auseinander, thematisiert dann die Beziehung zwischen Dissidenten und der Mehrheitsgesellschaft. Im vierten Kapitel werden ausführlich die Voraussetzungen für eine oppositionelle Betätigung untersucht. Die zwei folgenden Kapitel befassen sich mit den Beziehungen zwischen den tschechoslowakischen und ostdeutschen Dissidenten – sowohl mit ihrer gegenseitigen Wahrnehmung als auch mit ihrer Zusammenarbeit. Im letzten Kapitel werden die Kontakte zwischen den Oppositionellen im Visier der Staatssicherheitsdienste der beiden Staaten präsentiert. Dem Text sind ein Abkürzungsverzeichnis, ein Namensregister und eine deutsche Zusammenfassung beigelegt.

Welche Ähnlichkeiten bzw. Unterschiede zwischen den Oppositionellen in der ČSSR und in der DDR hat Vilímek schließlich festgestellt? Was den Weg in die Opposition betrifft, hätten der familiäre Hintergrund (mit der Ausnahme der Generationenkonflikte um Kommunismus einerseits und Nationalsozialismus andererseits), eine gruppensdynamische Entwicklung und bestimmte Aspekte des Gesetzes von Aktion und Reaktion in beiden Ländern eine ähnliche Rolle gespielt. Wesentlich unterschiedlich geht der Vergleich der gesellschaftlichen und geschichtlichen Einflüsse aus. Die Herausbildung des Dissenses in der DDR sei stark von der Existenz der Bundesrepublik geprägt worden, die es den Unzufriedenen ermöglichte, den ostdeutschen Staat bis 1961 relativ einfach zu verlassen. Vilímek betont, dass sich die Bedingungen für oppositionelle Tätigkeit in der DDR jenen in der ČSSR erst mit dem Bau der Berliner Mauer angenähert hätten. Die ostdeutschen Oppositionellen hätten sich auf die evangelische Kirche stützen können, deren Wirkungsmöglichkeiten die katholische Kirche in der Tschechoslowakei bei Weitem nicht besessen habe. Mit der evangelischen Kirche sei ebenso die Ablehnung von Militarisierungstendenzen verbunden, die zur Bildung der ostdeutschen und innerhalb des Ostblocks stärksten Friedensbewegung geführt habe.

Für den Weg in die Opposition seien auch bestimmte historische Ereignisse entscheidend gewesen. In der DDR seien dies die Niederschlagung des Juni-Aufstandes 1953, der Mauerbau im August 1961 und die den undemokratischen Charakter des Regimes beweisenden Taten von 1976 (Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz oder Ausbürgerung von Liedermacher Biermann) gewesen. In der ČSSR seien die Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 und die Gründung der Bürgerinitiative Charta 77 im Januar 1977 zu den wichtigsten Meilensteinen geworden. Eine unterschiedliche historische Entwicklung könne man am deutlichsten an der zweiten Hälfte der 1960er illustrieren. Während die ČSSR eine politische, kulturelle und gesellschaftliche Entspannung erlebt habe, habe in der DDR eine „Eiszeit“ begonnen.

Obwohl die Ereignisse des Prager Frühlings von ostdeutschen Dissidenten viel mehr und viel intensiver als die Anfänge der Charta 77 verfolgt worden seien, datierten die ersten individuellen Kontakte zwischen tschechoslowakischen und ostdeutschen Regimekritikern gerade auf die Zeit zwischen 1977 und 1979. Hierbei sei die DDR-Opposition besser über die Aktivitäten des Dissenses in der ČSSR informiert gewesen als umgekehrt, worum sich vor allem Vertreter des tschechoslowakischen Exils verdient gemacht hätten. Die Opposition in der ČSSR habe sich wesentlich mehr für die Aktivitäten der polnischen Regimegegner interessiert und habe den ostdeutschen Oppositionellen manchmal vorgeworfen, dass diese allzu linksorientiert seien oder sogar mit dem Kommunismus liebäugeln würden. Eine eventuelle Kooperation sei auch durch die Struktur der DDR-Opposition erschwert worden, da diese deutlich mehr Gruppierungen gezählt und über keine mit der Charta 77 vergleichbare Dachorganisation verfügt habe. Trotzdem seien spätestens ab Mitte der 1980er Versuche unternommen worden, der Kooperation zwischen der tschechoslowakischen und der DDR-Opposition eine institutionelle Basis zu geben. Es sei gelungen, mehrere gemeinsame Dokumente (zum Beispiel den Prager Aufruf vom März 1985) zusammenzustellen und auf staatliche Angriffe zwischen 1987 und 1989 mit gegenseitigen Solidaritätsbekundungen zu reagieren.

Alle diese Aktivitäten hätten zur sogenannten Internationalisierung des inneren Feindes beigetragen, dem die Staatssicherheitsdienste der ČSSR und der DDR gemeinsam entgegenzuwirken versuchten. Zwischen den Geheimdiensten der beiden Staaten sei ein reger Informationsaustausch gelaufen, was ermögli­che, einige Treffen zwischen den tschechischen und den DDR-Oppositionellen noch heute fast wörtlich zu rekonstruieren. Es gelte auch im Falle der Staatssicherheitsdienste, dass die ostdeutsche Seite besser informiert über die Entwicklung in der ČSSR gewesen sei als umgekehrt – vor allem aus der Befürchtung heraus, dass die Charta 77 und das Komitee für die Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten (VONS) ein Gegenüber in der DDR finden könnten. Die tschechoslowakische Staatssicherheit (StB) hingegen habe die mögliche Internationalisierung der Friedensbewegung oder Verweigerung des Wehrdienstes lange Zeit nicht ernst genommen. Zum Schluss deutet der Verfasser auf den Kontrast hin, der zwischen der Fülle der gesammelten Informationen herrschte und der die Unfähigkeit der Staatssicherheitsdienste zeigte, diese vollständig zu nutzen.

Mit dem vorliegenden Buch hat Tomáš Vilímek nicht nur eine Forschungslücke (vergleichende Erforschung der Opposition in den Ostblockstaaten) zumindest teilweise gefüllt, sondern auch im tschechischen Kontext ein politisch aktuelles Thema (Gesetzesvorlage über Teilnehmer des antikommunistischen Widerstands) berührt. Außerdem kann sich der Leser darüber freuen, dass ihm ein gut lesbarer Text vorliegt. Leser, die kein Tschechisch verstehen, können auf eine Studie Vilímeks zurückgreifen, die im Sammelband *„Das Land ist still – noch“: Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR, 1971–1989* (hrsg. v. Leonore Ansorg, Bernd Gehrke, Thomas Klein und Danuta Kneipp, Köln: Böhlau, 2009) veröffentlicht wurde und welche sowohl die tschechoslowakische als auch die DDR-Opposition im Visier der Staatssicherheitsdienste beider Länder präsentiert. Eine deutsche Übersetzung des hier besprochenen Buches wäre unter zwei Bedingungen lohnenswert. Erstens sollte sich der deutsche Leser einen Überblick über die Geschichte der tschechoslowakischen Opposition seit 1948 aus dem ersten Kapitel verschaffen können, zweitens wäre es erforderlich, die Akten der tschechoslowakischen Staatssicherheit ausführlicher zu erforschen.

*Lucie Filipová*

Vít Vlnas und Lenka Stolárová, Hrsg., **Karel Škréta (1610–1674): Doba a dílo** [Karel Škréta (1610–1674): Zeit und Werk]. Praha: Národní Galerie v Praze, 2010. 663 S. ISBN 978-80-7035-458-2

Im Rahmen einer repräsentativen und in vieler Hinsicht entdeckender Ausstellung der Werke Karel Škré­tas (1610–1674) – eines der berühmtesten Maler des böhmischen Barocks – wurde von der Prager Nationalgalerie ein umfangreicher Ausstellungskatalog herausgegeben. Nachdem diese temporäre Ausstellung abgebaut sein wird und Škré­tas Altar- und Wandbilder sowie Leihgaben aus zahlreichen europäischen Galerien wieder

zurückgegeben werden, wird so der selbständig tschechisch und englisch verfasste Ausstellungskatalog weiterhin vorhanden bleiben.

Zurückblicken kann man in diesem Zusammenhang auf drei vorangegangene monographische Ausstellungen zu Škréta, von denen jede – neben der kunsthistorischen Bedeutung, neuen Zuschreibungen und neu erschlossenen Quellen – auch einen unübersehbaren Stellenwert in der gesellschaftspolitischen Geschichte einnahm.

Die chronologisch erste Ausstellung in der Modernen Galerie (Rudolphinum) im Jahre 1910 zum 300. Jahrestag von Škréts Geburt spielte sich zu Zeiten ab, in denen die ersten Schritte der Kunstgeschichte als selbständige Disziplin getan wurden; in der zum Škréta-Jubiläum herausgegebenen Monographie von Karel Herain und Paul Bergler wurde die nationalistische Perspektive des ausgehenden 19. Jahrhunderts überwunden und der Weg eingeschlagen, den Beitrag Böhmens zum radikalen mitteleuropäischen Barock durch Quellenstudien zu dokumentieren und so die politisch verkannte Bedeutung der böhmischen Kronländer hervorzuheben.

Die zweite Ausstellung, eine von Vincenc Kramář in den neuen Räumen der Modernen Galerie in der Stadtbibliothek konzipierte Retrospektive, die eröffnet wurde nach der, wegen des Münchner Abkommens vorzeitig im September 1938 geschlossenen, monumentalen Ausstellung Prager Barock 1600–1800, setzte – neben vertieftem Sachverständnis – in der beklemmenden Situation der Zweiten Republik verständlicherweise unüberhörbar nationale Töne an.

Mit der im Jahre 1974 durch den Barockspezialisten Jaromír Neumann installierten Ausstellung in der Reitschule der Prager Burg ist es gelungen, Karel Škréts Werk fachgerecht zu präsentieren, war doch dieser Ausstellung eine grundlegende Abhandlung Neumanns zum Böhmischem Barock (1969 in tschechischer und 1970 in deutscher Fassung; im Jahr dieser repräsentativen Škréta-Ausstellung in zweiter, erweiterter Auflage erschienen) vorausgegangen. Sowohl die Ausstellung, wie auch die zweite, überarbeitete Herausgabe der Publikation fanden in der bedrückenden Atmosphäre der sog. Normalisierung statt, in der alles, was der offiziellen Kulturpolitik nicht passte, mit primitiven Argumenten (als kirchliche Propaganda) verboten wurde. Die Ausstellung, in der Öde der ideologisch zugeschnittenen Kulturpolitik ein wahres Ereignis, konnte nur dank der Autorität des damaligen Direktors Jiří Kotalík eröffnet werden. Die Zweitausgabe war mit einem kuriosen Missverständnis verbunden: Die kommunistische Aufsichtsbehörde verwechselte den Kunsthistoriker Neumann mit dem vom Regime favorisierten Proletarier-Dichter S. K. Neumann (1875–1947).

Was die Publikation *Karel Škréta (1610–1674) – Doba a dílo* von der früheren Literatur unterscheidet, ist nicht allein die vom politischen Zwang befreite Betrachtungsperspektive, sondern es sind vor allem die völlig veränderten Umstände: Sie ist das Ergebnis einer Teamarbeit von zahlreichen Spezialisten, die unter dem Taktstock des Direktors der Sammlung Alter Kunst, Vít Vláš, (und finanziell unterstützt von norwegischen EU-Fördergeldern) verlief. Aufgrund einer Zusammenarbeit von Historikern, Kunsthistorikern, Restauratoren usw. ist es gelungen, Škréta neue Werke zuzuschreiben – z. B. zwei Zeichnungen zum Altargemälde mit dem Hl. Servatius in der Schlosskapelle in Mníšek pod Brdy, von denen

eine im Museum für religiöse Kunst im niederländischen Uden neu aufgefunden wurde. Unter Röntgenstrahlen konnten zwei neue Werke entdeckt werden: So etwa das bislang unbeachtete und stark beschädigte, aus der Ignatiuskirche in Jičín stammende Altargemälde mit der Verkündigung Marias, das man bei der Regotisierung der Kirche im Jahr 1900 auf den Musikchor versetzt hatte. („Während der Restaurierungsarbeiten wurde festgestellt, dass das ursprüngliche Format im oberen Teil segmentartig abgeschnitten wurde,“ S. 242.) Jedoch auch umgekehrt verlaufende Korrekturen im Werkkatalog mussten nach sorgfältigen Analysen vorgenommen werden: dem im Wiener Dommuseum befindlichen Altargemälde mit dem Hl. Nikolaus von Tolentino, Brot an die Armen verteilend, und zwei weiteren Gemälden aus dem Salzburger Dom musste die Urheberschaft Škrétas aberkannt werden.

Škrétas Werk wird in breiten Zusammenhängen erläutert: in Bezug auf die vorangehende Epoche der rudolphinischen Kunst, die den Rahmen seiner ersten Schulung bei Aegidius Sadeler bestimmte, und im Vergleich mit der malerischen Produktion berühmter Zeitgenossen. Etlichen von ihnen ist Škréta während seiner Emigration nach 1620 entweder persönlich begegnet (wie z. B. Joachim von Sandrart) oder er nahm Kenntnis von ihren Werken – Škrétas dramatische Helldunkelkompositionen verraten eine Belehrung durch Caravaggio. Durch diese Zusammenhänge bekommt Škrétas Werk, bislang vor allem als isolierte geniale Leistung bewertet, imposante europäische Konturen.

Škréta wird nicht nur als vielseitiger bildender Künstler präsentiert, sondern auch als erfolgreicher Unternehmer, der eine effiziente Werkstatt mit zahlreichen Gehilfen und Gesellen führte, sowie als *pictor doctus*, als gebildeter Maler, in dessen Nachlass sich an die 300 Titel befanden – u. a. auch die für einen ambitionierten Künstler unentbehrliche *Iconologia* von Cesare Ripa, die lateinische Fassung von Vitruvs *Zehn Büchern über Architektur* sowie weitere Unterweisungen in Mathematik und Geometrie.

Auf beinahe 700 Druckseiten dieser Monographie wird der neueste Wissensstand über diesen *pictor aetate nostra in Patria summus*, den hierzulande besten Maler, präsentiert. Ermöglicht wurde diese Synthese, in der Škrétas Werk in breiten Zusammenhängen mit seiner Zeit und ihrem Klima erfasst ist, vor allem durch das Zusammenspiel von einer breiten Skala von Spezialisten (Kunsthistorikern, Historikern, Restauratoren) und Institutionen (Nationalgalerie, Karlsuniversität, Kunsthistorisches Institut der Akademie der Wissenschaften). Das Ergebnis ist ein überraschend neuer Blick auf das Werk eines bisher zwar unumstritten angesehenen Alten Meisters, doch angereichert um aufschlussreiche Zusammenhänge und mit etlichen Korrekturen in dessen Werkkatalog. Den Text ergänzen an die 900 Farbtafeln, ein Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Künstler- und Ikonographie-Register – womit dieser „Ausstellungskatalog“ als wissenschaftliche Monographie einzustufen ist.

Anita Pelánová



## AUTOREN

---

**Mag. Florentine Kastner** (\*1981), ist Dissertantin am Institut für Zeitgeschichte und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität Wien sowie am Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung Graz. Ihre Forschungsinteressen richten sich auf diktatorische und autoritäre Systeme, Postkonflikt-Strategien, politische System-Wandel sowie internationale Lagersysteme im 19./20./21. Jahrhundert. E-Mail: florentine.kastner@univie.ac.at

**PhDr. Ota Konrád, Ph.D.** (\*1973), befasst sich mit der deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Zeitgeschichte, insbesondere mit der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Masaryk-Institutes (Masaryk-Institut und Archiv der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik) sowie des Instituts für Internationale Studien, Fakultät für Sozialwissenschaften der Karls-Universität Prag. In diesem Jahr erschien sein Buch *Dějepisectví, germanistika a slavistika na Německé univerzitě v Praze* [Geschichtswissenschaft, Germanistik und Slawistik an der Deutschen Universität in Prag 1918–1945] (Praha: Karolinum, 2011). E-Mail: konrad@mua.cas.cz

**Nina Lohmann, M.A.** (\*1975), studierte Geschichte und Politikwissenschaften in Düsseldorf und Edinburgh und promoviert derzeit im Fachbereich Neuere Geschichte am Institut für internationale Studien der Karls-Universität in Prag und an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. In ihrer Dissertation beschäftigt sie sich mit der Stadt Prag während der deutschen Besatzung. Ihre bisherigen Publikationen widmeten sich vor allem der Historiographie und der Geschichte der Deutschen in Böhmen im 20. Jahrhundert. E-Mail: ninalohmann@gmx.de

**Prof. Dr. Michael Matheus** (\*1953), ist Professor für Mittlere und Neuere Geschichte und Vergleichende Landesgeschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und seit 2002 Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Rom. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands und Italiens im hohen und späten Mittelalter, die Stadtgeschichte, Weingeschichte, Technikgeschichte und Universitätsgeschichte sowie die Straßen- und Pilgerforschung und die Historiographie. Er ist der (Mit-)Autor und (Mit-)Herausgeber von 38 Monographien und Sammelbänden sowie 112 unselbständigen Schriften.

E-Mail: [matheus@dhi-roma.it](mailto:matheus@dhi-roma.it)

**PhDr. Soňa Mikulová** (\*1981), ist Doktorandin am Lehrstuhl für deutsche und österreichische Studien an der Karls-Universität Prag. Neben der Kulturgeschichte Deutschlands beschäftigt sie sich mit den Erinnerungskulturen in Deutschland und Italien.

E-Mail: [sona.mikulova@gmail.com](mailto:sona.mikulova@gmail.com)

**Prof. PhDr. Jiří Pešek, CSc.** (\*1954), ist Leiter des Lehrstuhls für deutsche und österreichische Studien am Institut für internationale Studien der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität Prag. Sein Forschungsinteresse gilt der interdisziplinären Kultur-, Bildungs-, Wissenschafts- und Städtegeschichte des 16. bis 20. Jahrhunderts mit einem besonderen Akzent auf der deutschen und deutsch-böhmischen Problematik. Er ist der (Mit-)Autor von sechs Monographien, (Mit-)Herausgeber von 44 Sammelbänden sowie der Autor von über 280 weiteren Studien.

E-Mail: [pesek@fsv.cuni.cz](mailto:pesek@fsv.cuni.cz)

## HINWEISE FÜR AUTOREN

---

### 1. Die Charakteristik der Beiträge

Die Zeitschrift *Studia Territorialis AUC* (im Folgenden *ST AUC*) veröffentlicht nur Originalbeiträge, die zuvor noch nirgendwo publiziert wurden und sich auch nirgends im Druck oder im Lektorat befinden. Es werden Beiträge in englischer, tschechischer und deutscher Sprache angenommen. Im Falle englischsprachiger Aufsätze wird die amerikanische Sprachvariante bevorzugt; die Redaktion akzeptiert jedoch auch Beiträge in britischem Englisch unter der Bedingung, dass diese sprachlich einwandfrei und konsistent sind. Die Adaptation erfolgt nach dem entsprechenden Sprachleitfaden (*The Chicago Manual of Style* bzw. *The Oxford Style Manual*).

Die Beiträge werden durchgehend an die Redaktion geschickt, und zwar an die E-Mail-Adresse des Redaktionsbeirates: [stuter@fsv.cuni.cz](mailto:stuter@fsv.cuni.cz). Die Beiträge müssen mit einem Textverarbeitungsprogramm erstellt worden sein, das den gängigen Standards (.doc, .rtf) entspricht. Die Korrespondenz des Autors/der Autorin mit der Redaktion erfolgt per E-Mail.

Studien, die für die Publikation in Betracht kommen, unterliegen einem zweifachen Lektorat, das strikt anonym ist. Die Länge dieses Verfahrens beträgt ab dem Moment der Einreichung des Beitrages an die Redaktion bis zur Rückgabe an den Autor/die Autorin zur Autorisierung, Überarbeitung oder mit einem ablehnenden Bescheid maximal drei Monate. Die Redaktion behält sich das Recht vor, den Beitrag in Einklang mit den eigenen Redaktionsrichtlinien zu redigieren, ebenso wie seine Publikation abzulehnen, sollte sie ihn nicht als akzeptabel betrachten, ohne dies begründen zu müssen.

Beiträge, die eine unverhältnismäßige Redaktionsarbeit verlangen aufgrund von Nichtbeachtung der Editionsregeln oder formaler und sprachlich-stilistischer Mängel, werden den Autoren zurückgegeben.

### 2. Copyright

Das Copyright jeder Nummer liegt beim Karolinum-Verlag. Die Voraussetzung für die Publikation eines Beitrages in *ST AUC*, ebenso wie für die weitere Nutzung des Werkes ist der Abschluss eines Standard-Verlagsvertrags mit dem Karolinum-Verlag.

### 3. Editionsregeln

Die Studie sollte einen Umfang von 25 bis 40 Normseiten (à 1800 Zeichen inkl. Leerzeichen) haben. Der optimale Umfang von Buchbesprechungen beträgt fünf bis zehn Normseiten. Längere Texte werden in Hinsicht auf ihre Eignung zur Kürzung beurteilt.

Alle Studien müssen, ohne Rücksicht auf die Publikationssprache, mit einem englischen Abstract in Länge von 100 bis 150 Worten versehen werden. Für alle Studien müssen zugleich vier bis sechs englische Keywords angegeben werden.

Das zugesandte Manuskript muss folgende Teile beinhalten: Titelseite, Abstract, Keywords, Haupttext, ggf. Beilagen. Im Begleitbrief muss der Autor/die Autorin seinen/ihren vollständigen Namen angeben, ebenso wie seine/ihre institutionelle Zugehörigkeit, eine wissenschaftliche Kurzbiographie in der Sprache der Publikation sowie eine Kontaktadresse für die Zusendung der Autorenexemplare. Bei Aufsätzen, die mehrere Autoren haben, muss einer von diesen als Kontaktperson für die Korrespondenz mit der Redaktion bestimmt werden.

Namen aus anderen Schriftsystemen werden ins lateinische Alphabet überführt. Für die Transliteration bibliographischer Angaben in den Fußnoten wird die für die jeweilige Sprache gültige Transliterationstabelle verwendet (z. B. Library of Congress, Oxford Dictionary, ČSN). Im Haupttext wird die jeweils übliche Form der Transkription für Namen aus anderen Schriftsystemen verwendet.

### 4. Anmerkungssystem

Die Autoren halten sich an das klassische Anmerkungssystem. Die Verweise haben die Form von Fußnoten am Seitenende. Ein eigenständiges Literaturverzeichnis ist nicht vorgesehen.

### 5. Zitierweise

#### Bücher

*Ein Autor bzw. Herausgeber*

Richard Sakwa, *Postcommunism: Concepts in the Social Sciences* (Buckingham: Open University Press, 1999), 51–58.

*Zwei Autoren bzw. Herausgeber*

Roy Allison und Christoph Bluth, Hrsg., *Security Dilemmas in Russia and Eurasia* (London: The Royal Institute of International Affairs, 1998).

*Drei Autoren bzw. Herausgeber*

Martha Brill Olcott, Anders Åslund und Sherman W. Garnett, *Getting it Wrong: Regional Cooperation and the Commonwealth of Independent States* (Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace, 1999), 105–8.

*Mehr als drei Autoren bzw. Herausgeber*

Viktor N. Rudenko et al., Hrsg., *Politicheskaia nauka i gosudarstvennaia vlast' v Rossiiskoi Federatsii i Novykh Nezavisimykh Gosudarstvakh* (Ekaterinburg: Ural'skoe otdelenie Rossiiskoi Akademii Nauk, 2004).

### *Kapitel bzw. anderer Teil in einem Buch*

Branislav Makyta, „Energetický dialóg EÚ a RF“, in *Energie pro Evropu: energetická spolupráce Ruska a zemí postsovětského prostoru s Evropskou unií*, hrsg. v. Bohuslav Litera et al. (Praha: Eurolex Bohemia, 2006), 50–72.

### *Einleitung, Vorwort bzw. ein anderer, ähnlicher Teil eines Buches*

Anatol Lieven, Geleitwort zu *An Endless War: The Russian-Chechen Conflict in Perspective*, v. Emil Souleimanov (Frankfurt: Peter Lang Verlag, 2007), 13–15.

### *Elektronisches Buch*

Catherine Guicherd, *The Enlarged EU's Eastern Border: Integrating Ukraine, Belarus and Moldova in the European Project*, SWP-Studien 2002/S 20 (Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002), 31–32, [http://swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=319](http://swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=319) (letzter Zugriff: 15. 1. 2009).

### *Verkürzte wiederholte Nennung*

Makyta, „Energetický dialóg“, 66.

### *Nachfolgender Verweis auf dieselbe Quelle*

Ibid., 66–69.

## **Fachzeitschriften**

### *Aufsatz in einer gedruckten Fachzeitschrift*

Zbigniew Brzezinski, „The Premature Partnership“, *Foreign Affairs* 73, Nr. 2 (März/April 1994): 67–82.

### *Aufsatz in einer elektronischen Fachzeitschrift*

Farkhad Tolipov, „Uzbekistan and Russia: Alliance against a Mythic Threat?“ *Central Asia-Caucasus Analyst* 7, Nr. 1 (11. Januar 2006): 3–5, <http://www.cacianalyst.org/files/20060111Analyst.pdf> (letzter Zugriff: 15. 1. 2009).

### *Aufsatz, der aus einer elektronischen Datenbank stammt*

Halford J. Mackinder, „Modern Geography, German and English“, *The Geographical Journal* 6, Nr. 4 (1895): 367–79, <http://www.jstor.org> (letzter Zugriff: 15. 1. 2009).

### *Buchbesprechungen*

Cameron Ross, Rezension des Buches *Political Parties in the Regions of Russia: Democracy Unclaimed*, v. Grigorii V. Golosov, *Slavic Review* 63, Nr. 4 (Winter 2004): 898–99.

## **Zeitungen oder Magazine**

Svante Cornell, „The War That Russia Wants“, *The Guardian*, 8. August 2008.

## **Diplomarbeiten oder Dissertationen**

Jeff Sahadeo, „Creating a Russian Colonial Community: City, Nation, Empire in Tashkent, 1865–1923“ (Ph.D. Dissertation, University of Illinois, 2000), 96–108, 116.

## **Konferenzbeiträge o.ä.**

Jonathan Wheatley, „Democratization in Georgia since 2003: Revolution or Repackaging?“ (Beitrag im Rahmen des Third International Workshop for Young Scholars, Slavic Research Center, Hokkaido University, Sapporo, Japan, 5. Juli 2006).

## **Archivmaterialien**

Telegramm von Sch. Z. Eliava und G. I. Brojdo an das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, V. I. Lenin, L. D. Trotzki und L. B. Krasin, Taschkent, 27. Dezember 1919. Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Moskau, Sekretariat Georgij Tschitscherin, Bestand 04, Inventarverz. 39, Mappe 43, Akte Nr. 588, Bl. 13.

## **Interviews**

*Publizierte Interviews einschließlich Rundfunk und TV*

Interview von Larry King mit Paris Hilton, *Larry King Live*, CNN, 28. Juni 2007.

*Unpublizierte Interviews*

Petr Šochman (EC Directorate General for Competition), im persönlichen Gespräch mit dem Autor, 24. September 2008.

*Geschützte Quelle*

Interview mit einem Offizier der Grenztruppen, 28. August 1998.

## **Webseiten**

„Growth of Welfare of Kazakhstan’s Citizens is the Primary Goal of State Policy. Address by the President of the Republic of Kazakhstan H.E. Mr. Nursultan Nazarbayev to the People of Kazakhstan“, Offizielle Seite des Präsidenten der Republik Kasachstan, [http://www.akorda.kz/www/www\\_akorda\\_kz.nsf/sections?OpenForm&id\\_doc=0793D9432423DDE5062573EC0048005B&lang=en&L1=L2&L2=L2-22](http://www.akorda.kz/www/www_akorda_kz.nsf/sections?OpenForm&id_doc=0793D9432423DDE5062573EC0048005B&lang=en&L1=L2&L2=L2-22) (letzter Zugriff: 15. 1. 2009).

## **Persönliche Kommunikation**

Hans-Uwe Stahlmann, E-Mail-Nachricht an den Autor, 29. Dezember 2007.

Erstellt und adaptiert nach *The Chicago Manual of Style*, 15th edition (Chicago: Chicago University Press, 2003), 593–754.



ACTA UNIVERSITATIS CAROLINAE

# **STUDIA TERRITORIALIA**

**XI**

**2011**

**3-4**

Prorektor-Editor: prof. PhDr. Ivan Jakubec, CSc.  
Umschlag: Kamila Schüllerová  
Herausgegeben von der Karls-Universität Prag  
Karolinum Verlag, Ovocný trh 3-5, 116 36 Praha 1  
<http://cupress.cuni.cz>  
Prag 2011  
Satz: DTP Karolinum Verlag  
Druck: Verlagsdruckerei Karolinum Verlag  
1. Auflage  
MK ČR E 18588  
ISSN 1213-4449